



19. April 1928

WALTHER KOCH - KÖNNEN SOZIALISMUS UND KATHOLIZISMUS ZUSAMMENARBEITEN?

JETZT ist der Reichstag des sogenannten Bürgerblocks aufgelöst, die Rechtsregierung durch ihre innere Gegensätzlichkeit gesprengt worden. Die Hoffnung mit Hilfe der beiden Rechtsparteien ein den eigenen Wünschen gemäßes Reichsschulgesetz zustandezubringen hatte das Zentrum veranlaßt die Verbindung mit den Linksparteien zu lösen und nach rechts Anschluß zu suchen. Vergebens. Eine gemeinsame Lösung der Schulfrage, die für das Zentrum irgendwie annehmbarer gewesen wäre als der in der Weimarer Verfassung mit der Sozialdemokratie abgeschlossene Schulkompromiß¹ mußte an der liberalen Tradition der Deutschen Volkspartei, so verblaßt sie auch im Lauf der Jahrzehnte geworden ist, scheitern. Die Frage erhebt sich aufs neue, ob es sinnvoll, ob es politisch klug gehandelt war dem Phantom einer angeblich mit den Rechtsparteien gemeinsamen "christlichen Weltanschauung" zuliebe die Bundesgenossenschaft mit den Parteien der Linken zu lösen. Scheint es nicht, als ob tatsächlich Wirth mit seiner oppositionellen Haltung zu dieser Rechtsschwenkung seiner Partei recht behalten hat?

Und doch wäre es nicht richtig für den Sozialismus sich etwa mit der Wirthschen Position zu identifizieren. Wir wollen nicht vergessen, daß in dem Augenblick, als der Einspruch der Führer der christlichen Arbeiterbewegung, von seiten Imbusch' und Stegerwalds, gegen den sozialpolitischen Kurs der Rechtsregierung erfolgte, gerade Wirth es war, der sich gegen die angebliche Überschätzung des soziologischen Faktors in der Politik wandte. Er hat damit ganz klar einen formaldemokratischen Standpunkt vertreten, der wohl den liberal-parlamentarischen Traditionen seines badischen Musterländles entsprechen mag, der aber trotz aller notwendigen Waffenbrüderschaft in der gemeinsamen Bekämpfung antirepublikanischer Tendenzen im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in keiner Weise mit der sozialistischen Auffassung identisch ist. Es kommt eben darauf an, von welcher Substanz diese demokratische Republik lebt. Und da darf nicht vergessen werden, daß in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung die sozialistische Arbeiter-

¹) Siehe dazu Schulz Das Reichsschulgesetz und die Verfassungsparteien, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 613 und folgende.

bewegung weit eher, bei allem Abstand im Grundsätzlichen, praktisch Fühlung mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat als mit einer liberalen Wirtschaftspolitik, auch wenn sie in demokratisch-republikanischem Gewand auftritt. Die Gegensätze zwischen dem Arbeiterflügel des Zentrums, der durch Imbusch und Stegerwald vertreten wurde, und der Zentrumsleitung, die in diesem Fall von Wirth unterstützt wurde, sind nicht mit Schlagworten wie fortschrittlich und reaktionär abzumachen. Wirth steht dem Sozialismus nicht näher, weil er mehr "links" stände, Stegerwald deswegen nicht mehr als Wirth den praktischen sozialistischen Forderungen ferner, weil er mehr "rechts" orientiert wäre. Diese ganze allzu vereinfachte Denkweise im Sinn des liberalen bürgerlichen Fortschritts trifft in keiner Weise die wirklich vorhandenen Gemeinsamkeiten und Gegensätzlichkeiten. Im Gegenteil, vieles von dem, was Stegerwald im Sinn einer sozialorganischen, gebundenen sozialen Politik in letzter Zeit vertreten hat, entspricht weit mehr einer sozialistischen Produktionspolitik, die nicht vom Einzelinteresse des Konsumenten sondern von den produktiven Notwendigkeiten der Gesamtheit, ganz besonders der Arbeiterklasse, ausgeht, als eine individualistische Abwehr "soziologischer" Körperschaften, wie sie durch Wirth verfochten wurde. Daß dieser grundsätzlichen sozialorganischen Haltung des durch Stegerwald vertretenen Zentrumskreises die richtige Stellungnahme im einzelnen entspricht, hat Wilhelm Sollmann in der Schlußauseinandersetzung des Reichstags allerdings bezweifelt. Gleichwohl wäre es verkehrt wegen praktischer Mängel die sozialere Stellungnahme als solche zu verkennen, die der berufsständischen Idee der christlichen Gewerkschaftsbewegung zugrunde liegt. Mögen wir sie als zu patriarchalisch und romantisch empfinden, wir müssen ihr doch den Vorzug vor einer individualistisch-formaldemokratischen Einstellung geben. Der Sinn für das Genossenschaftliche, für die Notwendigkeit einer produktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik, für einen zellenmäßigen Aufbau des Staats- und Gesellschaftslebens von unten her verbindet doch die christliche Arbeiterbewegung mit der sozialistischen. Es ist zu hoffen, daß die Arbeit des neuen Reichstags, in dem hoffentlich das Arbeiterelement wesentlich verstärkt sein wird, sich an diesen gemeinsamen wirtschaftlich-sozialen praktischen Aufgaben orientieren wird, anstatt, wie in den letzten Monaten, sich durch kulturpolitische Machtkämpfe von den dringendsten Gegenwartsaufgaben abdrängen zu lassen.

Wie wertvoll eine sachliche Zusammenarbeit von Sozialdemokratie und Zentrum im Sinn eines neuen Staats- und Gesellschaftsaufbaus sein kann, und wie es bei gegenseitiger Einsicht in die Interessengemeinschaft in grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Fragen möglich ist diese Zusammenarbeit trotz aller prinzipiellen Verschiedenheit Jahre hindurch praktisch durchzuführen, zeigt die Fruchtbarkeit der Koalitions politik in Preußen. Selbst in den heiß umstrittenen Fragen der Regelung der Schulfrage ist man in Preußen zu gewissen Lösungen gekommen, wie sie von den preußischen Vertretern im Reichsrat verlangt worden sind. Natürlich erfordert eine solche praktische Koalitions politik in Kulturfragen ein Aufeinandereingehen, ein Zurückstecken letzter eigener Forderungen, ohne daß man damit die eigene grundsätzliche Haltung aufzugeben braucht. Warum sollte, was in Preußen möglich war, nicht auch im Reich geschehen? Soweit die Stellungnahme der Sozialdemokratie einer solchen Zusammenarbeit vorarbeiten kann, ist die auf dem Kieler Parteitag mit aller Entschiedenheit betonte Ab-

weisung jedes Rückfalls in liberale kulturkämpferische Tendenzen die beste Grundlage für eine weitergehende Verständigung, zu der es trotz der außerordentlichen Schwierigkeit gerade der Kirchen- und Schulfrage doch einmal kommen muß. Eine solche allein schon durch die Tagespolitik geforderte Verständigung kann aber nicht allein aus dem Tag heraus rein opportunistisch erfolgen sondern setzt eine tiefere gemeinsame Besinnung über die innere Lagerung der beiden großen politischen und gesellschaftlichen Gruppen voraus, wie sie in dem katholischen und dem sozialistischen Bevölkerungsteil gegeben sind. Ein starkes Zeichen dafür, wie sehr, in verschiedener Weise, die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Klärung des gegenseitigen Verhältnisses von Katholizismus und Sozialismus empfunden wird, ist das Erscheinen zweier grundverschiedener sozialistischer Schriften zu dieser Frage, von denen die eine den Führer der österreichischen Sozialdemokratie Otto Bauer zum Verfasser hat², die andere, ein Band der von August Rathmann und Franz Osterroth herausgegebenen Schriften zur Zeit, den Redakteur unseres rheinischen Parteiorgans Georg Beyer³. Bauer behandelt das Problem ganz aus der politischen Situation heraus als eine Aufgabe der Klärung innerhalb der eigenen Partei, ohne auf das Wesen von Religion und Kirche näher einzugehen. Beyer dagegen bemüht sich gerade in das Verständnis auch des religiösen Gehalts des Katholizismus mit umfassender Benutzung der vorhandenen Literatur einzudringen und erst von diesem zentralen Verständnis her die sozialen und politischen Auswirkungen zu begreifen. Schreibt Bauer aus dem Tag für den Tag, natürlich aus einer grundsätzlichen Stellungnahme heraus, so will Beyer mit seinem Versuch mehr Arbeit auf weite Sicht leisten. Ist Bauers Absicht das neu aufgestellte Linzer Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei Österreichs zu erläutern und für die kulturpolitischen Aufgaben der Partei fruchtbar zu machen, so wehrt Beyer schon im Vorwort den Vorwurf entschieden ab, daß seine Schrift von bestimmten taktischen Absichten veranlaßt worden sei; es steht ihm für den Sozialismus wie für den Katholizismus mehr auf dem Spiel als das Werbeziel. Beide Bemühungen, sowohl die tagespolitische wie die grundsätzliche, sind notwendig und müssen bei aller Verschiedenheit ihrer Absichten doch einander ergänzen und durchdringen. Eine politische Partei kann mit ihrer Stellungnahme zu bestimmten kulturpolitischen Fragen nicht warten, bis eine Klärung im Letzten, Grundsätzlichen erfolgt ist, die vielleicht nie restlos zu erreichen ist. Und doch müssen auch ihre Einzelhandlungen so weit wie möglich immer von dem Blick auf ferne Ziele und letzte Entscheidungen orientiert sein. Andererseits müssen grundsätzliche Klärungsversuche unabhängig von dem Hin und Her der tagespolitischen Augenblickssituation angestellt werden, dabei aber ständig Kontakt mit der Wirklichkeit des politischen Lebens behalten, um von ihr Fragestellungen zu erhalten und andererseits immer aufs neue darauf einzuwirken. Wichtig bleibt es nur bei aller gebotenen Wechselwirkung, daß beide Zonen, die taktische wie die grundsätzliche, in ihrer Eigenart begrifflich von einander unterschieden werden.

Otto Bauer verzichtet in seiner Erläuterung der Ausführungen, die das Linzer Parteiprogramm zu der Frage der Stellung der Sozialdemokratie zu Religion und Kirche macht, nicht auf eine Grundlegung der politischen Stellungnahme. Er stellt seine programmatischen Forderungen in einen weiten

²) Siehe Bauer Sozialdemokratie, Religion und Kirche /Wien 1927/.

³) Siehe Beyer Katholizismus und Sozialismus /Berlin 1927/.

Rahmen geschichtlicher Betrachtung, die den Blick des Kenners der ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklung verrät. In den ersten Kapiteln betrachtet er im Sinn der materialistischen Geschichtsauffassung das Verhältnis von Kirche und Klassenkampf. Er zeigt, welche Rolle die religiösen Institutionen und Mächte im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß gespielt haben, ohne auf das Wesen des religiösen und kirchlichen Lebens als solches näher einzugehen. Er hat es also lediglich mit der Verflechtung des konkreten historischen Christentums in seinen sichtbaren Mächten mit der gesellschaftlichen Entwicklung zu tun. Das ist die Grenze der Schrift, die sich vor allem der nicht auf sozialistischem Boden stehende Leser vor Augen halten muß. Soweit in ihr eine bestimmte Stellungnahme zum religiösen Phänomen als solchem zur Geltung kommt, ist sie weitgehend von einer positivistischen, wissenschaftsgläubigen Grundhaltung bestimmt. Bauer ist politisch klug genug, um sich sagen zu müssen, daß es nicht angängig ist über so wichtige Grundtatsachen des Menschenlebens wie das religiöse Bewußtsein zur Tagesordnung überzugehen, aber er betrachtet die ganze religiöse Sphäre persönlich doch von dem Standpunkt eines wissenschaftlichen Rationalismus, für den alles Religiöse im Grund eine überwundene Stufe des menschlichen Seelenlebens darstellt, deren Vorhandensein nur mit einer gewissen Rückständigkeit bestimmter Schichten der Bevölkerung zu erklären ist. Das Freidenkertum gilt dementsprechend als der geistige Ausdruck des fortgeschrittenen Teils des Proletariats, das aber auf die Rechte anderer religiöser Denkungsart im Interesse der großen politischen Aufgabe Rücksicht zu nehmen habe. Diese rationalistische Verkennung der immer bleibenden irrationalen Triebkräfte des Menschenlebens ist von Wilhelm Sollmann mit Recht abgelehnt worden⁴. Bauer fordert freilich eine absolut gleichmäßig tolerante Gleichstellung von freidenkerischen und gläubigen Proletariern in der Partei. Aber wenn diese Forderung verwirklicht werden soll, müßte man doch noch tiefer die religiösen Grundkräfte in ihrer positiven Bedeutung zu erfassen suchen. Das ist eine große Aufgabe der Zukunft. Von ihrer Lösung wird viel auch für die gesamte tagespolitische Werbekraft des Sozialismus abhängen.

Dankenswert ist aber die von politischen Gründen diktierte verständige Haltung Bauers zu der Frage der Stellung der Sozialdemokratie zu Religion und Kirche durchaus. Das Problem ist in seiner großen Bedeutung erkannt. Fragen sind durch den Politiker aufgeworfen, an denen die Partei als solche nicht mehr vorbei kann. Auf Grund eines ausgezeichneten Überblicks über die historische Entwicklung wird die alte Forderung des Sozialismus erhoben, daß die Religion Privatsache sein solle. Gegen diesen Grundsatz laufen die Freidenker an, wohl mit dem verständlichen Bewußtsein, daß etwas entweder wahr oder falsch ist, und daß auch die proletarische Bewegung als solche zu den großen geistigen Grundfragen des Lebens Stellung nehmen müsse. Richtig daran ist sicher, daß Religion ihrer Natur nach nicht lediglich Privatsache sein kann, da sie wesentlich Gemeinschaftssache ist, Gemeinde, Kult und soziale Bindung umfaßt. Religion soll aber, wie Bauer verlangt, nicht zur Parteisache degradiert werden, wie das sowohl im deutschnationalen wie im christlichsozialen Lager geschehe. Doch wird man sich darüber klar sein müssen, daß sich Religion, wo sie wirklich vorhanden ist, nie in einen stillen Winkel der Seele verweisen lassen wird, um dort ein geheimes Dasein als Trost der Witwe und Erhebung des frommen Mütter-

4) Siehe Sollmann Religion und politischer Machtkampf, in der Gesellschaft 1927 II Seite 123 und folgende.

leins zu fristen. Wo Religion lebenskräftig ist, will sie sich im gesamten Bereich des Lebens auswirken, sich in soziale Tat umsetzen, die Wirklichkeit vom Innersten her umgestalten. Andererseits wird sie nie aufhören durch die gesellschaftliche Lage ihrer Bekenner soziologisch bedingt zu sein. Religion wird also immer weitgehend auch eine gesellschaftliche und damit auch eine politische Frage sein. Daraus ergeben sich mit Notwendigkeit bestimmte Reibungen in der sozialen Umwelt, die nicht durch eine formale Scheidung von Privat- und Gesellschaftssache ohne weiteres vermieden werden können. Die Trennung von Kirche und Staat ist gewiß sowohl im Sinn einer verinnerlichten Religion wie einer reibungslosen Regelung der politischen und wirtschaftlichen Aufgaben wünschenswert. Bezeichnenderweise ist diese Trennung aber zuerst und vor allem in der angelsächsischen Welt vollzogen worden, wo der religiöse Individualismus der Freikirchen wie der Puritaner, der Baptisten, der Quäker und der Methodisten den Kampf gegen die anglikanische Staatskirche aufnahm, ohne ihn allerdings völlig zum Sieg führen zu können, wie sich erst kürzlich wieder an dem Beispiel des parlamentarischen Kampfs um das Common Prayer Book in England zeigte. Die geistige Situation in den angelsächsischen Ländern ist, anders als die kontinentale Geisteslage, noch weitgehend von der christlichen Tradition bestimmt, auch wenn dort die Trennung von Kirche und Staat weit mehr als auf dem Kontinent durchgeführt ist. Mag sich auch die katholische Kirche dort in die Trennung von Staat und Kirche gefügt haben, so muß man sich doch klar darüber sein, daß sie ihrer Natur nach ihre Herrschaftsansprüche auch über alles staatliche und soziale Leben nicht aufgeben kann, und daß daraus gewisse Konflikte erwachsen, die aus der Welt zu schaffen nicht in unserer Macht liegt, an deren Milderung man dagegen ständig arbeiten muß.

Es scheint eine ganz einfache Lösung zu sein, wenn das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen als weltlich erklärt wird, jeder Weltanschauungsgemeinschaft es jedoch überlassen bleibt außerhalb des Rahmens des allgemeinen Unterrichts für Weltanschauungsunterricht (Religionsunterricht) und Kultübungen der Schuljugend zu sorgen. Zu dieser Lösung des Linzer Parteiprogramms der österreichischen Sozialdemokratie wird der Katholik von seinem Standpunkt aus erklären, daß Erziehung ihrem Wesen nach in allen ihren Bereichen weltanschaulich begründet sein müsse, und daß er daher auf eine Durchdringung des gesamten Schullebens vom katholischen Glauben aus keineswegs verzichten könne. In der Tat muß zur wirklichen Lösung der Schulfrage das Problem der weltanschaulichen Gebundenheit aller Bildung, natürlich auch der sozialistischen Bildung, viel gründlicher durchdacht werden, als das im allgemeinen bisher der Fall ist. Hier kann und soll nur auf Schwierigkeiten hingewiesen werden, die sich bei einer Verwirklichung der kulturpolitischen Programmpunkte sofort ergeben. Vor einem allzu fortschrittsfreudigen Kulturoptimismus, der alle Gegensätze mit einer liberal-humanistischen Verwässerung aller Besonderheiten aus der Welt zu schaffen hofft, kann nur dringend gewarnt werden. Wir kommen auch rein realpolitisch nicht darum herum uns sehr gründlich mit der Eigenart von Religion und Kirche, speziell des Katholizismus, auseinanderzusetzen, da wir erst nach klarer Erfassung seiner Wesensstruktur das mögliche Verhältnis des Katholizismus zum Sozialismus ins Auge fassen können.

Ein solcher Ansatz zu einer Wesenserfassung des Katholizismus ist nun in der Bayerschen Schrift zu sehen, die nicht so aktuell verwendbar wie die

Bauerschen Ausführungen sein mag, dafür aber in eine tiefere Schicht innerster Beziehungsmöglichkeiten vorzustoßen sucht, die einmal auch die praktische Politik beeinflussen werden. Denn ebensowenig wie die Agrarfrage mit der Frage der taktischen Werbung unter dem Kleinbauerntum für den Sozialismus erledigt ist sondern an sich eine wirklich produktive Lösung erheischt, genügt es auch nicht bessere Voraussetzungen der Propaganda in dem gläubigen Teil des Volks, speziell des Proletariats, schaffen zu wollen. Es muß vielmehr die Geisteswelt der Religion und der Kirche als solche verstanden und in den Gesamtbereich der geistigen Neuordnung des gesellschaftlichen Lebens mit einbezogen werden, und zwar nicht nur als private Angelegenheit des einzelnen Parteimitglieds sondern weit mehr noch in der Gestaltung und Auswirkung des religiös-kirchlichen Lebens als solchen. Praktisch genommen handelt es sich auch in der Wahlzeit nicht nur darum möglichst viele Stimmen aus dem gegnerischen Lager zu gewinnen (darauf wird natürlich keine Partei verzichten) sondern darüber hinaus zugleich die Voraussetzungen einer künftigen fruchtbaren Zusammenarbeit der Organisationen der katholischen und der sozialistischen Bevölkerungsgruppen als solcher schaffen zu helfen. Eine solche Zusammenarbeit kann, soll sie wirklich etwas Dauerndes fruchten, nicht bloß von Fall zu Fall opportunistisch eingegangen werden sondern muß von tieferer Besinnung auf die Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten der beiden Lager begleitet sein.

Zu einer solchen Besinnung lädt die Schrift Beyers ein. Sie ist daher, trotz ihrem überalltäglichen Charakter, auch in den Strudeln der Wahlzeit von großer richtunggebender Bedeutung. Die Aufnahme der Schrift im sozialistischen wie im katholischen Lager war sehr verschieden. Während Wilhelm Sollmann im sozialdemokratischen Zentralorgan seinem Kollegen einen sehr anerkennenden Leitartikel widmete und volles Verständnis für die Aufgabe zeigte, die sich Beyer gestellt hatte⁵, trat ihm Alfred Henke dort sehr scharf entgegen⁶. Die außerordentliche Spannung, die gerade in dieser Frage innerhalb des sozialistischen Lagers besteht, ist in diesen beiden entgegengesetzten Stellungnahmen führender Parteigenossen im Zentralorgan auch nach außen dokumentiert worden. Im katholischen Lager hat man zwar wohl allgemein den guten Willen und ein gewisses Verständnis Beyers anerkannt, doch war auch da das Urteil keineswegs einheitlich. Kritisch sprach sich vor allem die Westdeutsche Arbeiterzeitung, die Verbandszeitung der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, aus, vor allem in den Auslassungen des linken Zentrumsführers Josef Joos und J. Gicklers⁷. Joos beginnt seine Betrachtung mit der Besprechung eines symptomatischen Weihnachtsartikels Gustav Radbruchs, der Christentum und Sozialismus, die noch August Bebel für unvereinbare Gegensätze wie Wasser und Feuer ansah, ganz verschiedenen Ebenen, der religiösen und der politischen, zuweist⁸. Auch Beyer versucht den vorhandenen Konflikt zwischen Katholizismus und Sozialismus dadurch zu lösen, daß er beide Lebenssysteme verschiedenen Sphären angehören läßt. Diese Forträumung aller Spannung wäre allerdings nur dann wirklich möglich, wenn der Sozialismus lediglich ein politisch-wirtschaftliches Programm ohne eigenen geistigen Hin-

5) Siehe Sollmann Katholizismus und Sozialismus, im Vorwärts vom 28. Dezember 1927.

6) Siehe Henke Materialismus — Katholizismus, in Kulturarbeit, Beilage des Vorwärts, vom 6. Januar 1928.

7) Siehe Joos Katholizismus und Sozialismus und Gickler Klärung, in der Westdeutschen Arbeiterzeitung vom 14. Januar und 11. Februar 1928.

8) Siehe Radbruch Weihnachtsbotschaft und Sozialismus, im Vorwärts vom 25. Dezember 1927.

tergrund darstellte, und wenn andererseits aus dem katholischen Glauben teilweise nicht auch ganz andere Folgerungen gezogen würden als gerade sozialistische. An diesem Punkt trifft sich Beyer sogar mit Bauers Scheidung von Religion und Politik, mit dem er sonst sehr wenig gemein hat, und dessen Erklärung der Religion zur Privatsache er ausdrücklich ablehnt. Bauers Schrift liest sich völlig klar und bestimmt. Bei Beyer stoßen wir auf ein Tasten und Suchen in dämmernden Untergründen des Lebens. Alles, was für Bauer rational durchgeformt und durchschaubar ist, ist für Beyer in einen Strudel krisenhafter Bewegung gerissen, die irgendein Neues, noch nicht völlig Bestimmbares aus sich heraussetzen möchte. Eine Möglichkeit zur gegenseitigen Befruchtung der früher streng getrennten Welten sieht Beyer darin, daß sowohl im Sozialismus wie im Katholizismus sich diese Krise als ein Symptom neuer Infragestellung und Umwandlung des alten Gehalts zeigt. Aus diesen neuen Wendungen heraus, die vielleicht gerade am Niederrhein und am Rand des Industriegebiets am deutlichsten spürbar sind, schöpft Beyer die Hoffnung, daß einmal ganz andere Verflechtungen möglich sein werden, als man das bisher glauben konnte. Freilich, wer den Blick nicht auf einige jungkatholische und jungsozialistische Strömungen richtet sondern Sozialismus und Katholizismus mehr in ihrer alten kompakten Gegensätzlichkeit vor Augen hat, der wird wesentlich skeptischer über die Berührungsmöglichkeiten denken. Mit am wärmsten wird zum Beispiel Beyers Schrift in der Rhein-Mainischen Volkszeitung, dem geistig wie sozial so aufgeschlossenen Frankfurter Zentrumsblatt, von Walter Dirks, einem aus der katholischen Jugendbewegung stammenden katholischen politischen Schriftsteller, begrüßt⁹⁾. Dirks betont mit Recht, daß eine von Beyer geforderte Revision des Verhältnisses zwischen Katholizismus und Sozialismus nur auf Grund von Veränderungen in der geistigen Haltung auf beiden Seiten möglich ist. Wo im Sozialismus und im Katholizismus eine solche geistige Auflockerung eingetreten ist, da wird allerdings ein fruchtbarer Austausch beider Welten sehr gut möglich sein, wie es Erfahrungen gerade in Frankfurt, aber auch anderwärts zeigen. Damit bleibt aber, so erfreulich und anstrebenswert solche Begegnungen sind, die Frage ungelöst, wie nun die großen, doch oft noch wesentlich gegensätzlich orientierten Massen und Massenorganisationen einander nähergebracht werden können.

Auf die grundsätzlichen Schwierigkeiten einer Annäherung macht eine ausführliche, in die Tiefe gehende Besprechung der Beyerschen Schrift von Eduard Langenstein in dem führenden Berliner Zentrumsblatt, in dessen, übrigens auf recht hohem Niveau stehender Beilage Kirche und Welt, aufmerksam¹⁰⁾. In der Tat muß man klar erkennen, daß katholische Politik nicht denkbar ist ohne ihre im Kern ausschließliche metaphysisch-religiöse Begründung, und daß der Sozialismus seinerseits doch auch immer mehr zu einer geistigen Selbstbesinnung auf seine letzte religiöse Begründung fortschreiten muß, wenn auch in der geistigen Grundhaltung eine Annäherung möglich sein soll. Wie weit wird der Sozialismus in der Lage sein sich auf seinen der Botschaft des Urchristentums entsprechenden religiösen Kern zu besinnen? Wird der Katholizismus aus einer antikapitalistischen Haltung heraus so einschneidende Folgerungen für die Welt der Wirtschaft und Gesellschaftsordnung ziehen, daß von seiner Seite eine Annäherung an den Sozia-

⁹⁾ Siehe Dirks Katholizismus und Sozialismus, in der Rhein-Mainischen Volkszeitung vom 23. März 1928.

¹⁰⁾ Siehe Langenstein Katholizismus und Sozialismus, in Kirche und Welt, Beilage der Germania, vom 9. Februar 1928.

lismus erfolgt? Beyer hat mit großer Umsicht die darauf zielenden Tendenzen in beiden Lagern festzustellen und zu sammeln gesucht. Ohne Frage sind im heutigen Katholizismus einige Erscheinungen von erstaunlich weiter Auffassung vorhanden. Man denke nur an Steinbüchels wirklich sehr verständnisvolle und gründliche Arbeit über den Sozialismus als sittliche Idee, dem von protestantischer Seite noch nichts ähnliches an die Seite zu stellen ist. Man denke andererseits daran, wie im sozialistischen Lager von verschiedenen Punkten aus, vor allem seit mehr als 2 Jahrzehnten in den Sozialistischen Monatsheften, daran gearbeitet wird den Sozialismus von den ihm zeitgebunden anhaftenden Residuen liberalistischen Aufklärungsdenkens zu befreien, der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung ihre materialistische Vergröberung zu nehmen, indem ihr wahrer Sinn als heuristische Methode herausgeschält wird; ferner, wie besonders in der sozialistischen Jugend ein neues Verständnis für den irrationalen Lebensgrund auch aller rationalen Wirtschaftsumgestaltung aufbricht.

Gewiß dürfen, gerade im Interesse einer wirklich fruchtbaren, auf längere Sicht hin angelegten Zusammenarbeit zwischen sozialistischer und katholischer Politik, diese neuen Kräfte und Strömungen in beiden Lagern nicht überschätzt werden. Zu leicht könnte man sonst an Erscheinungen der Peripherie die wirkliche Lage im Zentrum verkennen, die im letzten durch die in sich völlig geschlossene, in strenger Folgerichtigkeit bleibende Haltung der katholischen Kirche bedingt ist. Der Sozialismus muß den Katholizismus als eine gegebene Größe betrachten lernen, die er als solche zu verstehen suchen, mit der er als anders ausgeprägtem Machtfaktor des gesellschaftlichen und politischen Lebens auszukommen suchen muß. So erfreulich und zukunftsweisend die geistigen Wandlungen im Sozialismus wie im Katholizismus auch sind, und so sehr sie eine wirkliche Verständigung zwischen den Lagern erhoffen lassen, so kann doch in der tagespolitischen Arbeit nur eine Verständigung von Fall zu Fall zwischen den gegebenen historischen Größen Sozialismus und Katholizismus angestrebt und erreicht werden. Es sind genug der gemeinsamen Aufgaben vorhanden. Im neuen Reichstag werden Zentrum und Sozialdemokratie auf einander angewiesen sein, wenn eine wirklich konsequente europäische Verständigungspolitik nach außen und eine soziale Verständigungspolitik innen getrieben werden sollen. Die Fragen der Neugliederung des Reichs wie einer aufbauenden Wirtschafts- und Sozialpolitik erfordern eine Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Sozialisten- und Pfaffenfresserei alten Stils dürfen diese notwendige Verbindung nicht unnötig erschweren. Unabhängig von dieser durch die gemeinsame Berufung zu Mitträgern einer deutschen sozialen Republik erforderten Bundesgenossenschaft muß aber die tiefere Besinnung, muß die Auseinandersetzung über das innere Verhältnis von Katholizismus und Sozialismus weitergeführt werden, wie sie Beyer in so anregender und entschiedener Weise versucht hat. Es wird dabei nötig sein noch tiefer zu graben: in der Herausarbeitung der dogmatischen Lehren und des kirchlichen Aufbaus des Katholizismus ebenso wie in der Selbstbesinnung des Sozialismus bis zu seiner religiös-ethischen Verwurzelung. Von solcher Selbstbesinnung wird es nicht zuletzt abhängen, ob die in der Zeitlage notwendige Zusammenarbeit zwischen sozialistischer und katholischer Lebenswelt auch dauernd fruchtbar werden kann.



MAX SCHIPPEL · AGRARKRISE UND ARBEITERBEWEGUNG

ZWEI gewaltige soziale Strömungen beeinflussen das ganze moderne politische Leben seit den siebziger Jahren auf das tiefste. Die Klassenbewegung der Lohnarbeiter, der in fremdem Dienst auf Grund des Lohnsystems wirkenden, mehr und mehr rein städtischen Zuschnitt annehmenden Bevölkerungsmassen, fand zuerst ihre aufsehenerregende wirtschaftliche und politische Organisation, ihre Theoretiker und Geschichtsschreiber. Über ihren Kern und ihr Wesen, ihre historische Bedingtheit, ihre Sonderart herrscht heute im allgemeinen Klarheit, so sehr natürlich im einzelnen die Stellungnahme der verschiedenen sozialen Interessenschichten zu dem Emanzipationskampf der Lohnarbeit sich differenziert. Eine selbständige agrarische Massenbewegung, wenigstens in den zentral- und westeuropäischen und in den siedlungskolonial-überseeischen Ländern, erhob erst später und unter weniger einfachen und gleichartigen Entwicklungsbedingungen ihr Haupt. Sie zwang viele ihrer zunächst belächelten und verrufenen Forderungen zwar verblüffend rasch und mit einer geradezu erstaunlichen Wucht einer anfangs verständnis- und ratlos widerstrebenden Gesetzgebung und Verwaltung auf. Sie schuf und vervollkommnete ihre Organisation mit einer Zielsicherheit und Energie, die in den meisten Ländern (man denke an das Genossenschaftswesen) die Leistungen der Lohnarbeiterklasse bedeutend übertraf.

Diese Agrarbewegung erwies sich, obwohl das Auftreten als neue parlamentarisch-politische Sonderpartei gern geflissentlich vermeidend¹, als die große Parteiungsgestalterin. Denn von den unter einander rivalisierenden bürgerlichen Parteien konnte seit dem Ausgang der siebziger und achtziger Jahre an Erfolg und Sieg nur noch denken, wer dem jeweiligen agrarischen Mindestprogramm genügend entgegenkam. Schon vor nahezu 30 Jahren schrieb ich deshalb in den Sozialistischen Monatsheften² und gleich darauf in den Grundzügen der Handelspolitik:

»Alle größeren bürgerlichen Parteien (von großen Parteien kann man nun einmal in Deutschland mit seinem verkümmerten öffentlichen Leben nicht reden) haben entweder ihren Mitgliedern vollste Bewegungsfreiheit auf agrarpolitischem Gebiet einräumen müssen, weil in anderer Weise ein innerer Konflikt nicht zu vermeiden schien; oder sie haben eine einheitliche Mittellinie nur dadurch aufrechterhalten können, daß sie diese Mittellinie mehr und mehr dem Niveau der agrarischen Forderungen angenähert haben. Sie alle beugen sich vor der Macht, welche den gärenden ländlichen Massen durch das allgemeine Stimmrecht gegeben ist. Für das vereinsamte linksliberale Bürgertum, das noch an seinem alten Kampfe gegen den Agrarschutz [1901] festhält, ist die entstandene, heute die ganze Politik Deutschlands beherrschende Lage vielleicht am verhängnisvollsten, da alle seine Hoffnungen

1) Noch am 8. März dieses Jahres erließ die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine erneut eine Kundgebung, in der es heißt: »Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine ist parteipolitisch neutral und hat grundsätzlich ihren Einfluß durch die bestehenden, der Landwirtschaft nahestehenden politischen Parteien ausgeübt. Nach gewissenhafter Prüfung der Sachlage hält die Vereinigung auch jetzt an diesem Standpunkt unverrückbar fest. Das gilt insbesondere gegenüber den neu auftretenden Bestrebungen die Landwirtschaft in besonderen politischen Bauernparteien zusammenzufassen. Eigene Bauernparteien schwächen den Einfluß des Bauernstandes. Die Gründung solcher Bauernparteien ist besonders dann auf das schärfste zu verurteilen, wenn sie von Parteien aus parteigolistischen Gründen unter Hintansetzung der Einigkeit und Geschlossenheit des Bauernstandes nur deshalb erfolgt, weil man sich davon eine Stärkung der eigenen Partei auf Kosten anderer, der Landwirtschaft nahestehender Parteien verspricht.«

2) Siehe über die Umgestaltung der verschiedenen deutschen Parteien die Artikelserie, die 1900 begann; mit Schippel Zu den Kämpfen zwischen Industrie und Landwirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften 1900 Seite 227 und folgende.

jemals wieder auf dem Lande vorzudringen und sich auf irgendwelche breiteren ländlichen Massen stützen zu können seit dem Hereinbruch der Agrarkrisis völlig vernichtet sind. In den Städten liegt dieser bürgerliche Liberalismus seit langem im Sterben, weil die lohnarbeitenden Massen ihre eigene Klassenorganisation und Partei gefunden haben. Auf dem Lande vermochte die bürgerliche Linke einst noch anzuknüpfen an die tausendfältigen Interessenkonflikte und Antipathien zwischen Junkern und Bauern, zwischen autokratischer Großgrundbesitzerherrschaft und dem Streben der Landwirte nach demokratischer Selbstregierung. Aber alle Sehnen dieser Kraft sind wie zerschnitten, seitdem die gemeinsame Not Junker und Bauern zu einer lebensvollen wirtschaftlichen Interessengemeinschaft zusammengeschmiedet hat, gegen die alle alten und im Stillen auch heute noch fortglimmenden Gegensätze vorläufig zur leersten Bedeutungslosigkeit herabgesunken scheinen. Ostpreußen war einst eine Domäne des Fortschritts; bei den Wahlen von 1873 sandte die Provinz auch nicht einen Konservativen in den Reichstag, dagegen unter den 8 Fortschrittlern Männer wie Freiherr von Hoverbeck, Parisius, von Saucken-Tarputschen, von Saucken-Julienfelde. Heute [1901] hat Ostpreußen die Grafen Kanitz und von Klinckowstroem als Führer und Vertreter auf den Schild gehoben, und das allgemeine Wahlrecht kehrt in den Bauernfäusten seine Schneide gegen die alte freihändlerische Demokratie.«³

Die deutsche Arbeiterpartei, obwohl selber aus neuartigen sozialen Nöten entsprossen und den Nutznießern der überkommenen wirtschaftlichen und politischen Ordnung als schroffe Opposition entgegengestellt, blieb zunächst ohne jede innere Fühlungnahme mit dieser zweiten großen sozialen, in so vielen Beziehungen wesensverwandten Massenbewegung. Die gefährliche Nähe Eugen Richters, die Sucht ihn bei aller hilflosen Nachahmung noch in der agitatorischen Zuspitzung zu überbieten verschaffte auf der äußersten, sonst auf ihre Unabhängigkeit so stolzen sozialdemokratischen Linken unumschränkt der "Reinen-Konsumenten"-Anschauung nach dem Zuschnitt der Richterschen Opposition die unbestrittene Alleinherrschaft. Wenn man auf dem Weltmarkt agrarische Erzeugnisse um den Zoll billiger einzukaufen vermochte, wie kam man dazu einheimische Produzenten (für Eugen Richter hatte schließlich jeder Produzent und jede Produktion von vornherein etwas Anrühiges an sich) Opfer in Höhe des Zolls darzubringen oder im Fall der Agrareinfuhr dem Staat in der denkbar ungerechtesten Lastenverteilung Zolleinnahmen zuzuführen? War der "revolutionäre" Arbeiterkonsument und Arbeitersteuerzahler des damals unglaublich dürftigen sozialdemokratischen Wählerhandbüchleins nicht noch viel schonungs- und gerechtigkeitsbedürftiger als der polternde Kleinbürger und Kleinbeamte des vorbildlichen, in immer neuen Auflagen bewährten freisinnigen Politischen ABC-Buchs?

Kam doch noch ein gewisser selbständiger geistiger Einschlag hinzu, so war er, der ursprünglichen sozialistischen Agrartheorie entsprechend, vollends nicht glücklich. Man sah in der unwälzenden Auslandskonkurrenz seit dem Ende der siebziger Jahre noch lange Zeit nichts als den unaufhaltsamen Siegeszug der produktiven Überlegenheit, über die man sich nach den ersten überseeischen Wirtschaftsreiseschilderungen den seltsamsten Täuschungen hingab. Der überseeische Großbetrieb, der vollkommenste Riesenmaschinen jeder Art von saisonweise hin- und hergeworfenen kleinen Arbeiterarmeen bedienen ließ, brachte der vermeintlich beschämend rückständigen europäischen Bauernmißwirtschaft endlich das gleiche Schicksal, dem das europäische Handwerk verdienftermaßen längst verfallen war. Industriestaat sein wollen hieß, wie in England, die bevölkerungsversorgende Agrarproduktion systematisch in die äußersten Außenzonen der neuzeitlichen

3) Siehe Schippel Grundzüge der Handelspolitik /Berlin 1902/ Seite 291 und folgende.

Weltwirtschaft verlegen. Je rascher diese Art industriestaatlichen Fortschreitens, desto früher müßte die erlösende Katastrophe sich einstellen und die gesamte Produktion, die industrielle wie die agrarische, von der Konkurrenzanarchie und der kapitalistischen Leitung befreien. Wo hätte unter solchen geistigen und parteipolitischen Vorbedingungen eine realistische Arbeiteragrarpolitik einsetzen können?

BEMERKENSWERT war jedoch, wie sich von allem Anfang an die deutsche Arbeiterbewegung in den Agrarfragen meist von den Arbeiterparteien des Auslands ziemlich scharf und meines Erachtens nur zu ihren eigenen Ungunsten unterschied. Charakteristische Abweichungen in der ganzen Sozialentwicklung der verschiedenen Völker kamen sehr oft hier zum Ausdruck.

Die *englische* Arbeiterpartei hat stets, ihrerseits zum Teil gleichfalls in Anlehnung an den besondern bürgerlichen Radikalismus in England, eine unausrottbare Vorliebe für die bäuerliche Wiederbelebung des flachen Landes gehabt, in der sie den Todesstoß für den Landlordismus erblickte. Das heißt für die Sonderklasse, die, im Gegensatz zu unserer deutschen Klassenschichtung, obwohl selber ländliche Klasse, als Bezieherin der landwirtschaftlichen Grundrente die agrarische Produktion allgemein vorbelastet. Der Ausbruch der Agrarkrisis hat in England seit den siebziger Jahren die erwähnte bauernfreundliche Anschauung eher noch belebt. Diese prägt sich nicht nur negativ, in scharfer Wendung gegen die überlieferte Grundrenten- und Einkommenshöhe des Landlordismus aus sondern sehr häufig zugleich in der empfohlenen und erstrebten Sicherung der Preishöhe und Absatzmenge für die heimische Agrarproduktion: ganz nach der Art des kontinentalen Agrarschutzes, und zwar gerade in der Richtung des Einfuhrmonopols zum Zweck der Preisstabilisierung (Antrag Kanitz). Grundsätzlich sich gegen die Schutz- und Abwehransprüche der agrarischen "Produzenten" zu verwahren lag dieser Anschauung jedenfalls stets fern, trotz aller verhältnismäßigen Schwäche und Verkümmern der tatsächlichen Agrarproduktion in England und trotz der scharfen Loslösung des alles überragenden industriellen Lebens von der schmalen agrarischen Grundlage.

Die *französischen* Arbeiterparteien spiegelten stets den agrarisch demokratischen Grundzug des ganzen kleinbäuerlich hochkultivierten Landes in ausgesprochener Weise wider. Im Genossenschaftswesen fanden städtische und ländliche Wirtschaftsreformer seit jeher eine hervorragende Vereinigungsstätte; von der notwendigen und ergebnisreichen Verbindung von agrarischen Produzenten- und Verkäuferverbänden mit städtischen Konsumenten- und Arbeiterorganisationen ist seit Jahrzehnten nirgends so viel programmatisch gesprochen und in Angriff genommen worden wie in Frankreich, obwohl Belgien und Italien hier gleichfalls beachtenswerte Leistungen aufzuweisen haben. Die überraschendste Unbefangenheit offenbarte jedoch die französische Arbeiterpartei unter Jaurès, als sich Mitte der neunziger Jahre auf dem Weltmarkt der verhängnisvollste Sturz der sich selbst überlassenen Agrarpreise vollzog. Als die amerikanische Farmerpolitik stürmisch die Dollarentwertung und Preisinflation durch Freigabe der Silberprägung begehrt, als sich in Deutschland die Agrarbewegung nach dem ersten phänomenalen Aufstieg des Bundes der Landwirte mehr und mehr um den Antrag Kanitz scharte, da trat Jaurès für den gleichen Produzentengrundgedanken

wie der deutsch-ostelbische "Brotwucher" ein: Hinaufziehung der Preise über die produktionsvernichtende Weltmarkthöhe, nicht mit dem rohen, bald ungenügenden bald übertriebenen Mittel des Zolls sondern mittels der staatlichen Einfuhr- und Absatzreglung. Damals sagte er in seiner berühmten Agrarrede in der Deputiertenkammer:

»Auf diese Weise wird es dem Staat erst möglich die Landwirtschaft lohnend zu machen, und ein Normalpreis von 25 Francs ist notwendig, um der landwirtschaftlichen Krisis, die den Kleinbesitzer und den Pächter ruiniert, Einhalt zu gebieten ... Sie wollen, soweit möglich, fremdem Getreide nur zum ungefähren Preise von 25 Francs den Zutritt zum französischen Markt gewähren. Gewiß, das ist Ihr Ziel, und danach bemessen Sie die Zollhöhe, um ungefähr dieses Preisniveau zu erreichen. Sie sind dessen jedoch nicht sicher ... Ihr vorgeschlagenes ungewisses, unsicheres Vorgehen erhält durch unser System Sicherheit und Wirksamkeit ... Kurz, das, was in Ihrem System das gewünschte, nicht aber sicher erreichbare Ziel ist, nämlich die Festhaltung eines bestimmten Preises, ist in unserm System der Ausgangspunkt.«

Selbstverständlich konnten solche agrarschutzbereiten Auslandsparteien niemals den Notstand auf Großwirtschaft und Großbesitz beschränkt sehen, wie dies seit Eugen Richter für das deutsche Antiagrariertum zur geistigen Ausrüstung gehörte, und wie dies mit der Zeit auch von der deutschen Sozialdemokratie in bequemer Selbsttäuschung gern übernommen wurde, obwohl es der früher und womöglich noch gleichzeitig vertretenen Anschauung von dem grundlegenden Kampf zwischen überlegenem Großbetrieb und hilfloser Kleinproduktion schnurstracks zuwiderlief. Ganz im Gegenteil, um nicht in eine schiefe Lage zu geraten, übertrieben diese ausländischen sozialistischen Agrarreformer eher die Bedrängnis der kleinen und mittleren Wirtschaften, zu deren Interessenwortführung sie sich berufen fühlten. Der alte Herman Greulich richtete 1902 sogar auf dem Schweizer Arbeitertag in Bern ausdrücklich diese Warnung an die Arbeiterklasse:

»Angesichts der großartigen Bewegung in der gesamten Bauernsame geziemt es uns nicht in die Redensarten von den verschiedenartigen Interessen der Herrenbauern und Kleinbauern einzustimmen ... Als eine um ihre Existenz und um ihr Recht kämpfende Klasse geziemt es uns auch dem gleichen Kampf einer andern Klasse nicht Unrecht zu tun ... In dem wirtschaftlichen Notstande haben wir die Ursachen der großartigen Bewegung und Disziplin der Bauern zu suchen, die jetzt zutage tritt. Es ist nicht der Bauernsekretär Doktor Laur, der die Bauern "verhetzt", denn er spricht nur aus, was alle fühlen, so wenig wie wir es sind, die die Arbeiter verhetzen; wir geben nur Zeugnis von dem, was ist.«

TRITT die *deutsche* Partei heute innerlich einheitlicher und ohne bloße äußerliche agitatorische Anschmiegun an die landwirtschaftlichen Fragen heran? Vieles ist hier zweifellos unter dem Eindruck der dauernden agrarischen Massengärung besser geworden. Andererseits rächt sich die Jahrzehnte währende einseitig antiagrarische Parteidenkweise und Parteierziehung immer von neuem durch die künstliche Blindheit, mit der man im entscheidenden Augenblick den bitteren Tatsachen der agrarischen Wirklichkeit begegnet.

Denn wie lange ist es her, daß es zur unbedingt notwendigen Partei-zuverlässigkeit und Parteitüchtigkeit gehörte jeden agrarischen Notstand überhaupt auf das bestimmteste abzuleugnen oder ihn zu den unvermeidlichen Folge- und Begleiterscheinungen jeder kapitalistischen und industriellen Höherentwicklung zu rechnen? Oder einen Notstand nur für die mittelalterlich-feudalen Schloßherren zuzugestehen, die, anstatt in den vermeintlich fetten Jahren ihre Produktion zu ergänzen und zu vervollkommen, ihren Luxusgelüsten und Haremsneigungen nachgingen? Selbst die

eindrucksvollen Massenkundgebungen der Grünen Woche in Berlin behandelte die Metallarbeiterzeitung am 24. März nach ältestem und schlechtestem Spießbürgerklichee einfach als widerliche Heuchelei:

»Noch niemals ist in den teuersten Luxuslokalen am Kurfürstendamm der Sekt so reichlich geflossen, noch nie war der Verbrauch an Kaviar und Austern so umfangreich wie in der Woche, wo die notleidenden Landwirte zu Berlin versammelt waren.«⁴

Der Bedeutung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisation für die Ausglei chung von Angebot und Nachfrage auf dem Markt, für die Höherhebung der Produktion wird man auch bei uns mehr und mehr gerecht. Aber das hindert unsere unerschütterlichen antiagraris chen Sturmgesellen nicht jedesmal Zeter und Mordio zu schreien, wenn ein canadischer oder australischer Getreide- oder Butterpool (ein Pool der Farmer, nicht der Händler und Spekulanten) in der Zeit des allseitigen Überangebots Zurückhaltung predigt und tatsächlich ausübt, oder wenn unsere Milch- und Kartoffel- oder Schweineproduzenten unter Riesenschwierigkeiten, die sich aus der Produktionszersplitterung ergeben, auf eine regelnde "Zentrale" zusteuern⁵.

Jede Flüssigmachung öffentlicher Mittel für Kreditneuordnung und Umschuldungsmaßnahmen, für Absatzerleichterung und Produktionsneugestaltung denunzierte man bis vor kurzem mit Vorliebe als unerhörte Subventionswirtschaft. Mitte Februar schwenkte die agrarpolitische Resolution der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion selber in eine ähnliche Richtung der Subventionspolitik ein; manche sozialdemokratischen Blätter gehen in Einzelheiten weit über solche Mindestforderungen hinaus und schrecken vor dem Reichsmonopol für die Einfuhr und Ausfuhr von Getreideprodukten, wie es im Kieler Parteiprogramm gleichfalls verlangt wird, nicht zurück.

Es gärt und brodel t wieder einmal wie in einem Hexenkessel, und die volle widerspruchslose Klarheit, auf die wir einst bei unserm intransigenten Antiagraris mus stolz waren, will sich bei dieser ungewohnten und zum Teil recht unfreiwilligen Umkehr noch nicht recht einstellen. Aber Gärung ist nicht bloß Zersetzung des Alten sondern zugleich zukunftsreiche Neubildung. Und diese rückt uns wieder den Arbeiterparteien des Auslands näher, die seit langem allen Agrarkrisen unbefangener gegenüberstanden.

LUDWIG QUESSEL · AMERIKA ALS KÄUFER DER DEUTSCHEN REPARATIONSSCHULD

RAYMOND Poincarés wenige Sätze, die er in der am 1. April von der Sozialradikalen Föderation veranstalteten Wählerversammlung in Carcassonne dem Reparationsproblem widmete, haben in Europa und in den angelsächsischen Reichen ein ungewöhnliches Aufsehen erregt und der Presse den Ausgangspunkt zu zahlreichen Artikeln über die Möglichkeit einer Revision des Dawesplans geliefert. Es scheint daher angebracht zunächst einmal zu prüfen, was der französische Ministerpräsident, von dem man annimmt (und nach der innenpolitischen Entwicklung seit der Währungskrise und ihrer Überwindung wohl

⁴ Eine noch tollere Spießbürgerei, der übrigens der Unverstand von vornherein an der Stirne geschrieben stand, machte von der Chemnitzer Volkstimme und der Dresdener Volkszeitung aus die Runde durch die meisten Parteizeitungen; siehe *Volkstimme /Chemnitz/* vom 3. April 1928; Auch ein Beitrag zur Notlage der Landwirtschaft.

⁵ Siehe die lehrreiche eigene Erinnerung *Kaliska* anlässlich der märkischen Milchzentrale: Produktionszwang oder Produktionsförderung?, in den *Sozialistischen Monatsheften* 1916 III Seite 1157 und folgende.

mit Recht annehmen kann), er werde auch in der jetzt zu wählenden neuen Kammer Führer einer Regierungskoalition sein, in Carcassonne gesagt hat. Nach dem Bericht des Temps vom 2. April 1928 lauten jene Sätze seiner Rede, die das Reparationsproblem behandeln, wie folgt:

»Es ist möglich, daß bald, anlässlich einer neuen Jahreszahlung des Dawesplans, sich Gelegenheit bieten wird zu prüfen, wann die Eisenbahn- und Industrieobligationen, die durch diesen Plan vorgesehen sind, placiert werden können. Dieses finanzielle Problem wird wahrscheinlich andere der selben Ordnung entstehen lassen, und es wird alsdann zu wünschen sein, daß wir alle mit der Absicht an sie herantreten könnten nach besten Kräften von ihnen Anlässe zu Meinungsverschiedenheiten fernzuhalten, und zwar mit der Kraft, die uns von jetzt an die Wiederaufrichtung unserer Währung gibt, sowie mit der legitimen Sorge um unsere Interessen. Es wäre verfrüht sich auf diesem Gebiet mit Voraussagen (prévisions), die durch die Ereignisse widerlegt werden könnten, zu weit vorzuwagen (s'avanturer). Alles, was zu sagen angebracht scheint, ist, daß wir, mit Ausnahme unserer Sicherheit und unseres Rechts auf Reparationen, gern zu gegebener Stunde Kombinationen zur Unterbringung der Obligationen annehmen würden, die es uns gegenüber unseren früheren Alliierten, und die es Deutschland uns gegenüber ermöglichen würden schneller von der Schuldenlast (dettes) loszukommen.«

Ruhige Prüfung der Carcassonner Bemerkungen Poincarés zum Reparationsproblem wird zu der Erkenntnis führen, daß der französische Ministerpräsident die Kommerzialisierung der Eisenbahn- und Industrieobligationen auf dem internationalen Kapitalmarkt nunmehr für möglich und auch für wünschenswert hält, und zwar gleicherweise im französischen wie im deutschen Interesse. Irgendwelche Überraschung bringt diese Meinung jedoch nicht. Sie wiederholt lediglich das, was Briand am 17. September 1926 in Thoiry in voller Übereinstimmung mit Poincaré Stresemann vorgetragen hat. Es ist auch falsch hierin eine Revision des Dawesplans zu sehen. Schließlich ist ja die Rechtsform der Obligation für die Reichsbahn- und Industriebelastung von den Sachverständigen gerade aus dem Grund gewählt worden, um ihre Vergebung auf dem internationalen Kapitalmarkt zu gegebener Zeit zu ermöglichen. Der Nominalwert der Obligationsschuld der Reichsbahn beträgt 11 Milliarden Goldmark, die mit 5 % jährlich zu verzinsen und mit 1 % zu tilgen sind. Die Eigentumsanteile an der Reichsbahn verteilen sich nach der Konstruktion des Dawesplans wie folgt: Der Anteil des Reichs (in Stammaktien) beträgt 13 Milliarden Mark, der der Reparationskommission (in Obligationen) 11, der des privaten Kapitals (in Vorzugsaktien) 2, das ergibt zusammen 26 Milliarden Mark. Wie bekannt, haben deutschen Einwänden gegenüber die Sachverständigen immer bestritten, daß die Auferlegung einer Reparationsschuld von 11 Milliarden Mark eine Überschuldung der Reichsbahn bedeute; sie haben stets betont, daß das alte Regime in der Bewirtschaftung der Eisenbahnen so erfolgreich war, daß der Reingewinn aus den Eisenbahnen »trotz weitgehender und tatsächlich übertriebener Übernahme laufender Kosten auf Betriebs- und Instandhaltungskonto 1 Milliarde« betragen habe, so daß das neue Regime bei sparsamer und rationeller Wirtschaft nicht nur Verzinsung und Amortisation der Obligationsschuld sondern auch eine angemessene Verzinsung für die Vorzugs- und Stammaktien erzielen könne. Wie die Reichsbahn ihre Obligationsschuld im Betrag von 11 Milliarden Mark tragen könne, so sei auch die deutsche Industrie imstande die ihr zu Reparationszwecken auferlegten 2 Milliarden Mark mit 5 % zu verzinsen und mit 1 % zu amortisieren, weil sie sich durch die Inflation in weitreichendem Maß von in- und ausländischen Schulden freigemacht habe.

Ruft man sich die Konstruktion des Dawesplans in die Erinnerung, so erkennt man leicht, worum es sich jetzt handelt. Die Reparationskommission ist die Eigentümerin von 16 Milliarden Reichsbahn- und Industrieobligationen geworden, die mit einem Zinsfuß von 5 % und einem Tilgungsfuß von 1 % ausgestattet sind. Als Eigentümerin dieser Obligationsmasse hält sie sich für berechtigt diese auf dem internationalen Kapitalmarkt zu verkaufen, wenn Zeit und Umstände hierfür günstig sind. An diese Möglichkeit hat man übrigens sowohl in Amerika als auch in Frankreich schon lange gedacht. Man weiß dort, daß an eine Veräußerung der deutschen Zahlungsverpflichtungen aus dem Reichshaushalt, die sich im Reparationsjahr 1928-1929 auf 1250 Millionen Mark steigern werden, einstweilen noch nicht zu denken ist. Um Deutschland diese Zahlungen zu erleichtern, läßt Poincaré bekanntlich umfangreiche Pläne zur Verwertung und Beteiligung deutscher Arbeit in Frankreich ausarbeiten, die genau das gleiche Ziel und die gleichen Methoden haben wie die Pläne Le Trocquers aus der Zeit vor dem Ruhrkrieg, die Lord d'Abernon durch Ermunterung deutscher Erfüllungsgegnerschaft erfolgreich zu sabotieren verstand. Es ist auch unrichtig, daß, wie man in deutschen Zeitungen lesen kann, Frankreich, oder daß Poincaré eine »Wandlung« vollzogen hat. Richtig ist vielmehr, daß Paris heute wie 1922 alles tun will, um durch Entgegennahme deutscher Sachlieferungen und Arbeitsleistungen Deutschland die Erfüllung so einfach wie möglich zu machen. Neu hinzugekommen ist zu dem Reparationsproblem allerdings die durch den Dawesplan geschaffene Zweiteilung der deutschen Reparationsschuld in eine Obligations- und eine Reichshaushaltsschuld. Die Obligationsschuld, die den nominalen Wert von 16 Milliarden aufweist, schließt die Möglichkeit in sich nach und nach in eine auswärtige Anleihe umgewandelt zu werden. Die Verhandlungen Parker Gilberts mit Volpi (zu denen übrigens, offenbar wider Erwarten der Wilhelmstraße, der Reichsfinanzminister Köhler, der nach Rom geeilt war, nicht hinzugezogen wurde) zielen auf Verwirklichung dieser Möglichkeit hin, wobei bemerkt werden muß, daß der deutschen Verpflichtung aus der Obligationsschuld von Anfang ein Amortisationsplan (Tilgungsfuß 1 % pro Jahr) zugrunde lag, wonach sie in rund 36 Jahren getilgt sein wird. Zeitlich unbegrenzt geblieben ist nur jener Teil der Reparationsschuld, der als Reichshaushaltsschuld mit einem Zinsendienst von 1250 Millionen Mark aus den Zollerträgen und Verbrauchsabgaben bei Tabak, Bier, Branntwein und Zucker sowie von 290 Millionen Mark aus der Beförderungssteuer ausgestattet ist. Hier erwähnt der Dawesplan einen Tilgungsfuß nicht, so daß dieser Teil als zeitlich unbegrenzt, wenn man will, sogar als "ewige" Schuldverpflichtung aufgefaßt werden kann. Was die zeitliche Begrenzung der Zahlungen anlangt, so ist eine Revision des Dawesplans also nur noch für jenen Teil der Reparationsschuld notwendig, dessen Zinsendienst aus dem Reichshaushalt fließt; bei der Obligationsschuld drücken der Zinsfuß von 5 % und der Tilgungsfuß von 1 % pro Jahr ohnehin vollkommen klar aus, daß hier die Zahlungsverpflichtung auf rund 36 Jahre begrenzt worden ist.

Wenn einstweilen auch an einen Verkauf der deutschen Jahreszahlungen aus dem Reichshaushaltsplan auf dem internationalen Kapitalmarkt noch nicht zu denken ist, da schon die Unterbringung der deutschen Obligationsschuld von 16 Milliarden Mark einige Jahre in Anspruch nehmen wird, so wären Frankreich trotzdem deutsche Vorschläge darüber, wie Zins und

Tilgungsfuß für die Reichshaushaltsschuld später einmal festgesetzt werden könnten, auf jeden Fall sehr erwünscht. Man kann ruhig sagen, daß in Frankreich kein Mensch von einer "ewigen" Reparationsschuld Deutschlands etwas wissen will. Der frühere Staatssekretär Freiherr von Rheinbaben dürfte ziemlich nahe an die Wahrheit herankommen, wenn er Frankreich die Absicht zuschreibt seine Schulden an England und Amerika loszuwerden und darüber hinaus wenigstens noch »einige Goldmilliarden in bar« zum Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete zu erhalten. Frankreich will, wie Poincaré in Carcassonne sagte, möglichst schnell von seiner auswärtigen Schuld aus dem Krieg befreit werden; es wünscht aber auch, daß Deutschland möglichst schnell von seiner Reparationsschuld loskommt. Das war der Grund, der Briand in Thoiry veranlaßte Stresemann zu bitten von seinen Finanzsachverständigen Pläne zur möglichst schnellen Erledigung der Schuldverpflichtungen aus dem Krieg ausarbeiten zu lassen. Wie wir aus Briands Rede im Senat am 2. Februar 1928 wissen, ist bisher nichts geschehen, um diesen Wunsch Frankreichs der Erfüllung näher zu bringen. Kein Wunder, daß Parker Gilbert nunmehr selbst nach 4maliger Fühlungnahme mit Poincaré an die Aufgabe herantritt jenen Teil der Reparationsschuld, der in 36 Jahreszahlungen zu erledigen ist, nämlich die deutsche Obligationsschuld, zu verkaufen, um ihren Gegenwartswert zu realisieren. Es ist jedoch grundfalsch anzunehmen, daß an dieser Transaktion nur Frankreich interessiert sei. Auch Italien, England und Amerika nehmen Interesse daran, und Amerika sicherlich am meisten, weil der Erlös aus dem Verkauf der deutschen Reichsbahn- und Industrieobligationen über Frankreich, Italien und England schließlich ziemlich vollständig in die amerikanische Staatskasse fließen wird. Vielleicht wich Parker Gilbert in Rom einer Fühlungnahme mit Köhler deshalb aus, weil es sich in dieser Frage für ihn nur darum handelt das amerikanische Interesse zu vertreten und nicht das deutsche. Es scheint überhaupt an der Zeit die Wilhelmstraße daran zu erinnern, daß die deutsche Reparationsfrage in hohem Grad eine amerikanische Frage geworden ist. Insgesamt sollen die Vereinigten Staaten von den reparationsberechtigten Ländern, einschließlich Jugoslawien, Rumänien und Griechenland, in 62 Jahreszahlungen 85,2 Milliarden Mark erhalten. Als in 62 Jahreszahlungen mit Zins und Tilgung abzutragende Kapitalschuld sind anerkannt worden von Großbritannien 18,4 (Endsumme 44,4) Milliarden Mark, von Frankreich 16,1 (Endsumme 27,2), von Italien 8,0 (Endsumme 9,6) und von Belgien 1,7 (Endsumme 3,0) Milliarden Mark. Bei Frankreich, Italien und Belgien stehen und fallen die Forderungsrechte der Vereinigten Staaten mit Deutschlands Zahlungen aus dem Dawesplan. Darüber besteht heute in den Vereinigten Staaten nirgendwo ein Zweifel mehr. Daher das brennende Interesse Washingtons an der Erfüllung des Dawesplans. Tatsächlich, wenn auch noch nicht de jure, ist Amerika schon heute der Hauptgläubiger aus dem Dawesplan. Ihm gehören de facto die deutschen Eisenbahn- und Industrieobligationen. Daher wird auch Washington naturgemäß darüber bestimmen können und bestimmen, wann und auf welche Weise diese Obligationen kommerzialisieren sollen.

Die Tatsache, daß durch die Schuldenabkommen der früheren Alliierten mit den Vereinigten Staaten diese der Hauptgläubiger aus dem Dawesplan geworden sind, gibt die Erklärung dafür, warum in der amerikanischen Presse die Pläne den Daweszahlungen den Charakter völkerrechtlicher Zah-

lungsverpflichtungen zu nehmen und sie in Zins- und Tilgungszahlungen für eine auswärtige Anleihe Deutschlands zu verwandeln so lebhaft besprochen werden. Naive Freude hat in Deutschland namentlich der unter der Bezeichnung Cashkompromiß vielerörterte Plan eines amerikanischen Finanzkonsortiums erregt, das die deutschen Reparationszahlungen für den niedrigen Preis von 21 Milliarden Goldmark an sich bringen möchte. Diese Summe soll unter den Gläubigerstaaten, die die Verkäufer der deutschen Reparationszahlungsverpflichtungen sind, in der Art verteilt werden, daß der Löwenanteil den Vereinigten Staaten zufällt, und zwar 16,8 Milliarden. Mit dieser Summe sollen die Forderungsrechte der Vereinigten Staaten gegenüber den früheren Alliierten getilgt werden. Außerdem soll Washington noch 1,5 Milliarden zur Deckung der Kosten für die amerikanische Besatzungsarmee am Rhein erhalten. Man sieht, daß nach diesem Plan der amerikanischen Hochfinanz 17,85 Milliarden Mark von dem Kaufpreis der deutschen Reparationszahlungen ohne weiteres in die Kasse der Vereinigten Staaten fließen, womit alsdann deren frühere Verbündete von ihren Zahlungsverpflichtungen, die sich auf dem Papier als Endsumme auf 83,2 Milliarden Goldmark belaufen, befreit sein würden. Nachdem die Vereinigten Staaten von dem Kaufpreis für die deutschen Reparationsleistungen 17,85 Milliarden Mark erhalten haben, sollen von dem alsdann noch verbleibenden Rest 0,80 Milliarden Mark zur Abzahlung der ersten Dawesanleihe Verwendung finden. Übrig blieben dann noch vom Kaufpreis 2,35 Milliarden Mark für die übrigen Forderungsberechtigten. Frankreich erhalte nach diesem Plan nicht, wie Freiherr von Rheinbaben annimmt, »einige Milliarden« sondern nur rund 1 Milliarde Mark zur Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung.

Sehr irrig wäre es nun die Kommerzialisierung der deutschen Zahlungsverpflichtungen aus dem Dawesplan so anzusehen, als ob sie eine Reduktion der deutschen Zahlungsverpflichtungen unbedingt mit sich bringen müßten. Gewiß weiß das Finanzkonsortium, das hinter dem Plan des Cashkompromisses steht, daß es Deutschland durch einen Zahlungsnachlaß wahrscheinlich seinen Verzicht auf den Transferschutz wird abkaufen müssen. Es wäre aber falsch anzunehmen, daß es für diesen Verzicht viel zu zahlen bereit sei. Können doch die Käufer der deutschen Jahreszahlungen uns mit den Bestimmungen des Dawesplans über den Wohlstandszuwachs (Besserungsschein) eine Gegenrechnung aufmachen. Das amerikanische Finanzkapital weiß genau, daß Deutschland, wie der ehemalige Staatssekretär Julius Hirsch sagt, »im letzten Jahr 500 Millionen infolge gänzlich falscher Steuerpolitik mehr gezahlt hat als Dawes und die Seinen überhaupt grundsätzlich vorgeschrieben hatten«. In Deutschland, wo man in rührender Naivetät annimmt, daß das amerikanische Finanzkapital aus reiner Deutschenliebe die Daweszahlungen aufkaufen will, wird man staunen, wenn man die wahren amerikanischen Ansichten erst einmal kennen lernen wird. Sicher ist, daß das amerikanische Kapital am Ankauf der Daweszahlungen gründlich "verdienen" will, woraus sich ergibt, daß die vielleicht für den Verzicht auf den Transferschutz zu erzielende Herabsetzung der Jahreszahlung sicherlich nur sehr minimal ausfallen wird.

Man kann nun annehmen, daß die früheren Alliierten der Amerikaner einen Kaufpreis von 21 Milliarden Mark für ihre Forderungsrechte aus dem Dawesplan wahrscheinlich als viel zu niedrig ansehen und den Cashkompromiß daher ablehnen werden. Mehr Aussicht auf Verwirklichung hat dagegen

jenes Finanzprojekt, das einen Kaufpreis von 32 Milliarden Mark vorsieht. Davon könnte das amerikanische Schatzamt 20 Milliarden Goldmark einstreichen, und Frankreich trotzdem noch einige Milliarden für die Wiedergutmachung der Kriegszerstörung erhalten. Andererseits würden, bei einem Kaufpreis von 32 Milliarden, Jahreszahlungen von 2500 Millionen Mark, wie sie der Dawesplan als deutsche Höchstleistung vorsieht, gerade nur ausreichen, um einen den gegenwärtigen Geldmarktverhältnissen entsprechenden Zins- und Tilgungsfuß festsetzen zu können. Bei solchem Kaufpreis hätte Deutschland nur eine geringe Entschädigung für den Verzicht auf den Transferschutz zu erwarten, weil die 2500 Millionen Mark, die es zu zahlen hat, keine wesentliche Erniedrigung verträgen, wenn die verbleibende Summe noch zur Verzinsung und Amortisation ausreichen soll. Auch die Anzahl der Jahreszahlungen könnte nicht klein sein. Bei einem Zinsfuß von 7 % und einem Tilgungsfuß von 1 % kämen immer noch 30 Jahreszahlungen heraus. Eine Ermäßigung der deutschen Jahreszahlung könnte freilich durch Herabsetzung des Zinsfußes herbeigeführt werden. Begnügt sich das amerikanische Finanzkapital mit einem Zinsfuß von 6 %, so wären zur Tilgung der 32 Milliarden Mark bei einem Tilgungsfuß von 1 % nur Jahreszahlungen von 2240 Millionen Mark notwendig, die sich allerdings auf rund 35 Jahre erstreckten.

Große Verwirrung erzeugt im deutschen Denken aber nicht nur die Tatsache, daß zur Verzinsung und Tilgung einer auswärtigen Anleihe im Betrag von 32 Milliarden Mark heute annähernd 2500 Millionen Mark gebraucht werden, also eine Summe, die den normalen Daweszahlungen entspricht, sondern auch der Umstand, daß mit der Verwandlung der Daweszahlungen in einen Zinsen- und Tilgungsdienst für eine auswärtige Anleihe die 132 Milliarden des Londoner Zahlungsplans vom 5. Mai 1921 um 100 Milliarden reduziert werden würden, ohne daß sich freilich hieraus für Deutschland ein finanzieller Vorteil nachweisen läßt. Der Grund hierfür liegt darin, daß eben der Dawesplan de facto den Londoner Zahlungsplan längst außer Kraft gesetzt hat und damit auch dessen Schuldbemessung. Der Londoner Zahlungsplan sah vor: 1. A-Bonds im Betrag von 12 Milliarden mit einem Zinsendienst (5 %) von 600 Millionen und einem Tilgungsdienst von 120 Millionen Mark, 2. B-Bonds im Betrag von 38 Milliarden mit einem Zinsendienst (5 %) von 1600 Millionen und einem Tilgungsdienst von 380 Millionen Mark, 3. C-Bonds im Betrag von 82 Milliarden mit einem Zinsendienst von 0 Mark und einem Tilgungsdienst von ebenfalls 0 Mark. Das ergab eine Jahreszahlung von 2600 Millionen Mark, also annähernd die nämliche Summe, die der Dawesplan als normale Jahreszahlung vorsieht. Die C-Bonds, die immer nur einen fiktiven Wert hatten, spielen im Londoner Zahlungsplan eine ähnliche Rolle wie der Wohlstandszuwachs im Dawesplan, das heißt, sie konnten nur wirksam werden, wenn Deutschlands obere Finanzbureaukratie eine ganz besonders unsinnige Politik trieb. Die C-Bonds mit ihren 0 Mark Zinsen- und 0 Mark Tilgungsdienst wurden schon im Jahr ihres Entstehens, 1921, von den Finanzsachverständigen nirgendwo ernst genommen, was viele Rechts- und Linkspolitiker allerdings nicht davon abhielt über sie ein lautes Getöse zu machen. In Wirklichkeit haben die Zahlungen des Londoner Zahlungsplans von 1921 auch immer nur einen Verkaufswert von 32 bis 33 Milliarden Mark gehabt, weil kein Kapitalist für die mit 0 Mark Zinsendienst ausgestatteten C-Bonds im Betrag von 82 Milliarden Mark etwas gegeben hätte. Die 132 Milliarden Mark Repara-

tionsschuld waren stets nur eine Fiktion. Und darum ist auch die Verringerung der Reparationsschuld um 100 Milliarden, die uns Parker Gilbert zu bringen scheint, nur Blendwerk. Sieht man von den C-Bonds ab, so gilt sowohl vom Londoner Zahlungsplan als auch vom Dawesplan, daß sich aus ihnen durch Kapitalisierung ihrer normalen Jahreszahlungen (bei einem Zinsfuß von 7 % und einem Tilgungsfuß von 1 %) ein Gegenwartswert von 32 Milliarden Mark herausrechnen läßt. Was nun die Höhe dieser Summe an sich betrifft, so muß denen, die es noch nicht wissen sollten, gesagt werden, daß der Reparationsagent sehr genau darüber unterrichtet ist, daß alle 2 Jahre 32 Milliarden Mark von der deutschen Bevölkerung als Steuern und Sozialbeiträge aufgebracht werden müssen. Daher die Tatsache, daß ihm eine Reparationsschuld in der Höhe der Steuer- und sozialen Leistungen zweier Jahre nicht als phantastisch erscheint, daher wohl auch sein Glaube, daß sich die Daweslast leicht in eine auswärtige Anleihe zum Vorteil des amerikanischen Finanzkapitals umwandeln läßt.

Das deutsche Volk wird jedoch gut tun ruhig zu prüfen, ob das, was dem amerikanischen Finanzkapital frommen würde, auch ihm wirklich zum Heil gerät. Bei einer solchen Prüfung wird man leicht entdecken, daß Deutschland aus dem Regen unter die Traufe käme, wenn es sich ohne vorausgehende direkte Verständigung mit seinen kontinentalen Gläubigerstaaten, vor allem mit Frankreich, auf die amerikanischen Vorschläge einließe.

WALTHER PAHL · NEUE WEGE UND ZIELE DER WIRTSCHAFTSREFORM IN ENGLAND

MAN kann das Erneuerungsprogramm des britischen Liberalismus, das hier schon von Max Schippel in seiner grundsätzlichen Bedeutung gewürdigt wurde¹, ein Dokument von historischem Rang nennen. Denn es kündigt eine ideengeschichtliche Wendung an. Die klassische Liberale Partei des klassischen liberalen Wirtschaftslands verzichtet darauf in dem Laissez-faire-Prinzip weiterhin das Kernstück der liberalistischen Lehre zu erblicken. Wenn die Liberale Partei den Einfluß des Staats auf die Wirtschaft nicht nur als gegeben anerkennt sondern auch auf gesetzlichem und administrativem Weg sichern und erweitern will, wenn sie sich nicht mehr der Einsicht zu verschließen vermag, daß es heute unmöglich ist in einem staatsfremden Raum Wirtschaft zu betreiben, so bedeutet das praktisch das Aufgeben des liberalistischen Grunddogmas.

Das Postulat des Liberalismus hat in England von jeher seine Elastizität bewahrt. Die prinzipielle Forderung stellte sich nicht vor die Wirklichkeit sondern hinter sie. In Deutschland nahm und nimmt man das liberale Prinzip nicht vernünftig sondern wörtlich. Der deutsche Liberalismus hört auch heute noch nicht auf die Wirklichkeit mit seinen prinzipiellen Forderungen zu vergewaltigen. In dogmatischer Besessenheit erblicken deutsche Theoretiker des Liberalismus im Jahr 1928 in der Wirtschaftsfreiheit immer noch das »angeborene, unveräußerliche wirtschaftliche Naturrecht, das die größte Wohlfahrt aller auf natürlichem Wege sichert«; ja sie wünschen, das "Laissez faire, laissez passer!" würde unser »tägliches Morgen- und Abendgebet«².

1) Siehe Schippel Ein Erneuerungsprogramm des englischen Liberalismus, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 190 und folgende.

2) Siehe Salz Das Ende des laissez faire?, im Deutschen Volkswirt 1928 Seite 593 und folgende.

Und wenn liberale führende Praktiker unseres Wirtschaftslebens sich in grundsätzlicher Form äußern, erschrickt man nicht weniger vor der Dürftigkeit und gedanklichen Armut dieser Äußerungen. Letzthin hat die Darmstädter und Nationalbank ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1927 mit prinzipiellen Gedanken über Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideen eingeleitet, die in Form eines Manifests vorgetragen werden. Um den Niveauabstand deutscher und englischer liberaler Unternehmerideologie zu demonstrieren, sei auf dieses wirtschaftspolitische Bankmanifest in Kürze eingegangen. Die Frage des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft steht im Mittelpunkt dieses Geschäftsberichts, der den Leiter der Darmstädter und Nationalbank, Jakob Goldschmidt, zum Verfasser hat:

»In ihrem Streben nach neuer Entfaltung kann die Wirtschaft nicht übersehen, daß die zunehmende Einwirkung des Staates auf alles wirtschaftliche Geschehen eine Erstarrung und damit eine Gefährdung der Entfaltung mit sich bringt ... Der Staat als höchste autoritative Stelle dürfte seine objektive Werte, von der aus er den Gang der Ereignisse zu verfolgen hat, nicht verlassen. Mehr und mehr aber hat er in den natürlichen Entwicklungsprozeß eingegriffen und ist in zunehmendem Maße zum bestimmenden Faktor in unserem Wirtschaftsleben geworden. Er setzt die Miete fest, bestimmt den Wohnungsbau, diktiert die Eisen-, Kohlen- und Kalipreise, er betreibt Unternehmungen größten Ausmaßes, betätigt sich in steigendem Maße im Bank- und Kreditwesen, er erhebt Steuern nicht nur nach dem Einkommen sondern auch von der Substanz und bestimmt diktatorisch von einer Zentralstelle aus Löhne und Arbeitszeit ... Der Staat muß wieder zu seinen eigentlichen Aufgaben zurückkehren und muß sich hüten aus einer freien eine vom Staat manipulierte Wirtschaft zu machen. Er darf nicht vergessen, daß das deutsche Unternehmertum gegenüber den Ländern, in denen sich der einzelne mit seinen individuellen Kräften freier betätigen kann, bestehen muß, und daß der Kampf um den Weltkonsum erst in den nächsten Jahren zum Austrag gebracht werden wird.« Es wird hier also immer noch der natürliche Entwicklungsprozeß, die freie Initiative gegen den Staat ausgespielt, als ob erst der Staat durch seine wirtschaftliche Betätigung den Spielraum des freien Konkurrenzkampfs eingengt hätte. Die gebundene Organisationswirtschaft, der gegenüber hier die freie Initiative der Unternehmer betont wird, hat sich doch aus der Automatik der natürlichen Fortentwicklung eben dieser freien Konkurrenzwirtschaft heraus entwickelt. Und erst, als die Gefahren des privaten Monopols sichtbar wurden, dessen Bildung bereits die Aufhebung des liberalen Prinzips bedeutete, griff der Staat kontrollierend ein. Wenn trotzdem in sturer Gedankenlosigkeit die Dinge immer wieder so dargestellt werden, als sei der Staat der Totengräber des liberalen Prinzips, so bedeutet das den Staat zum Prügelknaben machen. Man sollte füglich erwarten dürfen, daß der Leiter einer unserer führenden Banken denkender Wirtschaftspolitiker genug ist, um die Dinge nicht aus der Perspektive des Leitartiklers einer liberalen Zeitung zu sehen, der den horror rei publicae sozusagen von Berufs wegen hat. Was der Geschäftsbericht der Darmstädter und Nationalbank aber über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft zu sagen weiß, überragt kaum die Gemeinplätze eines Leitartikels. Es ist zum Beispiel nicht wahr, daß der Staat die Eisen-, Kohlen- und Kalipreise diktiert. Das Preisdiktat geht vielmehr von den Syndikaten aus, während der Staat sich darauf beschränkt durch seine Kontrolle Schärpen dieses Preisdiktats zu mildern. Glaubt Goldschmidt im Ernst an die volkswirtschaftliche Möglichkeit einer Freigabe der Mietenbildung, solange bei einem Hypothekenzinsfuß von 10 bis 12 % und einem Baukostenindex von 170 % ein freier Wohnungsbau unmöglich ist? Goldschmidt befindet sich auch in einem schweren Irrtum, wenn er meint, daß die Unternehmer anderer Länder sich freier betätigen können. Allenthalben vielmehr

haben sich die Unternehmer selbst gebunden, und der Staat übt immer weitergehende Kontrollbefugnisse aus. Am konsequentesten ist die Staatskontrolle bisher im fascistischen Italien durchgeführt. In anderen europäischen Ländern hat sich die Ohnmacht des freien Unternehmertums deutlich offenbart. Lange bevor John Maynard Keynes in seinem Berliner Vortrag das Ende des Laissez-faire-Prinzips theoretisch verkündet hat, ist auf dem europäischen Kontinent praktisch der Grundsatz verlassen worden, daß sich der Staat in wirtschaftliche Dinge nicht einzumischen habe. Mehr als man in Europa zu wissen scheint gewinnt auch in den Vereinigten Staaten von Amerika ein spezifisch amerikanischer Staatssozialismus Position auf Position. Anfangs unmerklich, aber nach und nach immer sichtbarer, verliert man auch in Nordamerika den Glauben daran, daß das wirtschaftende Individuum in der ungehinderten Verfolgung seines ökonomischen Sonderinteresses zugleich für die Volksgesamtheit den besten wirtschaftlichen Erfolg herbeizuführen vermag. Der Versuch durch die Antitrustgesetzgebung die Gruppenbildung der Unternehmer zu verhindern scheiterte kläglich.

Der Manchestertyp des Unternehmers stirbt aus. Der Kapitalismus überwindet das Laissez-faire-Prinzip, soweit es überhaupt jemals in praktischer Geltung stand, aus eigenen Kräften³. Der Staat hat nichts dazu getan. Er nimmt erst dort Einfluß auf die Wirtschaft, wo der Zusammenschluß bereits erfolgt ist, und die Gefahr der mißbräuchlichen Ausnutzung des Monopols besteht. Der Protest aber gegen diese Einflußnahme des Staates kann nicht, wie Goldschmidt dies in seinem wirtschaftspolitischen Bekenntnis tut, durch den Appell an die Manchestermaxime bekräftigt werden. Wenn das trotzdem immer wieder geschieht, so deshalb, weil man sich scheut in aller Öffentlichkeit seiner eigentlichen Sorge Ausdruck zu geben. Man sagt: Der Staat untergräbt die persönliche Initiative. Aber man meint: Das durch die Zusammenballung der Kräfte ermöglichte Preisdiktat wird durch die Kontrolle des Staates eingeschränkt. Das deutsche Unternehmertum bewegt sich bei seinen ideologischen Bekenntnissen in eigenartigen Widersprüchen. Während man auf der einen Seite die Eingriffe des Staates mit der Berufung auf liberale Dogmen bekämpft, bekennt man auf der andern freimütig, daß durch den Verzicht auf die Durchführung eben dieser liberalen Prinzipien »höhere Gesamtleistungen eines Betriebes und der gesamten Volkswirtschaft« erzielt werden können. In diesem Sinn sagte Hermann Bücher auf der Frankfurter Mitgliederversammlung des Reichsverbands der Deutschen Industrie:

»Das Zeitalter der Laissez-faire-Maxime, des unbegrenzten Individualismus ist vorüber. Man hat erkannt, daß höhere Gesamtleistungen eines Betriebes und der gesamten Volkswirtschaft in einer durchorganisierten Wirtschaft vollbracht werden können.« Wenn man dennoch den Kampf gegen den Staat mit den liberalen Dogmen begründen zu können glaubt, so ist das ein Zeichen für die Schwäche der ideologischen Position, in der sich der deutsche Liberalismus befindet.

Die Liberale Partei Englands hat als erste aus der Erkenntnis, daß die Wirtschaft sich über das Manchestertum hinaus entwickelt hat, die wirtschaftspolitischen Konsequenzen gezogen. Es wird nicht mehr als die Aufgabe des Liberalismus angesehen sich der auf eine Überwindung der freien Konkurrenz durch größere Gruppenbildung hinsteuernenden Wirtschaftsentwicklung entgegenzustemmen. Diese Entwicklung soll vielmehr gefördert werden. In

³) Siehe dazu auch Keiser Gruppe und Gruppenbildung, eine neue Phase der kapitalistischen Konzentration, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 204 und folgende.

der Tat ist in der englischen Wirtschaft die Freiheit des Profitstrebens schon weitgehend ausgeschaltet. Von dem vor dem Krieg auf 14 Milliarden Pfund geschätzten Gesamtkapitalwert Englands werden heute nahezu 4 Milliarden unter öffentlicher Kontrolle verwaltet. Nicht weniger als zwei Drittel aller englischen Großunternehmungen arbeiten nur mit beschränktem Profit. Die Regeln individueller Wirtschafts- und Profitfreiheit gelten nur noch für ein Drittel der Großunternehmungen des Landes. Eine Reorganisation der Wirtschaft in der Richtung, daß die in viele kleine und kleinste Unternehmungen zersplitterten Wirtschaftskräfte einheitlich zusammengefaßt und öffentlicher Kontrolle unterstellt werden, ist in einzelnen Wirtschaftszweigen, wie in der Elektrizitätswirtschaft, in vollem Gang und bereitet sich in weiteren Produktionszweigen vor. Diese Entwicklung soll nach dem Programm der englischen Liberalen bewußt dadurch gefördert werden, daß alle staatlichen, kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Betriebe, soweit sie öffentlich-rechtliche Funktionen ausüben, unter eine einheitliche Oberleitung gebracht werden. Es wird dabei an die Konzentration dieser gewaltigen öffentlichen Mittel in der Art eines einheitlich geleiteten Konzerns gedacht.

Die liberalen Wirtschaftsreformer vertrauen darauf, daß die wirtschaftliche Entwicklung allmählich ganz von selbst zu einer steigenden Ausbreitung dieses Public Concerns führen werde. Insbesondere werde er in der Elektrizitätswirtschaft von Bedeutung werden. Auch die 4 großen Gruppen der Eisenbahngesellschaften seien reif dafür. Vor allem aber seien alle Aktiengesellschaften, bei denen eine große Anzahl von Menschen die Kapitalgeber sind, auf dem Weg zum Public Concern. Bei diesen Aktiengesellschaften mit diffused ownership habe sich eine Trennung zwischen Betriebsleitung und Kapitalbesitz vollzogen. Damit werde bei dieser Gesellschaft eine wirkliche Kontrolle durch ihre Aktionäre verhindert. Sie haben auf die Leitung des Unternehmens keinen Einfluß mehr; sie haben sich vielmehr mit ihren Standardrevenue zufrieden gegeben und überlassen im übrigen die Geschäfte dem Direktorium, das unumschränkt die Macht über das Unternehmen besitzt. Das gelte insbesondere für die großen Joint Stock Companies, die, wenn sie über 50 Aktionäre haben, besonderen Regeln unterstehen und Public Companies heißen. Deren gibt es heute in England etwa 10 000. Diesen Gesellschaften soll eine Publizität aller Geschäftsangelegenheiten zur Pflicht gemacht werden. Fernerhin sollen sie ebenso wie die Großunternehmungen, die eine Monopolstellung besitzen (das gilt zurzeit für eine Gruppe von 50 Konzernen), noch einer öffentlichen Kontrolle unterstellt werden.

Wenn der Bericht auch in der Trennung der Leitung des Betriebs von dem Kapitalbesitz bei den Aktiengesellschaften mit diffused ownership die eigentliche Ursache von skandalösen Auswüchsen des modernen Kapitalismus erblickt, da die Aktionäre eine wirkliche Kontrolle über das Unternehmen nicht mehr ausüben, so wird doch von den liberalen Wirtschaftsreformern eine weitere Ausbreitung des Gedankens der diffused ownership durchaus begünstigt. Die durch die Aktiengesellschaften herbeigeführte Zersplitterung des Kapitalbesitzes führe automatisch zu der Notwendigkeit ein Unternehmen aus einem reinen Privatbetrieb zu einem Public Concern zu machen, weil die vielen Kapitalsteilhaber selbst das Bedürfnis nach einer öffentlichen Kontrolle haben werden, nachdem ihnen eine direkte Einflußnahme auf das Werk und die Art der Betriebsführung heute doch ganz unmöglich geworden ist: »Das Ziel darf nicht sein die Eigentümerklasse zu vernichten sondern sie zu erweitern.«

In einer Ausdehnung des Systems der Gewinnbeteiligung (profit sharing) sieht der Bericht einen der wichtigsten Schlüssel für die Lösung der "sozialen Frage". Die Ansammlung der Kapitalien in wenigen Händen muß verhindert werden. Schon heute gehören neun Zehntel des englischen Nationalvermögens einer Minderheit von 4 Millionen Menschen. Bei im ganzen 20 Millionen Berufstätigen entfallen bisher nur 62 % des Nationalvermögens auf Löhne und Gehälter, während die übrigen 38 % in Gestalt von Zinsen, Gewinnen und Unternehmeranteilen an die kapitalistische Minderheit fließen. Die großen Vermögen sollen zerschlagen werden, damit die Anzahl der Kleinkapitalisten vermehrt werden kann. Zu diesem Zweck soll außerdem noch die Erbschaftssteuer erhöht werden, die schon jetzt bis zu 40 % der Vermögen erfaßt. Für den Kauf von Kleinaktien ist die Einführung des Abzahlungsgeschäfts vorgesehen. Ein neu zu gründender Investment Trust soll den Schutz der Kleinaktionäre übernehmen. Fernerhin wird empfohlen den überschüssigen Profit für die Aktienaussgabe an die Arbeiter zu verwenden. Es wird als Beispiel auf eine Gesellschaft hingewiesen, bei der auf solchem Weg allmählich mehr als die Hälfte des Kapitals in die Hände der Arbeiter gelangte, so daß heute drei Viertel der Fabrikationsgewinne an sie fließen. Mehr als ein Drittel des Aktienkapitals der Großkonzerne wie Courtauld, Brunner-Mond oder Cunard befindet sich heute in den Händen von Kleinaktionären, deren Anteile unter 100 Pfund liegen. Dadurch soll nach dem liberalen Plan ein allmählicher Umbau des Kapitalismus nach der Richtung erfolgen, daß er die soziale Idee praktisch verwirklicht, ohne daß das System als solches beseitigt wird. Alles neugebildete Kapital soll im Sinn der diffused ownership verwertet werden. Einem neu zu bildenden Board of National Investment soll die planmäßige Sammlung und Verwendung der Neukapitalien im Sinn der liberalen Vorschläge anvertraut werden. In Zusammenarbeit mit diesem Board soll ein aus den einzelnen Behörden zusammengesetzter wirtschaftlicher Generalrat die Produktivkräfte der Nation systematisch gliedern und zusammenfügen.

Die Durchführung dieser Projekte scheint dem liberalen Untersuchungskomitee die Erreichung ihres Ziels: die Wirtschaft unter Kontrolle der Allgemeinheit einheitlich zu formen, zu gewährleisten. Die beiden wichtigsten Forderungen des liberalen Reformprogramms: die Staatskontrolle und die Erweiterung der Eigentümerklasse durch Schaffung von Kleinkapitalisten, sollen die Wirtschaft aus einer privaten zu einer öffentlichen Angelegenheit machen. Diese Forderungen werden aber nicht aus irgendwelchen prinzipiellen ideologischen Erwägungen heraus erhoben, sondern produktionspolitische Notwendigkeiten, die aus der modernen Großwirtschaft des Kapitalismus entstanden sind, erzwingen sie. Diese *produktionspolitische* Begründung der Forderung dem Staat ein maßgebliches Kontrollrecht in der Wirtschaft zu geben ist das eigentlich Wichtige.

Ein besonderer Abschnitt des Berichts des liberalen Untersuchungskomitees befaßt sich mit der Frage, wie die Produktivität der Industrie durch eine Besserung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefördert werden kann. Die Liberalen sind sich klar darüber, daß mit der Durchführung der Staatskontrolle und der Schaffung von Kleinkapitalisten noch nicht der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit beseitigt wird. Aus diesem Grund soll mit der im engern Sinn wirtschaftspolitischen Reform eine liberale Sozialreform Hand in Hand gehen. Auch die hier gemachten Vor-

schläge lassen deutlich erkennen, daß das altliberale Dogma des laissez faire aufgegeben wird. Zunächst wird ein gerechtes Lohnsystem gefordert, das neben einem gesetzlich erzwingbaren Mindestlohn einen Standardlohn gewähren soll, der den Fähigkeiten und Anstrengungen des Arbeiters entspricht. Außerdem soll der Lohn einen von den Geschäftserträgen des Unternehmens abhängigen Zuschlag enthalten:

»Das wahre Interesse der Unternehmer ist die Kombination einer Politik von hohen Löhnen mit niederen Kosten.«

In sehr grundsätzlicher Form fordert man »die Festlegung der Prinzipien, nach denen der durch ein Unternehmen geschaffene Reichtum aufgeteilt werden soll, und die Schaffung der Sicherheiten, daß er auch wirklich aufgeteilt wird«. Gemeinnützige Betriebe, wie die Gas-, Elektrizitäts- und Eisenbahngesellschaften, sollen gesetzlich verpflichtet sein die Gewinnbeteiligung der Arbeiter einzuführen. Diese Gewinnbeteiligung kann entweder durch Zuteilung von Aktien, durch besondere Lohnzuschläge oder auf anderen Wegen durchgeführt werden. Ferner schlägt die Kommission vor das Betriebsrätesystem allgemein gesetzlich einzuführen. Die obligatorische Einsetzung von Betriebsräten wird für alle Fabriken verlangt, die mehr als 50 Arbeiter beschäftigen. Ein Entscheidungsrecht sollen diese Betriebsräte aber nur für die Werksordnung besitzen, während sie im übrigen eine beratende Körperschaft darstellen. Den Betriebsräten wird das Recht zuerkannt jederzeit genaue Auskunft über den Geschäftsgang des Unternehmens zu verlangen und Einsicht in die Bücher zu nehmen. Den Angelpunkt des liberalen Sozialreformprogramms bildet ein zu schaffender Industrierat, der aus je 9 Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie 6 Regierungsvertretern bestehen soll. Dieser Rat soll dem ebenfalls neu zu schaffenden Industrieministerium zur Seite stehen. Den Unterbau dieses Industrierats werden die werksgemeinschaftlichen Wirtschaftsausschüsse bilden, die sich aus Vertretern der Unternehmer, der Arbeiter sowie nach Möglichkeit aus Vertretern der Third Party, das heißt des technischen und Direktionspersonals, zusammensetzen sollen. Diese Wirtschaftsausschüsse sind berechtigt die Verbindlichkeitserklärung ihrer Beschlüsse zu beantragen. Das Industrieministerium entscheidet dann auf Grund des ihm vom Industrierat vorgelegten Berichts.

Bei der Aufstellung dieser Forderungen mit dem Ziel der Herbeiführung einer industrial co-operation kommt eine gewerkschaftsfeindliche Tendenz nirgends zum Ausdruck. Vielmehr wird überall die Notwendigkeit der Sicherung des Bestands und des ungeschmälernten Wirkungskreises der Gewerkschaften anerkannt. An keiner Stelle wird das Gewerkschaftsgesetz von 1927 auch nur mittelbar in Schutz genommen. Es wird lediglich der Wunsch ausgesprochen, es möge den Gewerkschaften die »dämmernde Erkenntnis«, daß »die größtmögliche Steigerung der Produktivität für sie selbst von äußerster Wichtigkeit« sei, zur Gewißheit werden. Die Forderung nach Wiederherstellung eines unmittelbaren Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entspringt nicht irgendeiner Harmonieduselei sondern wird mit produktionspolitischen Motiven begründet.

Die Schaffung einer Industriellen Friedensliga zwischen Kapital und Arbeit bildet auch den wichtigsten Punkt des Reformprogramms Sir Alfred Monds, des konservativen Führers der Imperial Chemical Industries, des englischen Chemietrusts. Dieses Mondsche Reformprogramm ist neben dem Industrieprogramm der Liberalen Partei das wichtigste Dokument jener Wandlung,

die heute unter einem maßgebenden Teil der englischen Unternehmer vor sich geht. Mond kann auf die Erfolge hinweisen, die seine Verständigungspolitik in seinem eigenen Konzern seit Jahrzehnten gehabt hat. Zunächst legte er einen Plan für die Durchführung der Arbeitsgemeinschaft in seinem eigenen Werk vor. Ein von dem Trust einzurichtendes Central Labour Department soll die Verbindung zwischen Kapital und Arbeit herstellen. Jedes einzelne Werk des Konzerns bildet einen lokalen Betriebsrat, in dem neben Vertretern der Werksarbeiter Vertreter der Betriebsleitung sitzen. Die lokalen Betriebsräte werden dann in den General Works Councils zusammengefaßt, die wieder einen den Gesamtkonzern der Imperial Chemical Industries umfassenden Zentralbetriebsrat bilden, der unter dem Vorsitz Sir Alfred Monds tagen soll. Ferner ist vorgesehen, daß bis zu 50 % aller seit mindestens 5 Jahren im Betrieb beschäftigten Arbeiter in den Angestelltenstatus aufsteigen. Diese staff grade workers sollen Wochenlohn statt Stundenlohn beziehen, sie können nur mit monatlicher Kündigung entlassen werden, haben Anspruch auf vollen Lohn während einer Erkrankung bis zu 6 Monaten sowie auf Lohnzahlung an den Bankfeiertagen. Dieses ganze System soll durch eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter in Gestalt von erleichtertem Aktienbezug gefestigt werden. Jeder Arbeiter wird die Stammaktien des Chemietrusts zu 2 Shilling 6 Pence unter dem mittlern Marktkurs beziehen können. Alle Arbeiter, die 200 Pfund oder weniger im Jahr verdienen, werden für je 4 der von ihnen erworbenen Aktien eine Gratisaktie erhalten. Mit der Durchführung dieses Systems des profit sharing will Mond der Lohnarbeit den Warencharakter nehmen. Er will das Arbeitsverhältnis aus einem Kontraktverhältnis in einen rechtlich fundierten und mit sozialen Werten erfüllten Status verwandeln. Anlässlich dieses Plans wies der New Statesman darauf hin, daß von den 493 Versuchen zur Einführung der Gewinnbeteiligung nur 247 die Probe bestanden hätten, und daß die Gesamtzahl der am Gewinn beteiligten Arbeiter nicht einmal 200 000 beträgt.

Der Gewinnbeteiligungsplan, der ja auch, wie wir gesehen haben, in dem liberalen Programm eine hervorragende Rolle spielt, lehnt sich eng an amerikanische Vorbilder an. Ähnlich wie dort hofft man in England die Arbeiterfrage dadurch der Lösung näherbringen zu können, daß man den Arbeiter an der Prosperität des Kapitalismus teilhaben läßt. Man sieht die subjektive Unzufriedenheit der Arbeiter und hofft durch eine »neue Psychologie«, wie Sir Alfred Mond sich ausdrückt, Arbeiterklasse und Unternehmerklasse wieder zu versöhnen. In deren Dienst steht das Gewinnbeteiligungssystem, das dem Werksarbeiter den Glauben an Sicherheit und Freiheit, Rang und Einfluß, kurz soziales Eigenwertbewußtsein geben soll. Es kann nach unserer bisherigen Erfahrung kein Zweifel darüber bestehen, daß in der einseitigen Betonung der Notwendigkeit einer Änderung des objektiv ökonomischen Status eine Gefahr liegt. Man übersieht leicht, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit sich vorerst in der subjektiven Zone, das heißt in dem Umkreis von Macht und Freiheit abspielt. Darüber darf aber andererseits nicht vergessen werden, daß dieser zunächst sichtbare subjektive Tatbestand des sozialen Minderwertigkeitsgefühls des Arbeiters in objektiven Zuständen wurzelt. Zweifelsohne haben Mond und andere englische Wirtschaftsreformer den Hintergedanken den Willen des Arbeiters zur Änderung der ökonomischen Zustände dadurch schwächen zu können, daß sie dem Arbeiter, in dem sie lediglich den "verhinderten Kapitalisten" sehen, durch

das Kleinaktienwesen die Möglichkeit eröffnen an der Prosperität des Kapitalismus teilzuhaben. Sowenig man die hier vorliegende Gefahr verkennen darf, so braucht die Tatsache, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern teilweise angestrebt wird, weil das bisherige System für die Unternehmer unrentabel ist, doch kein Grund für die Arbeiter zu sein, um die Mondschen Vorschläge zu negieren. Die englische Arbeiterschaft ist geschult genug diesen Fehler nicht zu begehen.

Der Programmentwurf der Liberalen Partei und das Reformprogramm Sir Alfred Monds sind erfreuliche Beweise dafür, daß ein Teil des englischen Unternehmertums bereit ist das Problem der Reorganisation der englischen Wirtschaft mit festen Händen anzupacken. Auf der andern Seite wehrt sich natürlich noch ein großer Teil des englischen Unternehmertums mit aller Energie gegen die Erkenntnis, daß es aus den gegenwärtigen Nöten nur herausgelangen könne, wenn der Weg einer durchgreifenden Reform beschrritten wird. Deutlich zeigt es sich jedoch, daß in England bald diejenigen siegen werden, die in der Sanierungspolitik, wie sie in einer Reihe von Produktionszweigen bisher durch die Anwendung von Palliativmittelchen betrieben wurde, eine Kurpfuscherei erblicken. Die egoistisch beschränkten Unternehmer der Eisen- und Stahlindustrie, des Bergbaus und der Baumwollindustrie suchen die Last, die sie bedrückt, weiterhin dadurch loszuwerden, daß sie diese auf andere: auf den Staat und die Arbeiter, abzuwälzen versuchen. Die Arbeiter, die sich mit aller Energie gegen solche Sanierungsmethoden wehren, haben nunmehr auch in einer Gruppe von Unternehmern, die die großen Industrien führen, einen Bundesgenossen erhalten.

Der Wille neue Wege zu beschreiten hat bereits insofern einen praktischen Erfolg gezeitigt, als die Mondgruppe die Mitglieder des Generalrats der Gewerkschaften zu jener Konferenz einlud, die am 12. Januar dieses Jahres im Burlingtonhouse in London zusammentrat. Sie war, wie die Nation schrieb, ein Beweis für die »open conspiracy« der fortschrittlichen Unternehmer gegen die rückschrittlichen Methoden der Wirtschaftspolitik, wie sie von den offiziellen Unternehmerverbänden angewandt werden. Diese mit vorbildlicher Sachlichkeit durchgeführte Konferenz von repräsentativen Industrie- und Gewerkschaftsführern formulierte eine Reihe von Punkten, über die weitere Verhandlungen stattfinden sollen. An der Spitze steht die Frage über bessere Organisation der Produktion durch Konzentration, Rationalisierung und Einführung neuer technischer und administrativer Methoden. Im Zusammenhang damit soll die Frage der Abfindung der durch die Rationalisierung freigesetzten Arbeitskräfte eingehend erörtert werden. Der 3. Punkt betrifft das Mondsche Reformprojekt den rechtlichen Status der Industriearbeiter an das Angestelltenverhältnis anzugleichen. Ferner sollen Vorschläge zur Wohnungsfrage, Wohlfahrtspflege und Erwerbslosenfürsorge, zur Reform des Berufsausbildungswesens, zur Streikbeilegung und im besondern zur Gewinnbeteiligung der Arbeiter gemacht werden.

Auf den ersten Blick mag es auffallen, daß die Probleme der Lohnerhöhung und der Arbeitszeit nicht auf dem Programm für die zukünftigen Besprechungen zu finden sind. Es wäre aber durchaus falsch nun zu meinen, das Schweigen über diese Punkte verrate, in wie hohem Maß es sich hier um eine im besondern Interesse der Unternehmer veranstaltete Konferenz handle. Der Verzicht auf die Diskussion dieser Punkte entspricht vielmehr

auch durchaus dem Willen der Gewerkschaftsvertreter, da die Besprechungen für sie nicht den Wirtschaftsfrieden zum Gegenstand haben, vielmehr die Frage der Reorganisation der englischen Wirtschaft. Aus dieser besondern Zweckbestimmung der Konferenz erklärt es sich, daß in dem Programm mit Einverständnis der Gewerkschaftsvertreter die Fragen der Lohnhöhe und der Arbeitszeit nicht zu finden sind. Es ist vollkommen unsinnig den englischen Gewerkschaftsvertretern wegen der Teilnahme an dieser Konferenz den Vorwurf zu machen, daß sie die Arbeiterinteressen verraten und zu willigen Opfern eines Ablenkungsmanövers der kapitalistischen Unternehmer geworden seien. Das ist auch schon deswegen völlig ausgeschlossen, weil die erste Anregung zu der Konferenz ja von den Gewerkschaften selbst ausgegangen ist. Gerade, weil es sich herausstellte, daß die Vereinigung der Arbeitgeberverbände nicht gewillt war über andere als spezifische Arbeiterfragen zu verhandeln, und da auf der andern Seite der für industrielle Fragen gesamtwirtschaftlicher Art zuständige Reichsverband der Englischen Industrie allzu engstirnig ist, um zu erkennen, daß die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in eine Diskussion über die Reorganisation der Gesamtwirtschaft hineingehören, hat man die Einladung Sir Alfred Monds angenommen, der über die egoistische Beschränktheit der Unternehmerverbände zur Tagesordnung übergang und eine Gruppe einzelner Unternehmer zusammenrief, die für den Wunsch der Gewerkschaften die Diskussion auf möglichst breiter Grundlage zu eröffnen durchaus weitgehendes Verständnis zeigten.

Offensichtlich haben sich die Einberufer das Ziel gesetzt durch die Konferenzen (die Zusammenkunft vom 12. Januar 1928 soll in einer Reihe von weiteren Besprechungen ihre Fortsetzung finden) die Gewerkschaften für das Reformprogramm der Mondgruppe zu gewinnen. Welches sind denn nun eigentlich die Grundlagen des Mondschen industriepolitischen Programms? Ein deutliches und umfassendes Bild davon gibt Sir Alfred Mond in einem Buch, das er kürzlich bei Macmillan erscheinen ließ⁴. Alle seine Pläne werden von dem Grundgedanken beherrscht, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in dem Dienst der Aufgabe zu stehen haben die britische Produktion zu stärken. Mit aller Schärfe wendet er sich dagegen, daß wie bisher auch weiterhin die Produktionsinteressen zugunsten der Geldinteressen der Hochfinanz vernachlässigt werden. Hier trifft Mond zweifelsohne den Kern des englischen Reorganisationsproblems. Die Mehrzahl der englischen Unternehmer hat bisher nicht den Mut gefunden die Frage der Reorganisation der Wirtschaft lediglich von produktionspolitischen Gesichtspunkten aus zu betrachten. Vielmehr sieht man das Problem aus der Perspektive des Gewinns und Verlusts an und glaubt durch Finanzierungsmethoden, die an Abenteuerlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, aus der Misere herauszugelangen. Die Baumwollindustrie ist hierfür ein markantes Beispiel. So wenig man daran zweifeln kann, daß der Niedergang Lancashires seinen primären Grund in weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen hat, so haben doch die falschen Finanzierungsmethoden einen guten Teil dazu beigetragen Lancashire vollends zu zerrütten. Die scheinbare Steigerung des Kapitalwerts der Unternehmungen während der Nachkriegszeit führte dazu, daß viele Unternehmer ihre Betriebe verkauften und den Erlös ganz aus den Werken herauszogen, mit der Folge, daß die neuen Besitzer ihre überkapitalisierten Unternehmungen sehr hoch verschulden mußten, als die Konjunktur

⁴) Siehe *Mond Industry and Politics* (London 1927).

abzusteigen begann. Man sucht sich so immer wieder über den Geldverlust hinwegzutäuschen. Mond weiß, daß solche Finanzierungskünste das Problem der Reorganisation nicht lösen sondern auf die lange Bank schieben. Seine scharfe Kritik an der deflationistischen Finanzierungspolitik der Banken, die den Unternehmern immer wieder die Mittel für ihre Kapitalaktionen zur Verfügung stellen, wird man nur unterstützen können. In der partiellen Stilllegung und Zusammenfassung der Betriebe, kurz in der Organisation der einzelnen Wirtschaftszweige scheint für Mond der einzigmögliche Weg gegeben, um aus den Schwierigkeiten der Gegenwart herauszugelangen.

Auch die weitere Forderung, daß Englands Wirtschaftspolitik das bewußte Ziel haben muß das britische Weltreich zu einer festen wirtschaftlichen Einheit zusammenzuschließen, entspringt rein produktionspolitischen Erwägungen. Der wirtschaftliche Zusammenschluß des britischen Imperiums ist auch nach Sir Alfred Mond nur auf protektionistischem Weg denkbar. Freihandel kann nur Imperial Free Trade sein, also nur innerhalb des Reichs gelten. Immer wieder führt Mond Beweise dafür an, daß England auf die Mobilisierung der Wirtschaftskräfte, die in dem Empire ruhen, bedacht sein muß. Ebenso sieht er auch ein (was unsere kontinentalen Politiker und Wirtschaftspolitiker zu erkennen sich immer noch weigern), daß die Bildung einer kontinentaleuropäischen Wirtschaftseinheit nur eine Frage der Zeit ist. Für die Binnenwirtschaft fordert Mond die Bildung großer oder sogar monopolistischer Einheiten. In Übereinstimmung mit dem Industrieprogramm der Liberalen Partei hofft er die Gefahr einer privaten Ausbeutung der Monopole durch eine Staatskontrolle bannen zu können.

Es kann kein Zweifel darüber sein, daß der Generalrat der Gewerkschaften Englands im gewerkschaftlichen Gesamtinteresse handelt, wenn er mit einer mächtigen Gruppe von Unternehmern eine Diskussion über die Reorganisationsfragen der englischen Wirtschaft unter solchen produktionspolitischen Gesichtspunkten führt. Auf den Vorwurf der Oppositionsgruppe unter Führung Cooks, daß hier die marxistischen Arbeiter an den "Mondismus" veraten werden, antwortet der Sekretär des Generalrats, W. Milne-Bailey: »Abgesehen von einer Minderheit, die entweder aus dem Wunsch heraus die Führer zu diskreditieren oder aus einer gewiß ehrlichen, aber irrigen Auffassung des Zwecks der Besprechungen der Politik des Generalrats opponiert, steht die gesamte Bewegung einmütig hinter diesem Versuch die Möglichkeiten einer Reorganisation der Wirtschaft zu erforschen. Der Propaganda, die diesen Besprechungen eine "wirtschaftsfriedliche" Tendenz unterlegt und sie als einen Verrat an den Arbeiterinteressen hinzustellen bemüht ist, sollte im Ausland keinerlei Beachtung geschenkt werden. Der Generalrat weiß, was er tut, und wird allen Mißdeutungen zum Trotz die Politik fortsetzen, die seiner Überzeugung nach den Interessen der Bewegung am besten dient.«⁵

Es tagt im Manchesterland. Der Liberalismus der Manchesterleute hat sich totgelaufen, wie das Mondprogramm und das Industrieprogramm der Liberalen beweist. Die Gewerkschaften sind bereit mit den fortschrittlichen Unternehmern über die Reorganisationsprobleme der Wirtschaft zu verhandeln. Auf beiden Seiten hat man den Mut traditionelle Doktrinen über Bord zu werfen. Arbeiter und Unternehmer begegnen sich in dem Willen die Produktivkräfte der Wirtschaft durch interventionistische Maßnahmen zu steigern.

Und in Deutschland?



5) Siehe *Milne-Bailey Nicht Wirtschaftsfriede sondern Reorganisation der Wirtschaft, in der Arbeit 1928* Seite 134.

BALTHASAR WEINGARTZ . NEUERE ERSCHEINUNGEN IN DER AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG



AMERIKAS wirtschaftliche und politische Entwicklung ist und bleibt dem "Marxisten" alter Schule ein psychologisches Rätsel. Man merkt in Amerika nicht, daß jeder Klassenkampf "naturnotwendig" ein politischer Kampf ist, weil die Arbeiterklasse politisch gar nicht in die Erscheinung tritt¹. Die Arbeiterbewegung befindet sich in dem Stadium, in dem sich die englische Arbeiterbewegung gegen Ende der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts befand. Die sozialistische Bewegung ist klein und vollständig einflußlos. Auch die Gewerkschaftsbewegung ist in einer schweren Krise: Während die Mitgliedschaft rapid zusammenschrumpft, wachsen und gedeihen die Werksorganisationen, die Company Unions, und zwischen den beiden steht das Heer der Unorganisierten. Die American Federation of Labor zählt heute weniger als 3 Millionen Mitglieder. Zwar gibt es eine ganze Reihe von Gewerkschaften, die außerhalb der Federation stehen, aber sie umfassen kaum mehr als 1½ Millionen Arbeiter. In diesen beiden Zahlen sind die der Mitglieder in Canada und Mexico einbegriffen. In Canada sind Bestrebungen im Gang sich von der vereinsstaatlichen Bewegung unabhängig zu machen. Der Prozentsatz aller Organisierten ist kaum mehr als 20. Andererseits schießen die Werksorganisationen üppig ins Kraut. Betrug die Mitgliederzahl im Jahr 1919 etwa 391 000, so 1924 bereits 1 177 000. Seit jener Zeit ist diese Bewegung stark im Aufstieg begriffen, wie H. N. Brailsford, der englische sozialistische Journalist, der sich zurzeit auf einer Studienreise in Amerika befindet, in dem Wochenblatt der Independent Labour Party, dem New Leader, mitteilt. Die American Federation of Labor hat bis jetzt diesen Entwicklungen gegenüber eine Politik des Abwartens getrieben. Doch zwingen die Verhältnisse sie andere Saiten aufzuziehen. So beschloß der letzte Kongreß in Los Angeles den Bundesvorstand zu beauftragen eine Kampagne zu inszenieren gegen richterliche Einhaltsbefehle (die sogenannte Injunctionpraxis), Werksorganisationen sowie die Yellow-Dog-Kontrakte, die sich mehr und mehr als eine Dreieinigkeit entfalten. Das erste Ergebnis dieses Beschlusses war die Organisierung einer Massenkundgebung in New York am 7. Februar. Der Präsident der American Federation of Labor, William Green, der das Hauptreferat auf der Kundgebung hielt, sagte: Ursprünglich hätte man nicht geglaubt, daß die Gewerkschaften durch die Injunctionpraxis empfindlich geschädigt werden könnten. Jetzt merke man aber, wie eine immer größere Gefahr aufsteige, wie durch richterliche Eingriffe der Bestand der Gewerkschaftsbewegung unterminiert werde. Die Arbeiterbewegung könne unter dem Injunctionsystem nicht existieren.

Es ist ein Jammer, daß die amerikanischen Gewerkschaftsführer die Kämpfe der britischen Gewerkschaften nicht studiert haben. Sonst hätten sie die auftauchenden Gefahren früher erkannt. Das Schlimmste ist nun, daß dem Übel nur auf politischem oder parlamentarischem Weg beizukommen ist. Außerdem ist die Injunctionpraxis erst durch die Yellow-Dog-Kontrakte

¹ Siehe dazu Reichwein Ursprünge, Wandlungen und Tendenzen amerikanischer Arbeiterbewegung, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 808 und folgende.

akut geworden. Diese verraten so recht deutlich die amerikanische Rechtsauffassung. Solch ein "Gelber-Hund-Kontrakt" ist ein zwischen der Werksleitung und dem einzelnen Arbeiter abgeschlossener "freier Vertrag", wodurch sich der Arbeiter verpflichtet keiner Gewerkschaft anzugehören und Mitglied der Werksorganisation zu sein. Durch diese Werksorganisationen haben die Unternehmer ein Mittel gefunden die Kraft der Gewerkschaften zu vernichten. Hierzu kommt nun das Injunctiongesetz, durch das auf richterlichem Verordnungsweg jede Kampforganisation, gleichviel welcher Art, im Keim erstickt werden kann. Das Urteil eines einzelnen Richters entscheidet über das Schicksal Tausender von Menschen. Hat ein Unternehmer einen Einhaltsbefehl erlangt, so kann er nach Gutdünken schalten und walten. Jeder Verstoß gegen einen solchen Befehl wird als contempt of court, als Verächtlichmachung des Gerichts betrachtet und bestraft. Das amerikanische Recht, das der englischen Gerichtsbarkeit entnommen ist, weist Klippen auf, von denen man sich in Europa kaum eine Vorstellung machen kann. Durch die demokratische Entwicklung blieb das Recht in England nicht unberührt, und das Entstehen einer starken politischen Arbeiterbewegung sorgte dafür die Rechtslage den modernen Auffassungen anzupassen. Anders in Amerika. Hier bleibt die Arbeiterschaft trotz yellow dogs und injunctions politisch neutral. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung weigert sich eine unabhängige politische Arbeiterpartei zu schaffen, wie das in England 1900 geschah, als die Bewegung dort vor ähnlichen Schwierigkeiten stand wie heute in Amerika. Als in England die Ära der injunctions auftauchte, entschloß man sich zur politischen Aktion, die die politische Struktur des Landes von Grund auf änderte. In Amerika scheint die Arbeiterschaft den Weg zur Politik nicht zu finden. Das geistige Milieu der führenden Elemente der Bewegung zeigt folgendes Beispiel: Zu Beginn des Jahres verlangte eine große New Yorker Untergrundbahngesellschaft, die Interborough Rail Company, einen Einhaltsbefehl gegen die Beamten der American Federation of Labor und des Vorstands des Untergrundbahnangestelltenverbands. Die Verteidigung wurde 2 Anwälten übertragen. Um nun zu beweisen, daß man die eine bürgerliche Partei nicht gegen die andere bevorzuge und politisch wirklich neutral sei, nahm man den Hauptanwalt aus dem Lager der Demokraten: den Senator Wagner, der in Arbeiterfragen sehr fortschrittlich ist, den andern Anwalt aber aus dem Lager der Republikaner. Bei den Wahlen steht die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterklasse ohne Ziel und Plan da. Allerdings entschloß sich der Kongreß in Los Angeles zur Formulierung einer Parole: Alle Kandidaten sollen ihre Stellung zur Praxis der Einhaltsbefehle kundtun.

Die Injunctionpraxis stützt sich vielfach auf eine englische Entscheidung aus dem Jahr 1868 gegen die Gewerkschaft der Spinner. In einem Streik hatte die Gewerkschaft das Publikum durch Anzeigen und Plakate, die man in der Gegend des Werks herumtragen ließ, aufgefordert während der Dauer des Kampfs »das Unternehmen mit Aufträgen nicht zu belästigen«. Hiergegen verlangte die Firma mit Erfolg einen Einhaltsbefehl. Begründet wurde der richterliche Eingriff damit, daß »die geschäftliche Verantwortung des Unternehmens weitverzweigt, und das Wohlwollen der Käufer von unberechenbarem Wert« sei. In der Urteilsbegründung hieß es, jedwede Einmischung, die den geschäftlichen Verkehr der Firma hindere, sei ungesetzlich, ganz gleichgültig, ob die Einmischung durch ein an sich nicht

strafbares Mittel erfolge. Auf Grund solcher Gerichtspraxis kann natürlich jeder wirtschaftliche Kampf unmöglich gemacht werden. In England wurde die Einhaltsbefehlspraxis durch das 1875 geschaffene Gewerkschaftsrecht illusorisch gemacht. Die Richter liefen aber gegen das Gesetz von 1875 immer wieder Sturm, und 1899 gelang es auch durch das berühmte Taff-Vale-Urteil es zu durchlöchern. Nach dem ersten großen Ansturm der Arbeiterpartei kam dann 1906 die Trades Disputes Bill zustande. Allerdings schafft das revidierte Gewerkschaftsrecht, das am 1. Januar 1928 in Kraft trat, wieder neue Gefahren, da in diesem Gesetz unter anderm die Möglichkeit einer beschränkten Einhaltsbefehlspraxis auftaucht. Jedoch ist es zu früh hierüber etwas Definitives auszusagen, da die Überwachung des betreffenden Artikels in die Hände des Justizministers gelegt ist, wodurch das Gesetz der parlamentarischen Kontrolle untersteht.

In Amerika trat die Einhaltsbefehlspraxis in ihrer heutigen Form erst durch das im Jahr 1914 geschaffene, unter dem Namen Clayton Act bekannte Antitrustgesetz in die Erscheinung. Auf Betreiben der American Federation of Labor wurde zwar in das Gesetz zum Schutz der Gewerkschaften eine Bestimmung eingefügt, des Inhalts, daß die »Arbeit des Menschen nicht als Ware oder kaufmännisches Handelsobjekt behandelt werden« dürfe, und Einhaltsbefehle bei Streiks nicht zu erlassen seien, es sei denn, um »unberechenbaren Schaden gegen Eigentum oder Eigentumsrechte zu verhindern«. Diese Formulierung ist echt amerikanisch. Streik und Boykott werden doch stets mit dem Ziel veranstaltet dem »Eigentum« oder gar den »Eigentumsrechten« Schaden zuzufügen. Gelingt es den Gewerkschaften im Wirtschaftskampf nicht dem Kapital »Schaden« zuzufügen, dann ist der Streik verloren. Mit Recht schrieb deshalb das Fachorgan des Verbands der Damenkonfektionsschneider, die Justice, am 16. Dezember 1927, die Gerichte hätten doch in Wirklichkeit auch vor Erlaß des Gesetzes nichts anderes getan als das Eigentum beschützen. So blieb der angeblich den Gewerkschaften geliebene Schutz aus. Die Einhaltsbefehle sind ins Riesenhafte gewachsen und lähmen die Gewerkschaften auf Schritt und Tritt. Das Bemerkenswerteste ist aber die Tatsache, daß das Claytongesetz die Manipulationen der Trusts in keiner Weise beeinträchtigen konnte. So lesen wir in der Justice vom 13. Mai 1927:

»Die jüngste Entscheidung in Sachen der Bedfordsteinbruchgesellschaft beweist, wie man es versteht, die Sherman- und Claytongesetze gegen die Gewerkschaften auszunutzen. Andererseits bleiben diese Gesetze gegen die Entwicklung der kapitalistischen Konzerne tote Buchstaben. Der große Stahltrust bleibt trotz richterlichen Eingriffen in seinem Bestand unberührt. Wohl wurde die Standard Oil Company technisch aufgelöst, aber diese Maßregel hindert die Interessenten nicht konkurrenzlos die Manipulierung des Öls nach Gutdünken zu dirigieren. Herrn Mellons Aluminiummonopol arbeitet uneingeschränkt und hemmungslos. Nur die Aktionskraft der Gewerkschaften ist gelähmt. Die Anstrengungen, die Samuel Gompers und andere Gewerkschaftsführer 1914 zum Schutz des wirtschaftlichen Kampfes unternahmen, haben sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. In der Bedfordsteinbruchangelegenheit lehnte das Gericht in 1. Instanz einen Einhaltsbefehl ab, weil es sich weigerte den Arbeitern »ein Sklavenjoch aufzuzwingen«, aber das Höchste Gericht verfügte den Einhaltsbefehl. Allerdings wandte sich ein Appellationsrichter scharf gegen diese Art Spruchpraxis, er erklärte: »Die Tätigkeit einer Gewerkschaft, die doch zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder besteht, muß im Kampf ungesetzlich im Sinn unserer Rechtsauffassung sein, da in ihrem Vorgehen stets eine Beschränkung des Gewerbes erblickt werden kann.«

Aus diesem Grund legalisiert das englische Recht Handlungen, die eine »Beschränkung des Gewerbes« (restraint of trade) im Gefolge haben.

Bei den meisten Einhaltsbefehlen handelt es sich nun gar nicht um Streiks. Die Bedfordsteinbruchgesellschaft brach im Jahr 1921 den mit der Gewerkschaft abgeschlossenen Tarifvertrag und führte durch Gründung einer Werksorganisation den Yellow-Dog-Kontrakt ein. Nach langem Kampf verhängte die Gewerkschaft die Sperre über das Unternehmen, und sie empfahl den Arbeitern keine Steine zu verarbeiten oder zu befördern, die aus den Werken der Gesellschaft kommen. Diese gewerkschaftliche Aktion steht im Einklang mit den Statuten der beklagten Organisation. Die Gesellschaft verlangte einen Einhaltsbefehl, der auch verfügt wurde. Bei dem Einhaltsbefehlsverlangen der bereits erwähnten Interborough Rail Company handelt es sich um einen ähnlichen Fall. Diese Gesellschaft hat den Tarifvertrag gebrochen und eine Werksorganisation gegründet, die sie Bruderschaft nannte, und, ohne die Arbeiter irgendwie zu Rate zu ziehen, einen Vertrag ausgearbeitet, der ein 20 Seiten langes und engbedrucktes Dokument darstellt. Wie der Verteidiger der beklagten Gewerkschaft vor dem Injunctionrichter darlegte, ist es schwer zu glauben, daß irgendein Arbeiter vor der Unterzeichnung den Vertrag gelesen hat. Die Leitung der Bruderschaft liegt in den Händen von Werksdirektoren, die unkontrollierbar und unabsetzbar sind. Der Rechtsberater dieser Organisation trat auch vor Gericht als Ankläger gegen die Gewerkschaft auf. Laut Vertrag können die Leiter der Werksorganisation Mitglieder ausschließen, ohne daß diese die Möglichkeit zur Beschwerde haben. Sind sie ausgeschlossen, so folgt die Entlassung aus der Arbeit auf dem Fuß. Die Arbeiter müssen sich auf 2 Jahre binden, die Gesellschaft aber kann die Leute ohne weitere Kündigung entlassen. Der Antrag auf Einhaltsbefehl richtet sich gegen die Beamten der American Federation of Labor und der Gewerkschaft der Untergrundbahner, um sie zu verhindern die Arbeiter zum Kontraktbruch zu verleiten. Das Gericht der 1. Instanz verweigerte den Einhaltsbefehl, und die Gesellschaft legte Berufung ein. Während der Dauer dieser gerichtlichen Prozedur ist die gewerkschaftliche Aktion gelähmt. Andererseits bleibt auch die Frage des Kontraktbruchs offen, da jeder Arbeiter, der den Yellow-Dog-Kontrakt bricht und Mitglied der Gewerkschaft wird, strafbar ist. Durch diese gesetzliche Lage wird das Koalitionsrecht zur Farce, und die Gewerkschaften sind zur Einflußlosigkeit verurteilt.

Sehr schlimm sind die Verhältnisse in den Kohlenbergbaubezirken. Man teilt diese gewöhnlich in Gewerkschafts- und Nichtgewerkschaftsbezirke ein, das heißt in Bezirke, wo die Gewerkschaft Einfluß hat, und solche, wo sie überhaupt nicht Fuß gefaßt hat, und die Werksorganisationen Trumpf sind. Bis 1919 gehörte die Gewerkschaft der Vereinigten Bergarbeiter zu den stärksten der Vereinigten Staaten; sie hatte 600 000 Mitglieder. Seit dieser Zeit begann ein großer Mitgliederschwund. Es ist äußerst interessant nach den Ursachen des Rückgangs zu forschen. Da schreibt nun J. Wilenkin in der englischen kommunistischen Monatsschrift *The Labour Monthly* im November 1927 darüber unter anderm:

»Früher glaubte die Gewerkschaft der Vereinigten Bergarbeiter auf Grund ihrer Stärke die Einführung arbeitsparender Maschinen verhindern zu können. Wegen dieses Widerstands, und weil man es verabsäumte die Arbeiter der neu eröffneten Kohlenfelder zu organisieren, gingen die großen Trusts der Morgan, Mellon und Rockefeller dazu über sich vollständig auf die jungfräulichen Gruben des Südens zu werfen, wo quantitativ und qualitativ gute Kohlevorkommen vorhanden sind. Man entschied sich für diesen Ausweg um so lieber, als es dort leichter ist moderne Maschinen anzubringen und neue Arbeitsmethoden einzuführen als in den alten

Gruben, wo das Alte und Überlebte, nicht ohne große Schwierigkeiten, weggeräumt werden muß. Ein solches Verfahren ist also billiger und stellt an das Kapital viel geringere Ansprüche. Der alte "solide" Norden verschwindet zugunsten eines neuen industrialisierten Südens. Diese Entwicklung geht mit Riesenschritten vorwärts und ändert die ganze Struktur der Vereinigten Staaten.«

Außer der Kohlenindustrie ist es besonders die Textilindustrie, die südwärts zieht. Im Süden haben die Gewerkschaften keinen Halt. Die Kohlenfelder von Virginien, Kentucky, Alabama, Tennessee sind die wichtigsten Nicht-gewerkschaftsbezirke, sie befinden sich in stetem Kampf mit den Gewerkschaftsbezirken, die sie durch niedrige Löhne zu schlagen suchen. Die Hälfte aller amerikanischen Kohlenbezirke gehört zu ihnen. In Pennsylvanien sowie in manchen Teilen Virginiens befinden sich die Bergarbeiter fast 2 Jahre hindurch im Streik, der zeitweilig zu wüstem Bürgerkrieg ausartet. Es kommt hier sogar zu barbarischem Bruderkrieg. Die Gewerkschaftsarbeiter kämpfen gegen die Arbeiter der Verkehrsorganisationen, hinter denen Polizei und Gerichte stehen. Die Injunctionpraxis feiert wahre Orgien.

Gewiß soll nicht verschwiegen werden, daß nicht alle Werksorganisationen nach dem Stil jener Bruderschaft aufgebaut sind. Manchmal handelt es sich um Gründungen wohlmeinender Unternehmer, die bei dem Fehlen des staatlichen Versicherungswesens durch Schaffung von Betriebsversicherungseinrichtungen den Arbeitern helfen wollen. Hier zeigt es sich, daß die Sozialversicherung ein wichtiges Mittel ist dem Arbeiter eine unabhängige Stellung dem Unternehmer gegenüber zu gewährleisten. Die in Amerika von den Unternehmern geschaffenen sozialen Einrichtungen sind besonders für neueingewanderte Arbeiter, die hilflos und verlassen dastehen, willkommen. Für Neukömmlinge sind die Gewerkschaften Institutionen mit verschlossenen Türen. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht das Statut des Verbandes der Internationalen Bauarbeiter, nach dem niemand Mitglied des Verbandes werden kann, »der nicht amerikanischer Bürger ist oder Schritte unternommen hat es zu werden«. Das erweckt den Eindruck, als handle es sich hier nur um ein hochentwickeltes Nationalgefühl, das ja in der Tat vorhanden ist. Aber hinter diesem Nationalpostulat steckt auch noch etwas anderes. Zweifellos will der Artikel neu-einwandernden Berufskollegen den Eintritt in die Organisation versperren. Nach amerikanischem Recht erlangt man nach 5jähriger Ansässigkeit mit Leichtigkeit das Bürgerrecht; es kann auch schon früher erworben werden, aber dazu gehört Geld. Was machen nun die Arbeiter in den Jahren, da sie das Bürgerrecht nicht haben und auch nicht haben können? Die Solidarität der Internationalen Gewerkschaften steht diesen Erwägungen teilnahmslos gegenüber. Das ist auch einer der Gründe, weshalb die Bewegung nicht vorankommt. Der Internationale Baugewerksbund entsandte kürzlich eine Delegation nach Amerika. Ein Mitglied des Vorstands des Deutschen Baugewerksbunds, das die Delegation begleitete, veröffentlichte im Grundstein vom 11. und 18. Februar 1928 anschauliche Berichte über die Einrichtungen seines amerikanischen Bruderverbands. Wir lesen da über die Erwerbung des Bürgerrechts und andere Dinge im Statut:

»Der Bewerber muß seine Bürgerpapiere beibringen oder die Ausweise, die seine Naturalisierung glaubhaft machen. »Wenn der Bewerber um Mitgliedschaft nur erklärt hat, er habe die Absicht Bürger zu werden, so erhält er ein Mitgliedsbuch mit einem andersfarbigen Umschlag als es die Mitglieder bekommen, die Bürger sind. Der Bewerber soll eine derartige Mitgliedskarte innehaben, bis er Bürger geworden ist. Der Sekretär einer jeden Lokalgewerkschaft soll eine genaue Nieder-

schrift über alle Bewerber um das Bürgerrecht unterhalten, aus der zu ersehen ist, wann die Bewerbung zur Erlangung des Bürgerrechtes gemacht worden ist. Zu Ende der von der Regierung vorgeschriebenen 5 Jahre soll der Bewerber seine Bürgerpapiere vorlegen. Tut er es nicht innerhalb von mindestens 6 Monaten nach Ablauf des von der Regierung festgesetzten Termins, so wird das Mitglied mit 10 Dollars Strafe belegt. Weigert es sich auch noch nach Verhängung dieser Strafe sein Bürgerrecht zu erwerben, so ruhen, ohne weitere Mitteilung an das betreffende Mitglied, dessen Mitgliedsrechte.« Der Bewerber um Mitgliedschaft in der Gewerkschaft muß ein tüchtiger Arbeiter sein. 2 Zeugen haben seine beruflichen Fähigkeiten zu bestätigen. Wird geklagt, daß einer kein guter Maurer sei, so muß er vor einem besonders zu ernennenden Komitee eine Prüfung ablegen. Ein Maurer, der Spezialist in Feuerungsarbeiten ist, kann nur dann aufgenommen werden, wenn er den Nachweis erbringen kann, daß er gleichzeitig auch in allen anderen Maurerarbeiten firm ist. »Gutsagen« für einen Maurer, der in die Gewerkschaft aufgenommen zu werden wünscht, ist auch ein gefährliches Geschäft; denn »ein Mitglied, das für einen Bewerber gutsagt, der kein guter Facharbeiter ist, soll mit nicht weniger als 10 und nicht mehr als 25 Dollars bestraft werden«. Die Satzung bestimmt bezüglich der Aufnahme unter anderm; »Jede Lokalgewerkschaft hat ein Eintrittsgeld festzusetzen, das nicht weniger als 25 Dollars und nicht mehr als 100 Dollars betragen soll.« Besondere von dieser Vorschrift unterschiedliche Eintrittsgelder können nur vom Gewerkschaftsvorstand festgesetzt werden. Spätestens 60 Tage nach der eingereichten Bewerbung um Mitgliedschaft soll sich der Bewerber der Lokalgewerkschaft vorstellen. Tut er es nicht, geht er seines etwa teilweise eingezahlten Eintrittsgeldes verlustig. Auch derjenige, der vor seiner endgültigen Aufnahme in eine Lokalgewerkschaft deren Arbeitsgebiet verläßt, verliert den auf das Konto Eintrittsgeld gezahlten Betrag. Delegierte und Angestellte, die gegen eine dieser Vorschriften verstoßen, sollen mit 5 Dollars Buße bestraft werden. »Ein Maurer, der sich um Aufnahme bewirbt und zurückgewiesen wird, ist an den Generalsekretär des Verbandes zu melden, der seinerseits allen Lokalgewerkschaften Mitteilung macht, damit keine andere den Zurückgewiesenen aufnimmt. Bewirbt er sich in einer andern Lokalgewerkschaft um Mitgliedschaft, so darf diese ihn nicht eher aufnehmen, als bis die Lokalgewerkschaft, die ihn ursprünglich zurückwies, ihre Zustimmung zur Aufnahme gibt. Unternehmer können Mitglied der Gewerkschaft werden; kommt aber einer aus dem Gebiet einer Lokalgewerkschaft, die keine Unternehmer aufnimmt, in das Gebiet einer andern zwecks Aufnahme, so kann diese Aufnahme nur vorgenommen werden, wenn der Unternehmer auch sein Geschäft in das Gebiet der andern Lokalgewerkschaft verlegt.«

Kann man sich wundern, wenn angesichts solcher Regeln und Maßnahmen Organisationen gebildet werden, die ganz abseits von der American Federation of Labor stehen? Durch die Engherzigkeit der Gewerkschaften wird gar mancher Arbeiter in das Lager der Werksorganisation hineingetrieben.

Nun gibt es auch Ausnahmen von der soeben geschilderten Regel. Und da wirkt es doch fast komisch, daß man die besten Gewerkschaftsorganisationen dort antrifft, wo man sie am wenigsten suchen würde: in der Bekleidungsindustrie. Die beiden großen Organisationen der Herren- und Damenkonfektionsbranchen haben sich zu einflußgebietenden Verbänden der Industrie entwickelt. Die Arbeitskräfte dieser Industrie rekrutieren sich vielfach aus den neuen Einwanderern. Ursprünglich waren es nur die Juden, die den Weg zu diesen Organisationen fanden, jedoch sind heute die Nichtjuden in der Mehrheit. Die Rassen- und Nationalitätenunterschiede spielen ja stets eine große Rolle. Das Verhältnis der Anzahl der Organisierten zu der der Beschäftigten ist äußerst günstig. In Chicago gehören fast alle Konfektionsarbeiter dem Verband an. Der Durchschnitt der Organisierten ist 60 bis 70 %. Es gibt keine Gewerkschaft, die eine so gut organisierte Erwerbslosenunterstützung aufzuweisen hat, und zwar wird diese paritätisch von Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter verwaltet: zwei Drittel der Beiträge zahlen die Unternehmer, ein Drittel die Arbeiter. Die Arbeiter-

bank gehört anerkanntermaßen zu den bestgeleiteten der Vereinigten Staaten. Im Gegensatz zu anderen Arbeiterbanken, die auch gewerkschaftsfeindliche Unternehmungen stützen, beteiligt sich diese hauptsächlich an von der Arbeiterschaft geschaffenen Unternehmungen. Eine Bank der Eisenbahner investierte zum Beispiel ihre Gelder in einem unorganisierten Bergwerk, ohne daß man auch nur versuchte dem Gewerkschaftsprinzip Ehre anzutun. Hier gilt eben der Grundsatz "Geschäft ist Geschäft". Die Bank der Bekleidungsarbeiter investiert ihre Gelder zwar auch in privatkapitalistischen Unternehmungen, aber nur in solchen, die tariftreu sind. Sie versucht auf diese Weise Einfluß auf die Lage der Industrie zu gewinnen. Die Frage, ob das eines der Mittel ist die kapitalistische Produktionsform von innen heraus umzugestalten, soll hier nicht weiter untersucht werden. Auf alle Fälle handelt es sich hier um beachtenswerte Versuche. In einer Reihe von Fällen gelang es der Bank durch ihre finanzielle Hilfe Firmen vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Durch diese Hilfe wurde eine Ausbreitung der Arbeitslosigkeit verhindert. In einem Fall wurde als Bedingung für eine Anleihe eine Reorganisation des gesamten Unternehmens verlangt, da das "management" verschwenderisch und unrationell gewesen sei. Überhaupt ist es dem Verband der Herrenkonfektionsarbeiter gelungen das Mitbestimmungsrecht im Betrieb weitestgehend einzuführen. In jedem Arbeitsraum ist ein Vertrauensmann, der mit der Werksleitung über alle vorkommenden Fragen der Disziplin oder Arbeitseinteilung verhandelt. Schon der 1927 von der englischen Regierung entsandte Studienausschuß sprach sich über all dies sehr lobend aus. Es ist glaubhaft festgestellt, daß durch das Recht der Mitbestimmung die Leistung in den Betrieben bedeutend gesteigert wurde. Während der Geschäftsstockung im Jahr 1922 kam mit den Unternehmern in Chicago folgende bemerkenswerte Vereinbarung zustande: Es stellte sich heraus, daß in den Betrieben zu viele Zuschneider seien. Man kam überein 150 dieser Leute aus der Industrie herauszuziehen. Jeder von ihnen erhielt eine Abfindungssumme von 1500 Dollars, die zur Hälfte von den Unternehmern, zur andern aus dem Erwerbslosenfonds gezahlt wurde.

Das Problem der Erwerbslosigkeit wird sonst immer brennender. Ihre Verhängung ist zweifellos eines der Mittel zur Schwächung des Einflusses der Gewerkschaften. Denn keine andere Organisation hat Einrichtungen der eben geschilderten Art, und in Zeiten der Geschäftsflaute stehen die Arbeiter dem wirtschaftlichen Geschehen so gut wie völlig machtlos gegenüber.

Gewiß ist es ganz und gar unmöglich amerikanische Zustände mit europäischen zu vergleichen. Hat doch, nach Julius Deutsch, in Amerika fast jeder 2. Bürger ein Bankkonto von etwa 1000 Dollars. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet kann sich der einzelne Arbeiter in Zeiten der Not helfen. Diese Theorie kommt jedoch mehr und mehr ins Wanken. Der Mangel an jedweder Sozialversicherung wirkt immer mehr lähmend auf die Lage der Arbeiterklasse ein. Was ihre Lage verschlimmert, ist der Umstand, daß fast das ganze Gewerkschaftsleben auf einer Aristokratie der Arbeiter aufgebaut ist. So hat man mit dem riesenhaften wirtschaftlichen Aufstieg nicht gleichen Schritt halten können. Das Wachstum der Werksorganisationen zeigt eben klar und deutlich, daß die Gewerkschaftsbewegung es in der Vergangenheit nicht verstanden hat die Zeichen der Zeit zu begreifen. Steht sie jetzt an einem Wendepunkt?

MAX KLESSE · MEHR SOZIALISTISCHE BEVÖLKERUNGSPOLITIK!



ZENTRUM und Deutschnationale Volkspartei brachten jüngst im Reichstag Interpellationen zur Frage des Geburtenrückgangs ein: wohl ein Beweis, daß die von Jahr zu Jahr wichtiger werdende Frage nach der Erhaltung unseres Volkstums von diesen Parteien aufmerksam verfolgt wird. Wenn die Parteien der Rechten und der Mitte den allmählich zur nationalen Katastrophe ausartenden Geburtenrückgang bekämpfen wollen, dann sollten erst recht wir als Sozialisten, als Baumeister einer bessern Zukunft, uns für eine gesunde Bevölkerungspolitik einsetzen. Aber, abgesehen von wenigen Vorkämpfern, wie Alfred Grotjahn, geschieht dies in weitsichtiger Weise kaum.

Das Tatsachenmaterial über den Geburtenrückgang, der früher als eine vorwiegend französische Erscheinung angesehen wurde (heute hat Frankreich durchaus nicht mehr die niedrigste Geburtenzahl unter den europäischen Ländern¹⁾), darf als bekannt vorausgesetzt werden. Hier sei nur zusammenfassend noch einmal gesagt, daß die Geburtlichkeit Deutschlands, berechnet auf das Tausend der Bevölkerung, im letzten halben Jahrhundert von 40 auf 19 (1927), in Berlin sogar auf 11, gesunken ist, so daß Berlin trotz dem günstigen Altersaufbau seiner Bevölkerung, das heißt einer geringen Sterblichkeit, bereits einen Überschuß der Gestorbenen über die Lebendgeborenen aufweist. Die jährlichen Lebendgeborenen der reichsdeutschen Bevölkerung sind von rund 2 Millionen vor dem Krieg (1890 bis 1913) auf 1,35 Millionen im letzten Jahrfünft zusammengesmolzen, und der Tiefpunkt scheint noch keineswegs erreicht zu sein. Nur der zurzeit ganz abnorme Altersaufbau unseres Volkes mit wenig Kindern und wenig Greisen, dagegen mit einer überstarken Besetzung der Jahresklassen mit geringer Sterblichkeit spiegelt uns noch einen Geburtenüberschuß vor und täuscht uns über den Ernst der Lage hinweg. Sobald jedoch die heute im Erwerbsleben Stehenden in 20 bis 30 Jahren ins Absterbealter einrücken, müssen sich die heute so abnorm niedrigen Sterbezahlen rasch erhöhen, verdoppeln, ja verdreifachen, um schließlich auf etwa 2½ Millionen ums Jahr 1970 anzusteigen. Es wird daher etwa von 1950 an, zuerst langsam und schließlich immer katastrophaler, ein absoluter Geburtenrückgang eintreten, der das Völkergleichgewicht Europas zu erschüttern droht, da zur Aufrechterhaltung der Produktion, besonders der landwirtschaftlichen, eine Masseneinwanderung aus dem benachbarten kinderreichen Osten erfolgen muß. Fallen doch bereits von 1932 an rund 2 Millionen Köpfe, zuerst als Lehrlinge und später als Vollarbeiter, auf dem deutschen Arbeitsmarkt allein infolge des Geburtenausfalls im Weltkrieg aus.

Dieser rein quantitative Vorgang des Geburtenzusammenbruchs wird dadurch noch erheblich gefährlicher für unsere Selbstbehauptung als Volk im allgemeinen und für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse im besondern, daß er mit einer qualitativen Verschlechterung des Nachwuchses verbunden ist, die im wesentlichen auf 3 Ursachen zurückzuführen ist: 1. die Kinderlosigkeit respektive Kinderarmut der hochwertigen Elternpaare, 2. den Kinderreichtum des sogenannten Lumpenproletariats, 3. die verkümmerten

1) Siehe die Rundschau *Anthropogeographie*, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 856.

Wirkungen der Großstadt auf unsern Nachwuchs. Gerade die Menschen mit den besten Qualitäten, und zwar in allen Gesellschaftsklassen, beschränken die Anzahl ihrer Kinder am stärksten, weil von den Männern gerade die im Leben erfolgreichen durch den ihre ganze Kraft in Anspruch nehmenden sozialen Aufstieg ehelos oder in einer Späthehe kinderarm bleiben. Die noch hinzukommende Überwertung der Schulbildung für das Leben, die damit zusammenhängende Bevorzugung der sogenannten geistigen Berufe führt dazu die Vorbereitungszeit und damit die Kosten dauernd zu erhöhen. Mit der Einbeziehung der Frau in die Berufsarbeit (Fabrik, Kontor, Lehramt und freie Berufe) werden Hunderttausende von intelligenten und lebensstüchtigen Frauen viel zu lange, oft für immer der Ehe ferngehalten. Auf der andern Seite weist das Lumpenproletariat einen Nachwuchs auf, der mit dem Ausbau der sozialen Hygiene in immer größerem Umfang zur Fortpflanzung gelangen dürfte. Ganz charakteristische Zahlen für diese Vorgänge fanden meine Frau und ich in einer gemeinsamen demographischen Arbeit. Wir zählten hier beispielsweise von 461 Entlassungsschülern des Jahres 1927, also gleichsam Vorkriegsgeneration, die Geschwisterzahlen und erhielten bei Gliederung der Bevölkerung in 5 gesunde Gruppen und 1 kranke Gruppe folgende Zahlen von lebenden Kindern pro Familie: Die Gruppe 1 (Unternehmer, Akademiker, leitende Beamte) fehlte bei den Entlassungsschülern; bei Gruppe 2 (kleine selbständige Existenzen in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft) zählten wir 2,8 Kinder, bei Gruppe 3 (Angestellte und kleine Beamte) 3,0, bei Gruppe 4 (gelernte Arbeiter) 2,7, bei Gruppe 5 (ungelernte Arbeiter) 2,8, bei der kranken Gruppe (mit bereits uns bekanntgewordenen Defekten der Eltern: kriminelle Delikte, Trunksucht, Arbeitsscheu, auffallende und dauernde Liederlichkeit) 3,2 Kinder. Bei den Schulrekruten des selben Jahres, also gleichsam der Nachkriegsgeneration, tritt dieser Unterschied zwischen den gesunden Gruppen und der kranken Gruppe noch stärker hervor; denn (gemessen an 497 Schulanfängern) entfielen auf Gruppe 1 pro Familie 1,7 lebende Kinder, auf Gruppe 2 2,1, auf Gruppe 3 1,7, auf Gruppe 4 2,0, auf Gruppe 5 2,2, auf die kranke Gruppe 3,2. Seit 1921 dürfte sich mit dem weitem Fallen der Geburlichkeit der Abstand noch weiter verschärft haben. Alle Gruppen sind mit der Ausbreitung der Geburtenprävention mehr und mehr zusammengeschmolzen, nur das sogenannte Lumpenproletariat liefert unverändert einen gleich hohen Nachwuchs. Endlich scheint ein (durch die soziale Hygiene und Sozialpolitik hoffentlich bald beseitigter) Faktor der Verkümmernng unseres Nachwuchses in der gewaltigen Konzentration von Volksmassen in den modernen Großstädten zu liegen. Zu dieser Frage glauben wir in der oben zitierten Arbeit zum Nachdenken anregendes Material geliefert zu haben; denn nach unseren Untersuchungen zeigt sich bereits in der 2. Generation des Großstädtlers ein schlechterer körperlicher Allgemeinzustand und eine geringere Leistungsfähigkeit, gemessen an Schulleistungen. Wir machten beispielsweise die Beobachtung, daß erst jedes 7. unter den Kindern von bereits selbst in Berlin geborenen Eltern eine gute körperliche Verfassung aufweist, gegenüber bereits jedem 4. Kind von in einer Kleinstadt oder auf dem Land geborenen Eltern.

2 Methoden haben zur Einschränkung der Lebendgeburten geführt, von denen die eine, die Abtreibung, als barbarisch vom medizinischen wie ethischen Standpunkt aus entschieden abzulehnen ist. Fast 10 000 Frauen, meist

Mütter mehrerer Kinder, fallen ihr jährlich zum Opfer, und wohl die 8fache Anzahl büßt Gesundheit und Lebensfreude ein. Die andere Methode, die Anwendung empfängnisverhütender Mittel, hat besonders nach dem Krieg eine solche Ausdehnung gewonnen, daß wohl heute jeder nur durchschnittlich begabte Volksgenosse sie kennt und mehr und mehr übt.

Die Tatsache, daß die §§ 218 bis 220 des alten Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich ihren Zweck die Abtreibung zu verhindern nicht erfüllt haben, muß heute ebenso allgemein zugegeben werden, wie die andere, daß die Verurteilungen wegen Vergehens gegen das keimende Leben vorwiegend die Frauen der minderbemittelten Volksschichten trafen. Daß eine Änderung der Gesetzgebung auf diesem Gebiet also unter allen Umständen dringend notwendig ist, braucht hier nicht erörtert zu werden, und es sind ja hier schon bestimmte Vorschläge in dieser Richtung gemacht worden.² Eines der Verdienste des Christentums ist der Schutz des keimenden schuldlosen Lebens im Mutterleib gegen die brutalen Abtreibungswünsche der Männer, viel seltener der Frauen selbst, sofern sie sich nicht in schwerer Notlage befinden. Wir sollten als Sozialisten nie außer acht lassen, daß diese Notlage in weitaus den meisten Fällen gesellschaftlich bedingt ist. Es kann sich also nur darum handeln den Abort als äußerste Notwehr der Frau zu verstehen, nicht ihn ethisch zu rechtfertigen, diese Notwehr praktisch straffrei zu gestalten wie jede andere auch, andererseits aber Mittel und Wege zu finden, damit dieser Akt der Notwehr, damit diese Unterbindung und Verkümmern des Naturrechts der Frau auf Mutterschaft Ausnahmefall wird und schließlich ganz verschwindet. Unsere Bemühungen müssen also dahin gehen die bereits bestehende medizinische Indikation vorübergehend durch die sozialmedizinische und soziale Indikation zu erweitern. Mit dem Ausbau einer planmäßigen sozialistischen Bevölkerungspolitik und der Vervollkommenung der Geburtenprävention werden diese Indikationen von selbst aufhören und wieder aufgehoben werden können.

Der Abort als Massenerscheinung muß durch planmäßige Anwendung empfängnisverhütender Mittel allmählich verdrängt werden. Zu einer Stellungnahme gegenüber der Geburtenprävention werden wir um so mehr gezwungen, als ihre technische Vervollkommenung und weitere Verbreitung den Bestand des Volkes bereits heute zu bedrohen beginnt. Wir müssen also Wege finden, um die Geburtenprävention ihrer gefährlichen, selbstmörderischen Wirkungen zu entkleiden. Ein Netz von Beratungsstellen für Geburtenreglung muß geschaffen werden, einmal, um die Geburt unterwertigen Nachwuchses zu verhüten, zum andern, um die Anwendung der Präventivmittel nach Art und Umfang auf ein vernünftiges Maß zu beschränken; nur dann wird die Geburtenreglung zu einer Höherentwicklung führen können. Ethisch erhält eine so geübte Geburtenreglung ihre stärkste Rechtfertigung dadurch, daß endlich die kinderreichen, schon über ihre Kraft belasteten Mütter vor jenen weiteren Schwangerschaften behütet werden, die heute so oft in tödlichen Aborten ihren Ausgang nehmen. Jeder Mutter muß in Zukunft eine physische und seelische Schonfrist zwischen den Schwangerschaften gewährt werden, soweit Technik und Wissenschaft dazu in stande sind. Es sollten zwischen den ersten 3 Schwangerschaften je etwa 3 Jahre liegen, mit jedem eventuell nachfolgenden Kind sollte

² Siehe dazu auch *Quessel* Die Strafflosigkeit der Abtreibung, in den Sozialistischen Monatsheften 1920 II Seite 655 und folgende.

die Schonfrist um ein weiteres Jahr steigen. Nach 4 Lebendgeburten sollte jede Mutter Anspruch auf dauernden Schutz haben. Das dürfte der ersten Forderung Alfred Grotjahns entsprechen, nach der jedes Elternpaar zur Bestanderhaltung des Volkes eine Mindestzahl von 3 Kindern über das 5. Lebensjahr hinaus aufziehen müsse. Dieses Grundscheina schließt individualisierendes Vorgehen natürlich nicht aus.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es vor allem nötig den Willen zur Fortpflanzung aus der unseligen privatwirtschaftlichen Verknüpfung mit dem Familienbesitz respektive den Kosten für die Ausbildung und Ausstattung der Kinder zu lösen, die sich gerade bei den verantwortungsbewußten Elternpaaren hemmend bemerkbar macht und zu den Hauptursachen für das sich vor unseren Augen vorbereitende Aussterben breiter Volksschichten (man sehe die bekannte Kinderarmut innerhalb des sozialistischen Funktionärskörpers und der organisierten Arbeiterschaft) und schließlich ganzer Völker gehört. Wir brauchen mit einem Wort statt des privatwirtschaftlichen einen sozialwirtschaftlichen Unterbau für die Fortpflanzung unseres Volkes. Die Kinder dürfen nicht mehr in dem Maß wie heute als wirtschaftliche Belastung des einzelnen Elternpaars empfunden werden, die Kinderarmut darf nicht mehr wirtschaftliche Besserstellung bedeuten. Es darf andererseits nicht eine schematische Unterstützung aller Kinderreichen stattfinden, sonst würden wir gerade eine Vermehrung der "kranken Gruppe" in unerwünschtem Maß erleben; für jene Kinder wird auch in Zukunft soziale Fürsorge im engsten Sinn des Wortes (Naturalien, Sachgüter, Erholungsverschickung usw.), aber nicht regelmäßige finanzielle Unterstützung der Eltern stattfinden, soweit die Kinder überhaupt in ihren Familien belassen werden können. Auf grundsätzlich anderer Basis muß sich die sozialistische Bevölkerungspolitik zugunsten aller anderen Gruppen aufbauen. Alle diese Eltern respektive Mütter müssen über die Steuernachlässe hinaus staatliche Erziehungsbeihilfen erhalten, die im wesentlichen von den Ledigen und Kinderarmen, durch Zuschläge zur Einkommensteuer oder durch Versicherungsbeiträge (im Sinn der von Grotjahr vorgeschlagenen Elternschaftsversicherung), aufgebracht werden sollten. Sehr beachtenswert ist die Anregung A. Zeilers, der die Zuschläge nicht in absoluter Höhe sondern im Promillesatz des Gesamtarbeitseinkommens beider Eheleute festgelegt wissen will. Dadurch erhält diese Unterstützung eine Art eugenischer Wirkung. Eine Bevorzugung der höheren Gehaltsgruppen kommt wegen der bekannten Kinderarmut dieser Schichten praktisch nicht in Frage, während andererseits gerade die für die Erhaltung des Volkes ausschlaggebenden wertvollen, breiten Schichten der gelernten Arbeiter, Bauern, Kleinbürger und Intellektuellen wirksam und zum Teil auf Kosten der hohen Einkommen unterstützt würden. Wo die Mutter einer Erwerbsarbeit ohne Vernachlässigung der Kinder nicht nachgehen kann, ist es billig ein ihrer Vorbildung entsprechendes fiktives Einkommen bei dem Bezug der Erziehungsbeihilfe mit zugrunde zu legen; dadurch fände auch gesellschaftlich die Arbeitsleistung der Hausfrau und Mutter die verdiente Würdigung.

Bis zur Verwirklichung dieser planmäßigen sozialistischen Bevölkerungspolitik müssen wir die bisher geübten Methoden zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit weiter ausbauen: hygienischen Schutz und wirtschaftliche Sicherstellung jeder Schwangeren und jungen Mutter, Erhöhung und Verlängerung des Stillgelds mindestens bis zum 5. Monat, größere Steuer-

nachlässe für die Kinder, vor allem aber bevorzugte Wohnungszuweisung an kinderreiche Familien und junge Eheleute. Es ist durchaus nötig für Familien mit Kindern Siedlungen derart zu schaffen, daß die Kinder leichter in die frische Luft kommen. Endlich muß noch betont werden, daß die heute übliche Verständnislosigkeit unserer Behörden für Mütter mit Kindern verschwinden muß, wie sie sich zum Beispiel in Berlin in dem Verbot des Einsteigens in Vorortzüge mit nicht zusammengeklappten Kinderwagen und des Mitnehmens von Kinderwagen auf Friedhöfe zeigt. Auch in den Kleinigkeiten des Alltags sollte man der Mutter den Dienst am Kind erleichtern.

Nun heißt es immer: Das ist für die Volkswirtschaft ganz "untragbar". Darauf sei erwidert, daß es sich nicht um eine neue Belastung der Wirtschaft handelt sondern nur um eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens. Was heute von den Ledigen und Kinderarmen ausgegeben wird, wird künftig der Familienvater unter sinnvoller Berücksichtigung der Rangordnung der Bedürfnisse ausgeben. Erst ganz allmählich wird dieser Umschichtung der Einkommen eine solche in der Sphäre der Produktion folgen. Es wird besonders die Nachfrage nach allen Erzeugnissen der organischen Produktion steigen und dadurch eine Intensivierung der Landwirtschaft immer dringender werden. Andererseits würden die Bauern und Landarbeiter mit ihrem noch relativ starken Nachwuchs einen Zufluß von Mitteln erhalten, der ihnen den Übergang zur intensiven Wirtschaft respektive zur Ansiedlung erleichtert. Bisher hatten wir das Entgegengesetzte. Die östlichen Provinzen im besondern und das Land im ganzen haben seit Generationen durch die Landflucht Menschen und Kapital in ungeheurem Ausmaß an die Städte abgegeben und sich dadurch in hohem Maß an diese verschuldet. Wird die Landflucht nicht eingedämmt, so muß sie schließlich einen Rückgang der Produktion zur Folge haben. Dazu kommt noch, daß die an sich schon dünn bevölkerten Ostprovinzen gegenüber der rasch zunehmenden Bevölkerung unserer östlichen Nachbarn als künftige menschenarme Steppen oder durch Unterwanderung verloren gehen können. Sind doch 1919 bis 1925 allein aus den östlichen Provinzen Schlesien, Pommern und Ostpreußen rund 300 000 Personen abgewandert. Demgegenüber erreicht die bäuerliche Ansiedlung bisher die Rekordzahl von 700 Bauernstellen im Jahresdurchschnitt. Dabei wird die Anzahl der Ansiedlungslustigen und -geeigneten auf 50- bis 60 000 geschätzt, zu denen jährlich weitere 8- bis 10 000 stoßen, die auf den väterlichen Höfen herumsitzen oder nach Übersee gehen. Gesunde Bevölkerungspolitik ohne Eindämmung der Landflucht ist unmöglich. Daher ist sozialistische Bevölkerungspolitik von Siedlungspolitik nicht zu trennen; sie müssen gleichzeitig und mit aller Energie unverzüglich in Angriff genommen werden, solange noch bäuerlicher Nachwuchs vorhanden ist, und deutsche Landarbeiter noch auf dem Land zu finden sind.

Sollte die Demokratie auf diesem Gebiet versagen, das heißt dem volklichen Selbsterhaltungswillen keine wirksamen Wege weisen können, dann würde sie selbst nicht lebensfähig bleiben. An diesen Grundfragen erweist sich das Lebensrecht jeder Verfassungsform und das Führungsrecht der Parteien und Staatsmänner. Haben doch die Parteien bei der tatsächlich bestehenden indirekten Wahl auf dem Weg über das Listensystem eine viel größere Macht und darum eine viel größere Verantwortung als früher. Noch ist die Demokratie jung in Deutschland, ihre Anpassung an die schwierigen Situationen der jüngsten Vergangenheit war größer als die jeder andern

Verfassungsform. Aber schließlich stirbt jede Verfassung von innen ab, wenn sie nur eine bequeme Lebensform für politische Spießbürger bedeutet, ohne die sozialen und nationalen Grundfragen zu lösen. Hat das laissez faire der liberalen Wirtschaft mit ihren zerstörenden Folgen für die Industriearbeiterschaft diese in eine Kampfstellung zum alten Staat getrieben, so muß das laissez faire in wichtigen Lebensfragen des Volkes (Behauptung des nationalen Siedlungsraums, Bestandserhaltung, Erhaltung der Arbeitsfreudigkeit) weite Schichten, insbesondere des Landvolks und der Intelligenz, in Opposition treiben. Die Unzufriedenheit weiter Kreise unseres Landvolks ist nicht etwa bloß, wie man so gern behauptet, eine Folge der Landbundagitation sondern hat ihre Wurzeln in der ungesunden Agrar- und Siedlungspolitik respektive der fahrlässigen Behandlung ländlicher Interessen (Netzbruch, Preisgestaltung). Wenn oben die soziale und sozialmedizinische Indikation für den Abort als vorübergehende Notmaßnahme gefordert wurde, so muß man auch außerordentliche Maßnahmen zur Überwindung der Landflucht und des Wohnungselends in Land und Stadt ergreifen. Ansiedlung von jährlich etwa 15 000 Landarbeitern in Eigenheimen mit etwas Land und die von 10 000 Bauern würde vielleicht schon genügen, um die Landflucht erheblich einzudämmen. Dann haben wir auch günstigere Aussicht den Fehlbedarf an Wohnungen in den Großstädten allmählich zu decken und auch hier zu gesunden Verhältnissen zu kommen. Die erforderlichen 500 Millionen müssen und werden herbeigeschafft werden. Solange ein Volk wie das deutsche 6 bis 7 Milliarden in Alkohol und namentlich in Nikotin jährlich anlegt und ungezählte weitere Milliarden für allhand Plunder ausgeben kann, werden sich die Mittel für produktive Zwecke auch aufbringen lassen. Eine andere Quelle dürfte sich in absehbarer Zeit erschließen: die nicht transferierbaren Reparationsmillionen. Unsere Gläubiger wissen, daß die Transferierbarkeit mit der Steigerung der heimischen landwirtschaftlichen Produktion wächst. Sie werden sich daher sicher bereit finden bestimmte Summen langfristig in der deutschen Ostsiedlung anzulegen, wodurch sich nebenbei auch die Demokratie auf dem Land ausdehnte und festigte, und die Unsicherheitsgefühle unserer Nachbarn beruhigt werden könnten. Und so kann solche deutsche Bevölkerungspolitik auch die Entsetzung des kommenden Europas beschleunigen helfen.

ARNO NADEL · RÄTSELHAFTE WELT



RÄTSELHAFTE Welt,
In der wir leben!

Wir selber
Ringen uns empor.

Sonst hilft uns niemand.

Gott spricht,
Die Weisheit spricht:
Ihr werdet froh,
Wenn ihr die Welt
Nach eurem Willen formt.

GUSTAVE COQUIOT · DER MALER VAN GOGH



R ist, dieser einzigartige Maler, der letzte in der alphabetischen Ordnung meiner Liste der fluchbeladenen Maler, und in der Größe des Mißgeschicks ist dies sein legitimer Platz. Denn dieser vereinigt alle Flüche: Elend, Wahnsinn, schreckliche und dauernde Trauer. Niemand war sicherlich mehr verflucht, mehr vom Schicksal beladen. Dieser da hat wahrlich in der Hölle gearbeitet; und obendrein hatte ihn die Natur häßlich gestaltet, schrecklich, damit er desto mehr litt. Er rührte nur einen einzigen andern Menschen zu Mitleid: seinen Bruder Théo. Dieser immer verfluchte Maler liebte die Malerei mit einer solchen Liebe, daß man keinen begeistertern, vernarrtern, gegen seine Not und seinen grausamen Hunger gleichgültigern Maler nennen kann. Wenn er sich bisweilen beklagt, dann nur darum, weil er keine Farben, nicht genug "Modelle" hat, weil er nicht arbeiten kann, wie er möchte.

In Arles bricht seine ganze Persönlichkeit, sein ganzes Feuer durch. Da ist mit einem Schlag alles da. Die Sonne reißt ihn aus seinen ersten Werken. Er malt, rasend vor Schaffenslust, außer sich vor dem Leben der Farben; alle Mischöne weist er zurück. Da nun bedient er sich eines Rohrs, das er wie eine Gänsefeder zurechtschneidet, und erinnert sich an Hokusai, dessen 3 wunderbare Alben, die die 100 Ansichten des Vulkans Fuschi darstellen, für immer in seinem Gedächtnis bleiben. Die 100 Ansichten dieses Vulkans: mit welchem entzückten Entzücken hat er darin die herzbewegende Art gesehen das Land, das Gras, die Bäume, die Sonne, die Hütten, die Blumen der Obstgärten, die Zerklüftung der Gebirge zu zeichnen. Er erinnerte sich immer und immer wieder an Hokusai, wie er die Barken mit dem gekrümmten Bug malt, die Strichelung des Regens, das bewegte Wasser, die Wogen, die sich wie Wülste, wie krumme Haarlocken stoßen, und er zieht aus diesen denkwürdigen Erinnerungen eine Zeichnung, die dennoch die seine ist, die Zeichnung seiner Bilder: in abgehackten Pinselstrichen, in Punkten, in Rundungen, immer alles in Bewegung unter dem Brand der Sonne und dem Brand seines Bluts. Seine Malereien? Sie haben nichts Unbewegliches mehr an sich wie in Nunen. Alles vibriert, alles schwingt, alles flammt, alles ist im Umsturz: die Häuser, die Bäume, die Personen, die Fabrik-schornsteine, die Gestirne selbst. Neben dieser Malerei erscheint fast alles kalt, leblos. Eine Ausnahmomalerei. Hier zeigt Vincent alle Kühnheiten, alle Leidenschaften. Jeden Tag, mit allen Kräften, will er mit der Sonne kämpfen oder sie wenigstens so wie er sie sieht auf seine Leinwand übertragen, damit sie die weißen Wände seines Zimmers in Brand setzt. Er hat den Wahn des Gelb, er schreit es bei jeder Gelegenheit aus. Niemals malt er mit Ruhe; er ist unaufhörlich in einer Periode der Aufregung. Aber er weiß im voraus, was er will: Er hat über den Gegenstand seines Bildes nachgedacht; darum läuft, wenn er ihn anpackt, seine Hand so schnell wie sein Gedanke. Er rechnet nicht immer darauf ein bewundernswertes Werk zu schaffen, er rechnet nur mit der Anzahl seiner Bilder. Je mehr man davon aufzuzählen haben wird, desto größer wird für ihn die Aussicht sein in einer gewissen Zeitspanne ein löbliches Werk vollbracht zu haben. Er antwortet auf die Frage, ob man über einem Gemälde schlafen soll, um ein Meisterwerk hervorzubringen, mit Bildern. Seine Bilder brennen, selbst wenn sie einen relativen Ruhezustand darstellen. Sie brennen mit ihren

reinen Farben wie verjüngt, wie lebend (oder bisweilen wie unter der Asche), aber jedesmal sprühen sie ein weißglühendes Feuer. Man hat sie oft mit einem Geschmeide verglichen. Das ist eine Dummheit. Sie blitzen nicht, sie sind gleichmäßig von innen heraus in Glut.

In Arles geschieht also die Entfaltung. Vincent bezwingt uns mit allen seinen Qualitäten, mit seiner ganzen Urwüchsigkeit. Und was er uns da an Geschenken bietet, ist ein so unerwartetes, nie gesehenes Ganzes, daß gewisse "Kenner", um ihrer Bestürzung Ausdruck zu geben, nicht zögern solche außerordentlichen Leistungen auf das Konto des Wahnsinns zu setzen. Ganz einfach, man sieht es. Wir begreifen dieses Genie nicht, wir sind nicht sehr erschüttert: Es ist ein Wahnsinniger. Nun, dann sei der Wahnsinn gelobt. Der Wahnsinn, der eine so begeisterte Zeichnung liefert, von so reinem, warmem, eingebungsreichem und so überlegen sicherm Stil. Der Wahnsinn, der dieses wunderbare Zusammen von Tönen liefert, diese unvergleichliche Vereinigung aller Flammen, die von der Sonne aufgepeitscht und abgeschossen werden. Welches nie gekannte Entzücken jedes Mal vor einem Arleser Bild Vincents: Diese Landschaften, in denen alles auf die intensivste Weise lebt, wo das Gras im Licht irisiert, wie das Blatt, wie das Haus, wie die Wolke. Diese Porträts, wo jede Falte der Haut den Charakter betont, und wo das farbgebende Licht alle Einzelheiten eines Gesichts mit einem beängstigenden Leben belebt. Schließlich noch so viele Stilleben, deren Gegenstände, Blumen und Früchte, Krüge und Heringe ein nie dagewesenes Rasen in Farben zeigen.

Und welche Entdeckungen sicherte dieser Maler. Er ist der erste, der uns das Hügelige des Bodens, die Buckel und Senkungen, die dumpfe Arbeit des Humus begreiflich gemacht hat. Er ist der erste, der Heuschober aufgerichtet hat, lebendig von all ihrer Keimkraft, höckrig, eingedrückt, ausgehöhlt oder von den Winden zusammengeweht, die über Ebenen und Hügel mit ihrem langen Heulen fegen. Er hat all diesem: Bäumen, Feldern, Wolken, Häusern, Schobern, so unvorhergesehene Formen, so sonderliche Gesichter aufgezwungen, daß man sich zunächst beunruhigt, weil man an einen himmlischen Zauberer glaubt, der alle Dinge der Erde hat verbrennen wollen. Aber alles in dem Werk Vincents flammt so von Leben und Bewegung. Nichts ist erstarrt. Es ist ein Galopp von Dingen, die plötzlich mit wütender Faust festgehalten werden. Und alles bebt unter dieser Faust. Alles verwandelt sich in Hitze, alles wird glühend, alles fängt Feuer. Ein anderes Mal wieder gewährt ihm der Frühling die rosa und weißen Blüten seiner blühenden Bäume, denn dieser Maler ist ein Maler der Liebe. Alles ist dann jungfräulich in reiner Gemeinschaft: die feinen Zweige, die so kleinen, so zerbrechlichen, so zarten Blütenblätter, geschaffen für den Mund von Engeln. Und das Gras fängt mit der Spitze seiner Halme die Blüten auf, die herunterfallen. Garten der Keuschheit, aus dem das Leben Tropfen um Tropfen quillt unter der blauen oder grünen Schärpe des Himmels.

Beneidenswerter Wahnsinn, ja nach dir verlange ich immer. Du bist es, der auf das Mittelländische Meer die tanzenden weißen Barken wirft. Du bist es, der sanft den Regen fallen läßt, wie er auf den japanischen Holzschnitten fällt, so wehmütig, so langsam wie feuchte Küsse für die Bäume, für die Ähren, für die Ziegeldächer. Beneidenswerter Wahnsinn, du bist es auch, der so voll Liebe die schweren Ähren der Ebenen beugt, immer du

bist es, der den hohen Schornsteinen ihre Rauchfahnen anheftet, die sich aufrollen und verrollen vor dem Kreis der Sonne. Und endlich du Sonne, in dir selbst ein Wahnsinn, so prächtig, wie du überlegen auf die nackte Ebene brennst, Erzeugerin der Welten und Quelle des Lebens

Das Leben pocht in der kleinsten Ecke der Natur, in dem Baum, der sich zu jeder Sekunde von seinem Saft nährt, in der Erde selbst, die träge erscheint, und die ohne Unterlaß im Gebären liegt. Und dieses ist es, das Klopfen des Lebens, das die große Entdeckung Vincent van Goghs bleibt. Er hat es überall vernommen. Er hat es überall wütend, nachhaltig ausgedrückt, selbst in der geringsten seiner Skizzen. Nicht eine Linie, nicht ein Punkt, die bei ihm nicht lebendig wären. Er hat sein eigenes Leben in der Sonne der Provence verbrannt; "wahnsinnig" hat er alle Pfeile, die die Sonne auf ihn herabschoß, ertragen, und er fühlte sein Blut nicht fließen aus seinen vielfachen Wunden. Er hielt im Angesicht seines Feindes Stunden, Tage, Monate aus, und diesen Feind, diesen unversöhnlichen Bogenschützen hörte er nicht auf anzubeten und ihm zuzulächeln, das ganze Gesicht ihm zugewendet, sein armes, verbranntes, verwüstetes Gesicht, in dem die Nervenkrankheit sich entwickelte; so vertrauensvoll bot er ihm das gastliche Heim seines Gehirns dar. Wenn Vincent van Gogh unerhörte Landschaften und Wunderwerke von Porträts gemalt hat, kommt das daher, weil er, ohne es zu messen, sein ganzes Leben geopfert hat. Ein übermenschlicher Verzicht. Der Briefträger Roulin, die Arlesierin, die Berceuse, der alte Bauer mit Hut, der junge Schnitter und 50 andere Meisterwerke, das ist ein Ganzes, genährt mit all seiner Vernunft, mit seinem ganzen Sein. Am Ende der Selbstmord. Daran dachte er schon. Ja, wenn seine Kräfte zu Ende gehen würden, wenn er ausgeblutet und kraftlos sich nicht mehr auf die Leinwand würde stürzen können, nun, dann würde sein Leben fertig sein. Er würde kurz Schluß damit machen, und alles wäre gesagt. Aber jetzt ist das Werk zu vollbringen, das sich vor ihm aufrichtet.

Und Vincent häuft Zeichnungen und Bilder an. Sein Werk in Arles ist ungeheuerlich. Wenn er mehr Modelle fände, würde er noch mehr arbeiten. Dieser Riese würde dann noch besser des Schlags und des Hungers Herr werden. Er trägt Wunder von Kräften in sich. Er verlangt immer nach Arbeit, nach lebenden Modellen. Die geringen Leute allein wollen ihm sitzen, aber ihre Zeit ist gemessen. Vincent läßt nicht ab. Er verlangt un-
aufhörlich Farben und Leinwand. Er malt wütend darauf los. Er weiß: Die schlimmsten Katastrophen bedrohen ihn. Er malt, ganz schwach von Entbehrungen; und dennoch bringt er eins der wundervollsten Malerwerke hervor, die es gibt. Auch er besteigt sein Golgatha, wie ein Kreuz schleppt er seinen drückenden Malerranzen mit sich. Aber vor der Leinwand wird sein Hirn machtvoll, von Genie gebadet, und er begibt sich an die Malerei.

Dieses Werk von Arles rührt an alle Dinge der Erde. Vincent hatte Durst nach Malerei sein ganzes Leben lang. Wenn er nicht ausgehen konnte, malte er Sonnenblumen, diese ungewöhnlichen und massiven Blumen, und er schnitzte sie zu dauerhaften Zielscheiben für die Sonne. Oder auch er nahm Früchte, Küchengegenstände, und er stellte diese Stilleben hin, die die anderen Stilleben, die Cézannes ausgenommen, so fragwürdig erscheinen lassen.

Der angebliche Wahnsinn, ich komme darauf zurück, hat dennoch sein Gutes. Denn er war es zweifellos, der Vincent erlaubte mit einer so voll-

kommenen Aufrichtigkeit und frei von jeder Voreingenommenheit zu zeichnen und zu malen. Gewiß hat er nie aufgehört an die Meister, die er vor allen anderen liebte, zu denken: an Rembrandt, Delacroix, Monticelli und ein paar andere. Aber sobald er vor dem Motiv stand, ging seine Leidenschaft mit ihm durch, und er malte, von der Farbe hingerissen, nachdem er allen Ballast seiner Erinnerungen abgeworfen hatte. Von neuem dachte er erst wieder an sie, wenn seine Bilder fertig waren; dann öffnete er weit vor ihnen die Türen seines schaffenden Gehirns.

Es muß sofort festgehalten werden, daß der Einfluß des Mistral auf Vincent von Bedeutung war. Seine Kraft vervielfältigte sich, wenn er sich von den Sturmwinden der Provence ergriffen sah. Keine Zeit verlieren, schnell malen, mit brutalen, hingehauenen, aber sicheren Pinselstrichen. Unmöglich das Motiv gelect zu malen. Keine Schmeicheleien, Pinselstriche, die über die kurzen Ruhepausen springen. Und dazu seine Staffelei, seine Leinwand verteidigen, alles, was da knarrt und kracht und zu jeder Sekunde unter den Peitschenhieben des Sturmes zusammenzubrechen droht. Er schrieb an seinen Bruder Théo: »Ich habe Dir schon gesagt, daß ich immer gegen den Mistral zu kämpfen habe, der es ganz und gar unmöglich macht, daß man Herr seines Pinselstrichs bleibt. Daher das "Verstörte" der Studien.« Und man bemerkt, daß die Gegenstände, Bäume, Heuschober, Getreidefelder schwanken, sich beugen, sich wieder aufrichten, sich in feurigen Zungen winden. Vincent konnte nicht anders als entzückt sein von diesem Wahnsinn der Dinge. Diese ständige Bewegung stimmte mit der dauernden Bewegung seines Gehirns überein. Das ganze Leben tanzte oder brannte um ihn. Und er beschrieb all seine Aufregungen, all seine Müdigkeiten, aber auch die ganze Trunkenheit in einem so aufgerührten Land zu leben.

Dennoch denke man nicht, daß alle Bilder so summarisch ausgeführt sind. Zahlreich sind auch die, die er mit der Geduld eines Japaners vollendet hat. Die Landschaften, wo »alles klein war«, wie er sagte, und in denen er nichts ausgelassen hat: das Detail der Bäume, das Detail der Felder, das Detail der Felsen und das Detail des Grases, alles ist darin enthalten. Aber wie in der Natur zählen manche Einzelheiten mehr als andere. So bewundert man die Ansichten der Ebene um Arles und Montmajour, wo die ganze Weite in einer Folge von Ebenen, hinter Baumhecken und Büschen, grenzenlos wirkt. Man findet gleicherweise Felslandschaften, wo der nörglerischste Geologe seine Aggregate und Konglomerate, seine Arenazeen und seine Granulationen wiedererkennen würde. Schließlich erinnert euch nur an seine Gärten, wo der ausgeklügelteste Lenôtre die Beete, die Rondelle mit den Springbrunnen, die Sockel und die Bäume nicht besser verteilt hätte. Und wie alles in dem Charakter enthalten ist. Man erinnert sich dieses Bildes mit den Tannen, wo die Stämme von abgebrochenen Ästen starren, die steif und hart wie Spieße in den Schaft gepflanzt sind, der zu den Wolken aufsteigt. Und dieses Weinbergs, wo Frauen unter Sonnenschirmen spazieren gehen; welches Gewirr von Blättern und Reben in den so klar sichtlichen Furchen. Alles wurde bei Vincent van Gogh so in seiner ganzen Gewichtigkeit eingeschrieben. Und darum versetzt uns auch sein Bild mit dem Spital von Arles so restlos in Bewegung durch dieses Zusammen von Betten und armen Teufeln, die durch eine vielleicht hilfreiche Krankheit an dem Ofen festgehalten werden.

Aber in seinen Porträts enthüllt sich Vincent als der erstaunlichste der Maler. Man kennt sie alle auswendig: den Briefträger Roulin, die Berceuse, die Arlesierin, den Zuaven Milliet, den jungen Schnitter, den alten Bauern, seine Selbstporträts usw. Alle haben sie einen so gebieterischen Stil und eine solche Überlegenheit des Ausdrucks, daß man sich zunächst vor diesen Gestaltungen, die so außerhalb der Malerei liegen, aufbäumt; man bemerkt darin eine so gewaltige Stellungnahme, eine solche Absage an die geläufigen Meinungen, vieles so Barbarische und Feindliche, daß man die Leute, die darüber bestürzt sind, nicht sogleich verflucht. Die Bewunderung kommt langsam für den ersten Besten, der vor solchen Meisterwerken steht. Sie sind so schroff, daß noch die Liebhaber vor so viel Absonderlichkeit und Kühnheit Angst haben. Und als Vincent sein eigenes Porträt machte, weiß man, daß er sich auch nicht schonte, er nicht, und daß er sich darstellte als einen Maler, der mit jedem Makel behaftet ist. Mehr Sanftheit verwendete er bisweilen vielleicht für andere Porträts. Zum Beispiel für das junge Mädchen oder den rosa Lorbeerzweig. Aber auch sie hat nichts Anziehendes, dieses magere Ding. Und die Arlesierin mit dem schlafenden Blick eines Raubvogels zeigt sich ebenso fürchterlich wie der Vater Roulin bestürzt macht, mit seinem Löwenkopf voll struppiger Haare wie aus Hobelspänen. Man muß lange Stunden vor diesen Porträts bleiben; man muß sie langsam sehen und sie namentlich immer wieder ansehen; und auf einmal, wenn man begriffen hat, vollzieht sich das Wunder: Man keucht vor Freude. Sie enthalten ein so gewaltiges Leben. Wenn jemals das, was man unter Seele versteht, ohne genau zu wissen, wo sie ihren Sitz hat, noch woraus sie besteht: wenn diese von der Vorsehung gewollte Seele auf irgendwelche Art auf einem Gesicht in die Erscheinung träte, so wäre es gewiß auf den von Vincent gemalten Porträts, wo diese einfache, treuherzige, nachdenkliche, sich bescheidende oder zerknirschte Seele sich offenbart. Zwar immer nur kleine Seelen auf jeden Fall. Denn das bittere Geschick beschied ihm nicht die Porträts der Minister und der Frauen der notorischen Öffentlichkeit. Armer Vincent, du wurdest nicht wie ein Rubens oder ein van Dyck, noch wie ein Goya, selbst nicht einmal wie ein Bonnat gefeiert, du mußt dich so ziemlich mit den summarischen Gesichtern der geringen Leute begnügen, und alle, Männer und Frauen, standen dir gewiß nur widerwillig Modell und nur, um dir einen Gefallen zu tun. Sicherlich hat die Begeisterung Vincents auch hier wieder ein Wunderwerk zustande gebracht. Er zuallererst zeigte sich befriedigt, wenn er mit Gewalt in einer Sitzung ein Porträt hingehauen hatte. Und ich denke doch nicht, daß man solchen Bildern mehr Leben und einen neuartigen, bestrickendern Charakter verleihen könnte. In dicker Paste gemalt wie seine Landschaften, mit absichtlichen Kontrasten, sehr oft auf grober Leinwand, von diesem schäbigen Aussehen, das er so liebte, und selten nur auf Karton oder Holzplatten, stehen fast trockene Farbenstückchen stachelig auf der Stirn, auf dem Gesicht, auf dem üppigen Wuchs des Haarknotens, in dem Walddickicht eines Bartes. Alle Kühnheiten stellen sich hier zur Schau. Vincent betet das Veronesegrün an, den sehr hellgrünen Zinnober, die 3 Chromgelb, ohne das entsetzliche Preußisch Blau zu vergessen, das schwarz wird, und den roten Zinnober, der seinen Glanz verliert. Er sagt: Es ist unmöglich die Valeurs und die Farbe zugleich zu geben; man muß seine Entscheidung treffen, wahrscheinlich wird sie zugunsten der Farbe ausfallen. Man findet in gewissen Porträts Harmonieen in

Blau, Weiß, Rot, in anderen wieder von Gelb und grellem Zinnober; und, wenn er es wollte, auch in Violett, Grün, Ultramarin, und immer mit diesen Farbstückchen besetzt, die bisweilen fein wie Nadeln sind. Alles das auf einheitlichem oder abwechslungsreichem Grund, mit Ornamenten und Blumen, japanisch. Hintergründe solcher Art sieht man auf den Porträts der Berceuse. Auf einem Porträt des Vaters Tanguy und auf seinem Selbstporträt mit dem abgeschnittenen Ohr bewies er noch mehr seine Liebe zu den japanischen Stoffen, indem er ihr ganzes Detail auf den Grund malte.

In Arles drängte sich ihm, der mit so viel Ungestüm unter den Stößen des Mistrals arbeitete, erst recht der dicke Farbenauftrag auf. Und wenn er immer wütender der Leinwand zuleibe ging, so wahrhaftig nur darum, weil er nicht anders konnte. Gewiß, die dicke Malerei bringt für die Zukunft Nachteile mit sich. Der Staub häuft sich auf, und die Farben zersetzen sich chemisch sehr rasch. Aber trösten wir uns: Die Bilder der anderen Maler verlieren aus anderen Gründen; und wenn wir auch die Bilder Vincents nicht mehr in ihrem ganzen Glanz von gestern schauen, sehen wir etwa an den prächtigen Gemälden Delacroix' besser, wie sie wirklich gemalt waren? Delacroix: wie huldigt ihm Vincent ohne Unterlaß. Seien wir zufrieden, wenn wir die wunderbare Zeichnung eines Rembrandt, eines Delacroix, eines Cézanne und eines van Gogh wiederfinden können. Welche glückliche Katastrophe hingegen für so viele Maler, die man heute feiert, wenn die Zeit ihr ganzes Zerstörungswerk erst vollendet hat. Dann wird es keine Farbe und keine Zeichnung mehr geben. Und welches Unglück bedeutet das für euch, teure Liebhaber und Kenner minderwertiger Malereien.

Wenn ihr jetzt wissen wollt, wie das tragische Ende Vincent van Goghs war, so lest noch das Folgende.

Als Vincent in Auvers bei Pontoise ankam, nachdem er ein ganzes Jahr: 365 Tage und 365 Nächte, bei den Irren im Asyl von Saint-Rémy in der Provence zugebracht hatte, trug er im tiefsten Innern die Überzeugung mit sich, daß es für ihn keine Möglichkeit einer Heilung mehr gäbe, und daß auch die Arbeit, die ihn immer aus seinen Qualen gerettet hatte, ihm bald keine Hilfe mehr bringen könnte. Vergeblich kämpfte er tapfer, ja mit Methode. Seit langem hatte er in der Tat gelernt seinen Mut zu erziehen und zu entwickeln. Sein Wille war wahrhaftig eine übermenschliche Fähigkeit, jenseits der uns bekannten Kräfte. Aber diesmal, ganz allmählich, wurde er sich klar darüber, daß alles unter ihm fortglitt, und daß die Traurigkeit, wie er jetzt immer sagte, sein ganzes Leben dauern würde. Zweifellos spannte er sich mit dem selben Herzen und der selben Hoffnung wie in den schönen Zeiten von Arles an seine Arbeit, damals, als er noch einen Augenblick geglaubt hatte sein Leiden zu besiegen. Gewiß, er hatte selbst eines Tages die kleine Bürgermeisterei von Auvers gemalt, mit einem so drolligen Aussehen, indem er sie mit allen Lampions, mit allen Flaggen und Wimpeln des 14. Juli schmückte. Aber diese kurzen Ruhepausen wurden auf der Stelle von einer grauenhaften Hypochondrie vernichtet, und er stürzte dann um so tiefer. Und dennoch, seine Malerkameraden blieben ihm treu, und in dem Haus des Doktors Gachet fand er eine freundliche Gastlichkeit, eine gesicherte Aufnahme. Aber was konnte er selbst, was konnten die anderen gegen seine Krankheit tun, die sich jetzt dauerhaft bei ihm eingenistet hatte und unerbittlich ihr böses Werk vollendete?

Der Selbstmord? Seit langem dachte Vincent an dieses Ende. Was ihn zurückhielt, wußte er selbst kaum, da ihm doch alles gleichgültig geworden war, und er wußte, daß er niemals, niemals auch nur ein einziges seiner Bilder verkaufen würde. Kein Wüten half ihm übrigens dagegen, daß er sein Leben für verfehlt hielt. Er sagte und wiederholte es, er schrieb es in seinen Briefen an seinen edlen Théo. Der Selbstmord: ja, der würde allem ein Ende machen. Oftmals hatte Vincent an Théo geschrieben: »Ich werde Dir das Geld zurückgeben, das Du mir geliehen hast, oder ich lasse mein Leben.« Er war müde, unmöglich müde, so viel Aufschub bis zur Erfüllung dieses Versprechens in sich anzuhäufen. Dann eines Tages verlangte er von Ravoux, seinem Wirt, ihm seinen Revolver zu leihen, um »zur Zerstreung Raben zu schießen«; und ganz freudig kam er zurück und sagte, er hoffe, daß er sich diesmal »nicht verfehlt« habe.

Und in der Tat starb Vincent, befreit, am 29. Juli 1890. Am Tag seines Begräbnisses wurden in seinem kleinen Zimmer einige seiner schönsten Bilder aufgehängt. Niemals hätten himmlische Flammen mit lebhafterem Glanz über einen Märtyrer strahlen können.

Vincent van Gogh wurde auf dem Friedhof von Auvers an der Oise begraben. Geht hin und seht sein einfaches Grab, wie er es verdient, am Fuß einer Mauer, die manchmal von den massiven und ruhigen Garbenhaufen des Getreides überragt wird, dem einzig wahren Schmuck für das stürmische Leben dieses wunderbaren Malers, das jetzt endlich seinen Frieden fand.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Hans Simons

Deutschland Am 6. Dezember 1927 wurde im Reichstag über ein Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Reichsregierung abgestimmt; mit 229 gegen 192 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen wurde es abgelehnt. Für den Mißtrauensantrag stimmten Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und der Zentrumsabgeordnete Wirth; die Völkischen und einige Mitglieder der Wirtschaftspartei enthielten sich der Stimme. Die Mehrheit von 23 Stimmen war ein äußeres Kennzeichen für die Lustlosigkeit, mit der die Koalitionsparteien in der Regierung zusammenarbeiteten, und für den Mangel an Vertrauen bei den Nichtkoalitionsparteien, der durch den zunehmenden Mangel an Einheitlichkeit des Programms und der politischen Führung entstanden war. Es war klar, daß die Regierung sich nicht lange mehr würde halten können, und daß damit auch das Ende des Reichstags da war. Infolgedessen standen die parlamentarischen Verhandlungen des letzten Vierteljahrs schon

ganz und gar unter dem Eindruck der zu erwartenden Neuwahlen. Trotzdem erreichten die Auseinandersetzungen, die schließlich zum Zerfall der Koalition führten, nicht die Höhe eines grundsätzlichen Kampfs, wie man es angesichts der Etatsberatungen und der Debatten über das Schulgesetz hätte erwarten sollen. Allerdings wurde der Kampf um das Schulgesetz nur im Bildungsausschuß geführt. Aber auch dort hat sich, wie das für den parlamentarischen Betrieb in Deutschland so kennzeichnend ist, das eigentliche Problem in einem Streit um verhältnismäßig nebensächlichere Paragraphen und Verfassungsartikel verborgen. Die Schwenkung der Deutschen Volkspartei vollzog sich erst, als über die Sonderstellung der Länder entschieden werden sollte, in denen die Simultanschule die Regelschule ist. Infolgedessen war die öffentliche Meinung einigermaßen außer Fühlung mit den Vorgängen im Reichstag. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Scheitern des Reichsschulgesetzes doch auf den Widerstand bestimmter Kreise der Intellektuellen und der christlichen Liberalen zurückzuführen ist, die im Parla-

ment nicht organisiert vertreten sind. Deren Einfluß wäre nicht so stark gewesen, wenn nicht die Rücksicht auf die nahen Wahlen gerade der Deutschen Volkspartei auch die äußerste Rücksicht auf künftige Wählerstimmen hätte erforderlich scheinen lassen. Am 26. Januar 1928 wurde im Bildungsausschuß die Regierungsvorlage zum § 20 mit den Stimmen der Opposition und den Stimmen der Volkspartei abgelehnt. Damit war die Koalition auseinandergefallen. Denn das Reichsschulgesetz war ein Kernpunkt des Programms der Reichsregierung. Bemühungen den Widerstand der Deutschen Volkspartei zu überwinden setzten sich noch bis Mitte Februar fort. Am 15. Februar mußte in einer interfraktionellen Besprechung das Scheitern dieser Versuche festgestellt werden. Damit stand die bürgerliche Koalition im Reich vor einem entscheidenden Mißerfolg. Wäre daraus die parlamentarisch richtige Folgerung gezogen worden, so hätte die Auflösung des Reichstags sofort erfolgen müssen. Auch verfassungsmäßig wäre sie in diesem Augenblick sehr viel richtiger zu begründen gewesen als das später in der Auflösungserklärung geschehen ist. Aber die Koalitionsparteien verstanden es den stigen Weise zu benutzen. Es wurde nämlich geltend gemacht, daß der Ordnungssinn des Parlaments in einer für ihre Wahlausichten äußerst günstigen Reichstag nicht auseinandergehen dürfe, ehe der Etat verabschiedet sei; außerdem müßten die wirtschaftlichen Notstände besonders bei der Landwirtschaft durch Hilfsmaßnahmen behoben werden, die unter keinen Umständen aufgeschoben werden könnten. Es ist müßig zu prüfen, ob den wirtschaftlichen Bedürfnissen, die nicht bestritten wurden, nicht auf dem Verordnungsweg ebenso wirksam hätte entsprochen werden können. Auf jeden Fall war das Ergebnis dieser Taktik politisch sehr merkwürdig, und es wird auf die Wahlen stark einwirken. Der Regierung, die ihr Programm nicht durchführen konnte, demgemäß durchaus aktionsunfähig war, wurde die Möglichkeit gegeben einen Teil des Programms als sogenanntes Notprogramm unter besonders erleichterten äußeren Umständen noch zu verwirklichen und gleichzeitig ihre Haushaltsvorlage zur Annahme zu bringen, ohne noch wirklich ernstlichen Angriffen ausgesetzt zu sein. Dieser Erfolg wird seinen Eindruck nicht verfehlen und sicherlich für weite Kreise die zeitlich vor ihm liegenden Mißerfolge verdecken.

Es zeigte sich bei den Etatsberatungen, daß die bevorstehenden Wahlen nicht nur der Regierung ihre Stellung ganz außerordentlich erleichtert (bis auf den Reichswehrminister behandelten alle Regierungsmitglieder die Etatsdebatte mit einer gewissen Unbekümmertheit, die wohl nur aus der Abschiedsstimmung zu erklären ist) sondern auch die Besonnenheit der bewilligenden Abgeordneten etwas beeinträchtigt haben. Der Reichshaushalt zeigte sich in einem Maß angespannt, daß sich die Notwendigkeit erheblicher Abstriche besonders im Hinblick auf das nächste Etatsjahr geradezu aufdrängte. Aber da die Verantwortung dafür der nächste Reichstag und die nächste Reichsregierung zu tragen haben werden, blieb es eigentümlicherweise sehr stark dem Reichsrat überlassen durch grundsätzliche Etatskritik und bestimmte Sparbeschlüsse die unbedingt erforderliche Rücksicht auf die weitere Entwicklung zu nehmen. Die Oppositionsparteien haben dann zwar diese Kritik aufgegriffen und ergänzt. Aber auf die Koalitionsparteien machte das keinen Eindruck. Selbst die wirksamste vom Reichsrat vorgeschlagene Sparmaßnahme, nämlich der Verzicht auf den Bau eines neuen Panzerkreuzers, fand im Reichstag keine Mehrheit, nachdem sich während der Verhandlungen im Reichsrat schon gezeigt hatte, daß dafür durchaus kein Verständnis in den Kreisen zu finden war, auf deren Wahlhilfe die Regierungsparteien zu rechnen haben. Nachdem noch das Notprogramm die Ausgabenseite des Voranschlags belastet hat, erfüllt dieser Haushaltsplan in beängstigender Weise die Forderung, die einmal für die praktische Finanzpolitik des Reichs aufgestellt worden ist: Er schwebt hart am Rand des Defizits. Und es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Durchführung einen Fehlbetrag ergeben wird. Mit Recht wies der Reichsrat, als er den Beschlüssen des Reichstags über den Nachtragset zustimmte, von neuem auf die außergewöhnlichen Schwierigkeiten hin, die es machen wird den Haushalt für 1929 ins Gleichgewicht zu bringen. Am 30. März nahm der Reichstag, nachdem er die Amnestieanträge abgelehnt hatte, mit 200 gegen 170 Stimmen den Etat für 1928 mit dem Notprogramm an.

Reichsreform Seit dem Herbst 1927 hatte die Reichsregierung die Frage der Reichsreform, die in der öffentlichen Erörterung eine immer größere Rolle spielte, auch von

sich aus in den Vordergrund gerückt. Entsprechend einer Anregung, die am 4. Oktober 1927 bei einer Besprechung der Ministerpräsidenten gemacht worden war, wurde die Einberufung einer Länderkonferenz vorbereitet, von der sich die Reichsregierung unzweifelhaft mindestens einen moralischen Erfolg versprach. Sie hatte richtig erkannt, daß die zu erwartende Etatskritik nur werde abzuwehren sein, wenn man dem Parlament Aussichten auf wirkliche Ersparnisse, sei es auch erst für eine spätere Zukunft, machen könne. Deshalb war auf die Tagesordnung der Länderkonferenz, die sich ursprünglich nur mit der Frage der staatsrechtlichen Umgestaltung befassen sollte, auch das Problem der Verwaltungsreform und sofort durchführbarer Sparmaßnahmen gesetzt worden. Schon bei der Vorbereitung dieser Konferenz, die auf den 16. Januar 1928 nach Berlin einberufen wurde, zeigte sich die Unmöglichkeit über die finanziellen Wirkungen verfassungs- oder verwaltungsmäßiger Umgestaltungen etwas vorauszusagen. Aus Berechnungen und Gegenberechnungen ließ und läßt sich auch jetzt nur schließen, daß es noch völlig an Vorarbeiten auf diesem Gebiet fehlt. Nachdem der Reparationsagent seine kritischen Bemerkungen zur deutschen Verwaltungsorganisation veröffentlicht hatte, geriet dazu noch die innenpolitische Frage der staatlichen Gliederung Deutschlands in eine außenpolitische Verquickung, die für alle Reformarbeit und alle etwa erzielbaren Ergebnisse nur nachteilig war. Man mußte es insofern begrüßen, daß durch die Verhandlungen der Länderkonferenz der Zwang zum Sparen als Motiv für die Verfassungsreform ausgeschaltet wurde, auch wenn dieses Ergebnis ebenso oberflächlichen Erwägungen zu verdanken ist wie vorher die Sparhoffnungen. Daß sich durch Verwaltungsreformen wesentliche Ersparnisse machen lassen, wird von niemandem bestritten. Wenn auf diesem Gebiet nur an wenigen Stellen in Deutschland bisher Fortschritte gemacht sind, so liegt das an der parlamentarischen Konstellation, die fast nirgends einfach genug ist, um der jeweiligen Regierung die für alle Arten von staatlicher Reformarbeit erforderliche Unabhängigkeit zu sichern. Auf die Verhandlungen der Länderkonferenz, die vom 16. bis zum 18. Januar stattfanden, braucht im einzelnen nicht eingegangen zu werden. Denn ihr Ergebnis war die Einsetzung zweier Kommissionen: eines Ausschusses

von Finanzministern zur Beratung praktischer Sparmöglichkeiten und eines Ausschusses aus je 9 Reichs- und Ländervertretern zur Weiterberatung der Verfassungs- und Verwaltungsreform. Der Sparausschuß ist einmal zusammengetreten. Die Ausgaben in den Voranschlägen sowohl des Reichs wie der beteiligten Länder sind nicht geringer sondern größer geworden. Der Verfassungsausschuß ist bisher noch nicht einberufen. Tritt er vor den Wahlen zusammen, stehen seine Beratungen unter der lähmenden Wirkung der Vorläufigkeit. Die Möglichkeit zu Beschlüssen, die ihm geschäftsordnungsmäßig schon von der Länderkonferenz beschnitten worden ist, wäre ihm politisch völlig genommen. Der Reichstag ging am 31. März auseinander, ohne die Wahlreform und ohne die Verbesserung zu seiner eigenen Geschäftsordnung gefördert zu haben. Daß ihm das kurz vor den Neuwahlen nicht mehr gelingen konnte, ist selbstverständlich. Die Reichsregierung hat die Vorlagen für die Wahlreform, die im Lauf der Zeit ausgearbeitet sind, nie mit wirklichem Nachdruck vertreten. Sie fand nicht nur im Parlament Widerstand; es fehlte auch in der öffentlichen Meinung an Unterstützung. Ein befriedigendes Programm ist bisher noch nicht vorgelegt worden. Auch die Parteien sind sich über ihre Stellung zu dem Problem nicht im klaren. Da sie der jetzigen Regelung die Stärke ihrer Stellung verdanken, da besonders die Parteiführung in sonst undenkbarem Maß unabhängig und damit politisch entscheidend wird, ist auch nicht zu erwarten, daß die Zurückhaltung des Parlaments aufhören wird. Es muß aber beim Rückblick über die vergangene Legislaturperiode auf diese Frage hingewiesen werden, auch wenn leider nichts Positives über sie zu berichten ist. Denn wenn überhaupt, dann kann vielleicht das neugewählte Parlament bald nach seinem Zusammentritt die Energie aufbringen ein Gesetz zur Wahlreform zu beraten. Ebenso wird ein neugewähltes Parlament, auch wenn ihm nicht viele Neulinge angehören, eher zum Verzicht auf bestimmte Geschäftsordnungsgewohnheiten bereit sein. Man pflegt heute die Krise der Demokratie und des Parlamentarismus nur ganz grundsätzlich zu erörtern und aus geistesgeschichtlichen Entwicklungen zu erklären. Es wäre zu versuchen, wieweit sich das negativ-kritische Element, das für diese Krise kennzeichnend ist, durch technische Änderungen überwinden läßt.

Reichswehrministerium Am 19. Januar trat Otto Geßler von seinem Posten zurück, und der Reichspräsident ernannte Wilhelm Groener zum Reichswehrminister. Es ist für den Chronisten schwer der Persönlichkeit des 2. Reichswehrministers gerecht zu werden, ohne die Periode darzustellen, in die seine Wirksamkeit fiel. Damit aber müßte das Gebiet der äußern Politik ebenso so sehr wie das der innern behandelt werden. Geßlers geschichtlicher Irrtum war es, daß er nach dem Ruhreinmarsch glaubte, er könne ein zweiter Scharnhorst werden. Auch wenn er sich nicht im einzelnen an dieses Vorbild gehalten hat: im ganzen sind die Vorfälle, die während seiner Ministerzeit das Vertrauen zur Reichswehr und zu ihm persönlich in weiten Kreisen der Bevölkerung erschüttern mußten, nur zu erklären, wenn man voraussetzt, daß es sein Ziel war heimlich Deutschlands Wehrkraft unmittelbar und möglichst im Rahmen der Wehrmacht zu stärken. Abgesehen von der politischen Unmöglichkeit dieses Programm durchzuführen sind psychologische Fehler erwähnenswert, die wahrscheinlich den endgültigen Mißerfolg noch mehr entschieden. Die Erziehung zur Geheimhaltung wird auf die Dauer eine Erziehung zur Unwahrhaftigkeit. Sie führt außerdem dazu, daß der Soldat dem Zivilisten gegenüber einen andern moralischen Maßstab anlegt als dem Kameraden. Geßler ist dieser Erziehung in doppeltem Sinn zum Opfer gefallen; einmal, indem er auch für seine Person nicht beim Verschweigen bleiben konnte, wodurch er ständig an politischem und persönlichem Ansehen verlor; ferner, weil er seinen eigenen Untergeben gegenüber Zivilist blieb: eine bittere Erfahrung, die nicht zuletzt seine Kräfte erschöpft hat. Der neue Reichswehrminister hat ein Scharnhorstprogramm so eindeutig abgelehnt, daß man hoffen kann, er werde sich in seinem Amtsbereich als Soldat durchsetzen und trotzdem in seiner Eigenschaft als Reichsminister bleiben, was er verfassungsmäßig ist: Zivilist und Staatsmann.

Skandale Den äußern Anlaß zum Wechsel im Reichswehrministerium hat der sogenannte Phoebusskandal gegeben. Auf seine Einzelheiten soll hier nicht eingegangen werden. Sie sind nicht so überraschend wie es von allen Beteiligten und Unbeteiligten jetzt dargestellt wird. Sie sind aber außerdem zu wenig

geklärt, um schon Gegenstand abschließender Berichterstattung sein zu können. Zusammen mit Vorgängen bei dem Reichsbahnzentralamt ergänzen sie nur ein Gesamtbild, das während der Verhandlungen im Barmatprozeß trotz der verwirrenden Fülle der Einzelfälle deutlich geblieben ist: ein bedenkliches Durcheinander politischer und finanzieller Einflüsse, sachlicher und persönlicher Überlegungen, geminderte Widerstandskraft gegenüber den Versuchungen, wie sie jede Zeit rascher wirtschaftlicher Veränderungen und Entwicklungen mit sich bringt, und damit eine Gefahr, die für den parlamentarischen Staat viel größer ist als für die Monarchie. Es ist infolgedessen auch ganz abwegig, wenn man solche Erscheinungen, statt mit Selbstkritik, mit dem Aufdecken früherer Schäden beantwortet; außerdem ist das Motiv, das einer solchen Verteidigung zugrunde liegt, auch sittlich zu beanstanden. So unerfreulich es ist, daß "Affären" zum Gegenstand und Mittel des politischen Kampfs werden, so wird doch auf diese Weise eine öffentliche Kontrolle gelegentlich erzwungen, die leider die berufenen Körperschaften, vor allem die Parlamente, zu leicht nehmen und vernachlässigen. Darum kann auch in der innenpolitischen Rundschau die Erwähnung des Gerichts nicht unterbleiben, das mit einer grandiosen Ausdauer den Barmatprozeß nicht nur formell sondern tatsächlich bewältigt hat. Der Vorsitzende, die Richter, die Schöffen und die Anwälte dieses Verfahrens haben der Gesamtheit einen Dienst geleistet, der sehr hoch zu bewerten ist, jedenfalls höher als die Unkosten des Verfahrens, die freilich außerordentlich waren. Leider ist die reinigende Kraft, die von dem Prozeß hätte ausgehen können, durch einige Umstände beeinträchtigt worden: durch die politische Hetze, von der er ausgegangen ist, durch die Dauer der Voruntersuchungen des Verfahrens und durch die Verästelung des Verhandlungsstoffs, in der sich kein Außenstehender zurechtfinden konnte.

Preußen Der Preussische Landtag wird mit Wirkung vom 19. Mai 1928 aufgelöst werden. Auch er hat den Haushalt für 1928 noch rechtzeitig verabschiedet. Die Etatsdebatten in diesem größten Länderparlament waren kennzeichnend für den Unterschied der politischen Lage im Reich und in Preußen. Die preussische Regierung hat nicht darauf verzichtet

einen Rechenschaftsbericht vorzulegen und sich von den Parteien, die hinter ihr standen, ein Leistungszeugnis ausstellen zu lassen. Dabei ist diese Regierung sehr viel mehr als die letzte Reichsregierung durch die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse gehemmt gewesen. Daran liegt es auch, daß in dem entscheidenden Punkt Unproduktivität festgestellt werden muß: auf dem Gebiet der Verwaltungsreform. Die preußische Verwaltungsreform ist die Voraussetzung für Reformen sowohl im Verhältnis zwischen Reich und Ländern wie auf dem Gebiet der Selbstverwaltung. Es ist deshalb besonders nachteilig, daß das Zentrum sich nur zu einem Programm der Halbheiten hat entschließen können, mit dem keine praktische Politik der Reformen zu treiben ist, weder im Reich noch in Preußen. Nur einen entscheidenden Schritt hat der Landtag aus eigener Initiative getan: Am 27. Dezember 1927 wurde die Auflösung der Gutsbezirke gesetzlich angeordnet. In den Gutsbezirken hat die Bevölkerung bekanntlich kommunalpolitisch keine Rechte. Bedenkt man, daß es in Preußen 11 911 Gutsbezirke gibt, darunter manche mit mehr als 1000 Einwohnern, und daß im ganzen etwa 1½ Millionen Menschen in diesen Gutsbezirken leben, so begreift man von wie weittragender zunächst kommunalpolitischer, weiter aber auch allgemeinpolitischer Bedeutung ihre Auflösung ist. Die wahlberechtigten Bewohner der Gutsbezirke standen nicht nur in kommunaler Hinsicht unter dem Einfluß des Grundbesitzers; sie waren in ihrer gesamten politischen Betätigung nicht frei, und das äußerte sich besonders bei den Wahlen. Diese Abhängigkeit wird nicht sofort überwunden werden; aber mit der Auflösung der Gutsbezirke, die noch rechtzeitig durchgeführt werden wird, ist die Voraussetzung für eine Änderung geschaffen. Es ist richtig und wichtig, daß die Staatsregierung diese Einzellösung gefördert hat und schleunigst verwirklicht; denn mit den Gutsbezirken ist ein Rest des Obrigkeitsstaats beseitigt, der sich nur so lange hat erhalten können, weil immer auf die große Verwaltungsreform gewartet worden ist.

Deutsche Wahlen 1928 Am 29. Januar wurde der Landtag von *Mecklenburg-Strelitz* neu gewählt. Das Ergebnis ist folgendes: Sozialdemokraten 19 264, Deutschnationale 10 606, Handwerker 5172, Kommunisten 3564, Demokraten 2362, Völkische 1960, Auf-

wertungspartei 1886, Deutsche Volkspartei 1825, Hausbesitzer 1553, Pächter 1450, Dorfbund 559, Reformpartei 128 Stimmen. Die Mandate verteilen sich folgendermaßen: Sozialdemokraten 13, Deutschnationale 9, Handwerker 4, Demokraten 4, Kommunisten 2, Völkische 1, Aufwertungspartei 1, Deutsche Volkspartei 1, Hausbesitzer 1, Pächter 1. Im Anschluß an die Wahlen entwickelte sich eine Regierungskrise, die nur erwähnt, aber nicht geschildert werden soll. Ihr vorläufiges Ergebnis war, daß der frühere Staatsminister Kurt von Reibnitz (Sozialdemokrat) zunächst allein zum Minister ernannt wurde.

Die Wahlen zum Landtag *Hessens* (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 1002) waren von der Wirtschaftspartei, der Nationalsozialistischen Arbeitspartei und der Evangelischen Volksgemeinschaft vor dem hessischen Staatsgerichtshof angefochten worden. Am 31. Januar wies der Staatsgerichtshof diese Anfechtung ab. Nachdem dadurch Neuwahlen vermieden waren, hat sich die hessische Regierung in folgender Zusammensetzung neu gebildet: Staatspräsident und Kultusminister wurde Adelung (Sozialdemokrat), Inneres Leuschner (Sozialdemokrat), Finanzen und Justiz erhielt Kirnberger (Zentrum), Arbeit und Wirtschaft Korell (Demokrat).

Auch die *Hamburger* Wahlen (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 1002) waren vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich angefochten worden, und dieser Klage gab der Staatsgerichtshof statt. Es wurde daher am 19. Februar 1928 neu gewählt, mit dem folgenden Ergebnis: Sozialdemokraten 246 630, Kommunisten 114 223, Deutschnationale 94 030, Demokraten 87 522, Deutsche Volkspartei 85 471, Mittelstands- (Wirtschafts-) partei 20 048, Nationalsozialisten 14 739, Zentrur- 9393, Fortschritts- (Aufwertungs-) partei 5535 Stimmen. Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 59, Kommunisten 27, Deutschnationale 23, Demokraten 21, Deutsche Volkspartei 20, Mittelstands- (Wirtschafts-) partei 4, Nationalsozialisten 3, Zentrum 2, Aufwertungspartei 1. Der Erfolg der Demokraten, der nach den Ergebnissen anderer Wahlen eine Überraschung war, ist ein persönlicher Erfolg des 1. Bürgermeisters Petersen. Dessen Person stand auch im Mittelpunkt der Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung. Das Ergebnis der Verhandlungen darüber war statt der ursprünglich beabsichtigten Verminderung der Senatoren von 15 auf 12 eine Ver-

mehrung auf 16, von denen allerdings 4 halbamtlich sind. Präsident des Senats und regierender Bürgermeister bleibt für die Jahre 1928 und 1929 Petersen. Vom 1. Januar 1930 ab wird es der 2. Bürgermeister Roß (Sozialdemokrat). Damit stellen die Sozialdemokraten von 1930 ab zum erstenmal den regierenden Bürgermeister. Das Präsidium der Bürgerschaft, das gleichfalls am 4. April neu gewählt wurde, führt der Abgeordnete Leuteritz (Sozialdemokrat). Vizepräsidenten wurden Grevs-mühl (Deutsche Volkspartei) und Brinkmann (Demokrat); die Kommunisten, die als die zweitstärkste Fraktion den Vizepräsidenten in der letzten Bürgerschaft gestellt hatten, bewirkten durch Geschäftsordnungsstreitigkeiten selbst, daß ihnen dieser Posten nicht wieder überlassen zu werden brauchte.

Am 25. März fanden im Saargebiet die Neuwahlen zum Landesrat statt. Das Ergebnis ist: Zentrum 128 886, Kommunisten 46 407, Sozialdemokraten 43 411, Deutsch-Saarländische Volkspartei 26 218, Christlichsoziale Volkspartei 11 557, Deutschnationale Volkspartei 10 496, Wirtschaftspartei 9 150, Demokratische Partei 3 900 Stimmen. Von den 30 Sitzen des Landesrats entfallen auf das Zentrum 15, auf die Kommunisten 5, auf die Sozialdemokraten 4, auf die Deutsch-Saarländische Volkspartei 3 und je 1 Sitz auf die Christlichsoziale Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei und die Wirtschaftspartei.

Polen

In Polen sind die Wahlen entgegen manchen Prophezeiungen durchgeführt worden. Der Regierungsapparat hat sie allerdings, besonders in den östlichen Gebieten, sehr stark "gemacht". Schon bei den Kommunalwahlen waren kommunistische Listen verboten worden. Das selbe Verfahren wurde bei den Parlamentswahlen besonders gegenüber Minderheitenlisten angewendet; außerdem wurden rechtzeitig vor den Wahlen politische Prozesse gegen die Führer der weißrussischen und ukrainischen Minderheiten eingeleitet. Der Verwaltungsapparat und große Teile der Lehrerschaft stellten sich in den Dienst der Regierung, das heißt also der Liste, die Pilsudski mit einer eigenen Partei führte. Infolgedessen häuften sich die Wahlbeschwerden zu Tausenden, so daß ihre Erledigung durch die Gerichte vor dem Wahltag auch technisch unmöglich wurde. Berücksichtigt man diesen starken amtlichen Einfluß, so ist das Ergebnis

eher erklärlich, das einen völligen Umschwung in den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen herbeiführt. Pilsudski hat mit seiner Regierungsliste 125 von den 434 Sitzen im Sejm erhalten. Diese Stimmen sind der neuen Liste besonders in Warschau auch von den Sozialdemokraten, im wesentlichen aber von früheren Anhängern der Rechtsparteien zugefallen. Im ganzen haben die Sozialisten ihre Mandate von 41 auf 64 vermehrt. Die Radikalen Bauern sind von 26 auf 41 angewachsen. Die Vereinigten Großbauern (die Partei Vitos), die mit den Christlichen Demokraten einen Block gebildet hatten, sind zusammen von 90 auf 34 Abgeordnete gekommen, die Nationaldemokraten und Christlich-nationalen, die gleichfalls verbunden waren, von 120 auf 38, die Nationale Arbeiterpartei von 24 auf 12. Der Minderheitenblock hat nur 55 gegen 81 Abgeordnete durchgebracht. Hier hat sich die Wahlbeeinflussung der Regierung am stärksten ausgewirkt. Beispielsweise sind in den Wahlbezirken von Kowel, in denen 1922 kein Pole gewählt wurde, und wo nur 17 % der Bevölkerung Polen sind, alle 5 Mandate der Regierungsliste durchgekommen. Die deutsche Minderheit hat dagegen Erfolge davongetragen. Die jüdischen Abgeordneten, die bisher über 33 Sitze verfügten, sind auf ein Drittel ihres Bestands zusammengesmolzen. Man beurteilte das Wahlergebnis trotz der Schwenkung, die Pilsudski während seiner Regierungstätigkeit vollzogen hat, als einen einheitlichen Sieg der Linken. Die ersten Maßnahmen Pilsudskis gegenüber dem neuen Parlament zeigten aber bereits, daß man die Stimmen, die er auf seine eigene Liste gewinnen konnte, keinesfalls der Linken zuzählen darf. Pilsudski versuchte dem Sejm als Präsidenten den Abgeordneten Bartel aufzudrängen. Er ließ in der Eröffnungssitzung durch den Innenminister Skladkowski, der die Wahlen mit militärischer Energie geleitet hatte, einige Abgeordnete der Kommunisten und Minderheiten aus dem Saal bringen. Aber der Sejm, mehr entrüstet als eingeschüchtert, wählte den Sozialisten Daszynski mit 206 von 398 abgegebenen gültigen Stimmen zum Sejmmarschall. Da mit der Mehrheit, die sich auf diese Weise zusammenfand, Pilsudski nicht regieren kann, und da das Wahlergebnis seine eigene Partei zwar entscheidend für die Koalitionsbildung, aber auch abhängig von ihr gemacht hat, wird er weiter das Interesse haben das Parlament auszuschalten.

Norwegen Die Oktoberwahlen in Norwegen, die der Vereinigten Arbeiterpartei und der Bauernpartei große Erfolge, den bürgerlichen Parteien und besonders den Konservativen große Verluste gebracht hatten, veranlaßten das konservative Kabinett Lykke zu demissionieren. Nach vergeblichen Versuchen unter Führung der Bauernpartei ein Kabinett zu bilden beauftragte der König zum erstenmal einen Sozialdemokraten, und zwar den Vizepräsidenten des Storthings Christoffer Hornsrud mit der Regierungsbildung. Hornsrud bildete ein reines Arbeiterkabinett, in dem der Führer der Arbeiterpartei Alfred Madsen Sozialminister und der Historiker Edvard Bull Außenminister wurde. Die Arbeiterpartei, die erst seit kurzem vereinigt ist, und in der die früher selbständige linke Gruppe einen sehr starken Einfluß hat, legte dem Storting am 31. Januar ihr Programm vor, das zwar an sich maßvoll war, aber auf die bürgerlichen Parteien so radikal wirkte, daß auch die Demokraten, auf deren Unterstützung die Arbeiterregierung angewiesen war, die Mitarbeit verweigerten. Stärker als die programmatischen Erklärungen der Regierung und als die bisherige politische Tätigkeit der neuen Minister, von denen besonders Madsen stets ausgesprochen radikal gewesen war, wirkte das Verhalten der Finanz- und Wirtschaftskreise, gegen das die Regierung keine Vorsorge hatte treffen können, und das zu ihrem schleunigen Sturz entscheidend beitrug. Es wurde sofort, als die Arbeiterregierung vom König betraut war, in großem Umfang Kapital ins Ausland gelegt und in noch größerem Umfang damit Propaganda gemacht. Die Staatsbank stellte sich ausdrücklich gegen die Regierung. Die Demokraten, die auf die Finanzkreise Rücksicht zu nehmen hatten, brachten daraufhin, um sich für die Übernahme der Regierung zu legitimieren, ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Hornsrud ein, das schon am 8. Februar mit 86 gegen 63 Stimmen angenommen wurde. Nunmehr wurde der Führer der Demokraten Johan Ludvig Mowinckel mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Totenliste Am 20. Oktober 1927 starb in München der frühere bayrische Ministerpräsident *Eugen von Knilling*, 62 Jahre alt. Er war ursprünglich Verwaltungsbeamter, trat 1902 ins Kultusministerium ein, wurde 1912 unter Hertling Kultus-

minister und blieb es bis zum Umsturz. Nach dem Zusammenbruch kam er als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei 1920 in den Landtag und wurde 1922 als Nachfolger Lerchenfelds Ministerpräsident. Unter ihm entwickelte sich der Kampf der Rechtsverbände gegen die staatliche Ordnung, der den ganzen Regierungsapparat zersetzte und schließlich zum Hitlerputsch führte, den allerdings schon der von Knilling als Generalstaatskommissar eingesetzte Kahr zu bestehen hatte. 1924 wurde Knilling Präsident der Staatsschuldenverwaltung Bayerns. Er ist seitdem politisch nicht mehr hervorgetreten.

Am 24. November starb in Bukarest *Jonel Bratianu*, 63 Jahre alt (siehe die Rundschau Außenpolitik, 1927 II Seite 996 und folgende). Er war ein Sohn des rumänischen Staatsmannes Joan Bratianu. Er studierte in Paris die Ingenieurwissenschaften, wurde 1895 Abgeordneter, 1897 zum erstenmal Minister und Führer der Liberalen Partei. 1910 bis 1911 und 1914 bis 1918 war er Ministerpräsident. Unter ihm trat Rumänien in den Weltkrieg ein. 1922 führte er die Neuwahlen, nachdem ihm die Kabinettsbildung übertragen war, mit dem größten Erfolg für seine Partei durch; von 365 Abgeordneten wurden 250, von 164 Senatoren 138 Liberale gewählt. Seitdem hatte er tatsächlich die Stellung eines Diktators, die er mit allen Kräften verteidigte, zuletzt noch gegen die Versuche des Prinzen Carol wieder zur Herrschaft zu kommen.

Am 15. Februar 1928 starb in London *Herbert Henry Asquith*, zuletzt Lord Oxford (siehe die Rundschau Außenpolitik, in diesem Band Seite 226). Er war am 12. September 1852 in Morley geboren, wurde 1876 Rechtsanwalt und 1886 Abgeordneter. 1892 bis 1895 war er Home-Secretary, von 1908 bis 1916 Ministerpräsident, von April bis August 1914 außerdem Kriegsminister. 1916 ersetzte ihn Lloyd George im Ministerpräsidium, wie er ihn in der Parteiführung mehr und mehr verdrängt hatte. Asquith, der typische Vertreter des Liberalismus der Vorkriegszeit, erlebte den Niedergang der politischen Ideen, in deren Dienst er gestanden hatte. Er genoß zwar bis zu seinem Tod hohes Ansehen, verlor aber völlig den praktischen politischen Einfluß. Bei der Wahl von 1924 verlor er sein Mandat zum Unterhaus. Im Jahr 1925 wurde er unter dem Titel Earl of Oxford Mitglied des Oberhauses. Erinnert sei noch an seine soziale Gesetzgebung seit 1905.

Am 31. März starb in Genf der ehemalige Bundespräsident *Gustave Ador*, 82 Jahre alt. Er war Rechtsanwalt in Genf, stieg seit dem Jahr 1874 rasch zum Führer der Demokratischen Partei des Kantons Genf auf, die im wesentlichen konservativ ist. Im Krieg führte er die Opposition besonders gegen den Bundesrat Hoffmann, an dessen Stelle er im Juni 1917 zum Bundesrat gewählt wurde. Unter seiner geistigen Führung schwenkte die Schweiz rechtzeitig mit ihrer Politik auf den von ihm erwarteten Ausgang des Weltkriegs, die Niederlage der Zentralmächte, ein. Im Jahr 1919 leitete er die auswärtige Politik der Schweiz. Nach Erledigung der schwierigen Verhandlungen, durch die er die Anerkennung der ewigen schweizerischen Neutralität erlangte, trat er ins Privatleben zurück. Neben seinen politischen sind besonders seine Leistungen als Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz erwähnenswert. Was das Rote Kreuz in der Fürsorge und Aufsuchung der Kriegsgefangenen, im Austausch der Schwerverwundeten, in der Internierung kranker Kriegsgefangener und in der Kontrolle der Gefangenenlager geleistet hat, darf auch Ador persönlich nicht vergessen werden.

Kurze Chronik Die Universität Heidelberg stellte die folgende *Preis-aufgabe*: »Das Parlamentsmandat in der modernen Demokratie, zugleich eine Untersuchung über die staatsrechtliche Stellung und Bedeutung der politischen Parteien.« \diamond Deutsche nationale Mitglieder des Landbunds haben eine *Christlich-nationale Bauernpartei* gegründet, der auch der Präsident des Reichslandbunds Karl Hepp beigetreten ist. Der Reichslandbund hatte auch bei den letzten Reichstagswahlen schon in einigen Wahlkreisen mit eigenen Listen kandidiert; die auf diese Listen gewählten Abgeordneten traten dann im Reichstag der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei bei. Da es sich bei der Christlich-nationalen Bauernpartei auch um eine Gründung des Reichslandbunds handelt, kann man vermuten, daß den Deutschnationalen zwar die Stimmen, die auf deren Listen abgegeben werden, verloren gehen, aber nicht die gewählten Abgeordneten. \diamond Vom 27. bis zum 30. Oktober 1927 fand in Paris der Parteitag der Sozialradikalen Partei *Frankreichs* statt, der im wesentlichen der Auseinandersetzung zwischen dem linken und dem rechten Flügel der Partei galt. Der linke Flügel,

geführt von Sarraut Daladier, setzte sich durch, allerdings gegen eine sehr starke Minderheit. Wenn das Ergebnis also auch für die Partei selbst nicht eindeutig ist, so hat es doch für die politische Entwicklung außerordentliche Bedeutung gehabt, wie sich nach den ersten programmatischen Wahlreden Poincarés erkennen läßt. \diamond Das Ende der Auseinandersetzungen zwischen der Opposition und der offiziellen Richtung in der Kommunistischen Partei *Rußlands* war ein Beschluß des Moskauer Parteitags vom 8. Dezember 1927, der die Lehren Trotzkijs verurteilt und die Opposition auffordert ihre Organisation aufzulösen und sich den Beschlüssen der Partei bedingungslos zu unterwerfen. Damit war der Parteileitung die Grundlage zu Maßnahmen gegeben, die im Januar gegen alle Führer der Opposition ergriffen wurden. Etwa 30 Mitglieder der Opposition, darunter Trotzki, wurden verschickt, andere wurden aufgefordert Moskau zu verlassen, und nur Sinowjew, Kamenjew und wenige andere, die sich den Beschlüssen des 15. Parteitags ausdrücklich unterworfen hatten, erhielten Parteistellen in der Provinz. \diamond Am 25. März 1928 wurde in *Portugal*, bei sehr geringer Wahlbeteiligung, der General Antonio Oscar de Fragoso Carmona zum Präsidenten der Republik wiedergewählt.

Literatur

Der Volksvereinsverlag in München-Gladbach brachte soeben, zum Beginn der Wahlbewegung, das *Politische Jahrbuch*, für 1927-1928, heraus. An diesem Jahrbuch, das jetzt zum 3. Mal erscheint, haben wiederum fast alle führenden Mitglieder der Zentrumspartei mitgearbeitet. In 41 Aufsätzen werden die aktuellen Fragen der deutschen Politik und Wirtschaft behandelt; es wird da auch auf die Kriegsvorgänge zurückgegriffen, im Anschluß an die Arbeit der Untersuchungsausschüsse. Die einzelnen Arbeiten erfordern natürlich eine kritische Stellungnahme, und man wird auf die eine oder andere vielleicht zurückkommen. Vorerst genüge diese kurze Anzeige des Jahrbuchs, das wiederum von der sorgsam und zielklaren Arbeit des Volksvereinsverlags zeugt. Verdienstvoll ist die von dem Herausgeber, dem Münsteraner Universitätsprofessor Georg Schreiber, beigegebene Bibliographie der einzelnen Parteien; sie bringt diesmal die Literatur der Deutschen Volkspartei sowie einen Nachtrag zur Literatur der Deutschen Demokratischen Partei.

Sozialpolitik / Ludwig Preller

Rationalisierung Nachdem sich die deutsche Öffentlichkeit seit etwa Anfang 1926 etwas intensiver mit jenem Sammelbegriff wirtschafts- wie betriebspolitischer Neuorientierung befaßt, der durch das Schlagwort Rationalisierung gekennzeichnet wird, beginnt nun allmählich auch die Debatte sich mit dem Einfluß der Rationalisierung auf die Sozialpolitik zu beschäftigen. Auf einige Ausstrahlungen dieser Debatte wurde bereits in dieser Rundschau (1927 I Seite 289 und folgende) hingewiesen. Langsam kristallisieren sich jetzt die Angriffspunkte heraus. Man begann, besonders auch von Gewerkschaftsseite, die Rationalisierung für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen. Ein Irrtum, wenn auch ein begrifflicher, in der Zeit höchster Arbeitslosenzahlen. Heute erkennt man mehr und mehr, daß Rationalisierung wohl den Rückgang der Arbeitslosenzahlen aufhalten, nicht aber primo für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden kann. (Bruno Rauecker hält an dieser These allerdings noch fest.) Der Einfluß der Rationalisierung auf den Arbeitsmarkt ist vielmehr in der Umschichtung der Berufe zu suchen, die rationellere Arbeitsgestaltung mit sich bringt. Damit sind die Hilfsmittel: Umschulung und Zuleitung des Zustroms der Jugendlichen in die neuen Berufe (es handelt sich durchaus nicht nur um Vermehrung der ungelerten Arbeit), gekennzeichnet.

Wichtiger fast als die Betrachtung des Einflusses der Rationalisierung auf den Arbeitsmarkt möchte man ihre Wirkung auf den Arbeitsmenschen selbst in physischer wie psychischer Hinsicht nennen. Wo Rationalisierung in der, man ist versucht zu sagen: erstaunten Erkenntnis, besteht, daß ja der Produktionsfaktor Arbeitskraft an einem Menschen aus Fleisch und Blut und Seelenkraft hängt, wo also an der Arbeitsweise selbst und am Arbeitsplatz der Hebel der Verbesserung angesetzt wird, ist darauf zu achten, daß betriebswirtschaftliche Verbesserung nicht menschenwirtschaftliche, das heißt volkswirtschaftliche Verböserung mit sich bringt. Rationalisierung solcher Gestalt, die fast durchgängig vom Begriff der Ermüdung ausgeht, kann nämlich den Faktor augenblicklicher Ermüdung durchaus in einem für die Betriebswirtschaft günstigen Umfang herabsetzen, und doch durch chronische, aber latente Übermüdung schwerste Schädigung für den Arbeitsmenschen

herbeiführen. Was der Arbeiter dem Betrieb heute an Kraft mehr gibt, fehlt ihm, wenn er erst 40 und 50 Jahre alt geworden ist. Das heißt, die durch Vermeidung von augenblicklicher Ermüdung erzielte Intensivierung der Arbeit kann, gesehen an der Lebens- und Leistungskurve des Arbeiters, in Wahrheit extensive Kraftausnutzung bedeuten. Auf diesem Gebiet fehlt es noch stark an den grundlegenden wissenschaftlichen Methoden der Erkenntnis. Doch schälen sich auch hier die sozialpolitischen Hilfsmittel, wie ein Gesundheitsbuch des Arbeiters, sowie die Einwirkung der Aufsichtsorgane auf Akkorde und Arbeitstempo heraus.

Wie sehr die stärkere Beachtung des seelischen Moments in der Arbeit geeignet ist Verschiebungen in der sozialen Mächtigegruppierung herbeizuführen, ist hier schon des öftern betont worden. Noch vor 2 Monaten wurde in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 134 und folgende) auf die Bestrebungen der Arbeitgeber, die einen »Kampf um die Seele des Arbeiters« eröffnet haben, hingewiesen. Ganz allgemein läßt sich sagen: In der Tendenz gesehen, bringt die Rationalisierung für den Arbeitnehmer Schwächung des Solidaritätsgefühls und damit Gefahr für das Gewerkschaftsleben, für den Arbeitgeber Stärkung des Solidaritätsgefühls und Erkenntnis der Wichtigkeit des Seelenlebens des Arbeiters für den Betrieb, damit aber Stärkung gegenüber dem Arbeitnehmer.

Für den Staat als Hauptträger der Sozialpolitik müßten damit die Stichworte zum Handeln gegeben sein. Will man allerdings die deutsche Sozialpolitik auf ihre Reaktion gegenüber der Rationalisierung untersuchen, so ist das Bild, das sich ergibt, äußerst trübe. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben sich im vergangenen Jahr ein wenig, und zumeist auch nur von der technischen Seite aus, mit diesen Fragen beschäftigt. Die Reichsausgabe ihrer Jahresberichte, herausgegeben vom Reichsarbeitsministerium, enthält einige Beobachtungen. Die Frage der Umschulung scheint infolge des Neuaufzugs der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zunächst noch nicht in ein intensives Stadium geraten zu sein. Das Berufsausbildungsgesetz geht in seinem vorliegenden Entwurf an den wichtigen Staatsaufgaben auf diesem Gebiet vorbei. Man behauptet wohl nicht zu viel, wenn man sagt, daß die Fragestellung als solche durchaus noch nicht erkannt ist. Auch im Reichskuratorium für Wirt-

schaftlichkeit, das, unterhalten von staatlichen Geldern, die Stelle sein dürfte, die prädestiniert erscheint forschend und ratend auch in diesen Fragen aufzutreten, sind noch alle Versuche auf diesem Gebiet vorzugehen bisher gescheitert. Doch ist zu hoffen, daß der stärkere Einfluß sozialpolitischer Gruppen, auch des Reichsarbeitsministeriums, auf das Kuratorium, der sich in den letzten Monaten vollzogen hat, zur Errichtung eines Arbeitswissenschaftlich-Sozialpolitischen Ausschusses beim Kuratorium führen wird.

Die Stellung der Gewerkschaften zur Frage der Rationalisierung hat sich nach anfänglicher Ablehnung schon lange zur Einsicht gewandelt, daß die gegenwärtige Rationalisierung, wie aller technische und wirtschaftliche Fortschritt, einer Notwendigkeit in der Wirtschaftsentwicklung entspringt. Sie setzen sich demnach folgerichtig für die Mitarbeit der Arbeiterklasse an diesen Fragen ein, für eine Mitarbeit, die zugleich eben die möglichen Schädigungen der Rationalisierung eliminieren soll. Zeugnis dessen gibt auch eine Veröffentlichung der Wiener Arbeiterkammer, die Rationalisierung, Arbeitswissenschaft und Arbeiterschutz betitelt ist, und deren Lektüre sowohl wegen der eingehenden und kenntnisreichen Darstellung der Rationalisierung und ihrer Methoden als auch wegen der sozialpolitischen Schlussfolgerungen, die gezogen werden, gewinnreich ist. Zur eingehenden Erläuterung der Darlegungen in diesem Abschnitt sei hier auch noch auf den Aufsatz des Arbeiters dieser Rundschau Sozialpolitische Fragen aus der deutschen Rationalisierung hingewiesen, der im 5. Band der Zukunft der Arbeit /Jena, Gustav Fischer/ veröffentlicht wurde.

Sozialer Beruf Zweifellos ist das Entstehen eines "sozialen Berufs", das heißt einer nicht nur dilettantischen, hauptamtlichen Ausübung einer sozialen Tätigkeit, eng mit der Entwicklung selbständiger Frauenberufe überhaupt und damit mit der Frauenbewegung verknüpft. Lagen doch Berufe, die eine gewisse soziale Hinnengung erforderten, in vielen Fällen anscheinend weiblichem Wesen nahe, so daß ihre Handhabung, durch Frauen auch dem Gegner weiblicher Berufsarbeit ungefährlich erschien. Natürlich bewirkten gleichzeitig allgemeine Erfordernisse der Entfaltung bestimmter sozialpolitischer Tätigkeit, daß diese Berufe entstanden, Wie immer, befruchteten

objektive Notwendigkeit und subjektives Streben sich gegenseitig. So entstand der weibliche soziale Beruf und mit ihm die vorbereitende Schulung auf diesen Beruf. Das ging nicht ohne Schwierigkeiten. Denn nun meldete sich die Frauenbewegung, sie forderte nicht nur den Beruf für die Frau, wo diese ihn besser auszufüllen in der Lage war, sondern, mit Recht, auch, daß die Frau nicht nur die Hilfstätigkeit im Beruf sondern auch die leitenden Stellungen innehaben sollte. Wer Männer und Frauen im gleichen Beruf zu beobachten Gelegenheit hat, kann beurteilen, welchen Widerstand die Männer, im besonderen aber die Juristen, dieser Forderung entgegenstellten. Noch heute sind die Hemmungen nicht überwunden. Dafür zeigte sich die Gegenseite großzügiger: Die vorher rein weiblicher Berufsausbildung gewidmeten Sozialen Frauenschulen wandeln sich mehr und mehr in Soziale Berufsschulen um, das heißt in Schulen für weibliche und männliche Bewerber. Dies hängt zum Teil auch mit den Wandlungen im sozialen Beruf selbst zusammen. Schien dieser zunächst nur in der Wohlfahrtspflege zur Entfaltung zu kommen, so erweiterte sich der Begriff zum Inbegriff aller beruflichen Tätigkeit in den Organen der Sozialpolitik. Für diese, auch soweit sie männliche Berufe enthalten, bilden heute die Sozialen Schulen aus. Daneben besteht die Ausbildung auf Grund höherer Vorschulung auf den Universitäten und die Fortbildung schon tätiger Sozialbeamter in den Verwaltungsakademien.

Als berufene Kennerin des gesamten Gebiets sozialer Schulung schildert Alice Salomon, mit deren Namen die Entwicklung dieser Schulen eng verknüpft ist, in einem sehr lesenswerten Buch Die Ausbildung zum sozialen Beruf /Berlin, Carl Heymann/ die Geschichte des Berufs, die Entstehung und Entwicklung der sozialen Schulen, die objektiven und subjektiven Erfordernisse für die soziale berufliche Tätigkeit. Nicht nur, daß eine ausgezeichnete Kennerin die Materie schildert, macht die Schrift so interessant, sondern vor allem auch, daß die Verfasserin zugleich der Betrachtung einen erhöhten berufspolitischen wie berufsethischen Standpunkt, und bei aller wissenschaftlichen Objektivität den echten Klang warmherzigen Gefühls zu geben vermag. Daß der Leser zugleich häufig den Standpunkt der Frauenbewegung zu den erörterten Fragen kennen lernt, wird er gern als das gute Recht einer Vorkämpferin dieser Bewegung hinnehmen.

**Informations-
mittel**

Die Sozialversicherung nach dem neuesten Stand der Gesetzgebung nennt sich ein Werk, das von Ludwig Brucker in Gemeinschaft mit Ernst Muthesius, Hans Süß und Lutz Richter herausgebracht wird /Berlin, Reimar Hobbing/. Seinem Zweck ein Lehrbuch für Versicherungsbeamte und Studierende zur Einführung in die Sozialversicherung wie die Sozialpolitik im allgemeinen zu sein genügt das Buch, das von moderner kollektivrechtlicher Auffassung ausgeht, im besten Sinn. Ganz anders gibt die Arbeit Josef Mundts Die Deutsche Reichsversicherungsgesetzgebung /Köln, J. P. Bachem/ in Frage und Antwort stichwortmäßig Stoff zur Examensvorbereitung. Der bereits in 3. Auflage herausgegebene Kommentar zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von Franz Spliedt und Bruno Broecker /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ wird mit Recht weit über die Gewerkschaften hinaus benutzt, da er das Gesetz vom kollektivrechtlichen Standpunkt und aus den tatsächlichen Bedürfnissen der Arbeiterpraxis heraus auslegt. Die von Ernst Fischer /Nürnberg/ besorgte Textausgabe des gleichen Gesetzes /Stuttgart, W. Kohlhammer/ gewinnt ihre Bedeutung durch die steten Vergleiche jedes Paragraphen mit dem bisherigen Recht und die Hinweise auf seine Entstehungsgeschichte. Das Reichsarbeitsministerium bringt den langerwarteten authentischen Text der Ausführungsvorschriften zu dem genannten Gesetz /Berlin, Reimar Hobbing/. Den beiden Bändchen *Jugendfürsorge* von Ernst von Düring und Erich Stern /Breslau, Ferdinand Hirt/ liegt der Gedanke zugrunde eine umfassende Einführung nicht nur in das Recht sondern vor allem auch in die Gedankenwelt des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes zu geben. Der 1. Band bringt daher eine Darstellung des Tatsachenmaterials der Fürsorgebedürftigkeit der Jugend, der 2. die gesetzliche Regelung und ihre Durchführung. Das Ganze ist leicht faßlich geschrieben und von warmem Mitgefühl getragen, so daß die Bändchen in die Hand jedes Fürsorgers gehören. Die wichtige, aber nicht leichte Materie des Gesetzes über die *Beschäftigung Schwerverletzter* in ihrer Verflechtung mit der übrigen sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt zu haben ist das Verdienst Lothar Richters, der in der Bücherei des Arbeitsrechts /Berlin, Reimar Hobbing/ einen Kommentar dazu gab.

Kurze Chronik Am 15. März wurden in Deutschland 1200 271 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 212 322 in der Krisenunterstützung gezählt. Während die Kurve der Arbeitslosen seit dem 15. Januar dieses Jahres steil, wenn auch nicht so rapid wie im Vorjahr, absteigt, ist die Linie der Krisenunterstützten, das heißt der lange Erwerbslosen in zumeist höherem Lebensalter, seither fast auf gleicher Höhe geblieben. ◊ In der Sitzung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung am 22. März sind unter anderem wichtige Beschlüsse über die Gewährung der Unterstützung bei *mittelbarer Streikfolge*, die die betroffenen Arbeitnehmer möglichst schützen sollen, gefaßt worden. ◊ Die Freien Gewerkschaften veröffentlichten in der Gewerkschaftszeitung einen Gegenentwurf zum 6. Abschnitt des *Arbeitsschutzgesetzes*, der die Vereinheitlichung der Durchführung des Arbeitsschutzes unter Fortfall der berufsgenossenschaftlichen Betriebsaufsicht, die Vereinfachung der Arbeitsaufsicht und Einführung einer Selbstverwaltung in die Arbeitsaufsicht vorsieht. Der bedeutungsvolle Entwurf fand bereits im Grundsatz die Zustimmung der Regierungen von Anhalt, Baden, Braunschweig, Hamburg und Hessen. ◊ Eine wichtige Neuregelung traf die Novelle zum *Betriebsrätegesetz* vom 28. Februar 1928. Der bisher fehlende Schutz der Arbeitnehmer bei der Wahlhandlung und der Wahrnehmung der Rechte aus dem Gesetz wurde sichergestellt, die Einleitung der Wahl unter den Antrieb der Gewerkschaften gesetzt, die Gewerbeaufsicht in die Durchführung des Gesetzes eingeschaltet. ◊ Im September 1927 wurde eine Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im *Bau- und Wohnungswesen* vom Reichsarbeitsministerium gegründet. Die Gesellschaft soll die 10 Millionen Mark verwalten, die für theoretische Arbeiten und praktische Versuche zur Verbesserung und Verbilligung des Wohnungsbaus zur Verfügung gestellt worden sind. ◊ Das Reichsarbeitsministerium legte dem Reichstag am 20. Dezember die langerwartete Denkschrift über die Lage der *älteren Angestellten* vor. Das Bild ist nach wie vor ungünstig. Kündigungsschutz und verstärkte Maßnahmen der Arbeitsvermittlung, neben stärker gestaffelten Lohnsätzen werden zur Abhilfe vorgeschlagen. ◊ Ein wichtiges Glied in der Sozialgesetzgebung *Frankreichs*, zugleich einen guten Abgang der

Kammer und der Regierung Poincaré, bedeutet die Verabschiedung des französischen Sozialversicherungsgesetzes am 14. März 1928, das in ähnlicher, aber vereinfachter Weise wie die deutsche Sozialversicherung die Lohnempfänger gegen Krankheit, Mutterschaft, Invalidität, Alter und Tod zwangsversichert.

Literatur

Bei dem offensichtlichen Mangel an brauchbaren Leitfäden der Sozialpolitik greift man immer wieder gern nach Büchern, die einen solchen raschen Überblick über die sozialpolitische Theorie und Praxis versprechen. Die verspricht Ernst Nöltings Grundlegung und Geschichte der Sozialpolitik /Berlin, Carl Heymann/. Der Verfasser, Leiter der Staatlichen Wirtschaftsschule Berlin, scheint die Gewähr für eine pädagogisch wie sozialpolitisch-wissenschaftlich einwandfreie Darstellung zu geben. Der 2. und umfangreichere Teil des Büchleins, die Geschichte der Sozialpolitik, gibt auch dem Leser, als den sich Nölting den praktisch tätigen Sozialbeamten denkt, einen guten Ein- und Überblick, dessen Vorzug besonders in der fesselnden Art der Darstellung liegt. Diese Gabe leichtgehend schildern zu können, die Ernst Nölting mit seinem Bruder, dem Soziologen Erik Nölting, gemein hat, wird aber zum Verhältnis bei dem 1., dem theoretischen Teil. Hier hat die löbliche Absicht nicht trocken zu werden den Verfasser zu tatsächlich verschwommener Darstellung verleitet. Der sozialpolitisch geschulte Leser ist enttäuscht, wenn er aus den Kapiteln die Antwort des Verfassers auf die in der Überschrift durchaus richtig und interessant gesehene Problemstellung erfahren will. Die erfreuliche Knappheit der einzelnen Kapitel bedeutet leider nicht auch Präzision in Begriffsbildung und Darlegung. So gibt das wichtige Kapitel Begriff der Sozialpolitik nur den empirisch, nicht logisch abgeleiteten möglichen Inhalt einer Sozialpolitik wieder sowie eine Betrachtung sozialpolitisch-wissenschaftlicher Richtungen. Über den für das Büchlein selbst geltenden Begriff der Sozialpolitik erfahren wir in diesem Kapitel nichts. Wir wüßten überhaupt nichts über ihn, wenn nicht das vorhergehende Kapitel über das Werden der sozialen Idee ohne nähere Begründung aussagte: »Unter Sozialpolitik verstehen wir alle Maßnahmen, die auf eine Schwächung der Klassengegensätze hinielen.« Eine recht unklare Formulierung. Diese Anmerkun-

gen, die noch vermehrt werden könnten, sollen den Verfasser vor dem eingeschlagenen Weg warnen. Eine »Grundlegung« der Sozialpolitik, wie der Buchtitel verspricht, ist nicht erfolgt. Dabei hätte die Nölting naheliegende soziologische Betrachtungsweise, die an manchen Stellen des Büchleins auch durchschimmert, seine Arbeit über den Rahmen einer allgemeinen Einführung hinaus wichtig und wertvoll machen können. So wie das Buch vorliegt, ist es durchaus nicht unbrauchbar, aber als "die" Einführung, die eingangs als notwendig, vor allem auch für Gewerkschaftskurse, Volkshochschulen und ähnliches, gefordert wurde, ist auch diese Arbeit nach nicht anzusehen. Und das ist bei der Eignung Nöltings für eine solche Aufgabe zu bedauern. ◊ Freizeit nennt sich ein flüssig und mit warmem Herzen geschriebenes Heftchen des Deutschen Hygienemuseums /Dresden, Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt/, in dem Rudolf Neubert als Arzt und als Sozialpolitiker die Notwendigkeit der Freizeit (täglich, wöchentlicher wie des Urlaubs) aufzeigt und die Möglichkeiten ihrer Verwendung behandelt. ◊ Der frühere Geschäftsführer der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Fritz Tänzler schildert nach den Erfahrungen seiner letzten Amerikareise einiges aus dem Arbeitsleben Amerikas /Berlin, Reimar Hobbing/. Wie von Tänzler zu erwarten, ist das Buch klug geschrieben, und es entbehrt so nicht eines gewissen Interesses. Wie aber ebenfalls nicht anders zu erwarten, gibt es Tatsachen wieder, deren Beweggründe, insbesondere der Arbeitskämpfe Amerikas, der Verfasser falsch oder überhaupt nicht sieht. Ein Bedürfnis für das Buch neben der schon allzu reichhaltigen, auch von Arbeitgeberseite doch genügend beschickten deutschen Amerikaliteratur ist nicht recht einzusehen. ◊ Der vertriebene Balte und Ingenieurstudent Alexander Graf Stenbock-Fermor erzählt seine Erlebnisse als Bergarbeiter /Stuttgart, J. Engelhorns Nachfolger/. Die flüssig und mit bemerkenswerter Objektivität niedergelegte Schilderung seiner 1jährigen Bergarbeiterzeit ist nicht uninteressant. Schlußfolgerungen aber lassen solche Bücher nicht zu. Denn aller Wille zur Einfühlung kann nicht die geistig und geburtlich anderen Voraussetzungen, vor allem nicht das Bewußtsein später doch noch der Misere entrinnen zu können, auslöschen. Dies aber ist für das Verständnis des Arbeiterlebens das Entscheidende.

Staatssozialismus / Walther Pahl

Kartellkontrolle Am 27. Januar beantwortete der Reichswirtschaftsminister die Eisenpreiserhöhung, die die Eisenindustrie Mitte Januar ohne Verständigung mit dem Wirtschaftsministerium vorgenommen hatte, auf Grund des Kartellgesetzes mit einer Verordnung, in der bestimmt wurde, daß derartige Beschlüsse vor ihrem Inkrafttreten rechtzeitig dem Reichswirtschaftsministerium mitgeteilt werden sollten. Mit Recht war das Reichswirtschaftsministerium der Auffassung, daß die Eisenindustrie dadurch, daß sie staatlichen Zollschutz genießt, und durch den Eisenpakt, für dessen gesamtwirtschaftlich nützliche Handhabung der Reichswirtschaftsminister bürgt, in die Lage versetzt wurde das ausländische Angebot vom Inlandsmarkt fernzuhalten, auch Pflichten gegenüber dem Staat hat. Die Grundlagen der Kartellmacht der Eisenverbände sind mit den Machtmitteln des Staates geschaffen worden. Damit haben sie auch unausgesprochen die Verpflichtung übernommen von Maßnahmen, die auf Grund dieser Kartellmacht getroffen werden, dem Reichswirtschaftsminister Kenntnis zu geben. Indessen wurde die Anordnung des Einreichungszwangs für die Kartellbeschlüsse der Eisenverbände Ende Februar wieder aufgehoben, nachdem von der Eisenindustrie gewisse Zusagen in der vom Reichswirtschaftsminister bezeichneten Richtung gemacht waren, insbesondere auch die Preisspanne von 6 Mark zugunsten der Frachtbasis Neunkirchen, die in den Preiserhöhungsbeschlüssen auf 4 Mark verringert worden war, für die Dauer der Kartellverträge wiederhergestellt wurde. Es ist zumindest zweifelhaft, ob der Reichswirtschaftsminister recht daran getan hat auf Grund der Zurücknahme der Sonderverteuerung für die Lieferungen auf Neunkirchener Frachtbasis und der sehr wenig konkreten Zusagen die Verordnung vom 27. Januar wiederaufzuheben. Alle Erfahrungen bestätigen, daß die Kartellmonopole sich immer wieder der staatlichen Wirtschaftspolitik zu entziehen bestrebt sind. Das beweist die Tatsache, daß in den letzten 4 Jahren beim Reichswirtschaftsministerium nicht weniger als 3884 Kartellbeschwerden eingegangen sind. Während also in weitesten Wirtschaftskreisen das Bedürfnis nach einer Einwirkung des Staates auf die kartellpolitische Praxis besteht, geht den Kartellen schon die bescheidene Forderung des Einreichungszwangs von

Kartellbeschlüssen zu weit. Sie sprachen mit Bezug auf die Verordnung vom 27. Januar 1928 von »Kuratelverordnung« und »Kuratelpolitik«, von einem »Rückfall in die Zwangswirtschaft«. Der Widerstand gegen jede Kartellkontrolle verschanzt sich hinter dem Argument, daß die Kartelle eine produktionsfördernde Rolle spielen. Bisher haben wir aber nur in der Deutschen Wagenbauvereinigung ein wirkliches Rationalisierungskartell, das einzige Kartell, das sich programmatisch das Ziel gesetzt hat durch den Zusammenschluß die Produktion zu verbilligen, und das dieses Ziel auch tatsächlich erreicht. Das war hier nur deshalb möglich, weil sich die Wagenbauvereinigung der Reichsbahn als Monopolabnehmerin gegenüber sieht. Im allgemeinen treiben die Kartelle aber heute durchaus nicht Produktionspolitik, sie sind vielmehr in Finanz-, Betriebs- und Organisationsangelegenheiten von erstaunlicher Selbstgenügsamkeit. Sie wissen um ihre Macht und fühlen sich in ihrer Position heute um so sicherer, als der Reichswirtschaftsminister durch die bereitwillige Zurücknahme jener Verordnung gezeigt hat, daß er nicht beabsichtigt positiv gegen die Kartelle vorzugehen. Man versucht nunmehr auch schon die Legalität und die wirtschaftliche Berechtigung der Kartellverordnung von 1923 prinzipiell anzuzweifeln. Man schiebt dabei formale Fragen des Kartellgerichtsverfahrens in den Vordergrund, um so die Staatsaufsicht der Kartelle nach und nach zu beseitigen. Der Kartellbegriff wird willkürlich verengt, um so eine Begrenzung der Zuständigkeit der Kartellverordnung und des Kartellgerichts herbeizuführen. Mut zu solchen mannigfachen Versuchen die Kartellverordnung überhaupt zu Fall zu bringen hat der Reichswirtschaftsminister durch die Zurücknahme seiner Verordnung gemacht. Er wird wohl bald erkennen, welche Gefahren für die Gesamtwirtschaft daraus erwachsen können.

Subventionspolitik Das *niederschlesische Bergbaugebiet* um Waldenburg herum ist einer der am meisten notleidenden Industriebezirke Deutschlands. Folgende Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache: Im Gesamtgebiet des Kreises Waldenburg sind 40 % aller Wohnungen Einzimmerwohnungen; 37 % bestehen aus Stube und Küche. Die Löhne in Niederschlesien gehören zu den niedrigsten der in Deutschland gezahlten. Von 1921 bis 1926 sind die Geburten um 15 % zurück-

gegangen. Unter den 32 653 Mitgliedern des Knappschaftsvereins gab es im Jahr 1924 2400 Invaliden; im Januar 1927 deren 6136. Wie einst die niederschlesische Leinenindustrie der rheinisch-westfälischen und der englischen Konkurrenz erlag, so bedroht Rheinland-Westfalen abermals den niederschlesischen Bergbau. Seit einem Jahrhundert hat die Not dieses Gebiet nicht verlassen. Endlich geht man daran diesem Revier mit seinen 30 000 Bergleuten Hilfe zu bringen. Zunächst haben sich die an der niederschlesischen Förderung beteiligten Konzerne (Kokswerke mit etwa 33 % der Förderung, Fürst Pleß mit 23 %, Vereinigte Glückhild-Friedenshoffnung-Gewerkschaft mit 14 %, Rütgerswerke mit 13 %) mit Ausnahme der Fürstlich Pleßschen Gruben zu der Niederschlesischen Bergbauaktiengesellschaft (Kapital 36 Millionen Mark) fusioniert. Damit war die Voraussetzung erfüllt, die der preußische Staat an die Gewährung einer Staatshilfe knüpfte. Diese ist nunmehr in der Form eines 11-Millionen-Kredits von der Reichskreditaktiengesellschaft und der Seehandlung gewährt worden. Dieser Kredit soll wie folgt verwendet werden: 7 Millionen Mark zur Zentralisierung der Kokerei auf der Glückhildgrube, 1 Million zum Ausbau der Gasversorgungsanlagen der Fuchsgrube mit dem Endziel die umliegenden Städte zu beliefern, 2 Millionen für Zusammenlegung der Förderanlagen und 1 Million zur Zusammenfassung der in den Gruben befindlichen elektrischen Zentralen zu einer Einheitszentrale. Die Garantie gegenüber den kreditgewährenden Banken übernehmen das Reich und Preußen. Andererseits sollen die Muttergesellschaften der Niederschlesischen Bergbauaktiengesellschaft ebenfalls Sicherheit leisten. Zwecks Überwachung der bestimmungsmäßigen Verwendung der Kreditraten schicken das Reich und Preußen je einen Vertreter in den Aufsichtsrat der Niederschlesischen Bergbauaktiengesellschaft. Fernerhin wird auch den Neuroder Kohlen- und Tonwerken sowie der Gewerkschaft Konsolidierte Wenzelsgrube (zur Gruppe der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen gehörig) ein Subventionskredit in Höhe von 2 Millionen Mark, je zur Hälfte vom Reich und Preußen gewährt. Für den Fall, daß die Pleßschen Gruben, die bisher außerhalb der Fusion blieben, sich der Niederschlesischen Bergbauaktiengesellschaft noch anschließen, wird auch diesen Gruben ein Kredit in Höhe von wahrscheinlich 8 Millionen Mark

gewährt werden. In der Begründung, die der Reichswirtschaftsminister dieser außerordentlich weitgehenden Subventionierungsaktion gegeben hat, wird von der Tatsache ausgegangen, daß für die 30 000 Arbeiter des niederschlesischen Reviers keine Beschäftigungsmöglichkeit bestände, wenn der Bergbau erlage. Festgestellt sei, daß der Ruf nach den öffentlichen Hilfsmaßnahmen von den Gesellschaften selbst ausgegangen ist. Hoffentlich zieht die Privatindustrie aus solcher Bereitwilligkeit bei schwindender Rentabilität die Staatshilfe anzunehmen die Konsequenz auch bei guter Rentabilität die wirtschaftliche Betätigung der Öffentlichen Hand nicht zu bekämpfen.

Elektrizitätswirtschaft

Die reichseigenen Elektrowerke Deutschlands konnten im Jahr 1927 wieder einen neuen Rekord in der Stromerzeugung erreichen. Die Stromerzeugung hat sich wie folgt entwickelt: 1924 1410 Millionen Kilowattstunden, 1925 1577, 1926 1486, 1927 1677 Millionen Kilowattstunden. Die Chemischen Werke, deren geringere Abnahme den Rückgang der Stromerzeugung im Jahr 1926 verursachte, haben im letzten Jahr wieder mehr abgenommen, aber auch sonst ist der Elektrizitätsbedarf gewachsen, vor allem in Sachsen. Die installierte Leistung stieg auf 450 000 Kilowatt. In diesem Jahr werden eine 4. Doppelleitung vom Braunkohlenbezirk nach Berlin und die Leitung von Trattendorf nach Breslau fertig. Der Ausbau der Wasserkräfte in Österreich ist seit 1918 sehr fortgeschritten. Während sich Ende 1918 rund 200 Anlagen mit zusammen 200 000 Pferdekraften Jahresmittelleistung, 300 000 Pferdekraften gesamter installierter Leistung und etwa 1,2 Milliarden Kilowattstunden maximalem Jahresarbeitsvermögen in Betrieb befanden, wurden bis Ende 1926 rund 90 neue Großwasserkraftanlagen mit 240 000 Pferdekraften Jahresmittelleistung, 750 000 Pferdekraften gesamter installierter Leistung und 1,4 Milliarden Kilowattstunden maximalen Jahresarbeitsvermögens in Bauangriff genommen. Die Hälfte dieser Jahresmittelleistung steht bereits im Betrieb, während die andere Hälfte zu 50 % ausgebaut ist. An Hochspannungsleitungen wurden bis Ende 1918 rund 2000 Kilometer, in der Nachkriegszeit weitere 6000 Kilometer ausgebaut. Am 1. Januar 1928 bestanden in der Schweiz 6015 ausgebaute und 8 im Bau befindliche Wasserkraftanlagen mit einer installierten Kraft von zusammen

2 563 000 Pferdekraften. Obwohl sich die Anzahl der Wasserkraftanlagen damit gegenüber 1914 um etwa 12 % vermindert hat, da viele kleinere Werke eingingen, erhöhte sich die installierte Leistung unter Einrechnung der im Bau befindlichen Anlagen seither auf nahezu das Dreifache. Die Leistung der 5789 kleineren Werke mit weniger als 450 Pferdekraften installierter Leistung macht nur 5 % der totalen installierten Leistung aller Anlagen aus.

Die Krafterzeugung *Rußlands*, die 1926-1927 nur 3,9 Milliarden Kilowattstunden im ganzen betrug (in Deutschland zirka 20 Milliarden), soll bis Ende 1931-1932 auf 10,3 Milliarden Kilowattstunden gesteigert werden. Die Erzeugung der staatlichen Kraftwerke soll allein von 1,43 auf 6 Milliarden gebracht werden. Die Gesamtkosten dieser Elektrifizierungspläne werden auf 1½ Milliarden Rubel geschätzt. Im Jahr 1926-1927 betrug der Stromverbrauch in Rußland nur 26 Kilowattstunden pro Kopf der Bevölkerung, während im Durchschnitt der letzten Jahre in Europa 150 bis 200 Kilowattstunden pro Kopf verbraucht wurden.

England: Durch das Reichssiedlungsgesetz vom Jahr 1922 wurde die Regierung Großbritanniens ermächtigt sich mit 3 Millionen Pfund Sterling an der Unterstützung für britische Auswanderer und einer Ansiedlung in den Dominien zu beteiligen. Dieses Gesetz führte zu einem Abschluß besonderer Siedlungsabkommen mit den einzelnen Dominien.

Weitestgehende Begünstigung genießen die Einwanderer aus Großbritannien in *Canada*. In den beiden Jahren 1926 und 1927 wurden allein 3000 Familien von den britischen Inseln in *Canada* angesiedelt. Besonders bevorzugt wird der landwirtschaftliche Arbeiter; wenn er mit seiner Familie nach *Canada* auswandert, erhält er nicht nur fast kostenfreie Überfahrt sondern außerdem einen Barvoranschuß von 1500 Pfund Sterling und Farmland zu günstigen Rückzahlungs- und Abzahlungsbedingungen.

England hofft insbesondere in *Australien* ein großes Auswanderungsgebiet für den eigenen Menschenüberschuß zu erhalten. Dem kommt die Absicht des Australischen Bundes entgegen mit der bisherigen Politik radikaler Einwanderungsbeschränkung zu brechen. Nach einem Plan des Ministerpräsidenten Bruce soll die einheitliche Erschließung des bisher so menschenarmen Erdteils systematisch in Angriff genommen werden. Das Bun-

desparlament hat für die ersten Unkosten des Riesenplans 34 Millionen Pfund Sterling bewilligt und sich der finanziellen Unterstützung durch das Mutterland versichert. Widerstand gegen die Realisierung dieses Plans leistet die australische Arbeiterschaft; sie befürchtet weiterhin Lohndrückerei durch die Einwanderer. Die Gewerkschaften wachen scharf darüber, daß die einwanderungshemmenden Bestimmungen erhalten werden. Immer noch ist die Bestimmung vom 1. April 1925 in Kraft, nach der nur solchen Personen die Einwanderung gestattet ist, die sich im Besitz von mindestens 40 Pfund Sterling befinden. Ihre starre Konsumorientierung hindert die australische Arbeiterschaft immer noch an der Erkenntnis, daß die planvolle Besiedlung Australiens die Produktionskraft des Landes gewaltig verstärken müßte.

Totenliste Am 7. Mai 1926 starb in Speyer der Gründer des pfälzischen Zentrums *Eugen Jaeger*, in seinem 84. Lebensjahr. Er gehörte zu denen, die dem Gedanken des Erbbaurechts Bahn gebrochen haben. Von ihm konnte am 10. Februar 1903 der Staatssekretär Graf Posadowsky im Reichstag sagen: »Es hat mich namentlich gefreut, daß der Abgeordnete Jaeger auch zu der Überzeugung gekommen zu sein scheint, daß der geeignetste Weg sowohl für das Reich wie für Staat und Kommune den unbemittelten Bevölkerungsklassen billige Wohnungen zu schaffen in der Tat in der Anwendung des Erbbaurechts liegt. Nur wenn Reich, Staat und Kommune in dieser Weise dauernde Eigentümer des Bodens bleiben, wird es möglich sein der Grundstückspekulation in der Umgebung der Städte, namentlich der Großstädte, wirksam und dauernd entgegenzutreten.«

Am 5. März 1928 kam *Emil Mayr* ums Leben (siehe die Rundschau Wirtschaft, in diesem Band Seite 234). Er gehörte zu den wenigen führenden Köpfen in der Kartellbewegung, denen der Produktionsgedanke das Gesetz des Handelns vorschrieb. Er hat den europäischen Kontinent als Wirtschaftseinheit erkannt, die von ihm geleitete Europäische Rohstahlgemeinschaft sollte den Beginn einer rationalisierten kontinental-europäischen Gesamtwirtschaft bilden. Sein Tod bedeutet einen großen Verlust für die europäische Sache, der nur durch erhöhte, intensiv auf das Ziel gerichtete außenpolitisch-wirtschaftliche Arbeit der Politiker wie der Wirtschaftsträger ausgeglichen werden kann.

Kurze Chronik Das von der Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung im Jahr 1926 veranstaltete *Preisesschreiben* über Art und Umfang der wirtschaftlichen Betätigung von Reich, Ländern und Kommunen in Deutschland hat kein rechtes Ergebnis gehabt. Weil eine wissenschaftlich befriedigende Lösung der Aufgabe noch nicht vorliegt, sah sich das Preisgericht gezwungen von der Zuerkennung eines 1. und 2. Preises Abstand zu nehmen. Die mit dem Kennwort Staatskapitalismus versehene Arbeit, als deren Verfasser der Oberbaurat Jürgen Brandt /Hamburg/ festgestellt wurde, ist eines 3. Preises für würdig erachtet worden, mit der Maßgabe, daß die Arbeit vor einer etwaigen Veröffentlichung umgearbeitet und ergänzt wird, insbesondere die Probleme und Tatbestände wissenschaftlich schärfer erfaßt werden. \diamond Die reichseigenen Vereinigten Aluminiumwerke haben gemeinsam mit dem Montecatini-konzern eine *Aluminiumfabrik* in Mailand unter der Firma Società Italiana del Alumino gegründet, in die von den Vereinigten Aluminiumwerken das Haglundverfahren mit eingebracht wird. \diamond Die *Bayernwerke* haben etwa 90 % des 5,41 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals der Bayrischen Braunkohlenindustrie Schwandorf aus dem Besitz der Rütgerswerke erworben. Es soll auf Grund der dortigen Braunkohlenvorkommen ein Elektrizitätswerk errichtet werden. \diamond Die Regierung der *Tschechoslowakei* beschloß die im staatlichen Besitz befindlichen Grubenfelder von 15 Millionen Quadratmeter Fläche auszubauen. Zunächst soll eine Kohlengrube, deren Förderleistung 6 Millionen Kubikmeter betragen wird, ausgebeutet werden. \diamond Als Nachfolger des Ministerialdirektors Schack, der das Direktoriat der Preußischen Elektrizitätsaktiengesellschaft übernahm, wurde der frühere Pressereferent im Reichswirtschaftsministerium *Hans Staudinger* Ministerialdirektor im preußischen Handelsministerium, wo er die Leitung der 5. Abteilung übernahm, in der die Fragen des Verkehrs, der Wasser- und Elektrowirtschaft bearbeitet werden. Staudinger ist Sozialdemokrat und ein Sohn des Philosophen und Genossenschaftstheoretikers Franz Staudinger, der vor 6 Jahren starb (siehe die Rundschauen Genossenschaftsbewegung und Philosophie, 1921 II Seite 1122 und 1133), und den die Leser hier aus seiner langjährigen regelmäßigen Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsheften kennen.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Großgemeindeproblem Am 28. Januar hielt der Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik in Mannheim seine Jahresversammlung ab, auf der der Ministerialdirektor Viktor von Leyden das Problem der Großgemeinde behandelte. Der Vortrag forderte zu kritischen Bemerkungen heraus. Zunächst das Thema. Was versteht der Referent unter Großgemeinde? Er sagt einmal, daß man die Großgemeinden nicht durch die Grenze ihrer Bevölkerungszahl von den übrigen Gemeinden unterscheiden könne. Aber offenbar versteht er darunter Städte, deren Einwohnerzahl sich rund um $\frac{1}{2}$ Million bewegt. Früher verwies man diese Städte in die Kategorie der Großstädte, von der man die andere der Weltstädte, das heißt der Städte über 1 Million Einwohner, also Berlin und Hamburg, abtrennte. Man sieht eigentlich keinen Grund, weshalb hier der Begriff der Großgemeinde eingeführt wird. Es müßte denn sein, daß man ihn als Gegenstück zu dem des Großlandkreises, dieser von dem Verbandsdirektor Schmidt /Essen/ propagierten Schöpfung, gebildet hat. Bleiben wir also ruhig bei der Großstadt; denn um diese und ihre Expansionstendenzen handelt es sich. Der Referent behandelt nun zunächst die Gründe, die zu den zahlreichen Eingemeindungen der letzten Jahre geführt haben. Nur ein Satz sei hier herausgegriffen: »Weiter hat auch die immer stärker werdende Einstellung des öffentlichen Lebens auf wirtschaftliche Fragen, insbesondere auf die Bedürfnisse und Struktur der Wirtschaft, als neues Moment das Bestreben gebracht Wirtschaftsgebiete und Gemeindegebiete in eine gewisse Übereinstimmung zu bringen.« In einem Artikel des Städtetags macht Paul Hirsch die Notwendigkeit zwischen Wirtschaftsgebieten und Gemeindegebieten Harmonie zu schaffen gerade zum Hauptfaktor dieser Entwicklung. Aber leider führt auch er so wenig wie von Leyden aus, an welchen Merkmalen man denn ein solches Wirtschaftsgebiet erkennt. Was bedeutet denn die Zerreißung wirtschaftlicher Zusammenhänge durch kommunale Grenzen? Doch nur, daß ein Industrieunternehmen mit seinen Teilen in verschiedenen Markungen liegt. Das kann überall vorkommen. Aber man kann deshalb doch nicht die Forderung aufstellen, daß nun überall die verschiedenen Gemeinden mit einander vereinigt werden müßten. Der Referent kommt zu dem Er-

gebnis, daß wir vom Gesichtspunkt der kommunalen Selbstverwaltung aus keinen Anlaß haben die Bildung von Großgemeinden für glücklich zu halten, geschweige denn sie bewußt zu fördern. Er führt die bekannten Gründe an: die Gefahr politischer Konflikte zwischen Staat und Stadtrepubliken, das Überwuchern der kommunalen Bürokratie, zu starke Konzentration der Verwaltung. Er ist aber auch ebenso sehr davon überzeugt, daß auf keinem andern Weg das mit der Bildung von Großgemeinden erstrebte Ziel erreicht oder entbehrlich gemacht werden kann. Er scheint hier ganz in der üblichen Weise die Möglichkeiten der Zweckverbände ebenso zu unterschätzen wie er die Schwierigkeiten das Anwachsens der Großstädte durch andere Siedlungsformen aufzuhalten, zum Beispiel durch Gründung selbständiger Gartenstädte oder Trabantenstädte, überschätzt. So kommt er also zu dem Satz, daß wir auf die Bildung von Großgemeinden nicht verzichten können, und daß man daher alle Wege und Mittel zu prüfen habe, mit denen man ihren Gefahren begegnen könne. Die Großgemeinde ist für ihn ein Gemeinwesen sui generis, das eine besondere Verfassung und Verwaltung verlange. Sie bedeute nämlich zweierlei: 1. als Ganzes gesehen eine überörtliche Vereinigung, 2. in ihren Teilen gesehen eine örtliche Gemeinschaft. Diese Eigenschaften teilt aber die Großgemeinde mit vielen anderen, selbst kleineren Städten. Eine Stadt hat nun einmal ein Gebiet, und auf diesem Gebiet können einzelne Höfe, kleinere Ansiedlungen, Vororte sich gleichermaßen neben der eigentlichen Stadt, das heißt dem baulich zusammenhängenden Zentralkörper, finden, wie dieser seinerseits wieder in eine City mit Vorstädten sich gliedern kann. So hilft uns diese Definition von Leydens wenig weiter. Ebensovienig können wir mit der von ihm vorgeschlagenen Gliederung der Zuständigkeit etwas anfangen. Er sagt: »Die Zentralisation ist notwendig, um das Ziel der gleichmäßigen Versorgung, der gleichmäßigen Belastung, des Lastenausgleichs und der Rationalisierung zu erreichen. Nur durch diese Zwecke ist die Zuständigkeit der Zentralinstanz bedingt. Im übrigen muß die Verwaltung eine rein örtliche bleiben, bei der sowohl die ehrenamtliche Tätigkeit der Bürger zu ihrem Rechte kommt, wie auch Initiative, Entscheidung und Verantwortung innerhalb des von der Zentrale zu bestimmenden Rahmens bei der örtlichen Stelle liegt.« Man kann hinter

jeden dieser Sätze ein großes Fragezeichen machen. Werden Gemeinden von einer Großstadt eingemeindet, so verlieren sie eben ihre Selbständigkeit. Soll ihre Selbständigkeit erhalten werden, darf man sie einfach nicht eingemeinden. Die Unterteilung der Riesenstädte, wie London, Paris, Berlin, in Bezirke, ist eine ganz andere Frage. Denn hier besteht in dem Rumpf dieser Körper keine Unterbrechung mehr. Die einzelnen Glieder sind nicht räumlich von einander getrennt. Wir haben ein ungeheures Häusermeer, das nun ganz beliebig nach den Bedürfnissen der Verwaltung aufgeteilt werden kann. Daher wird es auch niemals zu einer lebendigen auf dem Boden der Selbstverwaltung stehenden Bezirksverwaltung kommen können. Man braucht sich nur einmal die Tätigkeit der Londoner Bezirke, der boroughs, daraufhin anzusehen und daneben die Tätigkeit des Londoner Grafschaftsrats zu stellen, um dies einzusehen. Zur Großgemeinde rechnet von Leyden außer den Großstädten auch die Großlandkreise. Er stellt dezentrierte Großstadt und konzentrierten Landkreis gleichberechtigt einander gegenüber. In dem Großlandkreis haben wir das modernste Produkt preußischer Verwaltungsorganisation. Man kann sich nicht recht ein Bild von dieser Körperschaft machen. Dieser Kreis hat nicht nur die Kompetenzkompetenz gegenüber seinen selbständig (!) bleibenden kreisangehörigen Gemeinden, sondern er soll selbst zentrales Gemeinwesen sein, so daß den einzelnen Gemeinden nur beschränkte Zuständigkeit für die Verwaltungsexekutive gelassen wird. Es liefe also im Grund auf eine Entrechtung der kleineren Gemeinden und Städte im Kreis hinaus, zugunsten einer Gebietskörperschaft, die fast immer ganz willkürlich in früheren Zeiten konstruiert worden ist, und die man heute unter den so ganz anderen Verhältnissen des Zusammenlebens wieder ganz anders abgrenzen kann, indem man bald den einen, bald den andern Gesichtspunkt, zum Beispiel den Verkehr, gleiche wirtschaftliche Basis (Landwirtschaft, Kohle usw.) zur Richtschnur nimmt. Eine Gemeinde ist etwas Gewachsenes, ein Kreis stets ein künstliches Verwaltungsgebilde. Jetzt will man diesem das höhere Lebensrecht gewähren. Sehr mit Recht wies aber in der Diskussion der Geschäftsführer des Reichsstädtebunds Haeckel darauf hin, daß die Urzellen des Staats immer noch die Gemeinden sind, und nicht etwa die Stadt- und Landkreise.

Getränksteuern Zwischen dem Deutschen Städtetag und den Unternehmerorganisationen hat sich eine recht interessante Polemik über die Getränkesteuern entwickelt. Der Städtetag hatte darauf hingewiesen, wie unverantwortlich es sei in Zeiten schwerster Anspannung der Steuerkraft der Bürger die Besteuerung der alkoholischen Getränke herabzusetzen. Die Weinsteuern sind durch die Reichsregierung vollständig aufgehoben worden; ebenso hat man die kommunalen Getränkesteuern abgeschafft, statt dessen nur eine recht bescheidene Biersteuer eingeführt. Der Städtetag setzte sich für die Wiedereinführung der Getränkesteuern vor allem aus finanzpolitischen Erwägungen, dann wohl auch aus volkshygienischen ein. Sein Präsident Oskar Mulert konnte darauf hinweisen, wie gering die Belastung mit Getränkeabgaben in Deutschland im Vergleich zu Großbritannien ist: in Deutschland 10,45 Mark pro Kopf (1913 7,98 Mark), in Großbritannien 63,75 Mark (1913 17,33 Mark). Während die Abgaben in Deutschland im Jahr 1927 652 Millionen aufbringen sollen, sind sie in Großbritannien mit 2862,8 Millionen Mark belastet. Die Belastung ist also in England pro Kopf 6mal so groß wie in Deutschland. Die Steuern sind außerdem in England viel rascher gewachsen als in Deutschland: hier nur um 31 %, dort um 268 %. Man mag zum Alkohol stehen wie man will, auf jeden Fall ergibt sich aus dieser Gegenüberstellung, daß er in Deutschland eine noch wesentlich höhere Besteuerung tragen kann, und, da er unbestritten nur ein Reiz- und Genußmittel ist, auch leichter eine stärkere Belastung tragen kann als andere Steuergegenstände. Der Städtetag weist aber mit Recht noch darauf hin, daß schwerwiegende soziale Gesichtspunkte für eine energische Bekämpfung des Alkoholkonsums sprechen. Dieser ist ebenfalls ganz unbestreitbar in den letzten Jahren sehr stark gestiegen. Die Anzahl der Geistes- und Nervenkranken, deren Erkrankung auf Alkoholismus zurückzuführen ist, hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Nun gibt es offenbar auch andere Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus: Aufklärung, Erziehung der Jugend, vor allem Beschränkung der Anzahl der Konzessionen. Von dieser will aber der Reichstag nichts wissen; das Gemeindebestimmungsrecht ist erst vor einiger Zeit wieder abgelehnt worden. So bleibt in der Tat gar nichts anderes übrig als durch hohe Besteuerung und damit Verteue-

rung des Alkohols den Konsum zu beschränken und den mit seinem Mißbrauch verbundenen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit des Volks entgegenzutreten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man rund 1 Milliarde Mark noch aus den Getränkesteuern herausholen kann. Für die Gemeinden brächte ihre Wiedereinführung eine große Hilfe in den schweren Zeiten ihrer Finanznot.

Wohnverhältnisse und Großstadt Die Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* stellt in einem interessanten Artikel die

Wohnverhältnisse in den deutschen Großstädten dar. 46 Großstädte zerfallen in 2 Gruppen. In 22 von ihnen überwiegen die Kleinwohnungen (1 bis 3 Räume, Küche eingerechnet), in den übrigen 24 die Mittel- und Großwohnungen. Am größten ist der Prozentsatz der Kleinwohnungen in Hindenburg mit 83,6; ihm folgen dann Berlin mit 69,4, Plauen mit 67,9, Breslau mit 67 und eine Reihe östlicher Städte sowie Städte im rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk. Den geringsten Prozentsatz hat Hannover mit 17,4 und Braunschweig mit 17,5; dann folgen Städte wie Stuttgart, Leipzig, Bremen, Nürnberg und Frankfurt. Im Durchschnitt der Großstädte kommen auf 100 bewohnte Wohnungen 10,6 Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnungen, und zwar lebten 143 331 Haushaltungen und Familien in Kleinwohnungen, 268 418 in Mittelwohnungen und 69 294 in Großwohnungen, im ganzen 481 043. Der Prozentsatz der Wohnungen ohne Untermieter schwankt zwischen 72,4 % in Leipzig und 93,8 % in Krefeld. Eine Großstadtwohnung hat durchschnittlich 3,7 Einwohner. Die höchste Wohndichte findet sich in den Städten der Industriereviere, sowohl des rheinisch-westfälischen wie des schlesischen. Die niedrigste durchschnittliche Wohndichte haben Berlin mit 3,3 Einwohnern, Krefeld mit 3,5, Kiel mit 3,5, Magdeburg mit 3,5 und Dresden mit 3,5 Einwohnern pro Wohnung; ihnen stehen gegenüber Hamborn mit 5, Oberhausen mit 4,6, Bochum mit 4,5, Hindenburg mit 4,5 Einwohnern pro Wohnung.

Totenliste

Am 30. April 1926 wurde der ehemalige Wiener Bürgermeister *Richard Weirchner* in seiner Wohnung im Schönbrunner Schloß, 67 Jahre alt, tot aufgefunden. Er war der wichtigste Mitarbeiter Karl Luegers in der Vorkriegsverwaltung der Stadt Wien. Als überzeugter Bodenreformer bewirkte er dann,

daß Wien während des Krieges Kriegerheimstätten nach bodenreformerischen Prinzipien zu errichten beschloß, Später wurde er Handelsminister und Präsident des Nationalrats. Von seinen Veröffentlichungen sei das Buch *Die Armenpflege in der Großstadt /1896/* erwähnt.

Ende November 1927 starb in Berlin der Magistratsrat *Ludwig Markus*, im Alter von 47 Jahren. Markus leitete Jahre hindurch das Mietseingangsamt des Bezirksamts Charlottenburg. Später übernahm er die Leitung des Wohlfahrtsamts, für die er sich bei seiner menschlichen Anteilnahme besonders eignete.

Kurze Chronik Der Ausschuß des Preußischen Landtags zur Beratung des *Städtebaugesetzes* beendete am 24. Februar die 2. Lesung. Es wurde vielfach die Regierungsvorlage wiederhergestellt, und auch in anderen Punkten ist man den Bedürfnissen der Gemeinden etwas mehr gerecht geworden. Doch sind, wie im Städtetag in mehreren Artikeln hervorgehoben wird, die Gefahren für den kommunalen Städtebau noch immer sehr groß. ◊ Die Stadtverordneten *Berlins* haben eine neue Wertzuwachssteuerordnung erlassen, die die Steuer auch auf den Altbesitz ausdehnt. Der Inflationsbesitz wird mit dem alten Steuersatz von 30 % getroffen. Für die übrigen Fälle gilt der grundsätzliche Steuersatz von 20 %, der aber nach der Besitzdauer nach oben und unten gestaffelt ist.

Literatur In einer lesenswerten Schrift *Die bankmäßige Betätigung der Sparkassen /Stuttgart, C. E. Poeschel/* stellt *Ferdinand Nissen* die Entwicklung der bankmäßigen Betätigung der Sparkassen und ihres gegenwärtigen Standes dar. Er kommt zu dem Ergebnis, daß gegen sie zwar berechnete Bedenken geltend zu machen seien, diesen aber erhebliche volkswirtschaftliche Vorteile gegenüberstehen. ◊ Das Finanzwesen der Stadt Dresden von 1894 bis 1914 behandelt *Kurt Walther /Leipzig, Helingsche Verlagsanstalt/*. Die Disposition der Arbeit leidet an einem großen Mangel. Neben das 2. Kapitel, das den städtischen Bedarf und seine Deckung behandelt, ist ein 3. Kapitel Die Einnahmen gestellt, in dem ebenfalls Deckung des städtischen Bedarfs dargestellt wird. Im ganzen eine fleißige und übersichtliche Untersuchung, die mancherlei Interessantes bringt, der allerdings ein tieferes Eindringen mancherorts von Vorteil gewesen wäre.

WISSENSCHAFT

Philosophie / *Christian Herrmann*

**Idealismus oder Für den, dem die Ge-
Realismus?** schichte der Philosophie

nicht nur eine Geschichte des Geistes sondern selbst eine systematische Disziplin ist, muß die Entwicklung des Streits zwischen realistischer und idealistischer Erkenntnistheorie und Logik eine besondere Bedeutung bekommen. Denn es ist eine der Fragen, um die seit der Antike gerungen wird. Trotz scharfsinnigsten Argumenten, die jede der beiden streitenden Parteien beibringt, ist es noch keiner gelungen den Gegner endgültig zu überwinden. Mit Kant und dem Neukantianismus schien der Sieg des Idealismus gesichert zu sein. Aber wir sehen seit ungefähr 10 oder 15 Jahren ein immer stärkeres Wiederanwachsen der realistischen Richtung. In zum Teil hochbedeutenden Werken erobert der Realismus immer neue Positionen. Eines davon ist das Buch des Münchener Philosophen *Joseph Geyser* Auf dem Kampffelde der Logik /Freiburg, Herder & Co./ Der Verfasser untersucht in diesem Buch aufs gründlichste den Aristotelischen und den Kantischen Wahrheitsbegriff und setzt sich in Erörterungen, die durch ihre eindringende und ruhige Sachlichkeit vorteilhaft aus der Flut der philosophischen Literatur hervorragen, mit Bruno Bauch und mit Nicolai Hartmann auseinander. Sein Standpunkt ist der Realismus des Neuthomismus, den er mit eindrucksvollen Argumenten vertritt. Das Ergebnis seiner Untersuchungen spricht er in dem Satz aus: »Der Idealismus ist die folgerichtige Konsequenz des zu Ende gedachten Rationalismus oder Panlogismus, der Realismus aber ist die logisch notwendige Denkform eines die Kontingenz der Welt anerkennenden Intellektualismus.« Und er meint weiter einen tiefen Wesensunterschied der beiden Richtungen darin zu sehen, daß in der idealistischen Philosophie das Allgemeine den Vorrang vor dem Besondern erhält, während in der realistischen Philosophie das Besondere die Voraussetzung des Allgemeinen ist. Diese Gegenüberstellung ist an sich richtig, aber beim nähern Zusehen erheben sich doch Einwände. Geyser übersieht nämlich, daß das Allgemeine im Idealismus nicht das abstrakt Allgemeine der Aristotelischen Logik ist sondern ein konkret Allgemeines. Bei Kant wird dies zwar noch nicht deutlich, wenn auch seine Ausführungen über die transzendente

Apperzeption daran eigentlich keinen Zweifel lassen. Über jeden Zweifel erhaben wird diese Konkretheit des Allgemeinen aber bei Hegel. »Das Allgemeine ist das Besondere, heißt es hier. Man sollte bei Untersuchungen über das Wesen des Idealismus immer seine höchste Gestalt heranziehen, jene Systemgestaltung, in der sein Prinzip am reinsten ausgestaltet ist. Einen Augenblick denkt Geysler auch daran, wenn er den Idealismus als Konsequenz des zu Ende gedachten Panlogismus bezeichnet.

Die scharfsinnigen Untersuchungen Geyslers legen aber noch eine Konsequenz nahe. Es scheint doch so, als wäre der Streit zwischen Idealismus und Realismus unentscheidbar, weil beide Positionen grundsätzliche Ausformungen von 2 gleichermaßen möglichen Stellungnahmen zum Weltproblem sind. Die beiden Theorien entsprechen 2 Typen geistiger Haltung. Wer eine Entscheidung zwischen den beiden Theorien für möglich hält, vergißt, daß wir es hier nicht mit Theorie im Sinn der Einzelwissenschaften zu tun haben, wo natürlich immer, wenigstens grundsätzlich, eine Entscheidung möglich ist. Die sogenannten philosophischen Theorien aber enthalten als wesentlich konstituierendes Moment immer einen unbestimmbaren Faktor, nämlich daß sie Ausdruck eines geistigen Typus sind. Die Unaufhebbarkeit der Problematik ist daher tief im Wesen der Philosophie begründet: begriffliche Gestaltung geistiger Wesenheiten zu sein.

Metaphysik Es ist kein Zweifel, daß wir heute in einer Epoche des immer stärker werdenden metaphysischen Interesses leben. Die Metaphysik wird als die eigentliche Grunddisziplin der Philosophie wieder anerkannt, und wenn es vor einigen Jahrzehnten noch den Anschein hatte, als würde sich die Philosophie in eine Reihe selbständiger, den Einzelwissenschaften nahestehender Disziplinen auflösen, so ist heute der Wille zum System wieder erstarkt. Es ist nur noch die Frage, in welcher Richtung die Reise ins Land der Metaphysik gehen soll. Sehr viele wagen doch noch nicht recht sich zu bestimmten metaphysischen Überzeugungen zu bekennen und ihre Gedanken im einzelnen auszuführen und begnügen sich mit allgemeinen Versicherungen, wie wohlwollend auch sie der früher so verpönten Metaphysik gegenüberstehen. Andere stürmen wild darauf los und konstruieren und phantasieren, daß man Angst bekommen kann, und wenn man

genauer zusieht, so ist das bißchen Weizen in der vielen Gedankenspreu ein Wiederholen von Motiven, die in der Geschichte der Philosophie einmal eine Rolle gespielt haben. Kurzum, es ist eine Übergangssituation ausgesprochener Art, ganz ähnlich wie im ausgehenden 15. Jahrhundert. Es paßt gut in diese Situation, daß auch versucht wird die alte, so oft schon totgesagte Metaphysik noch am Leben zu erhalten. Da tut ein Buch *Karl Fahrions Gott, Freiheit, Unsterblichkeit* /Leipzig, Felix Meiner/ gute Dienste. Die scharf zupackende, ehrliche und frische Art des Verfassers ist herzerfreuend. Gewiß, man kann gegen seine etwas primitive Erkenntnistheorie allerlei einwenden, aber seine Kritik befindet sich in gewisser Übereinstimmung mit unserm heutigen Lebensgefühl.

Kulturkritik Der Versuch der eigenen geistigen Umwelt mit wissenschaftlichen Mitteln habhaft zu werden wird erst seit ungefähr 200 Jahren gemacht. So schwer es ist sich selbst in seinem individuellen Leben historisch zu nehmen, so schwer ist es auch für eine Zeit sich selbst zu begreifen. Es wäre eine wünschenswerte Aufgabe einmal eine Geschichte der Selbsterkenntnis der geschichtlichen Epochen zu geben und zu zeigen, wie sehr sich die methodischen Hilfsmittel hierfür gegen früher verfeinert haben. Ein hervorragendes Beispiel hierfür ist die kleine Schrift *Arthur Lieberts Zur Kritik der Gegenwart* /Langensalza, Hermann Beyer & Söhne/. Diese Schrift behandelt in einer für die Fülle des Materials unglaublich zusammengeballten Form die Herkunft und die Eigenart der Kulturkrise der Gegenwart. Die seelische Dialektik und die weltanschauliche Auflockerung unserer Zeit werden von dem bedeutenden Kulturphilosophen meisterhaft dargelegt. Aber es werden auch, und das ist an dem Büchlein das Interessanteste, methodisch und sachlich die Stellen im Organismus unserer Kultur aufgezeigt, wo sich die Anfänge zu einer neuen positiven Gestaltung des Lebens finden. Liebert hält geradezu die gegenwärtige Kulturkrise im Wesen für neuschöpferisch. Das Leben »will seinen absoluten Charakter wiedergewinnen, es will mit anderen Worten wieder zur Höhe des Mythos aufsteigen«. Diese Wendung zum Mythos hält Liebert für das Zeichen eines absoluten Gehalts der neuwerdenden Geisteslage. Als das große Problem der nächsten Zeit sieht Liebert die Frage der Bewältigung der Spannung

an, die durch die neue Hinwendung zur Religion und durch die Absolutsetzung der Technik entsteht. Der Mythos der Technik und die Heiligung der Religion werden unser geistiges Leben bestimmen. Das letzte Prinzip der Gedankenführung ist dies: daß sich in der Geschichte in jedem Augenblick ein immanenter Sinn erfüllt, den es nur zu erkennen gilt, und daß gerade von der Gegenwart gesagt werden muß, daß ihr geistiges Leben in einem seltenen Reichtum an Spannungen von großartiger Tiefe besteht.

Ganz anders nach Methode wie nach geistiger Haltung ist das Buch *Franz Zachs Modernes oder katholisches Kulturideal?* / Freiburg, Herder & Co./ Das Buch ist, um dies vorweg zu sagen, eines der klügsten und feinstsinnigen Bücher, die zur Kritik der Moderne geschrieben sind. Der Verfasser kommt von seinem katholischen Standpunkt aus zu einer völligen Verwerfung der Gegenwart. Für das, was wir Krisis nennen, macht er den Subjektivismus der Renaissance und der Reformation verantwortlich. Indem er Preußen und Bismarcks kleindeutsche Lösung der deutschen Frage heftig bekämpft, feiert er Habsburg, weil es den übernationalen Kaisergedanken bewahrt habe. Österreichs politische und vor allem kulturelle Leistung im 17. und 18. Jahrhundert hebe sich glänzend ab von dem Verfall, den der Liberalismus des 19. Jahrhunderts gebracht habe. Aus dem Zusammenbruch könne uns nur eines helfen: die Abkehr von dem heidnischen Individualismus und Nationalismus und die Hinwendung und Wiedererneuerung der mittelalterlichen katholisch-germanischen Kulturidee. So leicht es ist gegen die historischen Konstruktionen wesentliche Einwände zu machen, so muß doch betont werden, daß das Buch ernsteste Beachtung verdient, und gerade in nicht-katholischen Kreisen, wo es nicht schaden kann einmal alles das, worauf die Neuzeit stolz ist, aus tiefsten Gründen heraus in Frage gestellt zu sehen.

Arnoldt Am 5. Februar waren es 100 Jahre, daß der bedeutende Kantforscher Emil Arnoldt geboren wurde. Er starb vor 23 Jahren (siehe diese Rundschau, 1905 II Seite 636). In der ältern Generation des Neukantianismus, die dem Werk Kants nicht mit dem Willen zur systematischen Weiterbildung, wie es die Marburger und die Südwestdeutsche Schule wollten, gegenübertrat sondern Kant historisch-philologisch erfassen wollte, nahm Arnoldt eine bedeutende

Stellung ein. Er hat sich um die philologische Arbeit an den Kantischen Schriften, die Feststellung des Textes, ihre Abfassungszeit und die Erhellung der näheren Umstände, die bei ihrer Entstehung mitwirkten, wie auch um die Durchforschung ihres Gehalts sehr große Verdienste erworben. Großes Aufsehen machte seinerzeit seine "Blattversetzungshypothese", die eine Kontroverse mit Benno Erdmann nach sich zog: Arnoldt hatte behauptet, daß in den Prolegomena durch ein Versehen des Druckers einige Abschnitte in einen andern Zusammenhang geraten seien, und daß dieses sinnstörende Versehen auch von Kant nicht bemerkt worden sei; er ging aber aus dem Streit mit Erdmann nicht siegreich hervor.

Arnoldt ist ein Sohn Ostpreußens und entstammte einem Pfarrhaus. Seine Studienzeit verbrachte er in Königsberg, wo er sich auch habilitierte. Seine strenge, ungemein herbe Lebensauffassung, die ihn zu allen Kompromissen untauglich machte und ihn unbeirrbar einem Ideal strengster Rechtlichkeit nachstreben ließ, machte ihn im Kreis seiner Schüler und Freunde zu einer erhabenen Persönlichkeit, als die er in der Erinnerung derer, die ihn kannten, weiterlebt: so auch in dem Gedächtnisartikel Siegfried Sterns, der am 5. Februar in der Königsberger Hartungschen Zeitung erschien. Für das preußische Beamtenamt aber war er eben deswegen ein unbequemer Geselle, der der damals vom Staat verfolgten Freien Gemeinde Julius Rupps nahestand, und so war es damals die natürlichste Sache der Welt, daß er keine Professur erhielt, obwohl die Fakultät ihn mehrfach in Vorschlag brachte. Seine reiche wissenschaftliche Arbeit ist nach seinem Tod 1905 von dem ebenfalls als Kantforscher bekannten Königsberger Gymnasialdirektor Otto Schöndörffer in einer 10bändigen Gesamtausgabe bei Bruno Cassirer in Berlin herausgegeben worden.

Totenliste Am 17. Oktober 1927 starb in Rom der Professor am Collège Angélique R. P. *Zacchi*, 53 Jahre alt. Er hat zahlreiche philosophische und apologetische Werke veröffentlicht, so *Filosofia della religione*, *Lo spiritismo*, *Il miracolo*, *Il problema del dolore*, *Il nuovo idealismo di B. Croce e G. Gentile*. Die Universität Löwen verlor eines ihrer bedeutendsten Mitglieder: *Désiré Nys*, Professor am Institut Supérieur de Philosophie. Er war ein Mitarbeiter des

Kardinals Mercier. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit Kosmologie, der er verschiedene Werke widmete, so *La nature de l'espace d'après les théories modernes depuis Descartes*, ferner die 4bändige *Cosmologie*, in der er zu zeigen versuchte, daß der Thomismus alle kosmologischen Phänomene auch nach den neueren Erfahrungen aufs beste erklärt. An der *Revue Néo-scolastique* hat er eifrig mitgearbeitet. Er wurde 68 Jahre alt.

Kurze Chronik Vor dem Krieg hatte der König von Schweden ein *Internationales Mathematisches Preisausschreiben* erlassen, dessen Ergebnis jetzt im 50. Band der *Acta Mathematica* bekannt gegeben wird. Den Preis erhielt die Abhandlung des Jenaer Mathematikers Paul Koebe *Allgemeine Theorie der Riemannschen Mannigfaltigkeiten*. ◊ Der Ordinarius der Philosophie an der Universität Köln *Max Scheler* folgt einem Ruf an die Universität Frankfurt. ◊ Einen Lehrauftrag für Philosophie an der Universität Berlin erhielt *Kurt Hildebrandt*, der Verfasser von *Norm und Entartung des Menschen /1920/* und *Norm und Verfall des Staates /1920/*. Hildebrandt hat auch über Nietzsche und über dessen Verhältnis zu Wagner Untersuchungen angestellt. ◊ Der Begründer der Phänomenologie *Edmund Husserl* trat nach Schluß des akademischen Semesters in den Ruhestand. Husserl hatte sich 1887 in Halle habilitiert; er wurde dann 1901 nach Göttingen berufen und ging 1916 als Nachfolger Heinrich Rickerts nach Freiburg, wo er bis jetzt lehrte. Seine Hauptwerke sind die *Logischen Untersuchungen /1900/* und die *Ideen zu einer reinen Phänomenologie und phänomenologischen Philosophie /1913/*. Husserls Nachfolger in Freiburg wurde sein Schüler Martin Heidegger, seit Natorps Tod Professor in Marburg. ◊ Am 1. Februar wurde *Johannes Rehmke*, der Begründer der von ihm Grundwissenschaft genannten Philosophie, 80 Jahre alt. Er war lange Jahre Ordinarius der Philosophie an der Universität Greifswald. Zu seinem 80. Geburtstag ließ die Johannes-Rehmke-Gesellschaft in Greifswald unter Mitarbeit der Professoren Linke /Jena/, Liljequist /Lund/, Michaltschew /Sofia/ und des Pfarrers Sprengel /Berlin/ eine Festschrift erscheinen /Leipzig, Felix Meiner/. Der Verlag Kurt Stenger in Erfurt brachte gleichzeitig *Gesammelte Philosophische Aufsätze Rehmkes, als Ergänzung zu seinen Werken*, besorgt von Kurt Gassen, heraus.

Literatur

Von dem *Handbuch der Philosophie*, das Alfred Baeunler und Manfred Schröter herausgeben /München, R. Oldenbourg/, liegt bereits die 18. Lieferung vor. Sie enthält eine Arbeit des Münchener Professors Friedrich Seifert über die Metaphysik der Seele. Die Darstellung beginnt mit Aristoteles und wird bis in die unmittelbare Gegenwart geführt. Mit Geschick werden überall die bleibenden Grundgedanken herausgearbeitet und von dem nur zeitlich Bedingten der Theorieenbildung getrennt. Auch diesem Teil des Handbuchs muß man wie allen vorausgegangenen Teilen nachrühmen, daß die dem Verfasser gestellte Aufgabe glänzend gelöst ist. ◊ Ein *Platonbuch* besonderer Art schrieb Kurt Singer. Er nennt es *Platon der Gründer* /München, C. H. Beck/. Der Verfasser entstammt dem Georgkreis; das bestimmt den Wert des Buches: die Größe der Konzeption, die Plastik der Gestalt Platons, die geistige Höhe und den innern Adel der Gedankenführung. Mehr als sonst bei Büchern aus diesem Kreis wird hier auch die geistige und politische Umwelt des Helden berücksichtigt. Mit einer großen Kunst der Darstellung wird Platon als der Gründer einer geistigen Welt gezeichnet, als der Schöpfer einer Welt von Normen und Maßen. Man wird auf das bedeutende Werk noch einmal in andern Zusammenhang zurückkommen. ◊ Eine kleine, außerordentlich lehrreiche Schrift August Fausts über *Heinrich Rickert* und seine Stellung innerhalb der deutschen Philosophie der Gegenwart /Tübingen, J. C. B. Mohr/ bietet uns nicht nur eine schöne, durch Klarheit ausgezeichnete Darstellung der Rickertschen Lehre sondern setzt sie auch in Beziehung zur Phänomenologie, dem Neuhegelianismus und der Marburger Schule. ◊ Im Weltkreisverlag in Berlin kam, von Paul Hertz besorgt, eine Übersetzung von *Bertrand Russells* Werk *Die Probleme der Philosophie* heraus. Es ist erfreulich, daß das schon vor 17 Jahren veröffentlichte Werk durch eine wirklich gute Übersetzung bei uns weiter bekannt werden kann als bisher. Es sind erkenntnistheoretische und logische Probleme, die hier mit großem Scharfsinn abgehandelt werden, wie die Fragen nach dem Unterschied von Erscheinung und Wirklichkeit, der Existenz und dem Wesen der Materie, das Problem der Induktion, die Möglichkeit apriorischer Erkenntnis, der Unterschied von Wahrheit, Falschheit, Wissen, Irrtum, Wahrscheinlichkeit, die Grenzen

philosophischer Erkenntnis usw. ◊ Gleichfalls im Weltkreisverlag erschien eine kleine Abhandlung *Moritz Schlicks*, betitelt *Vom Sinn des Lebens*. Der Sinn des Lebens wird in der Befreiung von der Herrschaft der Zwecke gesehen, in dem Erreichen jenes Zustands, wo das Leben Spiel ist, das heißt freie, sich selbst genügende Tätigkeit. Es ist jedenfalls sehr bemerkenswert, daß in einer Zeit bewußter Zweckhaftigkeit ein Philosoph mit einer gewissen heitern Leichtigkeit des Denkens das Leben in sich selbst als sinnvoll empfindet.

Exakte Naturwissenschaften / Juda Leman

Lichtgeschwindigkeit Dem großen Präzisionsphysiker *Albert Abraham Michelson* ist es gelungen eine optische Messung der Lichtgeschwindigkeit mit einer bis dahin nicht erreichten Genauigkeit durchzuführen. Er fand für die Lichtgeschwindigkeit im Vakuum 299 796 Kilometer pro Sekunde und gab die Ungenauigkeit zu 4 Kilometer an. Die bis dahin durchgeführten optischen Messungen der Lichtgeschwindigkeit schienen für den Wert 299 869 Kilometer zu sprechen, und innerhalb der Fehlergrenzen stimmten damit auch die auf elektrischem Weg gewonnenen Werte überein. Doch mußte man bei ihnen die Meßfehler auf 1 : 10 000 ansetzen, während die Ungenauigkeit bei Michelson nur 1 : 100 000 ausmachte. Michelson bediente sich der Foucault-Fizeauschen Methode des rotierenden Spiegels, die er aber in einem bestimmten Punkt wesentlich verbesserte. Die Foucault-Fizeausche Methode ist im Prinzip bekannt. Ein Lichtstrahl wird von einem sehr schnell rotierenden ebenen Spiegel reflektiert. Der vom rotierenden Spiegel reflektierte Strahl wird von einem ruhenden Konkavspiegel zurückgeworfen. Der Krümmungsmittelpunkt des Konkavspiegels liegt auf der Achse des rotierenden. Die Strahlen, die vom rotierenden Spiegel ausgehen, treffen also den konkaven immer normal und werden von diesem in ihrer Einfallrichtung zurückgeworfen. Betrachtet man den Fall, daß auch der ebene Spiegel ruht, so findet man, daß Strahlen, die von einer Lichtquelle ausgehen, derart von diesen beiden Spiegeln reflektiert werden, daß sich die zurückgeworfenen Lichtstrahlen immer in der selben Richtung wie die einfallenden ausbreiten. Durch sehr rasche Rotation des ebenen Spiegels kann man aber erreichen, daß in der Zeit, in der das Licht den Weg von dem Konkav-

spiegel zum rotierenden zurücklegt, dieser sich schon um einen meßbaren Winkel gedreht hat. Dann kommen natürlich die reflektierten Strahlen in entsprechend anderer Richtung wie die von der Lichtquelle ausgehenden. Man braucht dann nur den Winkel zwischen diesen beiden Richtungen zu messen, um bei Kenntnis der Umdrehungsgeschwindigkeit des Spiegels die Zeit zu bestimmen, die das Licht braucht, um die doppelte Strecke zwischen rotierendem und Konkavspiegel zurückzulegen. Bei dieser Methode kommt es also auf die Messung dreier Größen an: des Winkels zwischen der Richtung der einfallenden und reflektierten Strahlen, der Umdrehungsgeschwindigkeit des ebenen Spiegels und der Strecke zwischen dem konkaven und dem ebenen Spiegel. Der prinzipielle Fortschritt der Michelsonschen Methode ist der, daß die Winkelmessung fortfällt. Der Beobachter sieht nur dann das Licht, das durch mehrmalige Reflektion eine vorgeschriebene Strecke zurücklegt, wenn die Zeit, die es zur Zurücklegung dieser Strecke braucht, gerade der entspricht, in der sich der rotierende Spiegel um einen ganz bestimmten Betrag gedreht hat. Bei Michelson rotiert ein 8kantiger Spiegel. Die von einer Lichtquelle kommenden Strahlen werden von einer der 8 Seiten reflektiert, können aber nur dann zur Beobachtung in ein festmontiertes Fernrohr gelangen, wenn sie zum Durchlaufen des ihnen durch mehrere Spiegel vorgeschriebenen Wegs so viel Zeit gebrauchen, daß der 8kantige Spiegel inzwischen gerade eine Achtelumdrehung gemacht hat.

Gemessen wurde die Zeit, die das Licht brauchte, um die Strecke zwischen Mount Wilson und Mount Antonio 2mal zu durchlaufen. Diese Strecke wurde von einem ganzen Stab amerikanischer Geodäten mit einer zuvor noch unerreichten Präzision durchgemessen; die Fehler wurden 1 Zentimeter auf zirka 5 Kilometer, also 1 : 500 000 geschätzt. Man fand dabei die Luftlinie 35 385,53 Meter. Das Licht durchlief darnach eine Strecke von zirka 71 Kilometer. Der Spiegel, dessen Rotation mit ganz besonderer Sorgfalt und den subtilsten Methoden gemessen wurde, machte 528 Umdrehungen in der Sekunde. Für eine Achtelumdrehung brauchte er demnach 0,00023 Sekunden. So ergab sich durch Mittlung mehrerer gefundenen Werte (auch 12- und 16kantige Spiegel wurden benutzt) der obengenannte Wert für die Lichtgeschwindigkeit im Vakuum.

Nebuliumhypothese Eine überaus bedeutende astrophysikalische Entdeckung ist von J. S. Bowen gemacht worden. Es handelt sich um die Identifizierung von Spektrallinien in kosmischen Nebeln, deren Ursprung bis jetzt ganz rätselhaft war. Während man Tausende von Linien, die in den Sternspektren vorkommen, als emittiert durch bekannte Elemente wiedererkennt, gibt es nur etwa 120 in den irdischen Laboratorien nicht vorkommende Linien. Aber fast in allen galaktischen, innerhalb unseres Milchstraßensystems liegenden Nebeln sind besonders einige Linien mit sehr starker Intensität vertreten, die man bis jetzt keinem Spektrum eines bekannten Atoms zuordnen konnte. Zu ihrer Erklärung konstruierte man die Hypothese eines auf der Erde unbekanntes Elements, das man Nebulium nannte. Dieses Element müßte somit in den Nebeln wegen der großen Intensität der Linien sehr stark vertreten sein. Gegen diese Hypothese sprachen aber folgende Gründe. Die Spektralanalyse lehrt, daß auf den Sternen allgemein die bekannten Elemente in fast der selben Verteilung vorkommen wie auf der Erde; hier wäre aber ein auf der Erde ganz unbekanntes Element relativ viel stärker vertreten als die bekannten. Weiter lassen viele Tatsachen darauf schließen, daß in den kosmischen Nebeln vorwiegend leichte Elemente vorkommen; das periodische System hat aber keinen Platz mehr für ein neues leichtes Element. Die Nebuliumhypothese war also sehr unbefriedigend. Es blieb nur der Weg die unbekanntes Linien als emittiert durch bekannte Atome zu erklären, und man mußte einen Grund finden, warum man sie trotzdem bis jetzt in irdischen Laboratorien nicht beobachtet hat. Die galaktischen Nebel, in denen man die fraglichen Linien beobachtet, sind kosmische Nebel im engeren Sinn des Worts. Handelte es sich bei den außer-galaktischen Nebeln, zu denen vor allem die Spiralnebel gehören, um eine Anhäufung von einzelnen Sternen, so sind im Gegensatz dazu die hier in Frage kommenden Nebel gasförmige, aus kleinen Partikeln bestehende Gebilde, die von einem in ihrer Nähe oder in ihnen befindlichen Stern zum Leuchten ange-regt werden. Genaueres über die Art ihrer Anregung ist nicht bekannt, nur, daß es sich nicht um eine einfache Re-emission des vom Stern kommenden Lichts durch Reflexion oder Streuung handelt. Wichtig ist nur die Frage

nach den Emissionszentren der rätselhaften Linien. Bowen zeigt nun, daß es sich hier um die Emission bestimmter, nach der Auswahlregel "verbotener" Linien von *bekanntes* Atomen handelt. Wenn sich das Atom in einem Quantenzustand befindet, von dem aus nach der Auswahlregel kein Übergang nach einem andern von niedriger Energie unter Ausstrahlung möglich ist, so sagt man bekanntlich, das Atom befinde sich in einem metastabilen Zustand. Während der Lebensdauer eines solchen metastabilen Zustands kann das Atom nur entweder durch einen Stoß 2. Art seine Energie verlieren oder aber auch irgendwoher ein neues Quantum von Energie aufnehmen und dadurch in einen Zustand gehoben werden, von dem aus mit Emission verknüpfte Übergänge möglich sind. Es liegen verschiedene Messungen der Lebensdauer metastabiler Zustände vor, und man weiß, daß sie die Zeit 10^{-3} bis 10^{-2} erreichen. Die Frage steht nun offen: Was tut ein metastabiles Atom, wenn es während seiner ganzen Lebensdauer nicht gestört wird? Bowen machte seine Entdeckung unter Zugrundelegung der plausiblen Annahme, daß das Atom dann vom metastabilen Zustand aus unter Ausstrahlung der verbotenen Linien in den Normalzustand übergeht, und zeigte, daß die Nebuliumlinien solchen verbotenen Übergängen bekannter Atome von ihrem metastabilen Zustand aus entsprechen. Unter Zugrundelegung seiner Annahme ist die Emission solcher Linien in den kosmischen Nebeln zu erwarten. Diese besitzen außerordentlich kleine Dichten (man kennt Beispiele, wo die Dichte sich zu 10^{-20} Gramm pro Kubikzentimeter ergibt), die freien Weglängen sind außerordentlich groß (in einem Beispiel $8 \cdot 10^6$ Kilometer). Die Zeit also zwischen 2 Zusammenstößen ist bedeutend größer (im genannten Beispiel 10^6 Sekunden) als die Lebensdauer der metastabilen Zustände, so daß, wenn die genannte Annahme richtig ist, man die Emission der verbotenen Linien zu erwarten hat. Bowen zeigt noch im einzelnen, um welche verbotenen Übergänge es sich bei den Nebuliumlinien handelt, welche Atome sie aussenden: Es handelt sich, wie er ausführt, um die Emission von verbotenen Linien des 2fach ionisierten Sauerstoffatoms und des einfach ionisierten Stickstoffatoms. Die Bowensche Entdeckung kommt demnach zu der befriedigenden Erkenntnis, daß die Auswahlregeln nur aussagen, daß bestimmte verbotene Emissionsüber-

gänge eine sehr kleine Übergangswahrscheinlichkeit haben, daß sie aber nicht etwa überhaupt unmöglich sind. Es ist sehr erfreulich, daß, wie Walter Grotrian in seinem Referat darüber in den Naturwissenschaften hervorhebt, eine Möglichkeit besteht die verbotenen Übergänge auch in irdischen Laboratorien zu beobachten. Versuche zeigen, daß nicht alle Zusammenstöße zum Verlust der Anregungsenergie des metastabilen Atoms führen. Ein Quecksilberatom zum Beispiel verbleibt ungeachtet seiner Zusammenstöße mit Argonatomen in seinem metastabilen Zustand. Regt man Quecksilber in einer Argonatmosphäre zum Leuchten an, so werden die metastabilen Quecksilberatome durch den Zusammenstoß mit dem Argonatom ihre Energie nicht verlieren. Wenn aber die Zeit, die verstreichen muß, bis der metastabile Zustand des Quecksilberatoms durch Stoß 2. Art (etwa an den Gefäßwänden) seine Energie verliert, größer ist als die Lebensdauer dieses Zustands, so soll man, nach dem obengesagten, erwarten, daß das Atom dann die verbotene Linie emittiert. Grotrian deutet auch in diesem Sinn einen neuen Befund Robert Woods, der bei Anregung vom Quecksilberdampf in einer Argonatmosphäre in der Tat eine verbotene Quecksilberlinie beobachtete.

Totenliste Anfang Dezember 1927 verstarb *Paul von Groth*, früher Ordinarius für Kristallographie an der Universität München, im Alter von 85 Jahren. Groth, der durch sein grundlegendes Lehrbuch über die physikalische Kristallographie/1876/ bekannt ist, hat durch seine Arbeiten über die Morphotropie die Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten bei der Bildung von Kristallen erheblich gefördert und somit die Aufdeckung der physikalischen Beziehungen ermöglicht, die bei der Kristallbildung obwalten. Im Januar 1928 starb *Richard Pribram*, der Wiener Physikochemiker und Entdecker des Elements Austrium, in seinem 81. Lebensjahr, während eines Besuchs bei seinem Sohn in Berlin. Am 3. April starb in Potsdam der Abteilungsvorsteher am Geodätischen Institut *Bernhard Wanach*, in seinem 61. Lebensjahr. Als Leiter des Internationalen Breitendienstes hat er Bahnbrechendes geleistet. Wesentliche Verbesserungen der astronomischen Pendeluhrn sind auf ihn zurückzuführen. Er war auch der erste, der die drahtlose Telegraphie in den Dienst der Zeitbestimmung stellte.

Kurze Chronik Die Potsdamer Sternwarte richtet in der Nähe der bolivianischen Hauptstadt La Paz einen ständigen Beobachtungsposten ein. Dieser soll der Beobachtung des *südlichen Sternhimmels* dienen. Der Plan, der von den Professoren Ernst Kohlschütter und Hans Ludendorff ausgeht, ist von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und vom auswärtigen Amt unterstützt worden. ◊ In einem Privathaus in Gloucestershire wurde ein Teil der *Bibliothek Newtons*, die bisher als verloren galt, entdeckt. Es soll sich um 500 bis 600 Bände handeln. ◊ Der Observator am Potsdamer Geodätischen Institut *Erich Brennecke* wurde Ordinarius für Geodäsie an der Technischen Hochschule Berlin. ◊ An der Universität Leipzig *habilitierte* sich Arnold Weinberger für Chemie.

Biologie / Hans Hauslein

Stammesgeschichte Der Königsberger Botanikprofessor *Carl Mez* veröffentlichte 1926 in dem von ihm herausgegebenen Botanischen Archiv den Königsberger Stammbaum des Pflanzenreichs. Er legte darin seine Untersuchung nieder, die er mit Hilfe der serodiagnostischen Forschung durchführte, eine Untersuchungsmethode, die die Eiweißverwandtschaft der Organismen mit Sicherheit erkennen läßt. »Da die spezifischen Eiweißverbindungen des Idioplasmas die grundlegende Ursache aller morphologischen und physiologischen Eigenschaften sind, betreffen die Eiweißreaktionen alle Eigenschaften der Organismen; die serodiagnostische Forschung führt demnach zu dem natürlichen, das heißt historisch-genetischen System der Lebewesen.« Das System zeigt uns, daß die Bakterien die stammesgeschichtlich ursprünglichsten aller uns bekannten Lebewesen sind. Von ihnen aus verläuft dann der Hauptentwicklungsweg über die Algen, Moose, Bärlappgewächse, Nadelhölzer, Magnolien bis zu den Korbblütlern. Als sehr interessantes Ergebnis hat sich noch bei diesen Untersuchungen ergeben, daß die Geißeltierchen (Euglenoideen) von dauernd beweglich bleibenden Fortpflanzungszellen höherer Algen abstammen. So geht nach dem Urteil der sachverständigen Zoologen der Tierstamm, also auch der Stamm des Menschen, auf bereits höher entwickelte Algen zurück. Die Angaben des Königsberger Stammbaums sind experimentell gegründet und unter genauer Hervorhebung der ver-

knüpfenden Zwischenglieder gemacht. Nirgends finden sich Widersprüche gegen unsere morphologischen Kenntnisse, und in klarer Übersicht liegt die bisher recht verwirrende Mannigfaltigkeit der Pflanzenwelt vor uns. Durch den Königsberger Stammbaum werden auch die großen Phylogeniegesetze gestützt: Haeckels Biogenetisches Grundgesetz, Copes Gesetz des Unspezialisierens und Dollos Gesetz der Irreversibilität. Gerade auf dieses Gesetz gestützt, kann gezeigt werden, daß die neue phylogenetische Forschungsrichtung durch Konvergenz und durch Reduktion, die beide die auf rein morphologischer Basis stehende stammesgeschichtliche Forschung unsicher machten, nicht gestört wird.

Zeitschriften Eine neue Zeitschrift, *Paläobiologica* genannt, wird von Otthenio Abel in Wien herausgegeben /Wien, Emil Haim & Co./ Mitarbeiter sind Fritz Drevermann /Frankfurt/, Otto Jaekel /Greifswald/, Franz Baron Nopcsa /Budapest/ und Jan Versluys /Wien/. Die Zeitschrift bringt Abhandlungen aus dem Gebiet der Zoologie und Botanik der Vorzeit, der Morphologie und Physiologie unter strenger Berücksichtigung der Anpassungs- wie der paläogenetischen Forschung und der allgemeinen Stammesgeschichte. Vom 2. Band ab werden kritische Referate regelmäßig über die Fortschritte auf dem Gesamtgebiet der Paläobiologie berichten. Die 1. Lieferung dieser Zeitschrift stellt eine Ehrung für den Begründer der modernen Paläozoologie, Louis Dollo, dar, der am 7. Dezember 1927 70 Jahre alt wurde. Durch seine exakten Untersuchungsmethoden hat dieser Forscher es erst ermöglicht das Leben der Vorzeit klarer zu erkennen, und er hat das Gesamtgebiet der Paläontologie bearbeitet, nachdem er zuerst von den vorzeitlichen Reptilien ausgegangen war. Unerreicht ist die Schärfe seiner wissenschaftlichen Analyse, gleichermaßen ist aber auch seine Vorsicht vorbildlich, mit der er die Schlußfolgerungen aus den gefundenen Tatsachen zieht. Von seinen theoretischen Arbeiten interessieren am meisten die Untersuchungen, die dem Ausbau des 1893 zum erstenmal scharf ausgesprochenen Dolloschen Gesetzes dienten. Dieses Gesetz (loi de l'irréversibilité), das ein neues Feld biologischer Erkenntnis erschloß, besagt, daß ein im Lauf der Stammesgeschichte verkümmertes Organ niemals wieder seine frühere Stärke erlangt, und daß ein gänzlich verschwundenes niemals

wiederkehrt. Gehen bei einer Anpassung an neue Lebensweise Organe verloren, die bei der frühern Lebensweise hohen Gebrauchswert besaßen, so entstehen bei Wiederrückkehr zur alten Lebensweise diese Organe niemals wieder; an ihrer Stelle wird ein Ersatz durch andere Organe geschaffen.

Totenliste

Im November 1927 starb in Kopenhagen einer der bedeutendsten Forscher auf dem Gebiet der Vererbungslehre, einer der Begründer der modernen Vererbungswissenschaft, der Däne *Wilhelm Johannsen*, im Alter von 70 Jahren. Seine zahlreichen Publikationen behandeln alle Vererbungsphänomene, Kreuzung, Veränderlichkeit, Artwandel, Züchtung usw. Auf ihn ist die jetzt überall eingeführte Unterscheidung zwischen Genotypus und Phänotypus zurückzuführen. Zu seinen bedeutendsten Arbeiten gehören die 1909 veröffentlichten Elemente der exakten Erblichkeitslehre. In dem Sammelwerk *Die Kultur der Gegenwart* /Leipzig, B. G. Teubner/ redigierte er, zusammen mit Karl Chun, den Band *Allgemeine Biologie*. Auf der Leipziger Naturforscherversammlung 1922 hielt Johannsen den großen zusammenfassenden Vortrag. An der Universität Kopenhagen lehrte er Pflanzenphysiologie. Am 19. Dezember starb in Halle der Direktor des Hallenser Zoologischen Instituts *Valentin Haecker*, im Alter von 64 Jahren. Seine zahlreichen ausgezeichneten Untersuchungen auf dem Gebiet der Zellforschung (so Praxis und Theorie der Zellen- und Befruchtungslehre /Jena, Gustav Fischer/) führten ihn auf das der Vererbungslehre, die er durch viele bedeutende Einzelarbeiten und wertvolle Werke größern Umfangs bereicherte und förderte. Hervorzuheben sind *Allgemeine Vererbungslehre* /Braunschweig, Friedrich Vieweg & Sohn/, *Gemeinsame Aufgaben der Entwicklungsgeschichte, Vererbungs- und Rassenlehre* /Jena, Gustav Fischer/. Seine Arbeiten auf dem Gebiet der Morphologie, Systematik und Biologie der Tiere brachten ebenfalls reiche Erkenntnisse. Genannt seien die pelagischen Polychäten- und Achätenlarven der Planktonexpedition /Kiel, Lipsius & Tischer/, Tiefseeradiolarien /Jena, Gustav Fischer/ sowie seine Untersuchung über den Gesang der Vögel /Jena, Gustav Fischer/. Schließlich sei auch noch auf seine letzte große Arbeit hingewiesen: *Goethes morphologische Arbeiten und die neuere Forschung* /Jena, Gustav Fischer/.

In Paris starb Ende Dezember *Félix Louis Henneguy*, Lehrer der vergleichenden Embryologie am Collège de France, im Alter von 77 Jahren. Er wurde durch seine histologischen, embryologischen und entomologischen Arbeiten bekannt und war Begründer eines Archivs für mikroskopische Anatomie.

Anfang Januar 1928 starb in London, im Alter von 81 Jahren, *Henrietta Litchfield*, Charles Darwins älteste Tochter, einst auch Mitarbeiterin. Sie hatte selbst naturwissenschaftliche Studien getrieben. Vor einigen Jahren veröffentlichte sie einen Band Briefe, der ein Jahrhundert der Familie Darwin umfaßt.

Kurze Chronik Das Rockefellerinstitut stiftete zur Errichtung eines neuen *Biochemischen Forschungsinstituts* in Stockholm 250 000 Kronen. Einen gleich großen Betrag werden schwedische Stifter autbringen. Das neue Institut soll schon 1929 eröffnet werden. ◊ Im Berliner Aquarium befinden sich jetzt 2 Zeilenschlangen, die wohl die einzigen zurzeit in Gefangenschaft lebenden *Seeschlangen* sind. Sie haben sich vorzüglich eingewöhnt. Die Nahrung besteht aus Aalen und sonstigen Fischen, denen jedoch die Schwimmblasen entfernt werden müssen. Sonst treten beim Schwimmen Bewegungsstörungen auf. Auch in der Freiheit ernähren sich die Seeschlangen von schwimmblasenfreien Fischen. Die Seeschlangen werden in einem geheizten Seeaquarium gehalten, in dem ein Stück Treibholz schwimmt. ◊ In Würzburg *habilitierte* sich Hans Schriever für Physiologie. ◊ Der bedeutendste Pilzforscher der Welt, der Abbate *Giacomo Bresadola*, wurde 80 Jahre alt. Die Universität zu Padua ehrte ihn durch Verleihung des Dokortitels *honoris causa*. Gleichzeitig erschien als wissenschaftliches Geschenk der 1. Band seines Monumentalwerks *Iconographia Mycologica*, das 20 Bände umfassen und mehr als 1000 Tafeln von der Hand des Verfassers enthalten soll. Es wird vollständig die reichste Darstellung aller Pilze der Welt, die überhaupt bekannt geworden sind, bilden. ◊ Der älteste der Hymenoptologen, *Otto Schmiedeknecht*, der eine Reihe mustergültiger Monographien über Fragen seines Spezialgebiets und das grundlegende Werk *Die Hymenopteren Mitteleuropas* /Jena, Gustav Fischer/ verfaßt hat, wurde von seiner Vaterstadt Blankenburg in Thüringen an seinem 80. Geburtstag am 8. September 1927 zum Ehrenbürger ernannt.

Literatur

Zum 150. Todestag *Carl von Linnés* brachte Julius Schuster im Verlag der Münchner Drucke in München eine Festgabe heraus, die Johann Christian Fabricius' Schrift Einige nähere Umstände aus dem Leben des Ritters von Linné, ferner Die Einführung in das natürliche System von Paul Dietrich Giseke und Fabricius und die Autobiographie Fabricius' wieder ans Licht zieht. Das Nachwort Schusters über das natürliche System zeigt, daß Linné, der Schöpfer des für uns noch allein in Betracht kommenden künstlichen Systems, des sogenannten Sexualsystems, völlig von der Unzulänglichkeit des künstlichen Systems zur Erkennung wirklicher Verwandtschaften überzeugt war. Linné hat aber bewußt auf die Aufstellung eines natürlichen Systems, insbesondere auf dessen Drucklegung verzichtet. Am 4. Januar 1768 schreibt er nämlich an Giseke, daß er die Merkmale der natürlichen Ordnungen nicht geben könne, das müsse er seinem Nachfolger überlassen, er könne nur sagen, was in einer bestimmten Ordnung gemeinsam sei. Freilich könne er vieles über die natürlichen Ordnungen angeben, aber nur in mündlicher Besprechung. Die Vorlesungen, die Giseke darauf erbat, fanden in Upsala von Juli bis September 1771 statt. Dabei erklärte Linné bei der Diskussion der Übergänge zwischen den natürlichen Familien: »Es ist etwas ganz anderes Übergänge zu kennen und die Merkmale der Ordnungen zu geben. Ich kenne die Übergänge und weiß, wie eine Familie mit der andern zu verbinden ist, aber ich will es nicht sagen und werde es nie sagen.« Linnés theoretische Ansicht der Natur war, sie sei eine Kette, deren geschaffene Glieder ungeordnet in die Welt geworfen seien. Aber keine einfache Kette sondern eine oft verschlungene, mit manchen freien, mit den übrigen nicht verbundenen Gliedern. Statt des Ausdrucks Leiter sei die Bezeichnung Netz, dessen Maschen zum Teil zerrissen sind, viel geeigneter. Das System könne man sich wie eine Landkarte vorstellen, in der die einen Familien im gleichen Territorium zusammenfallen, andere benachbart sind, wieder andere gewissermaßen Inseln bilden. Auf Grund dieser Idee hat Giseke eine hier von Schuster reproduzierte, sehr bemerkenswerte graphische Darstellung des natürlichen Systems gegeben. Der Fortschritt Linnés gegenüber den Alten besteht vor allem darin, daß diese zwar die Kette der Natur kannten, aber nicht

ihre Verkettung. Auffällig ist, daß Linné die Bemühungen anderer um das natürliche System wenig beachtete. Über das System Büttners in Jena urteilte er nicht günstig, da dieser aus den vegetativen Teilen die Verwandtschaft zu erkennen glaubte. Er nahm auch keine Stellung zu Bernard de Jussieu, den er allerdings als den einzigen Forscher ansprach, der zum weitem Ausbau des natürlichen Systems geeignet sei. Das Grundwerk über das natürliche System zu schaffen blieb jedoch Bernards Neffen Antoine Laurent de Jussieu vorbehalten, der es 1789 unter dem Namen *Genera plantarum* veröffentlichte. Sein Hauptprinzip ist die Aufsuchung von Analogieen auf Grund der Anschauung, daß die äußere Ähnlichkeit Aufschluß über die innere Verwandtschaft der Organismen gebe. Dadurch, daß der subjektive Begriff des Stellenwerts (Dignität) selbst die isolierteren Familien in vermutete Verwandtschaftsbeziehungen bringt, und die real vorhandenen Lücken mittels qualitativer Intuition ausgefüllt werden, mischt sich Gedankliches mit real Beobachtbarem. Solche Systeme führen zur idealistischen Morphologie. In dieser Linie liegen auch alle Systeme genetischer Art, wie die von Augustin De Candolle und Geoffroy Saint-Hilaire. Diese Systeme der qualitativ intuitiven Synthetiker, also die idealistischen, an die sich die Darwinsche Deszendenztheorie angeschlossen, sind bis zu den neuesten sogenannten natürlichen Systemen herrschend geblieben. Den Analytikern von kausaler und funktionaler Denkart, wie es auch Linné war, mußten solche Versuche völlig fremd bleiben, und sie betonen gerade die Diskontinuitäten im wirklichen natürlichen System, so wie es L. P. Lötzy in seinem echten phylogenetischen System tut. Diese Versuche sind und müssen stets Fragmente eines wirklichen natürlichen Systems bleiben, da auch die Paläontologie, die allein die erkennbaren Lücken auszufüllen vermöchte, nur Fragmente durch die Beschaffenheit ihres Materials liefern kann. »Aber zweifellos ist nur das System vom Linné-Lötzy'schen Typ das einzig wirkliche mögliche natürliche System, und Linné zeigt auch hier aufs neue eine überraschende Gegenwartsbeziehung. Denn seine wesentliche Eigenschaft, die klare Realanalytik, kann und wird nie veralten, so sehr sie bei Linné im Zeitkostüm einherstreitet. Das ist das stärkste und schönste Bekenntnis zu Linné, das heute ein Naturforscher ablegen kann.«

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Marxismus Der jetzt 73jährige Karl Kautsky hat die Muße, die ihm die Verdrängung aus der Redaktion der 35 Jahre hindurch von ihm geleiteten *Neuen Zeit* brachte, in ungebrochener Kraft zu einem großen, 2 starke Bände füllenden Werk über die materialistische Geschichtsauffassung /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ genutzt, einem Buch, das die Summe seiner eigenen Lebensarbeit zieht und so nach den verschiedensten Richtungen viel weiter greift als der Titel vermuten läßt. Mit jener Art marxistischer Orthodoxie, die, an den Wortlaut Marx'scher Formulierungen gebunden, vor neuen historischen Erscheinungen, die sich jenen Formeln nicht einfügen wollten, die Augen verschloß oder sie im Sinn jener Formeln umzudeuten suchte, ist hier gründlich gebrochen worden. Die allgemeine Losung des Revisionismus, der seinerzeit gerade auch von Kautsky so heftig angegriffen wurde: daß der Marxismus, um lebendig zu bleiben, in ständiger Berührung mit der wirklichen ökonomisch-sozialen Bewegung fort- und umzubilden sei, ist in vollem Umfang anerkannt. Ein Geist vorurteilsloser Abwägung geht durch das Ganze. Das zeigt sich, um ein Beispiel anzuführen, schon in der Art, wie Kautsky die Katastrophentheorie fallen läßt, die Marx und Engels im Kommunistischen Manifest als ein Hauptbeweis für die Notwendigkeit des Sozialismus galt, jene These, daß der Kapitalismus durch die Hand in Hand mit der Entwicklung der produktiven Kräfte immer verheerender werdenden Handelskrisen unvermeidlich dem völligen Bankrott entgegensteuere, und hervorhebt, daß die ökonomische Entwicklung mit ihrer gewaltigen Steigerung der Technik seither ganz und gar nicht die Tendenz zu einer solchen immer zunehmenden Steigerung der Handelskrisen zeige. Der 1. der beiden Bände behandelt allgemeine Vorfragen. Ein Abschnitt Geist und Welt weist noch einmal dankenswerterweise darauf hin, daß die von Marx und Engels als materialistisch bezeichnete Geschichtsauffassung an kein besonderes System der Philosophie und Welterklärung gebunden ist, also auch nicht an das eines Materialismus, der aus Kraft und Stoff das ganze Weltgeschehen erklären zu können vermeint. Jene habe es nur mit einem Teil der gegebenen Erfahrungswelt zu tun und sei von Spekulationen, die die Grenzen der Erfahrung

überfliegen, völlig unabhängig. Die Bezeichnung materialistisch besagte letztlich nur, daß sich diese Geschichtsauffassung unter Ablehnung aller metaphysischen Streitfragen unbefangen auf den Boden der Erfahrung stellen wolle. So kann man, wie Kautsky, auf Max Adler und andere Sozialisten exemplifizierend, hervorhebt, gleichzeitig Anhänger dieses Marxschen historischen Materialismus und der Kantischen Philosophie sein, deren phänomenalistische Grundhaltung Kautsky, im Gegensatz zu Engels' Feuerbachschriftchen, wenigstens eine Strecke weit als wissenschaftlich unanfechtbar anerkennt, so entschieden er die weiteren Konsequenzen Kants auf theoretischem Gebiet und dessen ganze praktische Philosophie ablehnt. Diese Stellungnahme ist Kants Deduktion des Kategorischen Imperativs und seiner Religionsphilosophie gegenüber wohl verständlich, hat aber Kautsky leider auch gehindert dem tiefen geistigen Gehalt von Kants Geschichtsphilosophie, wie er in der Abhandlung Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht zutage tritt, gerecht zu werden. Er stößt sich da an Ausdrücken, wie die, die von einem »Plan der Natur« in der Entwicklung des menschlichen Geschlechts sprechen und so metaphysisch klingen, ohne näher auf das durchaus kritisch-realistische Gepräge dieser Kantischen Entwicklungslehre einzugehen, nach der sich in dem Gewirr egoistischer Kämpfe, durch sie bedingt, eine aufwärtsführende Bewegung durchsetzt, als deren fernes Endziel dem Denker die Herstellung einer wahrhaft vernünftigen Rechtsordnung erscheint. Mancherlei berührt sich da mit Marxschen Gedanken. Indem man die Geschichte als eine aufwärtsführende Entwicklung und damit in Beziehung auf ein Ziel betrachtet, dessen Realisierung aus ihrem bisherigen Verlauf vernünftigerweise zu erwarten und zu hoffen ist, treten zu der historisch-kausalen Betrachtung, die Ausdeutung der kausalen Zusammenhänge mehr oder weniger mitbestimmend, auch immer teleologische Gesichtspunkte hinzu. Nicht nur bei Kant, der sich darüber klar ist. Auch die Art, wie Marx in der berühmten Formulierung seiner Geschichtsauffassung im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie das hohe Ziel des Sozialismus in seine Gesamtaufassung einordnet, läßt sich ohne die Annahme einer gewissen Zielstrebigkeit, die im Wesen der menschlichen Natur und des gesellschaftlichen Prozesses, in dem sich diese bewegt und entfaltet, angelegt ist, nicht wohl ver-

stehen. Nicht die Ausschaltung aller teleologischen Gesichtspunkte ist zu verlangen, wie sie Kautsky vorschwebt, der wohl theologische Reminiszenzen dahinter wittert, sondern nur eine Art der Forschung, die sich bei der Betrachtung möglicher Entwicklungsziele an die Richtschnur des historisch Gegebenen hält und so durch ihre Beleuchtung des Werden die Einsicht wirklich fördert.

Der Marx-Engelsschen Dialektik, über die Kautsky nach jener Auseinandersetzung mit Kant spricht, stellt sich Kautsky mit erfreulicher Skepsis gegenüber. Er sieht in Marx-Engels' Anknüpfung an Hegels Dialektik, die zugleich eine Umstülpung dieser Dialektik sein soll, mehr eine Sache des Kostüms als einen integrierenden Bestandteil ihrer Lehre. Mit gutem Recht. Denn um die große Rolle zu verstehen, die der Widerstreit gegen einander wirkender realer Kräfte in der Natur wie in der Gesellschaft spielt (Kant spricht da treffend von Realrepugnanz), bedarf es gar nicht der Hegelschen Dialektik, die in dem Gegensätzlichen und real Entgegenwirkenden einen Widerspruch (der doch nur zwischen Urteilen bestehen kann) entdecken will und schließlich in dem Satz gipfelt, daß der Widerspruch das tiefste Wesen aller Dinge sei. Wie denn auch Hegels Satz vom Umschlagen der Quantität in die Qualität und seine Bezeichnung der Entwicklung als Negation und Negation der Negation nicht eine neue wirkliche Erkenntnis sondern nur den in die Hegelsprache übersetzten Ausdruck für eine in gewissen Grenzen richtige Beobachtung darstellt, deren Sinn durch eine solche Terminologie nicht präzisiert sondern vermystifiziert wird. Die Methode jedoch, nach der Marx bei seiner begrifflichen Zergliederung des Kapitals wirklich verfährt, hält sich durchaus im Rahmen verstandesmäßiger Logik, die, richtig aufgefaßt und gehandhabt, sehr wohl imstande ist auch die Gewebe verwickelter Beziehungen klarzulegen. Die ganze Polemik, die Hegel gegen den Identitätssatz der Logik richtet, um damit die Notwendigkeit einer höhern Betrachtungsweise, eben die seiner Dialektik, zu begründen, fällt zusammen, nachdem einmal der wirkliche Sinn dieses angeblich überwundenen Identitätssatzes in präziser Weise, wie durch Hermann Lotze, festgestellt wird. Wie anregend und fördernd auch das Studium der in vieler Hinsicht zweifellos großartigen Hegelschen Philosophie für den jungen Marx gewesen sein mag, jener Passus im Nachwort zum Kapital, daß sich durch eine

Umstülpung der Dialektik Hegels ihr rationeller Kern finden lasse, der, losgelöst von der mystifizierenden Hülle, epochemachende Bedeutung habe, bleibt darum nicht weniger anfechtbar. Man weiß nicht, was, wenn die mystifizierende Hülle der Dialektik entfernt wird, dann noch als einheitliches Band zurückbleibt, das die Festhaltung des Namens Dialektik rechtfertigen könnte. Kautsky, der zum Teil mit anderen Einwänden gegen das Marx-Engelssche Bekenntnis zur Dialektik zu Felde zieht, sieht darin Spuren eines gewissen geistigen Konservatismus, der auch diesen gewaltigen Neuerern nicht völlig fremd gewesen sei.

Der Die Menschennatur betitelte Abschnitt spricht unter vergleichender Heranziehung der Tierwelt von der Vererbung, vom Menschen als egoistischem und als sozialem Wesen, von dem Kunst- und dem Forschungstrieb, worin Kautsky, so sehr seine Ausbildung im geschichtlichen Verlauf durch ökonomische Momente mitbedingt sei, eine ursprüngliche, nicht weiter ableitbare Anlage der menschlichen Natur sieht. »Nichts irriger als die Behauptung, die materialistische Geschichtsauffassung beruhe auf der Annahme, der Mensch wäre nur von egoistischen Motiven geleitet.« Das liefe auf einen Widerspruch zu offenkundigen Tatsachen hinaus. Daran schließt sich ein Kapitel über die Anpassung in der Natur, das sich insbesondere mit der Frage nach dem Verhältnis von Anpassung und Fortschritt beschäftigt. Der letzte Teil des 1. Bandes bringt nach einer Reihe allgemeiner Ausführungen über Rasse, Technik und Ökonomie eine Wiedergabe und Besprechung der in dem Vorwort zur Kritik gegebenen Formulierung der Marxschen Geschichtsauffassung.

Der 2. Band, Der Staat und die Entwicklung der Menschheit überschrieben, ist wesentlich historisch und entwickelt, in einer Reihe interessanter ökonomisch-wirtschaftlicher Studien, mit Bezugnahme auf die neuere historische Literatur, die Hauptpunkte, in denen Kautskys Auffassung der alten ökonomischen Geschichte von der im Marxschen Vorwort angedeuteten abweicht. Nach Marx ist der Rhythmus der ökonomischen Gesamtentwicklung, nicht nur in der neuen Zeit sondern auch schon im Orient und in der Antike, dadurch gekennzeichnet, daß die Umbildung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse letzthin durch das Wachstum der Produktivkräfte im Rahmen der Gesellschaft bedingt sei. Epochen der sozialen Revolution, in denen sich das Gefüge der gesellschaftlichen Struktur

umwälzt, sind nach Marx letzthin nur ein Zeichen dafür, daß die überlieferten Produktions- und Eigentumsverhältnisse, in denen jeweils die Produktivkraft sich entwickelte, jeweils für ihre weitere Entwicklung zur hemmenden Fessel geworden sind und darum gesprengt werden mußten. Es ist das eine Generalisation, zu der er wohl auf Grund seiner damaligen, heute nicht mehr haltbaren Anschauung gekommen ist, daß der Kapitalismus zur Fessel einer fortschreitenden Entfaltung der produktiven Kräfte geworden sei und schon aus diesem Grund dem Sozialismus weichen müsse. Eine Generalisation, die sich bei geschichtlicher Vergleichung mit der ökonomischen Bewegung früherer sozialer Epochen aber gleichfalls nicht bestätigt. Erst in und mit dem Staat, der aus der Unterwerfung von Stämmen durch andere Stämme entstand, läßt sich nach Kautsky eine auf Ausbeutung basierte Klassenbildung in irgend nennenswertem Umfang konstatieren; je weiter man in der Geschichte zurückgeht, um so unverhüllter tritt nach seiner Ansicht der Charakter des Staats, der heute so viel andere gesellschaftliche Funktionen übernommen hat, als einer zum Zweck der Ausbeutung geschaffenen Organisation hervor. Ökonomische Unterschiede, wie die von Nomaden und Ackerbauvölkern, nicht aber ökonomische Überlegenheit sprechen da, vor allem im Orient, bei der Entscheidung, welchen Stämmen die Herrscherrolle zufällt, bedeutungsvoll mit. Kautsky spürt der Art und Weise staatlicher Zivilisation im Orient, in Griechenland und Rom nach, um zu zeigen, daß von einer Kollision der dort entwickelten Produktivkräfte mit zu eng gewordenen Eigentumsverhältnissen als der Triebkraft der sozialen Fortbewegung nicht die Rede ist. Die wirkliche Bewegung sei vielmehr derart gewesen, daß sie den Staat nach kürzerer äußerer Blüte der Dekadenz und dem Verfall entgegentrieb. Den Unterworfenen war durch die Sklaverei jede Möglichkeit organisierten Zusammenschlusses und damit des Aufstiegs genommen; und die Kraft der Herrschenden wurde durch ein parasitäres Luxusleben mehr und mehr unterhöhlt. So unterlag das Römerreich dem Ansturm kulturloser Barbaren, die nach Jahrhunderten im freien Bürgertum ihrer Städte Ausgangspunkt und Vorbedingung für einen ganz andern Entwicklungstypus schufen, nämlich für den Typus einer ökonomischen Entwicklung, in dem die produktiven Kräfte unter dem belebenden Zustrom rastlos wissen-

schaftlicher Forschung in früher nie geahntem Ausmaß wachsen und so die Voraussetzungen für den siegverheißenden Vormarsch einer freien Arbeiterklasse schaffen, die ihren Anteil an dem von ihr produzierten Reichtum nachdrücklich verlangt. Nicht im Gefolge einer wirtschaftlichen Katastrophe noch von einer dem Gesellschaftskörper terroristisch aufgepflanzten Diktatur sondern in den Formen einer staatsbürgerlich-demokratischen Verfassung ist die Eroberung der politischen Macht und ihr Einsatz für die von den Arbeitern erstrebte soziale Neuordnung zu erwarten.

Hier liegt der Springpunkt von Marx' entwicklungsgeschichtlichem Sozialismus. Die Einwände, die Kautsky gegen einzelne Wendungen der materialistischen Geschichtsauffassung erhebt, lassen diesen Grundgedanken nur noch klarer hervortreten. In diesem Sinn ist der Marxismus mit seiner Fundamentierung sozialistischer Gedanken auf die ökonomische Bewegung der Gesellschaft selbst ein unverlierbares Besitztum der Partei.

Gemeinver-
ständliche
Schriften

Die von Karl Zwing in Jena herausgegebene Gewerkschaftsarchivbücherei bringt

eine von Christian Schmitz geschriebene Geschichte der Fabrik und der Massenarbeit, die aber ihre Grenzen wohl allzu weit gesteckt hat, indem sie auf 150 Seiten die Formen und Bedingungen der *Massenarbeit* nicht etwa nur in der heutigen kapitalistischen Epoche sondern sozusagen von Anbeginn, vom Pharaonenreich, von Griechenland und Rom her bis zur Gegenwart, zu verfolgen sucht. Das ist auf dem kleinen Raum nicht wohl zu leisten. So wird die moderne Fabrik nur in ganz summarischer Weise skizziert. Der Verfasser, der sich das nicht verhehlt, verweist auf eine weitere von ihm geplante Schrift, die speziell der Fabrik gewidmet sein soll.

Von Oskar Stillichs Einführung in die Nationalökonomie ist ein neues Bändchen: Einkommenslehre /Würzburg, Kautsch & Mönnich/ erschienen, das vom *arbeitslosen Einkommen*, von Grund- und Kapitalrente und den darüber aufgestellten Theorien handelt.

Das in 2. Auflage veröffentlichte Schriftchen Max Adlers über den *Marxismus* als proletarische Lebenslehre /Berlin, E. Laub/ entwirft von der Art und Weise, wie Milieu und tägliche Erfahrung die Arbeiterschaft zur Aufnahme gewisser allgemeinsten Marxscher Grundgedanken unwillkürlich prädestiniert, ein anschaulich überzeugendes Bild.

Totenliste

Anfang Januar starb der Professor der Nationalökonomie an der Berner Uni-

versität *Naum Reichesberg*, 59 Jahre alt. Eine der ersten seiner zahlreichen Veröffentlichungen behandelte Sozialismus und Anarchismus, beide einander gegenüberstellend, und ist im 1. Jahrgang dieser Zeitschrift (1895 Seite 487 und folgende) angezeigt. Um die Jahrhundertwende begann er ein Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung herauszugeben, das in 4 Bänden erschien. Er redigierte auch die Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Mitte Februar verschied in Berlin, in seinem 64. Lebensjahr, *Emil Ver Hees*, der als Beamter des belgischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik und sozialen Gesetzgebung Hervorragendes geleistet hat. Nach dem Krieg wirkte er als Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin.

Der Führer der Freihandelsbewegung in Frankreich *Yves Guyot* starb am 21. Februar, im Alter von 85 Jahren. Guyot gab lange Jahre das Journal des *Economistes* heraus und leitete bis zuletzt die *Agence Economique et Financière*.

Kurze Chronik

An der Handelshochschule Berlin wurde eine Einrichtung ins Leben gerufen, die

es den Studierenden ermöglichen soll sich in Verbindung mit dem Studium die notwendigen kaufmännischen Kenntnisse anzueignen, um nach Vollendung des Studiums den Weg in die *Wirtschaftspraxis* leichter zu finden. Eine Reihe von Firmen, zunächst der Großindustrie, hat sich bereit erklärt nach einem bestimmten Plan die praktische Ausbildung der Studierenden zu übernehmen, für die ein Zeitraum von 2 Jahren vorgesehen ist. ◊ Das unter der Leitung Fritz Klatts stehende Volkshochschulheim in Perrow veranstaltet auch in diesem Jahr *sozialpädagogische und soziologische Kurse*, von denen der eine der deutschen Presse und den dahinter stehenden Machtgruppen, der andere dem Berufsproblem der Gegenwart gewidmet ist. ◊ Der Honorarprofessor an der Universität Kiel *Oswald Schneider* übernimmt als Nachfolger Fritz Karl Manns den Lehrstuhl der Staatswissenschaften an der Universität Königsberg. ◊ Am 3. April wurde an der Berliner Universität das 50jährige Doktorjubiläum *Ignaz Jastrows*, des hochverdienten Verwaltungsrechtlers und Sozialpolitikers, gefeiert.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf**Gorkij**

Als Maxim Gorkij zum 50. Geburtstag am 26. März feierliche Weltfehrungen dargebracht wurden, geschah nicht zu viel an zelebrierendem Aufwand. Gorkij hat der Kulturwelt eine Menschheit erschlossen, die im Dunkel gelebt hatte, und die wir in Deutschland erst vor nun fast 3 Jahrzehnten, als Gorkijs Novelle Sechszwanzig und eine in den Sozialistischen Monatsheften (1900 Seite 348 und folgende) deutsch erschien, zu sehen begannen. Vorher haben wir sie kaum gekannt, selbst nicht durch die genialen Werke Tolstojs und Dostojewskijs. Diese Genies waren in den russischen Muschik, in den Barfüßer, Bettler, analphabetischen Gottsucher und träumenden Revolutionär verliebte Aristokraten. Diese großen Männer des Adels mußten, trotz aller angeborenen Liebe zu den verlorenen Männern und Frauen Rußlands, irgendeinen Gewissenskampf durchrasen, sie mußten sich aus ihrer Kaste losreißen, damit sie unter jene Massen gelangten, denen sie ihre Feder und ihr Herz weihten. Wir wissen zum Beispiel aus der Biographie Tolstojs, daß der am Zarenhof auch bewunderte Großgrundbesitzer zunächst neugierig die Armenquartiere Petersburgs durchwanderte, um sich für die Volkszählung nützlich zu machen. Er erstarrte vor der Not und der Niedrigkeit und der Hilfsbedürftigkeit des Proletariats, dessen Krankheitsdunst er mit schmerzenden Lungen einatmete. Er wurde höllisch durchwühlt von diesen Erlebnissen, ging als der schwerringende Wahrheitskämpfer in sich und begann für das Volk zu reden und zu schaffen. Aber er war doch ein Outsider, genau so wie Turgenjew, beinahe so wie Dostojewskij. Ganz anders ist Gorkij, der sich wohl den Bittern nannte, solange er jung war und um die Anerkennung rang, der aber von Anfang an mit einer gewissen Heiterkeit von all dem niedrigen Volk Kunde gab, mit dem er aufgewachsen war. Gorkij lebt heute im Ausland. Die Sonne, die seine Gesundheit braucht, würde er auch in der Krim finden, wenn es ihm behagte in sein Heimatland zurückzukehren. Und seine letzten Bücher, sein Roman Das Werk der Artamonows /Berlin, Malikverlag/ und das 2bändige Epos Matwej Koschemjakin /Berlin, Malikverlag/, bedeuten eine spezifische Emigranteliteratur. Der Erzähler gräbt in die Erinnerung hinein wie

ein Mann, der dem mütterlichen Boden etwas entfremdet wurde, nicht mehr mit jener Freude, mit jener saftigen Bessenseheit zum Gestalten sondern eher mit Wehmut und Aufgelegtheit zum Trösten. Er kehrt in die Vergangenheit zurück, die einst war. Er tut es mit Beflissenheit. Er ist durchaus nicht befreundet mit dem, was gewesen ist, doch es ist auch aus keiner Zeile zu lesen, daß er lobt, was wurde und heute existiert. Der Weltpriester Koschemjakin trägt Züge, die man als selbstbiographische Verrätereien Gorkijs auslegen möchte. Die beiden Bände seines Romans bilden eigentlich eine Ergänzung zu den zahlreichen Memoirenbänden, die Gorkij in den letzten Jahren verfaßte, als er schon außerhalb seines Landes lebte. Der Priester Koschemjakin ist der Mann, der haarschart und ohne Wanken die Grenzen zwischen der sterbenden russischen Reaktion und seinem eigenen Wesen zieht. Diese Ablehnung alles Tyrannischen hindert ihn aber nicht sich religiösen, überirdischen Grübeleien hinzugeben. Er ist fromm, weil er demütig ist. Diese Demut hat Gorkij in den Jahrzehnten seines Dichtens ausgezeichnet. Er ist der Schriftsteller des Dunklen und Schweren, und er führt doch in Fröhlichkeit, in Hoffnung hinaus. Er ist niemals pessimistisch, er ist der Philosoph der Gefaßtheit. Die Philosophie wird allerdings ganz in Dichtung und Bild aufgelöst.

London

Jack London wird durch den emsigen und preiswürdigen Übersetzer Erwin Magnus und die Berliner Verlagsgesellschaft Universitas in Deutschland eingebürgert. Erst vor kurzem wieder sind 4 neue Bände der von diesem Verlag veranstalteten rühmenswürdigen Londonausgabe erschienen; Die Insel Berande, Die eiserne Ferse, Ein Sohn der Sonne, Der Sohn des Wolfs, und alle 4 werden mit Recht eine stetig größer werdende Leserschlar finden und in Spannung versetzen. Dieser selbe Jack London hat auch den Roman seiner eigenen literarischen Existenz geschrieben. Man ist ein wenig überrascht, daß dieser Abenteurer des Ozeans und der Prärie sich auch sammeln konnte, um beinahe wie ein Literarhistoriker das Zeitgemälde von der amerikanischen Schriftstellermisere zu entwerfen. Man versteht die Zusammenhänge erst, wenn man erfährt, daß Jack London zu schreiben begann, nachdem er seßhaft geworden war. So wirft sich ein starker und

ursprünglicher Mensch mit aller Kraft in die Ungewöhnlichkeit des aufregenden Landstreicherlebens hinein. Vorläufig denkt er gar nicht daran die Feder zu führen. Er geht blindlings mit sich um, doch mit Hilfe der Hellsichtigkeit, die ihm eingeboren ist, schöpft er ein Universum in sich hinein, wie die anderen es nicht aufnehmen könnten. Ganz originell durchwandert er von neuem das Leben, scheinbar ohne viel literarische Vorbilder fängt er zu schreiben an. Und nun wird in dem Entwicklungsroman *Martin Eden* /Berlin, Verlag Universitas/ berichtet, daß der Ehre und Geld begehrende Mann wie ein Fabrikant von gewöhnlichsten Gebrauchsartikeln beginnt sein Schriftstellertalent fruchtbar zu machen. Er studiert alles das, was in Amerika marktgängig ist, in Magazinen und Zeitungen, um es nachzuahmen, um es natürlich besser zu machen und zu übertrumpfen. Er vervollkommnet die amerikanisierten Tricks des Zeitungs- und Zeitschriftenschreibers, des Erzählers von kurzen Geschichten und Anekdoten. Doch es gärt in ihm so stark von Plänen und phantastischen Träumen, daß sich am Ende doch die originale Persönlichkeit durchsetzt. Das ist ein Schriftsteller, dem die akademischen Humanitäten fremd sind. Er hat die Zeiten des Studiums ungeheuer abzukürzen, er ist nicht das Produkt von ordentlichen Schulen und Universitäten sondern nur der Zögling der freien Bibliotheken und des Zufallsunterrichts. Tausend soziale Lehren lassen sich seinen Romanen entnehmen. Es ist ein ganzes System der modernen Volkspädagogik in dem Roman versteckt, der trotzdem Spannung bis zum äußersten bringt. Nun geschieht das Märchenhafte, daß dem literarischen Selfmademan plötzlich alle Manuskripte, sogar alle Zettelchen aus der Hand gerissen werden. Er wird ein berühmter und ein reicher Mann, er wird beinahe einer der Bürgersleute, die ihn vorher so wohlwollend, aber auch so verächtlich behandelt und mißhandelt hatten. Martin Eden könnte als freier Volkserzieher und Kolonist im Gebiet des Moralischen Schönes und Dauerndes wirken. Da versagen seine inneren Energieen. Es versagt seine Lebensbefähigung. Er ist nicht mehr fähig die Naivetät wiederzufinden, mit der er sich ausgeschrieben hat. Er hat ausgelebt, nachdem er sich ausgeschrieben hat, und sucht das Ende wie einen Triumph, nicht wie ein zaghaftes Verwelken. Auf dem Meer gibt

er sich dem Weltall hin, und das All zieht ihn zur Tiefe, um ihn dort für alle Ewigkeit zu begraben. Diese pessimistische Moral des Londonschen Entwicklungsromans charakterisiert vielleicht den Werthertypus unserer Tage. Wir wissen, daß Jack London früh sterben mußte. Die Entbehrungen und Strapazen warfen ihn um, die ungeheure literarische Anstrengung, zu der ihn sein mächtiges Talent trieb, untergrub seinen Körper auch. Er wurde dahingerafft in dem Augenblick, da er meinte Beschaulichkeit und Behagen für Jahre der nachlassenden Kräfte gewonnen zu haben. Das ist ein tragischer Schluß aus solchen überragenden Existenzen, und er darf für den gelassenen Psychologen kein Trugschluß sein sondern beinahe ein Naturgesetz, das sich aus strenger und objektiver Erfahrung ergibt. Sicher hat Jack London die Schatten des Jenseits gefühlt, ehe es sein Dasein vollkommen verdunkelte. Und er ist so aufrichtig, daß er mit der Feder schon eingesteht, was er vielleicht seinem Arzt und den Nächsten, die ihm teuer waren, nicht bekennen wollte. Es ist das eine metaphysische Selbsterkenntnis des modernen Werther, vielleicht nur eine subjektive Lösung der Frage nach dem Geheimsten, was im großen Erlebnismenschen unserer Tage schlummert. Doch die Ehrlichkeit fesselt, Keinerlei Romantik und keinerlei Voreingenommenheit sind zu entdecken. Es quillt alles aus dem großen Herzen, auch die letzte Antwort, die da lautet, daß dem Menschen alles Übermenschliche schadet.

Sinclair

Upton Sinclair hat in seinem kritischen Buch *Die goldene Kette* oder *Die Sage von der Freiheit der Kunst* /Berlin, Malikverlag/ sehr lehrreiche Aufklärungen über die Grundlagen des amerikanischen Literaturgeistes geliefert. Er selber ist ein mutiger Mann, der sich zum Sozialismus bekennt, es mit Emphase ablehnt seine Gesinnung durch Rücksicht auf den offiziellen amerikanischen Geist zu verhehlen. Die goldene Kette sieht er als Symbol der Geistesklaverei an, in der sich die heutigen Schriftsteller der Vereinigten Staaten und auch des britischen Imperiums befinden. Sie alle beginnen als Revolutionäre, deren Wille es ist die menschliche Gesellschaft von Ausbeutung und allzu ergebener Toleranz gegenüber den Regierenden zu retten. Dürfen wir Upton Sinclair glauben, so verwandelt sich schon nach den ersten Erfolgen der

Sturm in eine große Gelassenheit. Den Schriftstellern ist die Anzahl der Auflagen, die ihre Bücher erreichen, wichtiger als die Aufrichtigkeit und Reinheit ihres Herzens. Nur wenige, wie etwa Walt Whitman und Jack London und in der Vergangenheit Shelley, entgehen dieser Gefahr des Schwachwerdens, Sinclair, der selber unbedingt seinem Gewissen die Freiheit erhalten und sich gegen die goldene Kette wehren wollte, hat denn auch die Folgen seines Widerstands tragen müssen. Er ist ein verachteter Schriftsteller in seiner amerikanischen Heimat geworden. Zensoren aller Kategorien verfolgen ihn. Die Drucker, die für die großen Zeitschriften und Verleger das Papier schwärzen, wichen dem Druck der öffentlichen Meinung und weigerten sich das Sinclairsche Wort der Öffentlichkeit zu übergeben. Auch die Buchhändler fürchteten ein Sinclairsches Buch in ihre Auslagen zu schieben. Nun setzte sich der Schriftsteller selbst für sein Werk ein. Er verkaufte seine Bücher auf der Straße. Er scheute sich auch nicht die Mittel der schreienden Reklame anzuwenden, damit sein Geist unter die Leute komme. Die Stellen, die besonders in seinen Büchern beanstandet wurden, schmückte er mit einem imposanten Feigenblatt. Es scheint, daß die Reklame, die ihm die Behörden und die Privatleute bereiteten, durchaus zu seiner Freude einschlug. Sinclairs neuester Roman Petroleum und sein Drama Singende Galgenvögel, deren Übersetzungen im Malikverlag herauskamen, verdienen nun größte Aufmerksamkeit. In dem riesigen Roman, der die Korruption der Petroleummagnaten entlarvt, ist alles auf das Dokument gestellt. Es werden sogar die letzten Präsidenten der Vereinigten Staaten klipp und klar beschuldigt entweder durch Zaghaftigkeit oder auch durch direkte Interessiertheit die Petroleumkorruption gefördert zu haben. Die Sache ging so vor sich, daß gerissene Spekulanten zunächst die Eigentümer des Grund und Bodens, auf dem Petroleum gebohrt werden konnte, um ihre Besitzrechte brachten. Dann begann ein wildes Bohren, ein Schachern mit Menschen und Werten, das ins Grenzenlose entartete. Man ging über Leichen, ohne sich weiter darüber Gewissensbisse zu machen. Diese Zustandsschilderung versteht Sinclair, der so unerschrocken ist, vortrefflich. Allerdings häpert es, sobald er versucht mit einer höheren Weltordnung diese schmutzigen Ereignisse in Einklang zu bringen. Er ist ein herr-

licher Schilderer, und die Nüchternheit, mit der er die Dinge darstellt, ist viel lobenswerter, als wenn er pathetisch die Ereignisse und die Zustände glorifizierte. Die Literatur wird ganz zur Propaganda, doch der Propagandist ist ein bedeutender Schriftsteller. Er möchte vielleicht gar kein Schriftsteller von literarischen Qualitäten sein. Sein Trauerspiel von den singenden Galgenvögeln dient als Beweis dafür. Es sind streikende Hafenarbeiter, die von der Polizei ins Gefängnis gesteckt werden. Die Polizei ist nichts anderes als die Exekutive für die Korruptionsgelüste des amerikanischen Kapitalisten, der nicht duldet, daß der Arbeiter sich selbst sein Recht erstreitet, der dem Arbeiter nur die Rechte und Einkünfte gewähren will, die das tolerante Patriarchentum der Millionäre ihm gewährt. Wer sich nicht fügt, wird ins Gefängnis gesteckt, dem wird wörtlich der Atemraum abgeschnitten. Der Führer der Streikenden, der singenden Galgenvögel, die sich im Gefängnis durch Dröhnen ihres Streitgesangs befeuern wollen, wird als tobsüchtig in die Dunkelzelle gesteckt. Dort tritt er in den Hungerstreik. Dort erlebt er Traumvisionen, in denen er sich als Sieger über die regierenden Kasten wähnen darf. Als er körperlich vollständig unterminiert ist, als seine ausgemergelten Sinne auch nicht mehr Träger der blendenden Siegesvisionen sein können, stirbt er hin. Die Gefängnisbüttel finden ihn, und schon haben die Keller-ratten den Leichnam angenagt. Upton Sinclair versichert, daß er ganz nach der Wirklichkeit arbeitet. Auf die Arbeit legt er den Ton. Er will nicht dichten, er will nicht glorifizieren, er will nur propagieren. Er ist, immer wieder muß es gesagt werden, ein höchst mutiger Mann. Wenigstens für Amerika. Auf dem europäischen Kontinent sind wir allerdings ganz anderes gewöhnt: man braucht nur an die soziale Dichtung Frankreichs zu denken. Da ist uns die Wahrhaftigkeit in der Schilderung unserer Gesellschaft eine solche Selbstverständlichkeit, daß man sich kaum vorstellen kann, daß zu derartigen (und noch ganz anderen) Anklagen ein besonderer Mut gehört.

Sozialdichtung Der Amerikaner *Theodore Dreiser* schrieb den 3bändigen Roman *Eine amerikanische Tragödie* (Wien, Paul Zsolnay). Auch dieser Schriftsteller, der in den Vereinigten Staaten hoch geschätzt wird, ist ein Prediger in das Gewissen

seiner Landsleute. Allerdings gefällt er sich nicht in der Unerbittlichkeit Upton Sinclairs. Er geht mit Diplomatie zu Werk, ohne so bitter und ätzend anzuklagen wie Sinclair das stets tut. Die amerikanische Tragödie erscheint uns allerdings trotz aller ihrer Traurigkeit als ein Schicksalsfall, der schon tausendmal wiederkehrte und kaum die weitschichtige Erörterung verdient, die der Amerikaner ihm angedeihen läßt. Als Sproß einer armseligen Missionarsfamilie, die mit Gottes Wort auf Straßen und in Schenken handelt, bricht der junge Proletarieryanke in die menschliche Gesellschaft ein. Er ist ein fixer Kerl, bereit jede Arbeit zu tun, und wird bei einem wohlhabenden Onkel bald ein forscher Fabrikbeamter. Er leitet die Expedition einer Kragenfabrik mit laufendem Band, wo die jungen Mädchen zwar schlecht bezahlt werden, aber doch ziemlich frisch und genußsüchtig ihrer Zukunft entgegensehen. Der forsche Junge redet und autelt sich in das Herz einer solchen Fabrik-schönen hinein. Und nun geschieht es, daß der Liebhaber sein Mädchen sitzen läßt. Ihm winkt nämlich die Ehe mit der Fabrikantentochter. Das verlassene Mädchen kommt um. Man weiß nicht: Hat der Liebhaber sie selbst ins Wasser gestürzt, oder liegt nur ein Unglück vor? Nach dem moralischen Bild von der Verworfenheit des proletarischen Strebers folgt, wie das so beliebt ist, in amerikanischen Büchern die Abrechnung mit der Justiz. Die Justiz ist streng, sie glaubt kaum, daß es sich um ein Rätsel handelt, und mit ihren Zangen zerquetscht sie den ehrgeizigen Fabrik-kommis und leichtfertigen Liebhaber. So wird ein Exempel statuiert. Breit und mit der Objektivität eines abgeklärten und erfahrenen Mannes werden diese sozialen Bilder ausgepinselt. Eine gewisse Aufrichtigkeit ist auch nicht zu verkennen. Freilich, ungezählte europäische Schriftsteller hätten den gleichen Stoff mit der gleichen Innerlichkeit viel künstlerischer bewältigt. Das Endergebnis für den Leser ist jedenfalls, daß die Scheinheiligkeit der amerikanischen guten Gesellschaft und die erschütternde Borniertheit der amerikanischen Kriminalistik und Justiz widerwärtig und verächtlich sind.

Der Engländer *Herbert George Wells* wollte seit jeher an den Kern der Menschheit, und sein letzter Roman *Der Traum* /Wien, Paul Zsolnay/ ist als Versuch der Vertiefung des Seelenproblems auch jeder Liebe wert. Da findet sich

in heiterer Landschaft eine Gesellschaft von Sommergästen zusammen. Es ist wohl ein halbes Jahrhundert über unsere Zeit hinaus vergangen. Wir werden also in die Zukunft hineingestoßen. Alles Technische hat den Menschen außerordentlich ihre Alltagsleiden und irdischen Schwernisse erleichtert. Trotzdem ist man innerlich noch nicht freier geworden. Die Schwermut lastet über den Siesta haltenden Bewohnern einer sonnigen Friedensinsel. Da entschlüft einer aus dem Bund, und als er wieder erwacht, erzählt er von jenen verworrenen Zeiten, die eben erst sehr wirklich hinter uns liegen. Es wird ein Traumbild der Vergangenheit entworfen, die wir gerade erst mit Wehmut über uns ergehen ließen. Der Träumer der Zukunft erblickt jene Vergangenheit, in der Gehässigkeit und Egoismus regierten, in der Krieg war, und die Geister zur falschen Moral eines angeblichen Heroismus und der Bigotterie (wir sind auf englischem Boden) erzogen wurden. So findet Wells, obwohl er sich ziemlich zaghaft zurückhält, Gelegenheit soziale Kritik an den gegenwärtigen Gesellschaftszuständen seines Landes zu üben. Es gelang Wells oft ein famoser, fesselnder Schriftsteller zu sein, obwohl er auf die groben Effekte verzichtete. In seinem moralischen Traumbuch verfällt er häufig der Nüchternheit, weil er sich allzu üppiger Nachdenklichkeit hingibt.

Exotik

Die Schriftsteller, die weit herumgekommen sind, deren Beobachtung 5 Erdteile gehören, liest man gern, weil ihre Bücher sehr unterhalten. Allerdings ist die Staffage da oft wichtiger als das Menschliche, das in deutschen und französischen Dichtungen immer wieder anzieht. Man kann dem Indianerbuch *Olaß Bakers* Der staubige Stern /Leipzig, Grethlein & Co./ nichts Besseres nachsagen, als daß der Schriftsteller ein famoser Tierliebhaber ist. Er steht mit der Natur im guten Verhältnis. Er hat viel Exotisches gesehen. Er plaudert eine Geschichte zusammen, die, halb kindlich halb kannibalisch, hingehämmert wurde. Doch wir sehen keine Ewigkeit. Es geht uns ebenso bei *Dion Fortune* (Liebe aus dem Jenseits /Leipzig, Kurt Wolff/), der sich als Spezialist für okkulte Dinge bewährt. Von einem liebenden Mädchen, das über mediale Eigenschaften verfügt, wird ein Toter aufgeweckt. Das Ganze ist vielleicht spannend, doch nicht sehr, wengleich die Einzelkenntnisse des Erzählers über-

raschen. Ein anderer dieser Erzähler, *Harry Hervey*, wandert in seinem Buch *Karawanen in der Nacht* / Berlin, Th. Knaur Nachfolger/ mit seinen Lesern nach Britisch Indien und sogar in den geweihten Bezirk des Dalai Lama. Eine Kriminalgeschichte mit orientalischem Gepränge wird berichtet. Ein phantastischer Radschaschmuck wird geraubt. Einige Weiße werden von geheimnisvollen Indern getötet. Gelbe, Weiße und Schwarze kämpfen mit einander. Sieger bleibt immer der weiße Mann, der alle Gefahren wie ein moderner Siegfried übersteht. Siegerin bleibt auch die weiße zerbrechliche Lady, die beseligt eine schöne bürgerliche oder aristokratische Liebe empfängt und die Bajaderenschönheiten des Orients aus dem Feld schlägt. Alles, was da erzählt wird, ist an sich fesselnd, und es ist, wenn man es im epischen Organismus betrachtet, doch nur närrisches Spiel. Gewiß, Harry Hervey ist ein Globetrotter. Aber wer ist das jetzt nicht? Wem sind nicht sämtliche Weltmeere und Dschungeln, alle Gift- und Scotland-Yard-Rezepte vertraut?

Liest man nach diesen Engländern und Amerikanern ein französisches Buch, etwa den Roman *Batuala René Marans*, von dem hier schon vor 6 Jahren Anna Nußbaum in ihrem Artikel *Negerromane* (1922 II Seite 658 und folgende) berichtete, und den jetzt Claire Goll für den Rheinverlag in Basel schön und lyrisch verdeutschte, dann lebt nicht nur die Neugierde auf, es offenbart sich auch ein großes sprühendes Dichterherz. Der Negerabkömmling Maran erzählt von seiner afrikanischen Heimat, von dem Häuptling Batuala und seinen Hunden. Mensch und Tier wachsen ganz anders zusammen als bei den Engländern. Es ist nicht mehr ein gefühlvoller Jäger, der mit tränendem Auge das Wild abknallt und sich sagt, daß in seiner Beute doch irgendwie eine Geheimseele vorhanden ist. Der Negerdichter Maran braucht gar nicht über diese Frage zu grübeln. Für ihn ist natürliche Folgerung seines Empfindens, daß Tier und Mensch gleichberechtigt sind. Die Freuden des Menschen sind die Freuden des Tieres, und ebenso sind sie gleichberechtigt im Schmerz. Wird nun der Negerhäuptling drangsaliert, weil er und seine Arbeitssklaven nicht genügend Fronarbeit für den weißen Kolonialherrscher leisten, dann beseelt sich alles, was der Dichter schaut und schildert, mit gleicher Heftigkeit: Baum und Strauch und Steppe und das Getier.

Kurze Chronik Der amerikanische Verlag Houghton setzt zusammen mit der Monatsschrift *American Legion* einen Preis von 25 000 Dollars für die beste Erzählung aus, in die der Weltkrieg hineinspielt. Das Manuskript muß in englischer Sprache abgefaßt und mindestens 70 000 Worte lang sein; eine Bedingung, für deren "Amerikanismus" man in Berlin selbstverständlich das obligatorische Verständnis haben wird. ◊ Die Sektion für Dichtkunst der *Preußischen Akademie der Künste* besteht jetzt aus diesen 31 Mitgliedern; Hermann Bahr, Theodor Däubler, Alfred Döblin, Leonhard Frank, Ludwig Fulda, Max Halbe, Gerhart Hauptmann, Hermann Hesse, Arno Holz, Ricarda Huch, Georg Kaiser, Bernhard Kellermann, Erwin Guido Kolbenheyer, Oskar Loerke, Heinrich Mann, Thomas Mann, Walter von Molo, Alfred Mombert, Josef Ponten, Wilhelm Schäfer, René Schickele, Wilhelm Schmidtbonn, Arthur Schnitzler, Wilhelm von Scholz, Karl Schönherr, Hermann Stehr, Emil Strauß, Eduard Stucken, Fritz von Unruh, Jakob Wassermann, Franz Werfel. ◊ Die *tschechoslowakische* Regierung hat 2 Deutsche; neben dem Komponisten Fidelio Finke den Dichter Franz Werfel, mit Staatspreisen ausgezeichnet. ◊ Der handschriftliche Nachlaß *Michael Georg Conrad*s, der wichtige Aufschlüsse über die Entwicklung des Naturalismus in Deutschland gibt, wurde von einem Leipziger Antiquar erworben, nachdem die Münchener Staatsbibliothek die Erwerbung, angeblich wegen des hohen Preises, abgelehnt hatte.

Musk / Max Bulling

Radio Bei der Aufstellung des Gesamtprogramms wie seiner einzelnen Teile haben die Sendegesellschaften große Schwierigkeiten zu überwinden. Das muß offen anerkannt werden. Der Kern der Schwierigkeiten liegt darin, daß bei uns wie in den meisten Ländern das Rundfunkrecht ein Staatsmonopol ist. Man hat Deutschland in eine Anzahl Bezirke aufgeteilt und für jeden Bezirk einen Haupt- und einen oder mehrere Nebensender aufgestellt. Auf einen Sender ist die Mehrzahl der Bevölkerung angewiesen, und dieser eine Sender soll es allen Schichten recht machen. Oder soll er sich etwa darum nicht kümmern und sein Programm nur aus eigenem Empfinden aufstellen? Die Sendegesellschaften stehen nicht auf diesem Standpunkt.

Und sie begründen das mit dem Hinweis auf ihre Organisation: Die Gunst der Menge sei ihre Einnahmequelle und finanzielle Stärke. Dem wird man eventuell beistimmen. Aber wie diese Gunst zu erringen, darüber läßt sich streiten. Es ist auf keinen Fall notwendig zu intensiv nach dem lauten Beifall zu streben, das heißt den Geschmack der Mehrheit zum Richter über Programme zu machen. Der richtigere Weg wäre der den Rundfunk unentbehrlich zu machen, indem man ihn immer wieder zu dem benutzt, was auf anderm Weg den Menschen nicht geboten werden kann. Der Rundfunk muß versuchen von allem loszukommen, was als Surrogat aufgefaßt werden kann; er darf nicht Dinge bieten, deren Unvollkommenheit klar zutage tritt oder, was noch schlimmer ist, deren Charakter gefälscht wird.

Daß dieser Weg dem Rundfunk sein eigenes Gesicht zu wahren der einzig mögliche ist, um den Erfolg auch noch für die Zeit zu sichern, in der der Rundfunk nicht mehr neue Mode sein wird, scheint heute bereits in allen beteiligten Kreisen anerkannt zu werden. Der Wunsch in dieser Form zu arbeiten drückt sich ja auch sehr deutlich in den immer wiederkehrenden Forderungen nach einem Hörspiel aus. Aber auch für die rein musikalischen Darbietungen wird der Gedanke immer mehr entscheidend, wenn wir auch von einer völlig entsprechenden Programmgestaltung noch weit entfernt sind. Immerhin sind die Tage vorbei, in denen aus einem anerkanntswerten, aber unangebrachten Missionsempfinden heraus große Werke ohne Rücksicht auf ihre Eignung gesendet wurden, und ebenso ist andererseits das Empfinden für die Grenzen feiner geworden, die man doch innehalten muß, wenn man auf Beifall der Menge reflektiert. Es ist dabei nicht uninteressant zu beobachten, welche kleinen Kompromisse die Sendegesellschaften machen, wie geschickt sie das Populäre in einer feineren Form, unter einer intellektuellen Devise bringen, und wie sie andererseits die vielleicht ungeeigneten wertvollen Werke durch die Art der Darbietung geeigneter zu machen versuchen. Diese letzte Frage ist, abgesehen von der Heranziehung allerbesten berühmter Interpreten, im wesentlichen eine Frage der Aufnahmeplätze, und es ist erfreulich festzustellen, wie fast alle Sender an deren geeigneter Ausarbeitung experimentieren. Die Funkstunde Berlin hat sich sogar entschlossen einige Konzerte von Konzertsälen aus zu übertragen; es

gelang eine weit bessere Wiedergabe als aus dem Senderaum möglich gewesen wäre. Trotz all diesen wertvollen Bemühungen bleibt es fraglich, ob nicht auf die Übertragung zu "großer" musikalischer Kunstwerke verzichtet werden sollte. Beim Anhören solcher Werke spielen eben auch Dinge eine Rolle, die mit jeder Übertragung verloren gehen. Die Experimente sind wertvoll, das Resultat ist sehr zweifelhaft.

Mit einigem Vergnügen kann man die oben erwähnten Versuche beobachten, wie das Populäre ein wenig kultureller oder kulturell Gutes ein wenig schmackhafter serviert wird. So veranstaltete Breslau ein sehr schönes Konzert unter dem Namen Musikalisches Schäferstündchen. Man kennt sein Publikum. Die Namen Bach, Mozart, Cortopassi usw. sind der Menge verdächtig auf Bildung und Langeweile, musikalisches Schäferstündlein kann man leichter ertragen. Kassel war dagegen mit seinen Abend- und Nachtklängen weniger schön als der Titel. Lustiger wird es, wenn die wirklich populäre Musik ihre Überschrift erhält, zum Beispiel Italienische Musik: Kennst du das Land oder Wo der Himmel blaut. Ein besonders schöner Titel ist auch Tonmeister in Frohlaune.

Diese Titelsetzungen haben psychologische Gründe. Aber sie stehen in engem Zusammenhang mit wichtigen Programmfragen. Bei der unerhörten Fülle dessen, was geboten werden muß, wie andererseits auch zur Verfügung steht, ist es ein sehr naheliegender Gedanke einem Einzelprogramm irgendeine Devise, ein kleines intellektuelles Rückgrat zu geben. Abgesehen von den ziemlich selbstverständlichen Konzerten, die einem Komponisten oder auch einem Land gewidmet sind (man hat in Köln einen sehr interessanten Afrikaabend gehabt, in München Melodien aus Indien vorgelesen), abgesehen auch von historisch oder ethnographisch orientierten Zusammenstellungen (Lied der Völker, Musik des Mittelalters usw.) hat man sehr hübsche Einfälle gezeigt. Frankfurt spielte die Familie Bach, Berlin den Jungen Mozart (Werke des 9-, 12- und 15jährigen Mozart). Ganz ausgezeichnet war der Gedanke in Berlin nachmittags in hervorragender Interpretation Musik spielen zu lassen, die vom Anfänger studiert wird; ein paar Etuden und Stücke, die jeder spielt oder gespielt hat. München gibt systematisch durch Vortrag von Solostücken die Möglichkeit die einzelnen Orchesterinstrumente näher kennenzulernen.

Diese Veranstaltungen sind wertvoll. Sie können ein abwechslungsreiches, geeignetes Programm haben, und sie geben, ob ernst oder heiter, dem Hörer ohne Präntention eine erfüllte Unterhaltung. In diesen kurzen Veranstaltungen bewahrt das Radio auch ziemlich weitgehend seinen Charakter, es wirkt da gar nicht als Ersatz. Es tritt ein für das Radio wichtiges Moment, wenn auch in beschränktem Maß, zutage: das Teilnehmen des Hörers. Auf keinem andern Weg kann uns ein so lebendiger Ausschnitt aus einer Übungsstunde, der Entwicklung eines Künstlers oder ähnlichem gegeben werden. Veranstaltungen dieser Art hört man denn auch nicht rein rezeptiv an. Dadurch, daß man bewogen wird die Dinge unter bestimmtem Gesichtswinkel anzusehen, wird man zu einer Art aktiver Teilnahme am Gebotenen angeregt. Und das ist eine der wichtigsten Fragen für den Rundfunk, wie er es schafft den Hörer aus gleichgültiger Ruhe herauszuzwingen. In dieser Beziehung stellen nun freilich die verschiedenen Darbietungen ebenso verschiedene Forderungen. Zur Symphonie gehört der große Konzertsaal. Es ist festzustellen, daß auf viele Menschen die Übertragung einer Symphonie aus dem Konzertsaal ungleich stärker wirkt als die Aufführung aus dem Senderraum. Es scheint, daß die ganze Atmosphäre und Spannung mitgeföhlt wird, ja daß man den im Senderraum fehlenden Beifall vermißt. Und da sich auch die Ruhe des Senderraums mitzuteilen scheint, ist Kammermusik aus ihm sicher der Übertragung aus dem Konzertsaal vorzuziehen. Für Opern ist die Frage schwer zu entscheiden. Zweifellos hat der Empfänger an der Übertragung, an der Teilnahme an der echten Aufführung im Theater Freude. Aber abgesehen von den häufigen Schwierigkeiten der Handlung zu folgen, ist es meist eine Qual nicht sehen zu können. So wie man die Oper heute darbietet, gehört sie bestimmt nicht ins Rundfunkprogramm.

Die Darstellungsbedingungen, unter denen der Empfänger am meisten interessiert wird, sind also je nach dem Charakter des Gebotenen recht verschiedenartig. Sie müssen aber beachtet werden, sonst wirkt vieles leblos. Gute Bedingungen können dem Dargebotenen eine Art Autorität verschaffen, vom Autoritätslosen wenden wir uns ohne Bedauern zu jedem unterbrechenden Telefongespräch. Die wirklich befriedigende Darstellung von Musik im Radio ist nicht so einfach und selbstverständlich wie auf

den ersten Blick angenommen werden könnte. Um zu immer besseren Resultaten zu kommen, muß man sich einmal die ganz primitive Frage vorlegen, warum und weshalb man überhaupt Musik durch Radio überträgt. Dazu muß vor allem die Meinung aufgegeben werden, daß man darum Musik macht, weil die vom Radio empfangenen Eindrücke vom Ohr des Hörers aufgenommen werden, wie es bei Musik der Fall ist. Das ist nämlich durchaus nicht bei aller Musik allein der Fall. Es gibt Musik, der Qualitäten innewohnen, die der Hörer beinahe mehr in direkter Wahrnehmung vom Interpreten erfaßt als aus dem rein Erklingenden. Auf diese Frage hier näher einzugehen ist nicht möglich; die Andeutung muß genügen, um die Folgerung abzulehnen, daß alle Musik genügend interpretiert sei, wenn sie nur dem Ohr des Hörers vermittelt ist. Daß man allerdings dieser Tatsache sehr nahe kommen kann, lehrt der Eindruck der klassischen Kammermusik. Von ihm aus kann man akzeptieren, daß der Rundfunk seinen Hörern einen künstlerischen Genuß bereiten will. Das gilt für Werke kleiner Orchesterbesetzung eventuell auch, soweit sie sich auf bestimmte Instrumentation beschränken. Die Erfahrung der Leiter der Sendegesellschaften wird immer reicher, und sie wird völlig genügen, um nach jeder Seite das auswählen zu können, was geeignet ist, um dem Empfänger nicht einen Konzertersatz sondern reine Kunst bieten zu können. Allzu groß ist das Gebiet bei einigermaßen strengen Anforderungen noch nicht. Von einer andern Möglichkeit wurde schon gesprochen. In kleinen, unter bestimmtem Gesichtspunkt aufgestellten Veranstaltungen kann dem Hörer eine Art kulturellen Musikerlebens vermittelt werden, und der Wert dieser Programme wurde ausdrücklich betont. Ferner kann das Radio Musikwerke einfach darum bieten, daß die Hörer sie kennenlernen. Dieser Punkt ist erst zu erörtern. Zuerst muß wieder betont werden, daß auch hier nur Werke in Frage kommen, die geeignet sind, das heißt, deren überwiegend einwandfreier klanglicher Empfang durch den Stand der technischen Entwicklung gewährleistet ist. Wie der Empfang zustande kommt, ist Sache der Sender, jede Art akustischer Unvollkommenheit oder Veränderung bedeutet aber eine Fälschung des Werks. Die hat dann wieder ein falsches Urteil des Hörers zur Folge, und das geht so weit, daß bei mancher Übertragung ungeeig-

neter Werke dem Hörer die größten Irrtümer unterlaufen können. Andererseits ist die Möglichkeit auf diesem Weg viel kennenzulernen so wichtig, daß sie jede Aufmerksamkeit verdient. Die ganze Programmgestaltung muß diese Frage in Rechnung stellen. Dabei wird es dann oft schwer werden diesem oder einem weitem Gesichtspunkt den Vorrang zu geben, der darin besteht, daß der Hörer nur unterhalten werden soll. Ein praktisches Beispiel dafür sind die Sonntagsprogramme. Um der Menge zu Gefallen zu sein, führen viele Sender an den Sonntagen fast nur Musik vom Niveau des Caféhauskonzerts auf. Das ist bestimmt nicht richtig. Denn für den arbeitenden Menschen jeder Bildungsschicht besteht gerade am Sonntag die Möglichkeit sich etwas anderm als seinem Beruf hinzugeben. Ob er davon Gebrauch macht, ist seine Sache, aber Gelegenheit sollte ihm geboten werden. In dieser Beziehung seien besonders die Frankfurter Programme erwähnt, die an jedem Sonntag neben anderm viel wertvolle Musik bringen. Manch anderer Sender könnte sich seiner kulturellen Mission bewußter sein. Denn daß alle Menschen immer nur das Seichte vorziehen, ist nicht richtig. Einen Beweis dafür liefert Berlin, das an Stelle der früher üblichen regelmäßigen Militärplatzmusiken jetzt häufig Sonntagsmatineen mit wertvolleren Programmen aus dem Großen Schauspielhaus überträgt. Anteilnahme und Beifall sind außerordentlich groß. Das Radio ist jetzt aus seinen allerersten Jahren heraus. Es zeigt sich, daß die Sendegesellschaften überall nach Ordnung und Zielpunkten in der Programmgestaltung suchen. Wenn sie sich stets dessen bewußt sind, was sie wollen und warum sie etwas tun, und auf die vielen entsprechenden Darstellungsbedingungen achten, müssen sie von selbst auf den Weg kommen, der dem Radio seine einzigartige Stellung sichert. Allein auf diese Weise können sie es wertvoll und vielleicht unentbehrlich machen. Kämpfe werden nicht ausbleiben, aber die Überlegenheit ist gewiß, auch ohne beständige Konzession an den schlechtesten Geschmack.

Kurze Chronik Einen Aufruf zur Komposition einer *Friedenshymne* erließ eine Reihe französischer Musiker und Politiker. Nähere Auskünfte erteilt Emile Caen Dhurner, 7 Place Saint-Michel in Paris. ◊ Das Oldenburger Landestheater, auf dessen

künstlerisches Streben hier schon in der Rundschau Bühnenkunst (1927 II Seite 1047) hingewiesen wurde, erwarb sich Anfang dieses Jahres das Verdienst sonst fast niemals aufgeführte *Mozartoper*: Zaide und König Thamos, aufzuführen. ◊ Benno Bardi, der sich bereits vor einigen Jahren durch die Neubearbeitung der Flotowschen Oper *Fatme* (aufgeführt in der Großen Volksoper in Berlin und dann in Wiesbaden) verdient gemacht hat, brachte neuerdings auch eine Bearbeitung der indischen Legende *Bimala* mit der Musik *Halévy's* heraus; sie wurde in Magdeburg von dem rührigen Intendanten Heinrich Vogeler mit Erfolg aufgeführt. ◊ Anfang Juni will das *Internationale Musikamt* in Wien ein Tonkünstlerfest veranstalten, dem ein Internationaler Musikpädagogischer und ein Schulmusikkongreß angeschlossen werden. ◊ Seit kurzem erscheint eine neue Musikzeitschrift zur Förderung der *musikalischen Jugenderziehung*, die Zeitschrift für Schulmusik, unter der Redaktion von Hans Fischer. Auf diesem Gebiet bereits bekannte Schriftsteller wie Fritz Jöde, Heinrich Martens und andere sind die Hauptmitarbeiter. Hans Fischer ist der Leiter der Musikalischen Beratungsstelle im Institut für Erziehung und Unterricht. ◊ Anfang dieses Jahres wurde durch Zusammenschluß des Deutschen Sängerbunds, des Deutschen Arbeiter-sängerbundes und des Reichsverbands gemischter Chöre Deutschlands eine *Arbeitsgemeinschaft Deutscher Chöre* gebildet, um die finanziellen und künstlerischen Interessen des Chorgesangs zu vertreten. ◊ Unter dem Protektorat des holländischen Musikmäzens A. von Hoboken wurde im Anschluß an die Musiksammlung der Wiener Nationalbibliothek ein Archiv zur Sammlung photographischer Aufnahmen der wichtigsten *Musikmanuskripte* gegründet, die dort besichtigt respektive abgezogen werden können. Vorläufig sollen nur die bedeutendsten klassischen Werke in Abschrift dort niedergelegt werden; später gedenkt man auch moderne Komponisten einzubeziehen. ◊ Der *Musikverlag Adolf Fürstner* in Berlin besteht jetzt 60 Jahre. Er übernahm schon 1872 den Dresdener Verlag C. F. Moser und damit Wagners *Rienzi*, *Fliegenden Holländer* und *Tannhäuser*. Sämtliche Opern Richard Strauß' hat der Verlag Fürstner in Besitz, ebenso Pfitzners *Palestrina* und Christofflein, Massenets *Manon* und Leoncavallos *Pagliacci*. Insgesamt umfaßt sein Katalog 8000 Nummern.

KULTUR

Innenkolonisation / Otto Karutz

Agrarkrise und Siedlung

Das außerordentlich rasche Fortschreiten der Verschuldung der deutschen Landwirtschaft nach der Marktstabilisierung hat zu einer Krise von außerordentlichem Umfang geführt. Eine besondere Notstandsaktion der Reichsregierung sucht der Krise beizukommen. Von Bedeutung ist hierbei das Programm, das der neue Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Otto Klepper, auf einem Pressetee am 9. Februar entwickelt hat. Grundlage seiner Umschuldungs- und Sanierungspläne ist die Erwägung, daß eine durchgreifende und dauernde Hilfe für die überschuldeten landwirtschaftlichen Betriebe nur zu schaffen sei, wenn man ohne persönliche Rücksichten vor dem Ausmerzen überfälliger Betriebe nicht zurückschrecke. Allerdings dürfe dies nicht so geschehen, daß der Zusammenbruch der auszumerkenden Betriebe ein fortlaufendes Zusammenbrechen des gesamten landwirtschaftlichen Güter- und Pachtmarkts bewirke. Daher müsse man 1. den Kreis der ausfallenden Betriebe möglichst beschränken, 2. danach die ausfallenden Betriebe in irgendeiner Weise aus dem freien Gütermarkt herausnehmen. Die Arbeit an den noch sanierungsfähigen Betrieben schob der neue Leiter der Preußenkasse der von ihm errichteten Betriebsabteilung bei der Preußenkasse und den Provinzialgenossenschaften zu. Zur Übernahme der sanierungsunfähigen Betriebe verlangte er eine »Aufnahmeorganisation«. Dabei erklärte er, daß es nicht seine noch der Preußenkasse Aufgabe sei Näheres über die Organisation dieser Aufnahmestellen zu sagen, wofür andere Stellen zuständig seien. Somit trennte er die Sanierung nicht zusammenbrechender Betriebe als überwiegend kreditpolitische Aufgabe von der Sanierung überfälliger Betriebe, einer Aufgabe wesentlich mehr allgemeinen agrarpolitischen Charakters. Kleppers Plan wurde in der Pressepolemik, die dem Pressetee folgte, scharf umkämpft. Doch fehlten Ersatzvorschläge völlig. Später konnten verschiedene Blätter, unter anderen die Landwirtschaftliche Wochenschau vom 18. Februar 1928, melden, das Reich plane in Ergänzung der Umschuldungsaktion des Notprogramms die Einrichtung einer Aufnahmestelle mit der Aufgabe überfällige Betriebe ohne Erschütterung des Gütermarkts der landwirtschaftlichen Siedlung zuzuführen. Eine Parallele da-

zu bildete die auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats am 23. Februar 1928 vorgebrachte Forderung auf die Organisation einer Aufnahmestelle zu verzichten und »durch Gewährung entsprechender Geldmittel Landlieferungsverbände und provinzielle Siedlungsgesellschaften in den Stand zu setzen überfällige Betriebe direkt zu Siedlungszwecken aus dem Markt zu nehmen«. Bald danach trat Preußen im Zusammenhang mit den Vorschlägen der Reichsregierung zum landwirtschaftlichen Notprogramm mit einer Auslassung hervor, die durch den Amtlichen Preußischen Pressedienst verbreitet, allgemein hin als Preußisches Agrarprogramm bezeichnet wurde. Darin heißt es: »Die Beschlüsse des Reichstagsausschusses sehen die Anforderung von Mitteln vor, damit die nicht mehr existenzfähigen landwirtschaftlichen Großbetriebe vom Reich für die Zwecke der bäuerlichen Siedlung aufgeteilt werden können. Der Minister stimmt dem Grundgedanken zu und bemerkt zur Durchführung das folgende: Es wird damit zu rechnen sein, daß mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Landwirtschaft in nicht ferner Zeit ein übernormal starkes Angebot auf dem Gütermarkt einsetzen wird. Dies gilt sowohl für den zum Kauf wie den zur Neuverpachtung angebotenen Landbesitz. Für die allgemeine Volkswirtschaft würden nachteilige Folgen nicht zu vermeiden sein, wenn man dieses Angebot sich unreguliert auswirken lassen wollte. Die nachteiligen Folgen würden sich namentlich darin zeigen, daß die Güterpreise allgemein stark absinken würden, und daß im Zusammenhang damit die Real Kredite und die Personalkredite erschüttert würden. Die weitere Folge wäre unter Umständen auch eine Erschütterung der Kreditinstitute, vor allem der Personalkreditinstitute selbst... Zur Abwendung dieser Gefahren wird es deshalb notwendig und zweckmäßig sein vorübergehend eine besondere Organisation zu schaffen, die dazu bestimmt ist überschuldete zusammenbrechende Betriebe nicht aus der Produktion ausscheiden zu lassen... Für die Tätigkeit der Aufnahmestellen kommen folgende Aufgabengebiete in Betracht: A. die Schuldenregulierung überschuldeter Wirtschaften durch Verhandlungen und gütliche Einigung mit den Gläubigern, sofern die Person des Betriebsinhabers Garantien für die weitere Betriebsführung bietet, B. Erwerb von Betrieben, bei denen ein Wechsel in der Betriebsführung notwendig wird, mit dem

Ziel; a. sie möglichst bald an tüchtige Landwirte zu veräußern, gegebenenfalls unter Bewilligung eines für die Fortführung der Wirtschaft notwendigen Personalkredits, b. Betriebe an Siedlungsunternehmen zu überweisen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß es sich um einen für Siedlungszwecke durchaus geeigneten Betrieb handelt, und daß außerdem der für den Besitz anzulegende Preis eine Weitervergebung zu Bedingungen gewährleistet, die das Fortkommen des Siedlers auf der Stelle sicherstellt ... c. im äußersten Notfalle unter Umständen ein Gut zu erwerben und in Zwischenwirtschaft zu nehmen, zumal dann, wenn es möglich ist den Betrieb ohne Schaden für die Organisation in geeigneter Weise und auf die Dauer zu verpachten.«

Der preußische Vorschlag ist sehr vorsichtig und vermeidet jeden Anschein, als wolle Preußen gelegentlich der derzeitigen Agrarkrise sein Staatsvermögen billig vermehren, indem es ausdrücklich das Eintreten des Staats in die Sanierung durch Eigenerwerb von überfälligen Betrieben oder auch bloß durch eigene Zwischenwirtschaft auf diesen nur auf äußerste Notfälle beschränkt; im Regelfall sollen die aufgenommenen Betriebe nach Sanierung baldigst an tüchtige Landwirte weiter veräußert oder der Siedlung zugeführt werden.

Die letzte Äußerung zu diesem Problem bildet der Sanierungsvorschlag, den der Unterausschuß für Landwirtschaft des Enqueteausschusses am 1. März in seinem Vorbericht über die Verschuldungsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft gemacht hat. Der Unterausschuß kommt zu dem Ergebnis, daß die Hauptverschuldungsherde der Landwirtschaft im deutschen Osten liegen, vor allem in Ostpreußen und Nordostdeutschland, und er hält dort eine beschleunigte Sanierung für unbedingt erforderlich, wenn nicht ein weiteres Absinken von Betrieben und damit eine Erweiterung des Kreises der sanierungsunfähigen Betriebe bewirkt werden soll. Zunächst schlägt er daher vor nach dem Muster der Bayerischen Landesiedlung Sanierungsstellen einzurichten, die die Aufgabe haben in den Gefahrengebieten des Ostens Klärung über den Kreis noch sanierungsfähiger Betriebe zu schaffen und bei ihnen die Sanierung durch Vermittlung von Zwischenkrediten, Vermittlung und Erhöhung von 1. Hypotheken und schließlich Betriebsberatung und Betriebskontrolle durchzuführen. Wo eine Schuldbereinigung nicht mehr mög-

lich ist, soll zur Vermeidung von massenhaften Zwangsversteigerungen mit ihren verheerenden Folgen für den Güter- und Pachtmarkt eine Aufnahmeorganisation einspringen. »Bei der Verwertung der angekauften Güter wird sich die Aufnahmestelle vor allen Dingen zu bemühen haben die Güter möglichst kurze Zeit in eigener Verwaltung zu behalten. Sie müssen nach Ordnung der finanziellen Verhältnisse so schnell wie möglich wieder in Hände übergeführt werden, in denen sie wieder zu voller Produktivität gebracht werden können. In Betracht kommen dabei: 1. Verkauf zum Zwecke der Besiedlung, 2. Verkauf im ganzen oder in Teilen an tüchtige Landwirte, 3. Verpachtung an geeignete Pächter, 4. Abtretung an den Domänen- und Forstfiskus. Es muß das besondere Bestreben der Aufnahmestellen sein beim Verkauf der Güter möglichst wenig von ihrem Kapital festzulegen. Es kann sich nicht darum handeln die Kaufpreise für die Güter bar zu bezahlen, sondern es wird nur darauf ankommen die dringendsten Verpflichtungen abzudecken und die Gelder zur Fortführung der Wirtschaft bereitzustellen.« Den Abschluß der Vorschläge des Enqueteausschusses bildet eine eingehende Berechnung seines Mitglieds Max Sering über die Möglichkeiten die Siedlung in der Weise zu verstärken, daß ein Jahresergebnis von 8- bis 10000 neuen Bauernstellen erreicht und ständig gesichert wird. Sering weist nach, daß ein Betrag von 100 Millionen Mark ausreichend wäre, um zunächst durch Kapitalzuführung den Siedlungsgesellschaften eine so umfangreiche Siedlungstätigkeit zu ermöglichen. Daß es an zahlreichen tüchtigen Siedlungsbewerbern mit ausreichendem Eigenkapital nicht fehlt, ist bekannt.

Siedlungsorganisierung So große Aufgaben der landwirtschaftlichen Siedlung nach dem Krieg in Deutschland gestellt sind, so verhältnismäßig wenig hat sie doch in dieser Zeit erreicht. Das große Landangebot, das infolge der notwendigen Sanierungsmaßnahmen besonders im deutschen Osten bestimmt in den nächsten Jahren aufzutreten wird, muß jedenfalls für die Siedlung ausgenutzt werden. Das Problem ist dabei, wie weit man die aufgenommenen überschuldeten Betriebe durch Besiedlung verwerten kann, ohne daß weder die Aufnahmestellen mit erheblichen Verlusten arbeiten noch die Siedler wegen der durch Überschuldung de facto hochgetriebenen Bodenwerte un-

produktive Vorbelastungen auf sich nehmen müssen. Dieses Problem ist in allen vorher behandelten Vorschlägen, auch in denen des Enqueteausschusses, noch nicht mit der genügenden Schärfe klargestellt und hinsichtlich seiner Lösung behandelt worden. Der einzige Ausweg erscheint damit gegeben, daß die Öffentliche Hand im Interesse der Gesundheit unserer Gesamtwirtschaft für notwendige Ausfälle bei der Besiedlung aufgenommener überschuldeter Betriebe eine weitgehende Ausfallgarantie übernimmt; sie würde gestatten die Besiedlung der aufgenommenen Güter ausschließlich unter siedlungspolitischen und -technischen Gesichtspunkten durchzuführen, also vor allem unbedingt lebensfähige Stellen zu schaffen, deren Bestand für mehr als ein Menschenalter gesichert ist.

Daneben taucht dann die Frage auf, wie eventuell durch Neuorganisation im gesamten Siedlungswesen eine Rationalisierung und damit eine produktivere Gestaltung der Siedlungstätigkeit zu erreichen ist. Dazu gehört vor allem die Verbilligung der Siedlung durch Befreiung von bürokratischen Hemmungen. Deutschland hat zweifellos wertvolle Formen für das Siedlungsverfahren entwickelt, die den Siedler weitgehend gegen Übervorteilung und ungerechtfertigte Inanspruchnahme, besonders in den ersten Wirtschaftsjahren, auf der neuen Stelle sichern. Inwieweit sie heute bei der notwendigen Erweiterung der Siedlungstätigkeit noch zu empfehlen sind, ist jedoch durchaus offen. Es sei weiter darauf hingewiesen, daß beispielsweise die Siedlergehölze von den Landgesellschaften meist im voraus nach festen Plänen errichtet werden, die unter den Gesichtspunkten sowohl der Rentabilität des Siedlungsverfahrens wie auch der zukünftigen Siedlerstelle vielfach angreifbar erscheinen. Hier wäre zu überlegen, ob nicht durch stärkere Ausnutzung der eigenen Arbeitskraft und durch Rücksichtnahme auf die eigenen Ideen und persönlichen Wünsche des Siedlers eine Verbilligung des Verfahrens und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der zukünftigen Stellen zu erreichen wäre. Daß dies keine Gefahr für das Siedlungsergebnis zu bilden braucht, zeigt das Beispiel der erfolgreichen dänischen Husmandsiedlung. Fraglich ist auch, ob unter den heutigen Verhältnissen eine so umfangreiche Ausstattung der Kolonien mit Folgeeinrichtungen notwendig ist, wie sie sich nach den Geschäftsberichten der gemeinnützigen Landgesellschaften noch

oft findet. Schließlich entsteht die Frage, ob der ganze schwerfällige Apparat, wie ihn das Reichssiedlungsgesetz und die Siedlungsbehördenorganisation in das Siedlungswerk eingeschaltet haben, unbedingt notwendig ist. Es sei nur auf den hier bereits gemachten Vorschlag zurückgegriffen die Aufgaben der Landlieferungsverbände den Landgesellschaften zu übertragen und so ein mindestens unbewußt hemmendes Glied im Siedlungswerk auszuschalten. Hand in Hand damit sollte aber auch eine Belebung der Landeskulturverwaltung gehen, deren Neuorganisation im Rahmen der in Preußen bevorstehenden großen Verwaltungsreform unbedingt notwendig ist, um mancherlei Nebeneinander in der Siedlung zu deren Besten zu beseitigen, so daß dann das für Deutschland überaus segensreiche Werk der Besiedlung des deutschen Ostens mit lebenskräftigen deutschen Bauern schnell fortschreitet.

Siedlungspropaganda

Die Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation in Berlin, die Spitzenorganisation der gemeinnützigen Landgesellschaften Deutschlands, hatte zum 14. Dezember 1927 alle Anhänger der landwirtschaftlichen Siedlung zu einer großen Kundgebung in den Preußischen Staatsrat berufen. Neben den zahlreichen Einzelmitgliedern der Gesellschaft sah man die Leiter der verschiedenen Landgesellschaften, zahlreiche Vertreter landwirtschaftlicher Organisationen, der Reichs- und Länderbehörden und wissenschaftlicher Institute. Eingeleitet wurden die Verhandlungen durch ausführliche Bemerkungen des Vorsitzenden der einberufenden Gesellschaft, Wilhelm von Gayl, über die bevölkerungs- und sozialpolitische Bedeutung der Siedlung, ihre wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen und ihre Formen, die wesentlich durch den hohen Kulturzustand des deutschen Volkes bedingt seien. Danach sprachen die Abgeordneten Franz Bornefeld-Ettmann und Gottfried Treviranus über die politische und wirtschaftliche Bedeutung ländlicher Siedlung, besonders in Ostdeutschland. Auch das Verhältnis der Jugend zur Siedlung wurde berührt. In Ergänzung dieser beiden Referate behandelte der Stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft, Erich Keup, den Stand der landwirtschaftlichen Siedlung in den deutschen Ostgebieten. Er warnte dabei vor allem vor den Bestrebungen durch zu weitgehendes Einschalten geschenkter Zuwendungen im Siedlungswesen der

"Staatspensionärpsychologie" Brücken zu bauen. Im übrigen suchte er nachzuweisen, daß von den 4 Siedlungsfaktoren: Geld, Land, leistungsfähige Siedlungsträger und geeignete Siedler, 2 vorhanden seien, nämlich Land und geeignete Siedler. Leistungsfähige Siedlungsträger dagegen fehlten, jedoch nicht aus Mangel an Organisation oder Können sondern aus Mangel an Kapital. Die gemeinnützigen Landgesellschaften sowohl wie die privaten, mit den Kultur- und Siedlungsämtern zusammenarbeitenden Siedlungsunternehmungen seien sachlich durchaus geeignete Siedlungsträger, nur sei durch Inflation und Goldumstellung ihre Kapitalbasis erheblich zusammengeschmolzen; verbreitere man diese, so scheidet dieser 3. Faktor als Problem ebenfalls aus. Es bliebe als Problem nur der Faktor Geld. Hier sei vom Reich und von Preußen in der Erschließung von Zwischenkrediten bereits Gutes geleistet. Mit Zwischenkrediten allein sei es aber nicht getan, da die Siedlungsträger auch bei billigen Zwischenkrediten nur schwer kalkulieren könnten, solange sie im unklaren blieben über Zeitpunkt und Bedingungen der Ablösung durch Dauerkredite. Hier müsse schnell, möglichst bis zum Frühjahr, Klärung geschaffen werden. Die an sich begrüßenswerte Preußische Landesrentenbank genüge dazu nicht; das Reich, die außerpreußischen Länder, die Rentenbankkreditanstalt usw. müßten mit eingeschaltet werden. Sodann legte der Staatssekretär Hans Krüger die Bedeutung der Landarbeitersiedlung und der gärtnerischen Siedlung im Rahmen der Siedlungsmaßnahmen des Reichs und der Länder dar. Die tiefgehenden und praktisch überaus wichtigen Ausführungen werden im Druck erscheinen und können zweckmäßig erst dann hier eingehend gewürdigt werden. Das Schlußwort in der Kundgebung hatte Max Sering. Er stellte einen Punkt der Erörterungen in den Vordergrund: die Erschließung von Dauerkredit für die landwirtschaftliche Siedlung. Hier könne der Inlandkapitalmarkt nur wenig helfen, das Ausland müsse im Anleiheweg mit herangezogen werden. Die Rentenbankkreditanstalt müsse Trägerin einer Auslandsanleihe zur Dauerfinanzierung der landwirtschaftlichen Siedlung werden. Diese Siedlungskundgebung fand in der Presse aller Richtungen Zustimmung und starken Widerhall. Nur vereinzelt, unter anderem in der Frankfurter Zeitung und im Vorwärts, wurden gegen den Vorschlag Serings die Rentenbankkredit-

anstalt zur Trägerin einer Auslandsanleihe für Siedlungszwecke zu machen Einwendungen erhoben und mit dem Vorhandensein großagrarischer Tendenzen in der Rentenbankkreditanstalt begründet. Sachlich braucht man diesem Argument schon deshalb nicht zuzustimmen, weil ja gesetzlich Vorsorge getroffen werden kann, daß die Tätigkeit der Rentenbankkreditanstalt im Siedlungswerk ausschließlich auf das finanztechnische Gebiet beschränkt bleibt.

Landeskultur Zu einer Kundgebung für Landeskultur hatten am 2. Februar 1928, ebenfalls in den Preußischen Staatsrat, geladen der Deutsche Grünlandbund /München/, der Verein zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reiche /Berlin/ und der Verband Deutscher Landeskulturgemeinschaften /Berlin/. Die Kundgebung wurde von dem Vorsitzenden der letztgenannten Organisation, von Batocki-Bledau, geleitet. Sie sollte dazu dienen Parlamentarier, Ministerien und andere Behörden, ferner Kreditinstitute, Wirtschaftsverbände und die Presse über die wichtigsten Fragen der Landeskultur zu orientieren und ihr besonderes Interesse dafür zu wecken. Vor allem sollte klargestellt werden, welche außerordentliche allgemeinwirtschaftliche Bedeutung alle Landeskulturmaßnahmen haben. In 3 Gruppen sprachen die besten Köpfe der an Landeskulturfragen interessierten Kreise. Aus der Gruppe der Vorträge über Meliorationen und Landwirtschaft, also die betriebswirtschaftliche Bedeutung von Landeskulturmaßnahmen, fielen besonders die Ausführungen Prätorius von Richthofens über Wasserregulierung, insbesondere Drainage, und der Bericht Bruno Tackes über Moor- und Ödlandkultur auf. In der 2. Gruppe behandelte Hans Wilbrandt eingehend die vielfache Verknüpfung von Meliorationen und Volkswirtschaft. Er wies dabei besonders nach, daß ausgedehnte planmäßige Meliorationen unter anderem für die Stabilität des landwirtschaftlichen Produktenmarkts und des allgemeinen Arbeitsmarkts nicht ohne Wirkung seien. Die 3. Gruppe von Referaten erörterte die Durchführung der Landeskulturmaßnahmen; besonders traten hier die Ausführungen des Landrats Hermann Rothert über die Einrichtungen und die Mitwirkung der Kommunalverbände (Provinzen und Landkreise) sowie des Verbandsdirektors des Verbandes öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten Rudolf von Bitter über Meliorationskredite her-

vor. Das zusammenfassende Schlußwort über deutsche Landeskulturaufgaben sprach der Geschäftsführende Vorsitzende des Verbandes Deutscher Landeskulturgenossenschaften Josef Bauer. In knappen Sätzen skizzierte er noch einmal das Wesen der Landeskultur, den Umfang der Landeskulturtätigkeit, ihre Durchführung und Finanzierung. Nach einstimmiger Annahme einer ausführlichen Resolution über die volkswirtschaftliche Notwendigkeit, Organisation und weitsichtige Finanzierung einer umfassenden Landeskulturförderung schloß Bauer die Kundgebung mit der Mahnung: »Weg mit allen kleinlichen Hindernissen und Gegensätzen und Bahn frei für die praktische Arbeit für unseres Bodens und damit für unseres Landes Kultur!«

Die Landeskulturlandgebung war, wie die Kundgebung der Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation, sehr gut besucht. Auch die Presseresonanz war recht lebhaft, so daß man als erwünschtes Ergebnis verstärktes Interesse der öffentlichen Meinung für dieses, bisher ein wenig stiefmütterlich behandelte Gebiet moderner Agrarpolitik erwarten darf. Die Verbreitung der auf der Kundgebung verfochtenen Ideen wird durch eine Landeskultursonderrnummer, die die illustrierte Landwirtschaftliche Zeitung am 23. März herausbrachte, wirksam gefördert. Man findet da eine wörtliche Wiedergabe aller auf der Landeskulturlandgebung gehaltenen Vorträge, ferner die erwähnte Resolution und eine kurze Einführung der 3 einberufenden Verbände. Hoffentlich wird sie in weiteren Kreisen beachtet und gelesen werden.

Totenliste Am 25. Januar starb der Präsident des Deutschen und Preußischen Landkreistags *Otto Constantin*, Vorstandsmitglied der Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation. Constantin hatte die Bedeutung der Siedlung für die Landkreise voll erkannt. Mit allen Mitteln suchte er daher auch die praktische Beteiligung der Landkreise am Siedlungswerk im weitesten Sinn zu fördern, und er gab der Erörterung von Siedlungsfragen in der Zeitschrift für Selbstverwaltung, dem Organ des Landkreistags, viel Raum. Mit auf seine Initiative ist es zurückzuführen, daß auf der Pyrmonter Tagung des Landkreistags am 11. und 12. Juni 1926 die Siedlungsfrage im Mittelpunkt bemerkenswert tiefgreifender Erörterungen stand (siehe darüber diese Rundschau, 1927 I Seite 171).

Kurze Chronik Wie im Vorjahr in Leipzig (siehe diese Rundschau, 1927 I Seite 421) veranstaltete das Deutsche Archiv für Siedlungswesen auch in diesem Jahr, vom 5. bis zum 10. März in Berlin, einen *Fortbildungslehrgang über das deutsche Siedlungswesen in Stadt und Land*. Auf dem recht gut besuchten Lehrgang wurden von den besten Sachkennern aus allen Teilen des Reichs vor allem die städtische und vorstädtische Siedlung und das moderne Wohnbauwesen in technischer, wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Hinsicht behandelt. Daneben kamen auch das Planungswesen, die landwirtschaftliche und die gärtnerische Siedlung einschließlich ihrer Grenzgebiete zu ihrem Recht. \diamond Der *Städtebauausschuß Groß Berlin*, der schon vor dem Krieg mehrere Jahre bestand, während der Inflationszeit jedoch einging, wurde wieder ins Leben gerufen. Vorsitzender ist Bodo Ebhardt, Stellvertreter sind Erich Giese und Hans Poelzig.

Literatur Die notwendige Ergänzung neuer großzügiger Siedlungstätigkeit ist die weitestgehende Förderung des Bauernbildungswesens. Mit diesen wichtigen Fragen setzt sich *Gustav Oldenburg* in seiner neuen Schrift *Entwicklung, Stand und Zukunftsaufgaben des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens in Preußen /Berlin, Paul Parey/* auseinander. Über alle Zweige des landwirtschaftlichen Bildungswesens berichtet hier der beste Sachkenner, und seine Vorschläge zum Ausbau dieser wichtigen Einrichtungen finden sicher ungeteilte Zustimmung. In einem Punkt nur erscheint die Arbeit, die auf der Grundlage eines Enquetegutachtens entstand, unzulänglich: in der Behandlung des freien bäuerlichen Bildungswesens. Die Bauernhochschule nach nordischem Vorbild zum Beispiel wird einmal einen wichtigen Platz im ländlichen Bildungswesen einnehmen; Oldenburg tut sie leider nur mit einem nichtssagenden Satz ab. \diamond Die *Süddeutschen Monatshefte /München, Verlag der Süddeutschen Monatshefte/* widmeten das 6. Heft ihres 24. Jahrgangs der Wohnungsnot als deutscher Schicksalsfrage. Die städtische Wohnungsfrage wird nach verschiedenen Richtungen von Joachim Ungnad, Paul Burching, Ernst May, Wilhelm Lübbert und anderen abgehandelt. Mit der Landarbeitersiedlung als Kampfmittel gegen ländliche Wohnungsnot befaßt sich ein sehr instruktiver Beitrag Hans Krügers.

Außenkolonisation / Herman Kranold

Reparation und Kolonisation Frankreich hat von jeher den Standpunkt vertreten, daß es, soweit das ohne Schädigung seiner Industrie möglich ist, Sachlieferungen zur Abdeckung der deutschen Reparationsverpflichtungen in Anspruch nehmen möchte. Diesem Programm liegt die Auffassung zugrunde, daß die großen deutschen Leistungen nicht einfach für laufende Zwecke verbraucht werden dürfen sondern dauernd produktiv angelegt werden müssen, da sie ja bestimmt sind die Kriegsschäden in der Produktivität der französischen Wirtschaft wieder auszustopfen. Frühere Pläne ähnlicher Art, die sich namentlich auf eine Erschließung von Wasserkraften und den Bau von Wasserstraßen in Frankreich bezogen, und die in den Sozialistischen Monatsheften mehrfach behandelt wurden, sind, da Deutschland nicht darauf einging, nicht ausgeführt worden. Inzwischen sind schon einige Verträge zustande gekommen, die auf dem Gebiet der Erschließung französischer Kolonien die Sachlieferungen einschalten. In der 2. Hälfte des Jahres 1927 erwies sich die Unmöglichkeit die Barübertragung deutscher Reparationszahlungen noch in nennenswertem Maß über den damals erreichten Umfang zu steigern, sofern man an der Stabilität der deutschen Währung festhält. Die vorgesehenen höheren Leistungen sind nur möglich, wenn der nicht bar transferierbare Teil der Zahlungen in Form von Sachleistungen in Frankreich eingeht. Bis zur Mitte des Jahres 1927 hatte das französische Finanzministerium dieses Verfahren nicht begünstigt; namentlich die Kolonien glaubten sich seiner nicht bedienen zu können, weil sie auf Zahlungsbedingungen für die so bezogenen Waren eingehen sollten, die ihnen unannehmbar schienen. Neuerdings hat nun das Finanzministerium seine Haltung geändert, es bequeme sich dazu den Kolonien die Zahlungserleichterungen zu gewähren, die sie verlangten. Von diesem Augenblick an haben die französischen Kolonien sich mächtig gerührt. Die Verwaltungen fast aller französischen Schutzgebiete wetteifern jetzt darin möglichst rasch und ausgiebig in den Genuß von Sachlieferungen auf Reparationskonto zu gelangen. 3 Vertragssysteme liegen bisher vor, die sich vorläufig auf insgesamt 71 Millionen Goldmark belaufen, einen Betrag, der für die beteiligten Kolonien der Ausgangspunkt wichtiger Fortschritte werden kann.

So hat jetzt *Madagascar* ein Vertragssystem abgeschlossen, nach dem deutsche Sachleistungen im Betrag von 9 Millionen Goldmark innerhalb von 4 Jahren dieser Kolonie zugute kommen sollen. Es soll eine Querbahn von einem noch nicht näher bekannten Punkt der Ostküste in das Gebiet der Betsileos im Innern gebaut werden. 3 wichtige Häfen des Landes, nämlich Tamatave und Manateara an der Ostküste und Majunga an der Westküste, sollen für den Überseeverkehr ausgebaut werden. Schließlich soll das Straßennetz im Innern stark erweitert werden. *Madagascar* ist wenig erschlossen, seiner Entwicklung steht namentlich die Gestalt der Oberfläche und des Umrisses im Weg. Das Innere wird durch eine langgestreckte, bis zu 4000 Meter ansteigende Bergkette und durch ein über 500 Meter bis zu 1000 Meter hohes Plateau ausgefüllt. Die Bevölkerung ist nun aber gerade in diesen inneren Gebieten, in denen die Lebensverhältnisse gesünder sind, dichter. Klimatisch und populationistisch ist also dieses Innenplateau das wirtschaftlich entwicklungsfähigste Gebiet der Insel. Schiffbare Flüsse bestehen nicht. So kann, ohne sehr durchgreifende Maßnahmen zur Verkehrsentwicklung, das Land nicht seine produktiven Kräfte entfalten. Noch wichtiger kann der neue Kurs für *Französisch Westafrika* werden. Dieses besteht im wesentlichen aus den Gebieten von Senegal und Niger, Französisch Guinea, der Elfenbeinküste, dem französischen Anteil an Togo, Dahome, dem französischen Anteil an Kamerun und dem südlich und östlich davon gelegenen Gebiet Französisch Äquatorialafrika. Es handelt sich mit um die stärkstbevölkerten und fruchtbarsten, auch an Waldungen und Mineralien reichsten Gebiete des afrikanischen Festlands, hauptsächlich wegen schlechter Verhältnisse und Kapitalmangel ist dieses Gebiet bisher wenig entwickelt worden. Die auf Sachlieferungen zu übernehmenden Leistungen für die Erschließung Französisch Westafrikas belaufen sich zunächst auf rund 22 Millionen Goldmark. Die Hauptarbeiten sind der Bau einer Bahn von der Elfenbeinküste nach Sokoladioulesso und in Dahome eine Verlängerung der von Widah nördlich ins Innere bis Paraku gehenden Bahn bis zum Niger, wodurch die Bahnlinie von 300 auf 600 Kilometer verlängert wird. Auch sollen die Häfen Dakar in Senegal und Konakry in Guinea ausgebaut werden, wobei die Lieferung der Materialien auf Reparationskonto gehen soll.

Den Hauptanteil an den Reparations-sachlieferungen in den nächsten 5 Jahren soll *Französisch Indochina* erhalten, nämlich Werte im Betrag von 35 Millionen Goldmark. In der Hauptsache sollen auch diese Lieferungen zur Verkehrserschließung dienen. So zur Anlage einer Bahn von Laos an der Ostküste nach Tanap-Thakkek. Ferner sollen der letzte Abschnitt der Indochina kreuzenden Bahn von Tourane nach Nhatrang und eine weitere Bahn in der Provinz Kambodscha gebaut werden. Die Hafenanlagen in Saigon-Cholon, in Tourane und Haiphong sollen verbessert, und in der Provinz Tongking soll das Straßennetz ausgebaut werden. Schließlich haben die beiden Städte Saigon und Haiphong Verträge über Lieferung von Materialien zum Ausbau ihrer Kanalisation im Wert von 5,2 Millionen Goldmark abgeschlossen.

Es liegt nun noch eine ganze Reihe weiterer Projekte über Sachlieferungen zugunsten französischer Kolonien in Paris vor; sie müssen aber noch von den Reparationsorganen genehmigt werden. Madagascar zum Beispiel beabsichtigt auf diese Weise seine Wasserkräfte zur Elektrifizierung der vorhandenen Eisenbahnen zu verwenden und weitere Eisenbahnen ins Innere zu bauen. Französisch Westafrika plant noch den Bau zweier neuer Eisenbahnlinien von Baol und Camzance aus, außerdem die Fortführung der Bewässerungsbauten am Niger. Ebenso will Indochina ein großes Bewässerungssystem ausbauen und durch 2 neue Bahnlinien das Hinterland von Saigon wirtschaftlich weiter erschließen.

Saharadurchquerung Die Verkehrserschließung des gewaltigen französischen Kolonialgebiets in Nordafrika hängt zu einem wesentlichen Teil davon ab, ob es gelingt das große natürliche Hindernis für alle derartigen Bestrebungen: die Sahara, zu überwinden. Die verschiedenen Versuche die Sahara zu überfliegen oder mit besonders für diesen Zweck konstruierten Automobilen zu kreuzen (siehe dazu hier die Rundschau Verkehr, 1926 Seite 510) haben bisher zu einem wirtschaftlich wertbaren Erfolg, außer für die Beförderung von Briefpost durch Flugzeuge, nicht geführt, wenngleich ihre Bedeutung für die Zukunft nicht zu bezweifeln ist. Zurzeit gehen die Bestrebungen dahin Französisch Nordafrika durch eine Eisenbahnlinie durch die Wüste in ungefähr nordsüdlicher Richtung zu erschließen. Sie soll unter starker Heranziehung deutscher Sachlieferungen gebaut werden.

Der Plan ist allerdings, wie es scheint, noch in vollkommen skizzenhaftem Zustand. Für die Eisenbahnbauten soll nicht nur das Material an Konstruktions-teilen (Schwellen, Schienen, Laschen, Brückenträgern usw., Zement) auf Sachlieferungen gehen, sondern auch die Ausführung der öffentlichen Arbeiten selbst durch deutsche Firmen soll ins Auge gefaßt werden. Ja, der Generalgouverneur von Madagascar hat vor kurzem in einer Rede ausgeführt, daß ernsthaft erwogen werden müsse, ob man zur Ausführung der Arbeiten nicht deutsche Arbeitskräfte heranziehen wolle.

Das Ganze ist ein deutlicher Ansatz zu einer neuen europäischen Kolonisationsarbeit. Hier ist seit Kriegsende immer der Standpunkt vertreten worden, daß die Kolonisierung der noch unerschlossenen Gebiete der Welt eine Aufgabe für den Vereinigten Europäischen Kontinent darstellt, und daß deshalb alles gefördert werden muß, was ein gemeinschaftliches Auftreten der europäischen Wirtschaftskräfte ohne Rücksicht auf ihre nationale Zugehörigkeit in den Kolonialgebieten begünstigt. Es ist hier auch öfter gezeigt worden, daß die koloniale Chance für Deutschland in der Europäisierung der Kolonisationsarbeit liegt und nicht darin selbst wieder ein mehr oder weniger brauchbares Stück Kolonialland zu erhalten, etwa um den Preis dauernder Vasallenschaft gegenüber England, und dann womöglich eine von Rivalität bedingte gegnerische Kolonialpolitik gegen seine kontinentalen Nachbarn zu betreiben. Auch wenn man den kapitalistischen Charakter der gegenwärtigen europäischen Kolonisation übersee sehr wohl kennt, muß man als Sozialist eine derartige Entwicklung dringend wünschen. Diese Reparationsleistungen für französische Kolonien werden gleichzeitig auch als starke Absatzpropaganda für die deutschen Ausfuhrgewerbe wirken und das Zusammenwachsen der deutschen und der französischen Wirtschaft, das schon an einigen Stellen angefangen hat, sehr erheblich weiter fördern.

Pampa Central Ein Hauptgebiet der kolonialen Entfaltung in Argentinien ist das ganz im tropischen Norden des Landes gelegene Territorium Pampa Central. Das Land ist ein Drittel so groß wie Deutschland, aber so völlig Steppe, daß es möglich war die Anzahl der Bäume genau zu bestimmen. In dem ganzen Territorium stehen nur 184890 Obstbäume und 2003671 Waldbäume. Wie wenig das auf dieser Riesen-

fläche bedeutet, kann man sich klar machen, wenn man einmal denkt, daß man in Deutschland, wo es 1913 195 Millionen Obstbäume gab, versuchen wollte die Waldbäume zu zählen. Die landwirtschaftliche Bevölkerung umfaßt 72 400 Personen, darunter sind 7682 Personen als Landwirte und Viehzüchter hauptberuflich tätig, davon sind 1876 Argentinier, die übrigen Europäer, darunter 117 Deutsche. Charakteristisch für das Besitzverhältnis ist, daß nur 1603 Landwirte und 876 Viehzüchter Eigentümer des von ihnen bewirtschafteten Bodens sind; dagegen sind 4089 Landwirte und 948 Viehzüchter Pächter. Hauptanbauprodukte sind Weizen (1,06 Millionen Hektar), Mais (234 000 Hektar) und Alfalfa (tiefwurzelnde Luzerne, 609 000 Hektar), daneben werden noch kleinere Mengen Flachs, Gerste, Hafer, Roggen und Futtergerste angebaut. Eine erhebliche Berichtigung erfährt durch diese Zählung unsere Vorstellung von dem riesigen Viehbestand dieser Gebiete. Nach dem Bericht der Regierung des Territoriums beträgt die Anzahl der Rinder 1,4 Millionen (Deutschland im Jahr 1926 17,1 Millionen), die der Pferde 300 000; die der Schafe, Ziegen, Maulesel und Schweine ist ganz unbedeutend. Dafür gibt es im Territorium bereits 6000 Automobile; eine für dieses dünnbevölkerte, aber schnell aufsteigende Wirtschaftsgebiet charakteristisch hohe Zahl.

Yerbakultur Ein im romanischen Südamerika stark verbreitetes Getränk, das an Stelle von Tee genommen wird, ist der sogenannte Mate, der aus der Blätter bestimmter Steineichearten, die den zusammenfassenden Namen Yerbales führen. Die Blätter heißen Yerba, werden ähnlich wie Teeblätter benutzt. Bisher lag die Produktion vorwiegend in denjenigen Gebieten, in denen die Yerbales wild vorkommen. Im Lauf der letzten Jahre ist aber, zumal mit dem wachsenden Wohlstand der südamerikanischen Kolonialgebiete, die Nachfrage nach Yerba derartig gestiegen, daß es sich lohnt in großem Umfang an die Kultur der Yerbales heranzugehen. Während die Wildyerba hauptsächlich in Brasilien gewonnen wird, sind die Produzenten für die kultivierte Yerba die Gebiete des La Plata, namentlich Paraguay und von Argentinien der Staat Corrientes und das Territorium Misiones. Dieses Gebiet hat in den letzten Jahren die Kultur der Yerbales ganz ungeheuer entwickelt. Erst seit dem Jahr 1923 ist sie in nennens-

wertem Umfang begonnen worden; in den vorhergehenden 19 Jahren waren nur etwa 4500 Hektar in ganz Argentinien mit den Bäumen bepflanzt worden. Das Jahr 1923 brachte aber allein einen Zuwachs von 1525 Hektar, und von da an beschleunigte sich das Tempo der Neuanlage von Kulturen immer mehr, so daß man für das Ende des Jahres 1928 allein in Misiones auf eine Anbaufläche von 30 000 Hektar mit 1000 Bäumen pro Hektar rechnet, wozu noch 3000 Hektar in Corrientes kommen. Der Baum wird erst nach einer Reihe von Jahren tragfähig, augenblicklich ist ungefähr die Hälfte der Anbaufläche im Ertragsstadium angelangt. Die Produktion betrug 1927 16,2 Millionen Kilogramm Yerba canchada, das heißt getrocknete Yerbablätter, für 1928 rechnet man auf 20 Millionen Kilogramm und für 1933, in welchem Jahr alle Bäume zum Tragen gekommen sein werden, die bis 1928 gepflanzt sind, auf 64 Millionen Kilogramm. Der gegenwärtige Verbrauch Argentiniens ist 90 Millionen Kilogramm Yerba im Jahr, wovon 80 % bisher aus Brasilien, der Rest aus Paraguay kommen. Argentinien wird also künftig einen sehr viel größeren Prozentsatz seines Verbrauchs als bisher aus eigener Produktion decken und vielleicht auch bei Verringerung der Produktionskosten, Standardisierung der Qualität und Ausschaltung verteuernenden Zwischenhandels zum Export übergehen können, zumal der genossenschaftliche Zusammenschluß der Produzenten bereits begonnen hat, der auch dieses Gebiet dem Kleinkolonisten erschließt.

Totenliste Am 28. Oktober 1927 starb in Witzenhausen an der Werra *Ernst Albert Fabarius*, im Alter von 68 Jahren. Er war ursprünglich Theologe, trieb aber auch von vornherein staatswissenschaftliche, historische und geographische Studien. Dann wurde er Militärgeistlicher, später Geschäftsführer des Evangelischen Afrikavereins. Durch diese Tätigkeit angeregt, gründete er im Jahr 1898 die Deutsche Kolonialschule, deren Leitung in seinen Händen blieb. Auch schriftstellerisch hat er sich betätigt. Er beschäftigte sich insbesondere auch mit der Frage der Deportation von Verbrechern nach den deutschen Kolonien. Mitte März 1928 starb in Berlin *Moritz Dorn*, 79 Jahre alt. Er hatte seit dem Jahr 1889 den Vorsitz des Vereins *Esra* inne, der sich die Unterstützung landwirtschaftltreibender Juden in Palästina und Syrien angelegen sein läßt.

Kurze Chronik In Canada ist eine große nordsüdliche, in der Hauptsache durch unbewohnte Gegend führende Automobilstraße, die Fergusonstraße, im Umfang von 800 Kilometer bis zu dem kleinen Flecken Cochrane reichend, eröffnet worden. Sie soll noch in diesem Jahr bis an die Hudsonbai nach Norden weitergeführt werden und wird den Transportweg für zahlreiche Produkte der von der Straße durchschnittenen Riesengebiete zum amerikanischen und europäischen Konsumenten erheblich abkürzen. ◊ Nach Meldungen aus Asunción in Paraguay hat ein deutscher Industrieller einen großen Landkomplex im Norden der Republik gekauft, um deutsche Bauern dort anzusiedeln. ◊ Das Landwirtschaftsministerium Neuseelands hat in den Jahren 1922 bis 1926 7941 Siedler auf 880 000 Hektar angesetzt. Damit ist der Vorrat an Siedlungsböden, die ohne große Meliorationen benutzt werden können, im wesentlichen erschöpft. Die jetzt zu kolonisierenden Meliorationsböden werden, um die Ersteinrichtung der Betriebe zu verbilligen, pachtfrei unter der Bedingung ausgegeben, daß in den ersten 6 Jahren Bäume und Büsche gerodet, der Boden bearbeitet und gewisse Dauermeliorationen durchgeführt werden. Die Hälfte der Fläche muß als Weide gehalten werden, weil man die Weidewirtschaft in Neuseeland energisch ausbauen will. Wird die Melioration innerhalb der gesetzten Frist ausgeführt, so wird der Siedler ohne jegliche Zahlung Eigentümer des Bodens.

Literatur

Sehr erfreulich ist wieder der *Argentinische Volkskalender* für 1928, der vom

Argentinischen Tageblatt herausgegeben wird /Buenos Aires, Aleman & Co./. Er enthält das übliche Kalendermaterial, für ländliche argentinische Bedürfnisse bearbeitet, außerdem aber eine Reihe interessanter Aufsätze und vor allen Dingen eine große Anzahl auch koloniasatorisch interessanter, technisch gut ausgeführter Abbildungen aus dem Land. ◊ Ich bin Ich nennt Balder Olden einen Roman über das Leben *Carl Peters'* /Berlin, Verlag Universitas/. Das Biographische, dessen Richtigkeit hier nicht nachgeprüft werden kann, und das kriegerische und sexuelle Abenteuerleben Peters' stehen ganz im Vordergrund der Darstellung; weniger seine Leistung für die deutschen Kolonialbestrebungen. Literarisch ist das Buch hier bereits in der Rundschau Dichtkunst (in diesem Band Seite 159) gewürdigt worden.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Germanen-forschung

Das neueste Buch *Gustaf Kossinnas*, der 2. Teil seines Werkes über Ursprung und Verbreitung der Germanen in vor- und frühgeschichtlicher Zeit /Berlin, Germanenverlag/, der auch in der Zählung der Seiten (129 bis 320) den 1. fortsetzt, verdient uneingeschränkt die selbe dankbare Anerkennung, der in dieser Rundschau (1926 Seite 512) für den 1. Teil Ausdruck verliehen wurde. Während der Altmeister in jenem 1. Teil von 150 nach Christus bis an den Anfang der Bronzezeit zurückwandert, beginnt er im 2. mit jener Epoche der Vorgeschichte, in der die Ostsee ein vom Meer abgeschnittenes Süßwasserbecken war. »Damals, etwa 10 000 bis 6000 vor Christo, befand sich in Südkandinavien, Dänemark und Norddeutschland, aber fast nur an den stillen Gewässern des Binnenlandes, ein Jäger- und Fischervolk, dessen bezeichnendste Kulturhinterlassenschaft in Jagdwaffen und Fischereigeräten aus Knochen und Geweih vom Elch, Hirsch und Urstier bestand . . . Diese Geräte der sogenannten Ancylyzeit (nach der Schnecke *Ancylus fluviatilis*) zeigen vielfache Beziehungen zu älteren nacheiszeitlichen Geräten des Rheingebietes und Südfrankreichs . . . Von dort, von Südwesten, kam also diese Bevölkerung in die Ostseegebiete. Ich nenne sie und ihre Nachkommen, nach dem frühest entdeckten Fundort Dobbertin (in der Mitte zwischen Parchim und Güstrow) in Mecklenburg, Dobbertiner.« Nach den körperlichen Hinterlassenschaften »ist es unmöglich von einer einheitlichen Rasse der Dobbertiner Bevölkerung des Ostseegebietes zu sprechen«. »Eine ganz andere, weiter entwickelte Bevölkerung findet sich während einer neuen Periode der Gestaltung der Ostsee, wo diese nämlich von neuem starke Verbindung mit der Nordsee gewinnt und . . . wiederum ein Salzmeer, das Litorinameer (nach der Schnecke *Litorina litorea*), geworden ist.« Sie erscheint »an den Ufern und auf den Inseln dieses Meeres«. »Ihre Geräte sind in der Hauptsache aus Feuerstein, der in glänzender Technik bearbeitet wird. Es sind die Leute der berühmten Muschelhaufen oder Kjökkenmöddinger . . . Sie erfinden die Anfertigung von Tongefäßen, die sie hauptsächlich in Form großer Kruken mit spitzem Boden herstellen, und am Ende ihrer Periode, die etwa von 6000 bis 4000 vor Christo

währt, erscheinen bereits die ersten Spuren des Ackerbaues und bald danach auch die erste Viehzucht.« Die »siegreich sich ausbreitende Küstenbevölkerung« nennt Kossinna Ellerbeker, nach dem Sprottenfischerdorf Ellerbek gegenüber Kiel. »Die Dobbertiner werden allmählich immer weiter nach Mittel- und Nordskandinavien und schließlich nach Finnland und noch weiter nach Osteuropa hin abgedrängt.« Kossinna nennt sie Vorfinnen (nicht etwa Urfinnen). »Die Ellerbeker Ackerbauer sind für mich die Vorindogermanen oder schon die ersten Indogermanen. Seit 4000 vor Christo, dem Endpunkte der Ellerbeker Kulturperiode, wird die fortschrittliche Entwicklung der Indogermanen immer rascher, wie sich an dem Aufschwung ihrer Tonware zeigt, ebenso an der Entwicklung des Feuersteinbeils . . . Die Ellerbeker Indogermanen erbauen die großen, für eine lange Geschlechterreihe bestimmten Steingräber . . . Die Dobbertiner verharren bei dem Einzelergrab . . . Bezeichnend für die Tonware der ältesten Steingräber aus der Dolmenzeit sind Trichterbecher, Kragenfläschchen, Kugelflaschen . . . Von großer Bedeutung ist es die Verbreitung dieser Gefäßarten der Dolmenzeit von ihrem dänisch-schleswig-holsteinischen Entstehungsherde über das nördliche und mittlere Mitteleuropa zu verfolgen. Den Weg dieser Wanderung können wir durch Ermittlung der alsbald sich einstellenden, wenn auch anfangs geringen, so doch allmählich fortschreitenden Änderungen in Gestalt und Verzierungsweise mit Sicherheit feststellen . . . So erkennen wir mehr als ein Dutzend von Kolonialzügen der Megalithindogermanen von Norden her über ganz Mitteleuropa und zum Teil bis an das Schwarze Meer hin.« Der 2. dieser Züge zum Beispiel läßt in der Saalegegend die Rössener Kultur erstehen, nachdem sich die Eindringlinge dort mit einer unnordischen Bevölkerung gemischt haben, der der sogenannten Donaukultur zugehörige Plaidter Stil der Tonware eigen war. Einstige Rössener (nach Rössen bei Merseburg so geheißen) findet man als Skelette mit angezogenen Beinen und mit Armringen aus Marmor, in Schlafstellung auf der rechten Seite liegend, im 2. Saal des Berliner Vorgeschichtlichen Museums, und ebenda, im 7. Schrank, Gefäße von Walternienburg an der Nuthe, der Einmündung der Saale in die Elbe gegenüber. Der Walternienburger Stil geht auf den 4. Indogermanenzug zurück. Der 11. und 12. der Züge

steht mit dem Werden des Griechenvolks in Verbindung. Vom »Ursprung der Italiker, Kelten, Illyrier« erzählen die Seiten 271 bis 282. Ein Teil der Dobbertiner Vorfinnen war »in West- und Mitteljütland nebst westlichem Schleswig-Holstein sowie im südlichen Ostschweden sitzen geblieben und dort durch die Indogermanen umgangen und von dem arktischen Hauptstamm der Dobbertiner abgeschnitten worden«, er »gerät unter den Kultureinfluß der Indogermanen«. Diese Dobbertiner Vorfinnen nennt Kossinna Finnoindogermanen. »Die Verschmelzung von Indogermanen und Finnoindogermanen ist der Ursprung des Germanenvolkes . . . Er ist rund um 2000 vor Christus anzusetzen.« Das ist leider alles, was der knappe Raum dieser Rundschau einstweilen über die neue Arbeit des unermüdlichen Forschers zu sagen gestattet. Klare Sprache, viele Karten und 359 Abbildungen machen auch dieses Buch jedem, der daran geht, verständlich.

In der Zeit zwischen der Besprechung des 1. und der des 2. Teils ist Gustaf Kossinna, wie es das unerbittliche Altersgesetz vorschreibt, nach ministeriellem Euphemismus »von seinen amtlichen Pflichten entbunden« worden. Er wird am 28. September 70 Jahre. Dankbare Schüler rüsten bereits jetzt den Geburtstag festlich zu begehen.

Sein Nachfolger ist Max Ebert, und das als Ordinarius. Als einzige Nichtfachzeitschrift haben die Sozialistischen Monatshefte den Wert der Vorgeschichte betont und zu wiederholten Malen die Forderung erhoben, sie müsse an der Berliner Universität durch eine ordentliche Professur vertreten werden. Es ist erfreulich, daß das nicht ohne Erfolg geschehen ist. Da Ebert freilich seit 1923 ein Ordinariat in Königsberg innehatte, konnte das Ministerium ihm eins in der Hauptstadt nicht weigern. Man hat alle Veranlassung mit der Wahl der Fakultät zufrieden zu sein. Max Ebert wurde 1879 in Stendal geboren und lehrte seit 1918 an der Albertusuniversität. Er war vorher am Berliner Vorgeschichtlichen Museum und hat unter anderem in Rußland erfolgreich gegraben. Ein prächtiges Buch Südrußland im Altertum /Bonn, Kurt Schroeder/ gibt davon Kunde. Im Gefühl frischer Kraft hat er seit 1924 die Riesenarbeit der Leitung des Reallexikons der Vorgeschichte auf sich genommen. Es will in alphabetischer Folge das prähistorische Wissen zusammenfassen und ist bereits bis zum Buchstaben S fortgeschritten. Hans Flemming